ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
STUDIENWERK

Marcus Hawel / Stefan Kalmring /
Nina Schlosser (Hrsg.)

Wozu noch kritische Wissenschaft

Abschlussband aus der Reihe
WORK IN PROGRESS | WORK ON PROGRESS

VSA:

Marcus Hawel/Stefan Kalmring/Nina Schlosser (Hrsg.)
Wozu noch kritische Wissenschaft

Marcus Hawel/Stefan Kalmring/Nina Schlosser (Hrsg.)

Wozu noch kritische Wissenschaft

Abschlussband aus der Reihe
WORK IN PROGRESS.
WORK ON PROGRESS.
Beiträge kritischer Wissenschaft

Eine Veröffentlichung des Studienwerks
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.rosalux.de/studienwerk

Das Doktorand*innen-Jahrbuch wird aus Mitteln
des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt
(BMFTR) finanziert.

Die Doktorand*innen-Jahrbücher 2012 (ISBN 978-3-89965-548-3),
2013 (ISBN 978-3-89965-583-4), 2014 (ISBN 978-3-89965-628-2),
2015 (ISBN 978-3-89965-684-8), 2016 (ISBN 978-3-89965-738-8),
2017 (ISBN 978-3-89965-788-3), 2018 (ISBN 978-3-89965-890-3),
2019 (ISBN 978-3-96488-042-0), 2020 (ISBN 978-3-96488-084-0),
2021 (ISBN 978-3-96488-133-5), 2022 (ISBN 978-3-96488-166-3),
2023 (ISBN 978-3-96488-194-6), 2024 (ISBN 978-3-96488-227-1)
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
sind ebenfalls im VSA: Verlag erschienen und können unter
www.rosalux.de als pdf-Datei heruntergeladen werden.

Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2025, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
Foto auf dem Cover: Daniela Landgraf
ISBN 978-3-96488-244-8

Inhalt

Marcus Hawel/Stefan Kalmring/Nina Schlosser
Wozu noch kritische Wissenschaft 7
Einleitende Überlegungen

ZUSAMMENFASSUNGEN 13

SELBSTBETRACHTUNG KRITISCHER WISSENSCHAFTEN

Marcus Hawel
»Die Kritik ist auf den Hund gekommen« 22
Wissenschaft im Lichte der Kritischen Theorie

Nina Schlosser/Ulrich Brand/Markus Wissen
Kritische Wissenschaft in krisenhaften Zeiten 45
Ein Gespräch über ihren Beitrag
zu emanzipatorischen Transformationen

Alex Demirović
Im Blindflug 68

Birgit Sauer
Wozu noch feministisch kritische Staatstheorie 79
Überlegungen zu Kontiunitäten und Neuanfängen

Maria Tsenekidou
Bildung und Befreiung 92
Eine Spurensuche in Erinnerung an Peter Brückner
und Erneuerung von Praxisperspektiven Politischer Psychologie
angesichts aktueller Herausforderungen politischer Bildung

Vanessa Ossino
Verwicklungen der Erkenntnis 108
Theorie in ihrer historischen Situation

Rebecca Gotthilf
Unser Wissen, unser Widerspruch 124
Die (post-)migrantische Gesellschaft
und ihre widerständigen Wissensarchive

ANGEWANDTE KRITISCHE WISSENSCHAFTEN

Stefan Kalmring
Raus aus der Schockstarre 138
Wie werden wir handlungsfähig gegen die extreme Rechte?

Mario Candeias
Hoffnung und Hoffnungslosigkeit 155
Linke Analyse und Strategie in Zeiten
von Faschisierung und spätneoliberaler Offensive

Peter Ullrich
Hochschulproteste zum Gaza-Krieg,
autoritärer Anti-Antisemitismus und das Ende der Kritik 169

Ruth Sonderegger
Wissenschaft und Freiheit 188
Mindestens zwei gewaltvolle Problemkomplexe
und viel Arbeit für die Kritik

Mai-Anh Boger
Über Sinn und Unsinn der Lektüre kritischer Theorien
in der (sonderpädagogischen) Lehrkräftebildung 200

Markus Euskirchen
Die Visionen der Künstlichen Intelligenz 209
Kritische Überlegungen zur hochtechnologischen Revolution

AUTOR*INNEN & HERAUSGEBER*INNEN 225

Marcus Hawel/Stefan Kalmring/Nina Schlosser

Wozu noch kritische Wissenschaft

Einleitende Überlegungen

»Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*,
es kömmt darauf an, sie zu *verändern*.«[1]
Karl Marx

»Der sich Mäßigende setzt Fett an,
das ihm und anderen als Muskel nur erscheint,
und etwas in ihm magert zugleich ab,
er wird ein politischer Suppenkasper.«[2]
Peter Brückner

Dies soll die Leitfrage des vorliegenden Sammelbandes sein. Wir haben eben diese Frage ausgewählt, weil sie nicht nur ein guter Leitfaden für die verschiedenen Artikel des vorliegenden Buches ist, sondern als zentrale Grundfrage eines linken Politikverständnisses – und damit die mit diesem Buch abschließende Gesamtreihe »*Work in Progress. Work on Progress*« – trägt. Immer wieder kamen die einzelnen insgesamt 15 Bände auf dieses Thema zu sprechen. Dieses war nicht zufällig eine der zentralen Leitfragen, an denen sich die Redaktionen und Autor*innen abgearbeitet haben.

Seit Karl Marx in der elften Feuerbachthese die kritische Weltinterpretation zu einer zentralen Grundfrage einer weltverändernden Praxis gemacht hat, ist die Frage nach der Beschaffenheit einer kritischen Theorie aus linken Debatten nicht mehr wegzudenken. Was kann kritische Wissenschaft leisten und was nicht? Was ist ihr Gegenstand, ihre Beschaffenheit und was sind ihre Methoden? Kritische Wissenschaft verfügt über ihren eigenen Zeitkern der Wahrheit. Das heißt, sie muss sich mit den Wandlungen des Kapitalismus selbst verändern, aber auch mit den sich verändernden Bedarfen der verschiedenen Akteur*innen, die mit ihrer Hilfe die eigene und die gesellschaftliche Emanzipation insgesamt vorantreiben wollen.

Besonders in den letzten 40 Jahren hat der Kapitalismus weitreichende Veränderungen durchlaufen. Er hat sein Gesicht geändert.

---

[1] Karl Marx: Thesen über Feuerbach. In: Karl Marx; Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 3, Berlin 1958, S. 7.

[2] Peter Brückner: Das schwierige Verhältnis von Parteilichkeit und Wahrheitsanspruch, Bochum 1982, S. 26.

Die Krisen sind vielfältiger geworden, sie überlagern sich und nehmen existenziellen Charakter an. Gerade deshalb ist es sinnvoll, jetzt und hier die Frage nach dem Beitrag, den Konstitutionsbedingungen und der Verfasstheit einer kritischen Wissenschaft in konzentrierter Form und auf eine zugespitzte Weise zu stellen.

Es ist nicht das erste Mal, dass die Frage »Wozu noch kritische Wissenschaft?« aufgeworfen wird. Wir wollen allerdings die Frage ohne das Fragezeichen stellen. Bereits Theodor W. Adorno hatte mit seinem Aufsatz »Wozu noch Philosophie« aus dem Jahr 1962 die Blaupause für diese fragezeichenlose Stoßrichtung gegeben, wenngleich man in solchen gedrucksten oder gekrümmten, jedenfalls gestischen Fragestellungen stets einen »amateurhaften Klang« hören, eben die gängige affirmative Dialektik, das heißt die leicht konformistische rhetorische Frage vermuten könnte, nach der zunächst »alle möglichen Schwierigkeiten und Bedenken an[ge]häuft [werden], um schließlich […] das rhetorisch Bezweifelte zu bejahen«.[3]

Angesichts der gesellschaftlich-politischen Krise der Linken in unserer Zeit rekurrieren wir auf die fragenzeichenlose Frage, weil wir uns mit nüchternem Blick davon begeistern lassen wollen, was kritische Wissenschaft bedeutet und wozu sie notwendig ist, um dazu beizutragen, die Nöte (in) der Welt zu einem Besseren zu wenden. Gerade der Zusammenhang zwischen Krise und Kritik wurde schon des Öfteren und immer wieder erörtert, aber er scheint auch besonders nah am archimedischen Punkt[4] zu sein und dennoch einen Zeitkern zu besitzen, weshalb man sich diesen Zusammenhang durch die Zeitläufte hindurch immer wieder auf ein Neues erhellen muss.

Wir – die Herausgeber*innen – verzichten auf das Fragezeichen, um einerseits nicht fatalistisch zu wirken. Derart scheint aus der Fragestellung etwas Konstruktives durch. Andererseits soll das Fehlen des Fragezeichens aber auch provozieren, als handelte es sich diesbezüglich in der Gegenwart schon gar nicht mehr um eine Frage der Selbstbehauptung von kritischer Wissenschaft. Man könnte auch einwenden, es handelte sich bei der Bezeichnung *kritische Wissenschaft* um einen Pleonasmus,[5] weil Wissenschaft stets *kritisch* sein müsse, ansonsten sei sie überhaupt

[3] Theodor W. Adorno: Wozu noch Philosophie. In ders.: Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt am Main 1963, S. 11–28; hier: S. 11.

[4] »Gebt mir einen festen Punkt im All, und ich werde die Welt aus den Angeln heben.« (Archimedes)

[5] Ein Pleonasmus kombiniert bedeutungsgleiche Wörter, zum Beispiel ein *weißer Schimmel*.

keine Wissenschaft. Ja, und das gleiche könnte man auch von der Theorie sagen. Aber es ist notwendig, kritische Wissenschaft gegen den neoliberalen und apologetischen Mainstream (kultur)industrieller und positivistischer Wissensproduktion in der Gesellschaft zu behaupten. Das Anliegen des Doktorand*innen-Jahrbuches ist es seit Anbeginn gewesen, zu dieser Behauptung einen Beitrag zu leisten, der in die Hochschulen, in andere Bildungseinrichtungen und in die Politik hineinwirkt und dort durch die Förderung eines linken wissenschaftlichen Nachwuchses kritische Wissenschaft sichtbar macht.

Wissenschaft darf linksseitig engagiert und normativ sein, ohne sich den Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit gefallen lassen zu müssen. Sie muss sich vor allem davor verwahren, Herrschaftsinteressen zu befriedigen. Denn Bildung ist zum einen das geistige Bilden von sich selbst, das Ausbilden von Fertigkeiten und Haltung und zum anderen das gegenständliche Bilden des gesellschaftlichen Ganzen. Es geht nicht nur darum, sich und die Welt zu begreifen, sondern beides durch das und mit dem Begreifen auch zu verändern. Diese Prozesse sind niemals abgeschlossen, daher sind sie im wahrsten Sinne des Wortes ein *work in progress* und *work on progress*. Um dem Ausmaß dieser Aufgabe gerecht werden zu können, legen wir mit dem vorliegenden Sammelband eine kollektive Bearbeitung der Problematik vor, die unterschiedliche Aspekte beleuchtet, wenn auch sicherlich nicht vollständig. Dieses Buch soll auch eine Einladung zu weiteren Diskussionen sein.

Das Buch ist in zwei Abschnitte gegliedert. Im ersten Teil versammeln sich mehrere Aufsätze zur Selbstbetrachtung kritischer Wissenschaft. Anschließend widmen sich die Autor*innen der Anwendung kritischer Wissenschaft auf verschiedenen sozialen Themenfeldern.

Zunächst wirft Marcus Hawel einen Rückblick auf 15 Jahre Doktorand*innen-Jahrbuch und auf die Veränderungen, die es in dieser Zeit im Wissenschaftsbetrieb gegeben hat. Sein Maßstab der Beurteilung ist die *Kritische Theorie,* in deren Lichte er den Wissenschaftsbetrieb reflektiert. Sein Resümee fällt pessimistisch, aber nicht hoffnungslos aus. Während noch vor einigen Jahren die Kritik der Wissenschaft mehr oder weniger selbstverständlich war, hat die Neoliberalisierung des Hochschulbetriebs dazu geführt, dass *Mainstream*-Wissenschaft und Kritik in einen Widerspruch geraten sind. Nina Schlosser, Uli Brand und Markus Wissen gehen die gleiche Problematik aus einer etwas anderen Perspektive an. Auch für sie sind die Zeiten für eine gesellschaftskritische Wissenschaft schlecht. Trotz alledem fragen sie sich, wie Frustrationen, Niederlagen, aber auch Hoffnungen von kritischen Akteur*innen aus der

Wissenschaft verarbeitet und für diese fruchtbar gemacht werden können. In Alex Demirović' Augen steuert die bürgerliche Gesellschaft auf eine sozialökologische Krise zu. Sie braucht einerseits Wissenschaft, um bestehen zu können. Andererseits muss sie deren kritische Gehalte zum großen Teil ignorieren. Dies bedeutet aber, dass sie in Form eines Blindfluges durch die anstehenden Krisen steuern will. Um die neuen Tendenzen der Entdemokratisierung, Autoritarisierung und Faschisierung zu erkennen und ihnen entgegenzusteuern, bedarf es unter anderem einer feministisch-kritischen Staatstheorie, der sich Birgit Sauer in ihrem Beitrag widmet. Doch selbst die Theorie gerät im Zuge der rechtsautoritären Entwicklungen unter Druck. Ventile dafür bieten Emanzipationsperspektiven, die Sauer skizziert. Mit Emanzipation beschäftigt sich auch Maria Tsenekidou. Sie geht auf eine historische Spurensuche bezüglich der politischen Bildung. Unter Rückgriff auf die *politische Psychologie* von Peter Brückner spürt sie deren Emanzipationspotenzial, aber auch die Herausforderungen auf, mit denen diese heute konfrontiert ist. Vanessa Ossino widmet sich in ihren Betrachtungen dem historischen Zeitkern von wissenschaftlichen Begriffen und Methoden. Ohne eine Berücksichtigung der sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen kann diese ihren Aufgaben nicht gerecht werden. Diesen Gedanken greift Rebecca Gotthilf auf und fordert die vorherrschenden gesellschaftlichen Wissensarchive durch eine (post-)migrantische Perspektive heraus. Die Wissensproduktion und Perspektiven von Menschen mit Migrationsgeschichte sind in besonderer Weise in der Lage, den Macht- und Herrschaftscharakter der vorherrschenden gesellschaftlichen Erzählungen zu hinterfragen.

Stefan Kalmring führt im ersten Beitrag des zweiten Abschnitts den Erfolg der radikalen Rechten auch darauf zurück, dass diese sich eingehend mit der Hegemonietheorie von Antonio Gramsci, mit der Sozialen Bewegungsforschung und den Tools eines politischen Campaignings beschäftigt haben und deren Erkenntnisse für sich zu nutzen wissen. Will die politische Linke der extremen Rechten etwas Wirksames entgegensetzen, sollte sie auf all diesen Feldern selbst deutlich besser werden. Dieser Herausforderung stellt sich Mario Candeias ebenfalls und versucht im Text, den gegenwärtigen Trend zu einer Faschisierung zu verstehen. Dabei wirft er die Frage auf, wie eine Strategie von links beschaffen sein müsste, um eine Trendumkehr einzuleiten. Nur dadurch kann Ohnmacht überwunden und eine neue Politik der Hoffnung begründet werden, die die gesellschaftlichen Verhältnisse hin zu einem besseren transformieren kann. Demgegenüber untersucht Peter Ullrich, wie eine

neue Form des Kampfes gegen den Antisemitismus selbst wieder Freiheiten auch in der Wissenschaft zu unterhöhlen neigt. Er spricht von einem autoritären Anti-Antisemitismus und versucht diesen begrifflich auf den Punkt zu bringen. Als Anschauungsbeispiel zieht er die Diskussionen um die propalästinensischen Proteste an Berliner Hochschulen der letzten Zeit heran. Ruth Sonderegger wiederum kritisiert den Begriff der Wissenschaftsfreiheit in der neoliberalen Wissenschaftslandschaft. Dieser selbst trägt einen gewaltsamen Charakter. Aber auch eine kritische Erziehungswissenschaft, die sich an der Kritischen Theorie orientiert, sieht Mai-Anh Boger in der Krise, denn der Gegenstand scheint abhanden zu kommen. Gegenwärtig haben die vorherrschenden Erziehungswissenschaften nur noch wenig über Bildung und Erziehung zu sagen. Woran also soll sich eine kritische Erziehungswissenschaft gerade abarbeiten? Markus Euskirchen versucht in dem letzten Beitrag des Buches die Potenziale und Risiken einer Künstlichen Intelligenz (KI) in einer Gesellschaft zu umreißen, die von Rassismus, Krieg und Profitstreben geprägt ist. Er fordert uns zu einem selbstbewussten kritischen Umgang mit den neuen Leitproduktivkräften der KI von links auf.

Wir hoffen, dass die Beiträge des vorliegenden Buches produktive Debatten anstoßen können. Wir danken den Autor*innen für ihre tollen Aufsätze und eine schöne Zusammenarbeit. Als Andersdenkende, die die Welt nicht nur verstehen, sondern sie verändern wollen, machen sie uns Hoffnung und geben uns Kraft, weiterzumachen. Für die großartige Arbeit in den letzten 15 Jahren danken wir ganz herzlich dem *VSA-Verlag*. Die Doktorand*innen-Jahrbücher hätten ohne den großen Einsatz der verschiedenen stipendiatischen Redaktionsteams nicht erscheinen können. Auch dafür ein herzliches Dankeschön an alle. Wir hoffen, dass die Sichtbarkeit kritischer Nachwuchswissenschaft im Kontext der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* künftig auch ohne das Jahrbuch hergestellt werden kann. Neue Formate werden dafür zu entwickeln sein.

ZUSAMMENFASSUNGEN

SELBSTBETRACHTUNGEN KRITISCHER WISSENSCHAFTEN

Marcus Hawel
»Die Kritik ist auf den Hund gekommen«
Wissenschaft im Lichte der Kritischen Theorie
In dem von Nina Schlosser mit mir geführten Interview geht es um das Doktorand*innen-Jahrbuch *Work in Progress. Work on Progress*, das nach 15 Jahren zu einem Abschluss gelangt. Wie haben sich in dieser Zeitspanne die Forschungsthemen von in der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* geförderten Dissertationen verändert? Was überhaupt sind kritische Wissenschaft, kritische Begriffe und eine kritische Forschungsfrage? Auf diese Fragen reflektiere ich aus der Perspektive der *Kritischen Theorie* und kritisiere den auf den Hund gekommenen neoliberalen Wissenschaftsbetrieb.

Nina Schlosser/Ulrich Brand/Markus Wissen
Kritische Wissenschaft in krisenhaften Zeiten
Ein Gespräch über ihren Beitrag
zu emanzipatorischen Transformationen
Was bedeutet »kritische Wissenschaft«? Welchen Beitrag kann sie in krisenhaften Zeiten zu emanzipatorischen Transformationsprozessen leisten? Wie können wir mit Niederlagen und Frustrationserfahrungen umgehen? Und wie lassen sich Empörung und Wut wissenschaftlich ebenso wie politisch produktiv machen? Drei kritische Wissenschaftler*innen, die sich seit vielen Jahren kennen und in unterschiedlichen Kontexten kooperieren, tauschen sich über diese Fragen aus. Sie diskutieren die besorgniserregenden gesellschaftlichen und (wissenschafts-)politischen Verengungen in krisenhaften Zeiten, die die notwendige Transformation der kapitalistischen Ordnung blockieren. Zudem reflektieren sie ihre eigene Rolle und fragen, was sich aus den Herausforderungen und Errungenschaften in *Academia* und darüber hinaus lernen lässt.

Alex Demirović
Im Blindflug
Die bürgerliche Gesellschaft steuert auf ein sozial-ökologisches Desaster zu. Das ist auch Ergebnis der modernen Wissenschaften, die zur Entwicklung der Produktivkräfte beitragen. Trotz aller Wissenschaftsabhängigkeit wehrt die bürgerliche Gesellschaft wissenschaftliche Einsichten ab. Sie ahnt, dass es ihr Ende wäre, wenn sie wissenschaftliche Erkenntnisse ernst nehmen würde: kein Gott mehr, keine Nationen, kein Pro-

fit für Wenige. Die bürgerliche Gesellschaft konstituiert sich durch frei gewählte Dummheit und begibt sich in einen gefährlichen Blindflug.

Birgit Sauer
Wozu feministisch-kritische Staatstheorie?
Überlegungen zu Neuanfängen und Kontinuitäten
Kritisch-feministische Staatstheorie musste sich seit ihrer Entstehung immer die Frage nach dem Wozu und Warum stellen. Ihr herrschaftskritischer Anspruch wurde stets unter Ideologieverdacht gestellt. Diese Angriffe verstärkten sich im neoliberalen »akademischen Kapitalismus« und mit dem größeren öffentlichen Einfluss rechtsautoritärer Akteur*innen. Dazu feministisch-kritische Staatstheorie: um Geschlechterherrschaft im und durch den Staat sichtbar zu machen, um Marginalisierungsdynamiken in der Academia zu kritisieren und um die Autoritarisierungs- und Entdemokratisierungsstrategie der autoritären Rechten zu verstehen.

Maria Tsenekidou
Bildung und Befreiung
Eine Spurensuche in Erinnerung an Peter Brückner und Erneuerung von Praxisperspektiven Politischer Psychologie angesichts aktueller Herausforderungen politischer Bildung
Im Mittelpunkt dieses Aufsatzes stehen aktuelle Herausforderungen politischer Bildung aus politisch-psychologischer Perspektive. Zunächst werden bei einer historischen Spurensuche das Wissenschafts- und Bildungsverständnis Peter Brückners sowie der emanzipatorische Gehalt seiner Politischen Psychologie erörtert. Was bedeutet Politisierung der Wissenschaften? Was kennzeichnet Befreiungspotenziale von Bewusstseinsbildungen über die Zusammenhänge von individueller und gesellschaftlicher Geschichte? Erneuern lässt sich das Praxismotiv Politischer Psychologie: Selbstaufklärung und Selbstbefreiung.

Vanessa Ossino
Verwicklungen der Erkenntnis
Theorie in ihrer historischen Situation
Der Beitrag thematisiert die Verwicklung wissenschaftlicher Theoriebildung in ihre historische Situation. Während Objektivität ein zentraler Anspruch wissenschaftlicher Erkenntnis bleibt, zeigt sich, dass Forschung durch institutionelle Strukturen, sozio-historische Bedingungen und die Historizität der Forschenden geprägt ist. Die Analyse reflektiert die epistemischen und normativen Implikationen dieser Verflechtungen

und argumentiert für eine kritische Wissenschaft, die ihre Bedingtheit anerkennt und reflektiert.

Rebecca Gotthilf
Unser Wissen, unser Widerspruch
Die (post-)migrantische Gesellschaft
und ihre widerständigen Wissensarchive
Kritisches, (post-)migrantisches Wissen kennt die Grenzen in der Hinterfragung der Macht, hat wenig Nachsicht beim Entlarven der Schattenseiten dieser und wenig Zaghaftigkeit im Fordern emanzipatorischer Projekte, die die vermeintliche Standfestigkeit ins Wanken bringen kann. Wissen ist in Bewegung – es migriert, es verändert sich, es überschreitet Grenzen. Dabei ist es bemerkenswert, wie oft wir glauben, nichts verändern zu können. Dass unsere Stimme unbedeutend sei, unser Wahlkreuz wirkungslos, unsere Erde verloren. Wir stellen Fragen, deren Antworten wir insgeheim bereits zu kennen meinen – Antworten, die Resignation nähren und den Untergang als unausweichlich erscheinen lassen. Doch Wissen existiert nicht im luftleeren Raum. Es steht auch in einer Tradition des Widerstands, in einer Kontinuität gelebter Kämpfe um Anerkennung, Unlogiken und Widerspruch. Kritisches Wissen weiterzugeben bedeutet, sich einzumischen, nicht aufzugeben, mit Nachdruck Veränderung und Destabilisierung zu fordern – es bedeutet das Hinterfragen des herrschenden Systems, wofür es (post-)migrantische Perspektiven benötigt.

ANGEWANDTE KRITISCHE WISSENSCHAFTEN

Stefan Kalmring
Raus aus der Schockstarre
Wie werden wir handlungsfähig gegen die extreme Rechte?
Will die politische Linke den Siegeszug der AfD aufhalten, muss sie sich strategisch aufstellen. Sie sollte in den Tools eines erfolgreichen politischen Aktivismus geübt sein, ihre Gegner*innen und deren Stärken und Schwächen ebenso eingehend studiert haben wie sich selbst und die Ergebnisse einer kritischen Wissenschaft Sozialer Bewegungen kennen und für sich handhabbar machen. In meinem Aufsatz versuche ich einige Überlegungen zur Strategiedebatte im Kampf gegen Rechts beizusteuern.

Mario Candeias
Hoffnung und Hoffnungslosigkeit
Linke Analyse und Strategie in Zeiten
von Faschisierung und spätneoliberaler Offensive
Zeiten zunehmender Faschisierung und blockierter Transformation wirken erdrückend und demobilisierend. Es gibt jedoch keine Alternative zur nüchternen, illusionslosen Betrachtung der realen gesellschaftlichen Verhältnisse. Nur auf dieser Grundlage kann sich eine reale Strategie und konkrete Hoffnung gründen. Zugleich geht es um einen produktiven Umgang mit negativen Gefühlen, begründeter Hoffnungslosigkeit oder Fatalismus. Für all dies braucht es besondere Orte der Wissensproduktion, strategischer kollektiver Vermittlungsintellektueller. Bedingungen der Hoffnung sind Strategiebildung, Organisierung und Solidarität. Für die konkrete Situation formuliere ich einige Vorschläge, um eine gesellschaftliche Volksfront von unten zu organisieren und einen Pol der Hoffnung zu formieren.

Peter Ullrich
Hochschulproteste zum Gaza-Krieg,
autoritärer Anti-Antisemitismus und das Ende der Kritik
Der Kampf gegen Antisemitismus, ein zutiefst unterstützenswertes linkes Ziel, wird gegenwärtig in einer verunstalteten Form als »autoritärer Anti-Antisemitismus« zu einem Katalysator und Motor andauernder Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit sowie auf Grund- und Freiheitsrechte im Allgemeinen und erodiert massiv Räume für Kritik. Diese paradoxe Konstellation wird durch begriffliche Entfaltung des Konzepts »autoritärer Anti-Antisemitismus« und durch die exemplarische Analyse einer Hochschulbesetzung durch palästinasolidarische Studierende untersucht.

Ruth Sonderegger
Wissenschaft und Freiheit
Mindestens zwei gewaltvolle Problemkomplexe
und viel Arbeit für die Kritik
Der folgende Text plädiert dafür, trotz der gegenwärtig massiven Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit, die Freiheits- und Wissenschaftsverständnisse, die der (neo)liberalen Wissenschaftslandschaft zugrunde liegen, einer fundamentalen Kritik zu unterziehen. Die vorgeschlagene Kritik zielt nicht auf eine Verbesserung der in Ansätzen noch bestehenden Wissenschaftsfreiheit, sondern auf die Analyse der Gewalt in ihr.

Mai-Anh Boger

Über Sinn und Unsinn der Lektüre kritischer Theorien in der (sonderpädagogischen) Lehrkräftebildung

Lange Zeit galt es als Besonderheit des deutschsprachigen Verständnisses Kritischer Erziehungswissenschaft, dass sich diese in Anlehnung an die Kritische Theorie affirmativer Entwürfe enthielt. Statt wieder die nächste Erziehungs- und Bildungsideologie zu entfalten, sollte an einer gründlichen Kritik der herrschenden Ideologien gearbeitet werden. Doch was, wenn die derzeit herrschenden Ideologien gar nicht mehr über Erziehung und Bildung im emphatischen Sinne sprechen? Zurück bleibt sodann ein Loch. Welches Verständnis von Kritischer (Erziehungs-)Wissenschaft ist in einer solchen geschichtlichen Situation dienlich?

Markus Euskirchen

Die Visionen der Künstlichen Intelligenz
Kritische Überlegungen zur hochtechnologischen Revolution

Kritische Theorie Künstlicher Intelligenz analysiert nicht primär Technik, sondern Produktions-, Eigentums- und Machtverhältnisse. KI vergegenständlicht menschliche Arbeit, reproduziert soziale Ungleichheit und verschärft Diskriminierung. Der Einsatz generativer Modelle unter kapitalistischen Bedingungen führt zu Wissensverlust, Kompetenzabbau und gesellschaftlicher Abhängigkeit. Emanzipatorisches Potenzial liegt in kollektiv nutzbarer freier Software und der Aneignung digitaler Produktionsmittel von unten.

SELBSTBETRACHTUNGEN KRITISCHER WISSENSCHAFTEN

Marcus Hawel

»Die Kritik ist auf den Hund gekommen«

Wissenschaft im Lichte der Kritischen Theorie

»Die Freiheit! Freilich, die Freiheit,
wie sie heute möglich ist,
ist ein kümmerliches Gewächs.
Aber immerhin Freiheit, immerhin ein Besitz.«[1]
Franz Kafka

*Du hast 15 Jahre lang als Reihenherausgeber des Doktorand*innen-Jahrbuches die jährlich wechselnden stipendiatischen Redaktionen begleitet. Dieser Band 15 ist nun der Abschluss. Das Projekt wird beendet. Wie fing es an, wie ging es weiter, und wie endet es?*

Als ich 2009 als *Referent für Bildungspolitik* ins *Studienwerk* der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* (RLS) kam, habe ich die Begleitung der Promotionsstipendiat*innen übernommen. Zu den Aufgaben zählten unter anderem die Durchführung von Doktorand*innenseminaren, auf denen die Dissertationsprojekte referiert und anschließend ganz ähnlich wie in einem Doktorand*innenkolloquium an der Universität diskutiert wurden – jedoch mit dem Unterschied, dass wir einen angstfreien Raum schaffen und die Themen nicht nur wissenschaftlich, sondern auch politisch diskutieren wollten. Anfangs wurden die Themen querbeet vorgetragen, das lag daran, dass es 2009 in der RLS noch eine überschaubare Anzahl von promovierenden Stipendiat*innen gab. Es war bis dahin üblich, für jedes Doktorand*innenseminar einen eigenen Sammelband herauszugeben, in dem die verschriftlichten Vorträge hintereinander gereiht erschienen. Die Vortragenden ermutigte dies zur Publikation, für die meisten war es die erste wissenschaftliche Veröffentlichung.

In den Folgejahren machte das Studienwerk einen quantitativen Sprung im Personal- und Mittelaufwuchs. Das ermöglichte und erforderte eine qualitative Neuerung, wichtige Veränderungen konnten eingeführt werden. Ich ging mit zwei Ideen schwanger, um die Formate zu verbessern.

Die erste Idee: Ich wollte thematische Schwerpunkte für die Doktorand*innenseminare ausbilden. Das wurde möglich, weil sich die Anzahl der geförderten Stipendiat*innen deutlich erhöhte. Wir führten also

[1] Franz Kafka: Forschungen eines Hundes. In: Ders.: Beschreibung eines Kampfes. Novellen, Skizzen, Aphorismen aus dem Nachlass, Frankfurt a. M. 1983, S. 215.

Schwerpunktthemen ein wie »Gender Macht Identität« und »Politische Ökonomie und aus ihr resultierende soziale Konflikte« oder »Erinnerung von Geschichte verändert den Umgang mit Gewalt«. Die Seminare wurden dadurch konzentrierter; es ließen sich diverse Synergieeffekte hinsichtlich konstruktiver Kritik und der Vernetzung im Stiftungszusammenhang oder auch mit Blick auf die Vertrauensdozent*innen beobachten, weil sich insgesamt ein informierterer Kreis aus Teilnehmer*innen herstellen ließ, der sich durch die programmatischen, politisch aufgeladenen Schwerpunktthemen angezogen fühlte.

Die zweite Idee war das Doktorand*innen-Jahrbuch. Nicht mehr unzusammenhängende Einzelsammelbände für jedes Doktorand*innenseminar sollte es geben, sondern in einer Jahrespublikation thematisch gebündelt, was mehr Spielraum für die inhaltliche Profilbildung bot, zumal sich mit der zugenommenen Anzahl an Stipendiat*innen bestimmte, verallgemeinerbare Themen häuften, zum Beispiel zur Hegemonietheorie von Antonio Gramsci oder zur Gouvernementalität von Michel Foucault.

Die Schwerpunktthemen aus den Doktorand*innenseminaren sollten sich im Jahrbuch als Rubriken widerspiegeln und umgekehrt. Wir wollten eine fruchtbare Dialektik zwischen beiden Formaten und einen vielfältigen Gebrauchswert in den jeweiligen Lernprozessen erzeugen. Der Nutzen des Jahrbuches sollte über eine erste Veröffentlichungsmöglichkeit für unsere Stipendiat*innen deutlich hinausgehen. Es sollte auch zur besseren Vernetzung im Stiftungsumfeld und in der *scientific community* beitragen und die von uns geförderten kritischen Nachwuchswissenschaftler*innen an den neoliberalisierten Hochschulen sichtbarer machen. Ferner zielten wir auf einen zusätzlichen Synergieeffekt für die jeweiligen geförderten Promotionen, denn das inhaltliche und sprachliche redaktionelle Feedback zu den Aufsätzen hat im besten Falle Rückeffekte auf die Arbeit der Doktorand*innen an ihren Dissertationsschriften. Die stipendiatischen Redaktionen wechselten jedes Jahr, sodass möglichst viele Stipendiat*innen in Begleitung lernen konnten, wie man einen Sammelband herausgibt, mit Verlag und Autor*innen kommuniziert, deren Texte redigiert, inhaltliche Feedbacks gibt, aus der Themenbandbreite einen Schwerpunkt bildet und gemeinsam eine Einleitung schreibt.

Ich denke, wir haben mit diesem Projekt von Anfang an eine sehr sinnvolle Arbeit geleistet und zusammen mit den jeweiligen Redaktionen eine beeindruckende Routine entwickelt. Seit 2022 kam die Kollegin Sara Khorshidi als gleichberechtigte Reihenherausgeberin hinzu; wir wollten ein paar Jahrgänge gemeinsam begleiten, danach sollte Sara das Projekt

alleine weiterführen. Dazu kam es leider nicht mehr. Die Stiftung war aufgrund wegbrechender Mittel gezwungen, einen massiven Stellenabbau zu planen und Mittel einzusparen. Sara hatte deshalb im Vorfeld aus eigenem Antrieb die Stiftung leider verlassen. Zudem haben wir im Studienwerk beschlossen, das das Jahrbuch einzustellen, denn es schien so, als würde auch ich meine Stelle verlieren, was dann aber anders gekommen ist. Wir planten also diesen Abschlussband. Aufgrund des überraschenden Wahlerfolges der Partei *Die Linke* bei den vorgezogenen Bundestagswahlen im Februar 2025 wäre es vielleicht möglich gewesen, die Entscheidung hinsichtlich der Beendigung des Jahrbuchprojektes rückgängig zu machen, weil es so scheint, als seien Mittel und Personal nun doch in ausreichender Weise im Studienwerk vorhanden. Ich bin unbedingt für den Erhalt, denn das Jahrbuch erfüllte in all den Jahren eine zentrale Funktion in der Promotionsförderung und der Sichtbarmachung der von der RLS geförderten kritischen Nachwuchswissenschaftler*innen. Es wird ansonsten eine Lücke in der ideellen Förderung klaffen.

Du bist seit 17 Jahren im Studienwerk mit den Auswahlverfahren für Promotionsstipendien befasst. Mittlerweile hast Du vermutlich einen ziemlich guten Über- und Einblick zu und in Forschungsprojekte, aber auch den Alltag in den neoliberalisierten Hochschulen. Inwieweit veränderten sich im Laufe der Zeit die Forschungsthemen und -fragen in den Stipendienbewerbungen?

Es gibt Moden oder Häufungen, was die Themen, die Wahl der Methoden oder der theoretischen Ansätze angeht. Die *Militante Untersuchung*, die auf die Theorie und politische Praxis des *Operaismus*[2] zurückgeht, und vor allem in der Arbeiter*innen- und Frauenbewegung Beachtung gefunden hat, ist so eine Methode, die mit der politischen Absicht, durch aktivistische Forschung in die bestehenden Verhältnisse einzugreifen, eine Zeitlang wieder in Mode gekommen war.

Ein noch eingängigeres Beispiel von in Mode gekommenen Methoden, die in den Stipendienbewerbungen exponiert werden, ist die *Grounded Theory*, die eigentlich eine Anti-Methode ist, denn sie möchte den zu untersuchenden Gegenstand nicht durch methodische Vorannahmen präformieren, was das Forschungsergebnis verfälschen könnte. Das ist womöglich ein Reflex auf die ausufernde und weitverbreitete Metho-

[2] Siehe Steve Wright: Den Himmel stürmen. Eine Theoriegeschichte des Operaismus, Berlin 2005.

denhuberei. Wir haben allerdings die Erfahrung gemacht, dass die Anwendung dieser Anti-Methode sehr viel Aufwand und Kompetenz erfordert, sodass oftmals die Stipendiat*innen, die sich der *Grounded Theory* bedienen, den zeitlichen Rahmen des zulässigen Förderzeitraums überschreiten, da sie, methodisch gewollt, in der Regel später mit der Verschriftlichung ihrer empirischen Ergebnisse beginnen.

Die mit Abstand am häufigsten verwendete Methode – zumindest in der Soziologie, insbesondere den *gender studies*, Politik-, Medien- und Literaturwissenschaft ist seit Jahrzehnten die Diskurstheorie, wie sie von Michel Foucault entwickelt und von Leuten wie Siegfried Jäger, Jürgen Link und anderen oder auch mit einer sehr eigenen Komponente von Jürgen Habermas abgewandelt oder erweitert wurde. Hier war offenbar ein hell leuchtender Stern aufgegangen, der jetzt allmählich zu erlöschen scheint, aber über eine lange Zeit sehr dominante, kaum hintergehbare Paradigmen in der Wissenschaft etabliert hat, die allerdings allmählich wie methodische Schablonen für Dissertationen wirken.[3] Das ist übrigens ein verallgemeinerbares Phänomen, das zuvor über mehrere Jahrzehnte nach 1968 auch marxistische Wissenschaft getroffen hat.

Die Diskurstheorie hat für mein Dafürhalten sukzessive die historisch-materialistische Ideologiekritik verdrängt, weil sie einerseits von ähnlichen, zumindest anschlussfähigen Grundannahmen ausgeht (die soziale Wirklichkeit wird durch Sprache und Diskurse konstruiert; die Sprache ist darin ein mächtiges Instrument zur Formung von Normen, Werten und Wissen; die Ordnung dieser Diskurse bestimmt machtvoll über Zugänge zu und Ausschlüsse aus den Diskursen und Formen von Öffentlichkeit), aber andererseits anders als die Ideologiekritik bloß mit der gesellschaftlichen Oberfläche umgeht, nicht in die Tiefe der Analyse von Ausbeutung und kapitalistischer Herrschaft geht und deshalb unterhalb des antikommunistischen Radars bleibt. Man hätte mehr Konzentration darauf verwenden sollen, die beiden Methoden miteinander zu verschmelzen oder zu kombinieren, wie es zum Beispiel Alex Demirović oder Stuart Hall versucht haben.[4]

---

[3] Vgl. Marcus Hawel: Von Schablonen und Masken. In: Work in Progress. Work on Progress, Jg. 2013, hrsg. v. ders.; Herausgeber*innenkollektiv, Hamburg 2013, S. 9–18; hier: S. 11; siehe auch Marcus Hawel: Kritische Wissenschaft in der unternehmerischen Wissensgesellschaft. In: Work in Progress. Work on Progress, Jg. 2014, hrsg. v. ders.; Herausgeber*innenkollektiv, Hamburg 2014, S. 240–256; hier: S. 242ff.

[4] Siehe Alex Demirović: Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule [1999], Wien/Berlin 2023; Maria

Wenn ich von gängigen Methoden spreche, dann darf selbstverständlich auch die *immanente Kritik* der *Kritischen Theorie* nicht fehlen und vor allem nicht die hegemoniekritische Methode von Gramsci. Das sind alles *kritische* Methoden,[5] die vorzugsweise von Linken mit einem normativen, emanzipatorischen Anspruch in der Wissenschaft angewendet werden. Dafür bedarf es geeigneter Räume an den Hochschulen jenseits der neoliberalen Wissenschaft. Denn solchen Methoden sieht man bereits an, dass sie systemsprengend sind und lassen mithin Rückschlüsse auf die jeweiligen Doktorand*innen und ihre politischen Motive zu.

Für das linke Promovieren gelten ein paar Besonderheiten: Die Forschungsfrage generiert sich sehr häufig aus dem gesellschaftspolitischen Engagement oder aus eigener Betroffenheit und ist mitunter von dem Bedürfnis nach Anerkennung, der Suche nach Identität oder der Verarbeitung von Gewalt getragen – zum Beispiel aus eigener Diskriminierungs-, Flucht- oder Migrationserfahrung, Beeinträchtigung und so weiter. In solchen Kontexten fällt die »Wahl« mehr oder weniger notgedrungen auf inklusive Themen. Die Betroffenheit als Generator von Forschungsthemen ist enorm wichtig. Ebenso das Engagement und nicht selten beides in Kombination. Engagement und Betroffenheit sind die beiden Seiten, die in der bürgerlichen Wissenschaft eher ausgeblendet werden. Seltener spielen andere Motivationen eine Rolle oder ergeben sich aus etwas, das ich die Lust auf eine knifflige Schachfrage nenne, bei der es jemandem Spaß macht, ein logisches Rätsel zu knacken oder ein philosophisches Problem zu lösen.

Das Engagement als Generator von Forschungsthemen berührt die politische Biografie, beziehungsweise die Frage, wann, durch was und wie jemand politisiert wird. Bei den Ereignissen, die einen nachhaltigen und tief durchdringenden Politisierungseffekt auf das noch werdende Forschungssubjekt haben, muss es sich um *historische Knotenpunkte,* das heißt um *katalytische Ereignisse* handeln.[6] Der Effekt der Katalyse stellt sich ansonsten nicht dauerhaft ein, wenn es ein zufälliges Ereignis

---

Backhouse/Stefan Kalmring/Andreas Nowak (Hrsg.): In Hörweite von Stuart Hall. Gesellschaftskritik ohne Gewähr, Hamburg 2023.

[5] Siehe Ulrike Freikamp/Matthias Leanza/Janne Mende/Stefan Müller/Peter Ullrich/Heinz-Jürgen Voß (Hrsg.): Kritik mit Methode. Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik, Berlin 2008.

[6] Vgl. Marcus Hawel: Freie Radikale und Organische Intellektuelle im linken Mosaik. Überlegungen zu den Voraussetzungen kollektiver Handlungsfähigkeit und die katalytische Kraft der Spontaneität. In: Marcus Hawel/Stefan Kalmring: Wie lernt das linke Mosaik? Die plurale Linke in Bewegung, Hamburg 2016, S. 40–61;

ist, von dem keine Tragweite ausgeht. Es muss erst eine strukturelle Systematik in Erscheinung treten wie bei den rassistischen Mordserien der neonazistischen Terrororganisation *Nationalsozialistischer Untergrund* (NSU) zwischen 2000 und 2007 oder den rassistischen Attentaten von Hanau 2020. Oder es müssen sich Dinge ereignen, die umgehend das Potenzial von Zeitenwenden aufweisen, wie zum Beispiel der *11. September 2001*, der *Arabische Frühling* Anfang der 2010er-Jahre, die Finanzkrise seit 2008 oder der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine seit 2022.

Aber auch kleinere Ereignisse und nicht nur im globalen, sondern auch im nationalen und sogar regionalen Maßstab haben politisierende Effekte, wenn auch nicht immer gleich auf einen numerisch signifikanten Teil einer Bevölkerung, meistens aber auf Studierende und Jugendliche. Zu dieser Kategorie von politisierenden Ereignissen zählen zum Beispiel die *Castor-Transporte* (»Schottern«) und die *Republik Freies Wendland*, *Stuttgart 21*, G20-Gipfel in Hamburg, *Deutsche Wohnen & Co Enteignen* in Berlin oder das Erstarken der *Alternative für Deutschland* (AfD), wenngleich sie alle in Kontinuitätslinien und in einen größeren Zusammenhang einzuordnen sind, die also eine längere Vorgeschichte und einen breiteren Kontext haben und auf die mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft noch weitere Protestbewegungen folgen und sich an den verallgemeinerten Themen abarbeiten werden.

Für gewöhnlich gibt es also eine *katalytische Retorte des politisierenden Ereignisses*: Vorne geht das politische Ereignis hinein, mit kurzem zeitlichen Abstand kommt es auf der anderen Seite als politisiertes Subjekt wieder heraus. Das gleiche gilt für eine zweite, *akademisch-wissenschaftliche Retorte*: Vorne geht das politisierte Subjekt hinein und kommt mit etwas größerem zeitlichen Abstand auf der anderen Seite mit einer destillierten Forschungsfrage sowie als werdendes Forschungssubjekt, mithin mit leicht gestutzten Flügeln seiner Politisierung, wieder heraus. Mit anderen Worten, der Destillationsprozess hat eine Normierung und Angleichung zur Folge, die nach bestimmten Kriterien und auch kapitalistischen und bürgerlichen Gesetzmäßigkeiten erfolgt, etwa so ähnlich wie Karl Marx im *Kapital* vom Geld als dem *radikalen Leveller* und von der Zirkulation als der *großen gesellschaftlichen Retorte* spricht,[7] deren Alchimie sämtliche besonderen und traditionellen Verhältnisse einan-

hier: S. 50ff.; vgl. auch Oskar Negt/Alexander Kluge: Maßverhältnisse des Politischen. 15 Vorschläge zum Unterscheidungsvermögen, Frankfurt a.M. 1992, S. 18.

[7] Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 23, Berlin 1958, S. 145f.

der angleicht und auf kapitalistische Weise modernisiert und normiert, das heißt auf diese Weise das Wertgesetz durchsetzt und in bürgerliches Recht kleidet. Das scheint ein notwendiger Vorgang zu sein, um eine Forschung zu beginnen. Während der »Inkubation« in der Retorte, dem Destillierungsvorgang, sind das forschende Subjekt, das wissenschaftliche Thema und die Forschungsfrage herangereift.

Die beiden Retorten lassen sich als politischer und wissenschaftlicher Werdegang hintereinander setzen. Sie funktionieren allerdings immer seltener einwandfrei. Da gibt es Leerstellen, die darauf hinweisen, dass bestimmte Substanzen – zum Beispiel weggebrochene Strukturen an den Hochschulen – bei der »Veredelung« nicht mehr richtig wirken und die notwendigen Lern- und Disziplinierungsprozesse während der Politisierung und der Verwissenschaftlichung störanfällig machen. Solche Leerstellen lassen sich zum Beispiel am signifikanten Mangel von Stipendienbewerbungen aus den Fachbereichen der kritischen Rechtswissenschaft oder marxistischen Ökonomie erkennen. Dahinter steht ein negativer Mechanismus mit System. Denn wenn die linken Orte des Studiums – Seminare, Vorlesungen und so weiter – wegen der Emeritierung linker Professor*innen aus der 68er-Generation oder auch der Zerschlagung linker Strukturen an diversen Fachbereichen weggebrochen sind, kann es gar nicht mehr ohne weiteres zu bestimmten kritischen Gedanken kommen, die sich zu Forschungsfragen destillieren lassen. Es fehlt zuvor bereits das begriffliche Instrumentarium wie auch das Wissen um die linken Theorien, geschweige denn die Forschungslücken, Theoriegeschichte und so weiter, um solche Fragen überhaupt stellen zu können. Aber nur fragend schreiten wir voran. Wir treten also zunehmend auf der Stelle oder gehen sogar rückwärts. Die beiden linken Retorten fallen auf die Stufe der kapitalistischen Retorte zurück.[8] Dann werden an den Hochschulen also zunehmend regressive Fragen gestellt. Ich komme deshalb nicht drum herum, auch der Modularisierung der Studiengänge sowie der Zerlegung des Studiums in Bachelor und Master eine Verantwortung dafür zu geben. Denn die Modularisierung erschwert den Blick auf das gesellschaftliche Ganze, der aber für einen kritischen Ansatz unerlässlich ist. Die Zerlegung wiederum bereitet schlechter auf die Promotion vor, als es früher Diplom oder Magister gewährleistet haben. Das Studium wurde extrem verschult, in der Folge wird seit Längerem auch die Promotion zuneh-

[8] Marcus Hawel: Kritische Wissenschaft in der unternehmerischen Wissensgesellschaft, a.a.O.; hier: S. 247; siehe auch Marcus Hawel: Von Schablonen und Masken, a.a.O.; hier: S. 16.

mend reguliert, damit der Übergang vom Studium zur Promotion nicht im Sande verläuft.[9] Methodenschablonen haben ferner das Promovieren stark vereinfacht. Es scheinen sich auch allgemein die Motivationen verlagert zu haben; es geht an den Hochschulen oft nur noch um das Bildungszertifikat, um damit auf der beruflichen Karriereleiter weiter nach oben zu gelangen und mehr Geld zu verdienen.

Was ist kritische Wissenschaft für dich? Was wäre eine kritische, linke Forschungsfrage und wie lässt sie sich entwickeln?

Zunächst müssen wir zwei Facetten von Kritik auseinanderhalten und danach dann beide aufeinander beziehen. Kritik ist eine Äquivokation: erstens rein theorieimmanente Trennung von Wahrem und Falschem, Beanstandung von Fehlern, Versäumnissen und Widersprüchen in der Theorie gemessen an ihrem Zeitkern. Darin folgt Kritik einer wissenschaftlichen Methode – etwa der Logik und dem aristotelischen Satz vom zu vermeidenden Widerspruch, die sich an das Wesen eines Dings und ihren Begriff richtet. In diesem Fall ist Kritik das *immanente* Movens zur Aufhebung von Widersprüchen. In diesem Zusammenhang von *kritischer Wissenschaft* zu sprechen ist ein Pleonasmus: ein weißer Schimmel. Die zweite Facette von Kritik ist die des moralischen Werturteils gemäß einer grundsätzlichen Haltung oder Gesinnung. Darin hat Kritik eine *praktische* Dimension. Sie greift in politische Prozesse und soziale Kämpfe ein.

Als Nächstes muss ich aber feststellen, dass seit einigen Jahrzehnten kritische Wissenschaft – wenn man diese an den Hochschulen verortet – zunehmend kein Pleonasmus mehr, sondern eher eine *contradictio in adiecto*[10] geworden ist. Dazu komme ich gleich. Ich würde in einem Zwischenschritt von *Kritischer Theorie* sprechen wollen. Was ich dazu sage, ließe sich als Orientierung dann, wo möglich, auf kritische Wissenschaft beziehen.

Ich hätte jedenfalls mit der *Kritischen Theorie* einen Kanon von verschiedenen aufeinander folgenden Existenzialurteilen anzubieten,[11] der

[9] Vgl. Stefan Hornbostel: »Promotion im Umbruch – Bologna ante Portas«, in: Martin Held/Gisela Kubon-Gilke/Richard Sturn (Hrsg.): Bildungsökonomie in der Wissensgesellschaft, Marburg 2009, S. 231; siehe auch Marcus Hawel: Von Schablonen und Masken, a.a.O.; hier: S. 9ff.

[10] Eine contradictio in adiecto ist ein Widerspruch in sich.

[11] Vgl. Marcus Hawel: Krise und Geschichte. Zum Entstehungszusammenhang kritischer Theorie. In: Ders.; Moritz Blanke (Hrsg.): Kritische Theorie der Krise, Ber-

sich zu einer ideologiekritischen Wissenschaftspraxis im Sinne einer linken Forschungsfrage ausbilden lässt: Die Welt muss unter den Vorzeichen ihrer Veränderbarkeit begriffen werden; richtig interpretiert ist die Welt, wenn sie auch verändert wird,[12] daher erweist sich die Richtigkeit der Theorie nicht im Austausch der *scientific community*, sondern im erfolgreichen Voranschreiten sozialer Kämpfe um Emanzipation. Die *Kritische Theorie* versteht sich als das kritische Selbstbewusstsein politischer Subjekte und sozialer Bewegungen, und es ist nur so viel Sinn in der Geschichte, wie von den Menschen in sozialen Kämpfen in sie hineingelegt wird.[13] Notwendig ist, was die Not wendet,[14] und Wahrheit besteht darin, das Leiden an den Verhältnissen im Subjekt zur Sprache zu bringen.[15] Erkenntnistheorie ist von Gesellschaftstheorie nicht zu trennen. Die Metatheorie der Methode ist daher Teil der *Kritischen Theorie* selbst, und der Sache wird gegenüber der Methode ein Vorrang eingeräumt. – »Diese Einheit von Theorie und Metatheorie ist nur ein anderer Ausdruck für die Einheit von Theorie und Praxis.«[16] Jeder Gegenstand erfordert seine eigene Methode, die am besten am historischen Materialismus orientiert ist und der im eigentlichen Sinne gar keine Methode, sondern eine Anleitung (Erkenntnistheorie) zur Bildung einer gegenstandsadäquaten Methode ist. Freilich ist die Erkenntnistheorie niemals von Stoff und Gegenstand zu trennen, ohne dass sie an Gebrauchswert verliert, das heißt abstrakt wird. Methodenschablonen sind dagegen verdinglichte Herangehensweisen, die den Untersuchungsgegenstand präformieren.

Für eine linke Herangehensweise an den Forschungsgegenstand ist der Umgang mit den Begriffen der *Notwendigkeit* und der *Konsequenz* ausschlaggebend: Wenn stets notwendig ist, was die Not wendet, dann ist insofern die Herangehensweise normativ bestimmt. Im Unterschied zur Politik, in der grundsätzlich gilt, dass – wie es bei Bertolt Brecht heißt – wer A sagt, muss nicht B sagen, man kann auch feststellen, dass

---

lin 2012, S. 13–46.

[12] Vgl. Ernst Blochs Abschnitt zu Marxens Feuerbachthesen in ders.: Das Prinzip Hoffnung, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1959, S. 284.

[13] Vgl. Max Horkheimer: Geschichte und Psychologie [1932], in ders.: GS, Bd. 3, Frankfurt a.M. 1988, S. 48–69.

[14] Vgl. Max Horkheimer: Traditionelle und kritische Theorie [1937], in ders.: GS, Bd. 4, Frankfurt a.M. 1988, S. 162–216; hier: S. 204.

[15] Vgl. Theodor W. Adorno: Negative Dialektik [1966], Frankfurt a.M. 1994, S. 29.

[16] Albrecht Wellmer: Kritische Gesellschaftstheorie und Positivismus, Frankfurt a.M. 1969, S. 13.

A falsch war,[17] gilt für die *Kritische Theorie*: Wer erkannt hat, dass A richtig ist, muss auch B sagen. Das bedeutet Konsequenz.[18]

Dieses Verständnis von Notwendigkeit und Konsequenz macht die Begriffe zu *kritischen* Begriffen, die sehr konfliktfreudig sind (gleichsam als freie Radikale mit sehr reaktionsfreudigen Gravitationszentren in ihnen). Sie scheuen jedenfalls keinen Konflikt mit den herrschenden Mächten, wie es bei Marx heißt.[19] Spannungen und Konflikte können praktisch überall entstehen, denn das gesamte gesellschaftliche und staatliche Terrain ist durch die kapitalistischen Klassen- und Herrschaftsverhältnisse determiniert.

Konsequenz heißt aber auch, sich spannungsreich auf das Feld der demokratischen Realpolitik mit der verpflichtenden Bereitschaft zu Kompromissen zu begeben. Dort ist die Konsequenz ernsthaft herausgefordert. Denn, wie es bei dem österreichisch-französischen Sozialpsychologen und Philosophen Manès Sperber heißt: Politik ist nur dann auf kurze Sicht richtig, wenn sie auch auf lange Sicht richtig ist. – So viel zur Realpolitik, in der es aber stets Alternativen gibt, die erst aufscheinen, wenn man sich konsequent gegen allzu vorschnelle Kompromisse zur Wehr setzt. – So viel zum Neoliberalismus und das von Margaret Thatcher etablierte TINA-Prinzip.[20] Fakten sind verdinglichte Wahrheiten, die in ihrer geschichtlichen Dynamik stillgestellt sind und deshalb bezogen auf ihre ausgeblendete Vorgeschichte unwahr werden. Die Ausblendung von Vergangenheit und Zukunft, Gewordenheit und Werden, Nichtmehrsein und Nochnichtsein machen etwas erst zum alternativlos erscheinenden Fakt. – So viel also zu den alternativen Möglichkeiten und der Wahrheit von Fakten. Es erübrigt sich hoffentlich, diese Kritik vom Umgang der Rechten mit *alternative facts* abgrenzen zu müssen.

Es ist die Isolierung eines Dings vom Gesamtzusammenhang, die es abstrakt werden lässt und zu einem Fakt verdinglicht. Abstraktionen in der Wirklichkeit geltend zu machen, verändert nicht die Wirklichkeit, sondern zerstört diese, heißt es bei Georg Wilhelm Friedrich Hegel.[21]

---

[17] Bertolt Brecht: Der Jasager. Der Neinsager, In: Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Bd. 1. Frankfurt a.M. 1997. S. 317.

[18] Siehe hierzu Detlev Claussen: Theodor W. Adorno. Ein letztes Genie, Frankfurt a.M. 2003, S. 192.

[19] Vgl. Karl Marx: Marx an Ruge, in: Briefe aus den ›Deutsch-Französischen Jahrbüchern‹ [1844], in: MEW, Bd. 1, Berlin 1972, S. 344.

[20] TINA steht für There Is No Alternative.

[21] Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie [1832]. In ders.: Werke, Bd. 20, Frankfurt a.M. 1979, S. 330.

Verdinglichung ist ein Vergessen, bei Theodor W. Adorno.[22] Solche abstrakten Fakten lassen sich in der Politik auf wundersame Weise instrumentalisieren. Sie werden dann also ideologisch genutzt, um Interessen in Stellung zu bringen und durchzusetzen. Derartige mit Hilfe von Fakten vorgenommene politische Positionierungen müssen deshalb mühselig *immanent* auf Interessen und das *cui bono* (wem nützt es?) zurückgeführt werden. – So viel zur guten alten und in Vergessenheit geratenen oder inzwischen auch von rechter Seite missbrauchten Ideologiekritik.

Die *immanente Kritik*[23] verbindet Politik und *Kritische Theorie* in einem *kritischen* Zusammenhang und treibt die Dinge über das Bestehende hinaus. Kritisch ist dieser Zusammenhang, weil Politik und *Kritische Theorie* unterschiedlichen Konsequenzlogiken folgen: diese einer emphatischen Wahrheit, jene politischer Machbarkeit und Macht. Die sogenannte faktenbasierte, akademische, positivistische Wissenschaft, wie sie an den Hochschulen seit den 2000er-Jahren ubiquitär geworden ist, kann nach diesen Maßstäben der Kritik mithin nicht kritisch sein: *contradictio in adiecto*. Sie lehnt sich allzu sehr an die Realpolitik an und macht sich dieser willfährig.

Im Gegenzug gilt die *Kritische Theorie* in akademisch-universitären Kreisen als unwissenschaftlich, sofern sie sich gegen das hegemoniale positivistische Paradigma in Stellung gebracht hat und weiterhin bringt. Beide Seiten sprechen sich gegenseitig die Potenz zur Wahrheitsfindung ab, beziehungsweise es gibt auch in den letzten Jahrzehnten eine Tendenz zur Akademisierung der *Kritischen Theorie*, wo sie als modularisierte Disziplin in den universitären Wissenschaftsbetrieb integriert wurde. Allzu viel ist von dieser Verwissenschaftlichung der *Kritischen Theorie* nicht zu erwarten. Sie hantiert selten noch mit *kritischen* Begriffen, verwendet meistens eine ziemlich verklausulierte Wissenschaftssprache und hat den Bezug zur Praxis weitgehend aufgegeben.

Die *Kritische Theorie* wollte ursprünglich genau deshalb nicht wissenschaftlich sein. Ihr Wahrheitsgehalt und -anspruch liegt bei den *menschlichen* Dingen, soll heißen: sie hat einen außerbegrifflichen und

---

[22] »Denn alle Verdinglichung ist ein Vergessen: Objekte werden dinghaft im Augenblick, wo sie festgehalten sind, ohne in allen ihren Stücken aktuell gegenwärtig zu sein: wo etwas von ihnen vergessen ist.« – Adorno an Benjamin. In: Theodor W. Adorno/Walter Benjamin: Briefwechsel 1928–1940, hrsg. v. Henri Lonitz, Frankfurt a.M. 2020, Brief vom 29.2.1940.

[23] Vgl. Marcus Hawel: Das ideologiekritische Verfahren der immanenten Kritik. Goethe-Institut, München, 5/2008; web.archive.org/web/20131221142938/http://www.goethe.de/ges/phi/eth/de3352666.htm (letzter Zugriff: 14.8.2025).

außerakademischen Wahrheitsanspruch. Dieser ist der politischen Praxis zugrunde gelegt. Dort hat sich die Theorie, haben sich die Begriffe als wahr zu erweisen.[24] Der Indikator liegt also bei den Massen, die Gebrauch von der Theorie machen und sie in der Politik *praktisch* wahr werden lassen. In der *Kritischen Theorie* muss es mithin eine dialektische Einheit mit dem Politischen geben, um das zu realisieren, was also »die Dinge selbst bedeuten wollen«.[25]

Was muss ich unter einem kritischen Begriff verstehen? Was meinst Du damit, dass die Dinge selber etwas bedeuten wollen?

Das klingt durchaus etwas metaphysisch oder auch idealistisch und ist dennoch ganz anders gemeint. Begriffliche Wahrheit, das heißt die Wahrheit des Begriffs, besteht nach Aristoteles in der Übereinstimmung der Wirklichkeit mit ihrem Begriff (*adäquatio*). – Aber das kritisiert Adorno als bloße Verdopplung der Wirklichkeit im Begriff,[26] folglich ist der *kritische* Begriff die Nichtübereinstimmung mit der bestehenden Wirklichkeit; er geht über diese hinaus. Oder man könnte auch sagen, der Begriff stimmt mit seiner kritischen, das heißt konkret utopischen Wirklichkeit überein: »einer freien Gesellschaft, eines gerechten Staates, der Entfaltung des Menschen«[27]. Das geht aber nur *ex negativo*, das heißt als bestimmte Negation des schlecht Bestehenden, das durch den kritischen Begriff, durch die Kritik in die Krise gebracht und praktisch aufgehoben wird, ohne vorhersagen zu können, was nach der bestimmten Negation aus dem Ding wird: zum Beispiel aus der kapitalistischen Gesellschaft, nachdem das Kapitalverhältnis überwunden wurde. In all diesen Fällen gilt jedenfalls, was Adorno in der *Negativen Dialektik* gesagt hat: »Nur wenn das, was ist, sich ändern lässt, ist das, was ist, nicht alles.«[28]

In den »menschlichen Dingen« kommt etwas zum Ausdruck, das in der Bildung ihrer dialektischen Begriffe wie ein Eigenleben erscheint. Die Dinge scheinen von selbst etwas bedeuten zu wollen, das man – so Adorno – wahrnehmen müsse, weil man andernfalls die Dinge »nicht

---

[24] Karl Marx: Thesen über Feuerbach. In: MEW, Bd. 3, Berlin 1958, S. 5.

[25] Frankfurter Institut für Sozialforschung (Hrsg.): Soziologische Exkurse [1956], Hamburg 1991, S. 18.

[26] Vgl. ebd.

[27] Ebd.

[28] Theodor W. Adorno: Negative Dialektik, Frankfurt a.M. 1975, S. 391.

bloß oberflächlich, sondern falsch«[29] betrachte. Die positivistische Wissenschaft, gegen die sich Adorno immer wieder wendet, ist auf das Objektive ausgerichtet; sie löst die Dinge nicht nur aus dem gesellschaftlichen – hier würde ich zur Erklärung auch betonen, aus dem *geselligen* Gesamtzusammenhang, wo sie in Relation zueinanderstehen, sondern damit auch vom Subjektiven, das heißt also vom Subjekt. Nur das Allgemeine und das Faktische, das Gegebene, nicht einmal das Gewordene, die Geschichte und das Werdende – Nochnichtsein – interessiert die positivistischen Wissenschaftler*innen, die das Ding untersuchen. Es ist gleichsam klinisch, sondiert, als wäre es dadurch an und für sich reine Gegebenheit, reine Faktizität. Diese Methode der Laboruntersuchung und des Experiments unter Laborbedingungen (das meint also *abstrakt*: vom Gesamtzusammenhang isoliert, abstrahiert) stammt aus den neuzeitlichen Naturwissenschaften, wie sie von Francis Bacon begründet wurden.

Der Positivismus scheint nicht zu wissen oder zu ignorieren, dass sich nicht einmal sein ins Zentrum gehobener Begriff des Fakts an die positivistischen Axiome hält: Im Lateinischen bedeutet *factum* etwas *Gemachtes*. Das Gewordene an den Fakten, ihre geschichtliche Dynamik und dasjenige, was die Dynamik bewirkt: Die politischen Machtverhältnisse werden an den Fakten ausgeblendet, also verdinglicht und dann vergessen.

Nun sagt Adorno, dass das »Bedürfnis, Leiden beredt werden zu lassen« die »Bedingung aller Wahrheit« ist.[30] Das Leiden des Subjekts sei Objektivität, »die auf dem Subjekt lastet« und als Subjektivstes erfahren werde. Adorno sagt damit nicht, man solle in der *Kritischen Theorie* nicht objektiv sein. Wird Objektivität suspendiert, führt das in einen Subjektivismus, der in einen gefährlichen Relativismus abzugleiten droht. Objektivität ist selbstverständlich ein Kriterium von Wahrheit. Leider wissen das nicht mehr so viele, die sich positiv auf Adorno, Foucault oder Friedrich Nietzsche beziehen, aber sich weigern Kant und Hegel, womöglich sogar Marx, zu lesen, weil diese angeblich eine wahlweise rassistische, sexistische oder eurozentristische Vernunft etabliert haben, die mithin abzulehnen sei, ohne sich auf *immanente* Kritik dieser unzulänglichen, aber nicht unzumutbaren Vernunft einzulassen. Das heißt sie an ihren eigenen Werten kritisch zu messen, durch Kritik von ihrer kapita-

[29] Vgl. Frankfurter Institut für Sozialforschung (Hrsg.): Soziologische Exkurse, a.a.O., S. 18.

[30] Adorno: Negative Dialektik, a.a.O., S. 29.

listischen Verfremdung und Verdinglichung und ebenso von ihrer herrschaftlichen Instrumentalisierung zu befreien und damit durch *Aufhebung* zu transzendieren, statt sie in Bausch und Bogen abzulehnen. Das heißt absolut zu negieren, was einen idiotischen Irrationalismus bedeutet, der das Tor für den Rückfall in die Barbarei weit öffnet.

Die *menschlichen* Dinge zeichnen sich dadurch aus, dass auf der Begriffsebene ein Sammelsurium an gemeinsamen, verallgemeinerbaren und unterschiedlichen, zu differenzierenden, mithin einander widersprechenden Projektionen aus gewonnenen Wahrnehmungen, Erfahrungen, Ängsten, Leiden oder auch Glücksmomenten zusammenkommt: Polyphone Stimmen der Dinge, wenn man so will. Für den Positivismus ist das subjektives Rauschen, das durch die objektiven Methoden herausgefiltert werden muss, um eine verlässliche, faktische, rein objektive Aussage zu erhalten. Auch der Objektivismus ist höchst gefährlich. Mit qualitativen Methoden allerdings lassen sich die polyphonen Stimmen in den Begriffen verstehen und als eben das identifizieren, was die (menschlichen) Dinge sein sollen, beziehungsweise »selbst bedeuten wollen«, also noch nicht sind, aber es werden sollen, was über das Faktische hinausgeht: Telos (Zweck), das sich aus dem menschlichen Leiden erhebt.

Ich möchte das noch einmal auf eine klare Formel bringen, was also ein kritischer Begriff im verallgemeinerbaren Sinne ist: Der kritische Begriff besitzt drei Dimensionen: Genesis – Geltung – Telos, die in eins und zugleich, das heißt dialektisch gedacht werden müssen. Die Verabsolutierung einer dieser drei Dimensionen zu Ungunsten der anderen beiden führt weg vom kritischen Begriff, zum Historismus, Positivismus oder zur blanken Prophetie.[31]

Nach Marx ist die traditionelle Wissenschaft als »selbständige Produktionspotenz von der Arbeit [ge]trennt und in den Dienst des Kapitals [ge]presst.«[32] Wissenschaft könne aber nach seinen Vorstellungen auch als eine »geschichtlich bewegende, eine revolutionäre Kraft« wirksam werden; allein sie müsste sich als Gegenmacht zum Kapital verstehen.[33] Der Zweck einer solchen *kritischen* Wissenschaft liege in der wirklichen Menschwerdung der Menschen, der *notwendig* eine Aufhebung der kapitalistischen Verhältnisse vorausgesetzt ist. Weil es den Men-

[31] Siehe Marcus Hawel: Ein Begriff muß bei dem Worte sein. Theorie und Praxis in den Sozialwissenschaften. In: Zeitschrift für kritische Theorie, Nr. 18/19, Lüneburg 2004, S. 73–79.

[32] Karl Marx: Das Kapital, a.a.O., S. 382.

[33] Vgl. Friedrich Engels: Das Begräbnis von Karl Marx [1883]. In: MEW, Bd. 19, Berlin 1962, S. 335–339; hier: S. 336.

schen nur schwer in den Sinn kommt, über das Bestehende hinauszudenken, kommt dieser kritischen Wissenschaft vor allem die Aufgabe zu, die Menschen immer wieder daran zu erinnern, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse veränderbar sind und die Geschichte von Menschen gemacht wird. Für diesen Zweck bedarf es der kritischen Begriffe, die Historisches, Gegenwärtiges und Zukünftiges – als Liegengebliebenes, Bestehendes und Nochnichtseiendes, konkret Utopisches in ihren jeweiligen begrifflichen Gravitationszentren miteinander vermitteln.

Was an den universitären Wissenschaftsbetrieben muss radikal kritisiert werden?

Insbesondere die Universität unter den Hochschulen erscheint in der öffentlichen Vorstellung häufig als Hort freien Denkens, als neutrale Instanz im Dienste der Erkenntnis, autonom und unbestechlich. Doch diese Idealvorstellung steht in einem krassen Widerspruch zur historischen und aktuellen Realität des akademischen Wissenschaftsbetriebs. Gerade aus der Perspektive *Kritischer Theorie* wird deutlich: Die Universität ist genauso wie die anderen Hochschulen nicht einfach nur Ort der Erkenntnisproduktion, sondern stets auch Struktur und Organisation von Herrschaft, Selektion und Affirmation bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse.[34] Diese Institutionenkritik, wie sie in den 1960er- und 70er-Jahren unter anderem von Personen wie Peter Brückner, Alfred Krovoza oder Oskar Negt, Regina Becker-Schmidt und vielen anderen aus der 68er-Generation formuliert und zugespitzt wurde, ist auch heute von erschreckender Aktualität. Die Frage lautete bereits bei Adorno: Kann es überhaupt kritische Wissenschaft innerhalb eines Wissenschaftsbetriebs geben, der tief in kapitalistische Verwertungslogiken und staatliche Machtapparate eingebettet ist? Welche Rolle spielt die Hochschule für die Reproduktion gesellschaftlicher Herrschaft?

Die Hochschulen sind längst zu *Betrieben,* das heißt zu Einrichtungen geworden, die sich nach *betriebs*wirtschaftlicher Logik verhalten: Sie sind *kapitalistische* Retorten. Die Universitäten verlieren insbesondere dadurch zunehmend ihren *universitären* Charakter.[35] Ich will einmal

[34] Siehe auch Alex Demirović: Wissenschaft oder Dummheit? Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen, Hamburg 2015.

[35] Siehe dazu auch Dennis Göttel: Anekdoten von der unbürgerlichen Universität. In ders.; Christina Wessely (Hrsg.): Im Vorraum. Lebenswelten Kritischer Theorie um 1969, Berlin 2019, S. 33–46; hier: S. 42ff.

aufzählen, was mir an notwendiger Kritik dazu einfällt: Die Hochschule ist, erstens, eine Konstitutionsbedingung von Erkenntnis. Die Ideologie der Werturteilsfreiheit dient, zweitens, der Herrschaftsaffirmation und -stabilisierung. Die Wissenschaft ist, drittens, zu einer Ware und das Wissen ist zum Objekt seiner Inwertsetzung geworden. Viertens ist die Hochschule eine Disziplinarinstitution und ein Regulationsinstrument.

Erstens: Die Hochschule als Konstitutionsbedingung von Erkenntnis. Der vorderste Schritt zur radikalen Kritik der Hochschule ist die Einsicht, dass es sich bei dieser nicht um einen neutralen Ort handelt, an dem Wissenschaft betrieben wird. Vielmehr ist sie selbst eine Konstitutionsbedingung von Erkenntnis, das heißt: Die Formen, Inhalte und Ziele wissenschaftlicher Arbeit werden von ihr strukturell bestimmt. Wer forscht, lehrt oder lernt, tut dies unter bestimmten Bedingungen – Prüfungsordnungen, Drittmittelabhängigkeiten, institutionellen Hierarchien, Akkreditierungen –, die keineswegs erkenntnisneutral sind; sie sind durch den Staat reguliert und eingehegt.

Zwar ist die Universität nicht der einzige Ort wissenschaftlicher Praxis. Es gibt jenseits staatlicher akademischer Strukturen auch alternierende zivilgesellschaftliche Räume – von losen Forschungsgruppen bis zu politisch engagierten Bewegungen, Bildungsvereinen und so weiter –, die mitunter größere Freiheitsgrade besitzen, aber vergleichbar den Regularien des Staates unterliegen, insbesondere, wenn diese – wie die politischen Stiftungen, zu denen unter anderem die RLS gehört, öffentliche Zuwendungen erhalten. Doch gerade diese zivilgesellschaftlichen Einrichtungen werden oft marginalisiert, insbesondere, wenn sie keinen staatlichen Auftrag haben, das heißt, ihnen die staatliche Anerkennung fehlt.

Die RLS ist sicher nicht der Nabel der Welt. Aber sie ist ein wichtiger Ort: ein Raum, in dem kritische Wissenschaft und linke politische Praxis aufeinandertreffen – ein Transmissionsraum, in dem sich auf geschützte Weise kritische Wissenschaft mit linkem zivilgesellschaftlichem Aktionismus verbindet, wo also kritische Theorien und politische Praxis zueinanderkommen und aneinander orientieren. Auf diese Weise können neue Synergien entstehen – zwischen Analyse und Aktion, Theorie und Alltag, Lernen und Kämpfen. Trotzdem unterliegt sie den staatlichen Regularien wegen des bürgerlichen Vereinsrechts, des staatlichen Zuwendungsrechts und nicht zuletzt wegen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (FDGO).

Zweitens: Die Ideologie der Werturteilsfreiheit und die Neutralität als Herrschaftsaffirmation. Eine zentrale Funktion der Hochschule im Bestehenden ist ihre Berufung auf eine angebliche Wertneutralität. Seit

Max Webers Aufsatz »Wissenschaft als Beruf«[36] wird mit dem Postulat der Werturteilsfreiheit verbunden, normative Urteile aus wissenschaftlicher Arbeit fernzuhalten (*sine ira et studio*)[37]. Doch diese scheinbare Neutralität ist selbst politisch. Sie dient nicht etwa der Objektivität, sondern dem Ausschluss kritischer Reflexion. Sie affirmiert, was ist, und der Positivismus erklärt die kritische Analyse der Ursachen des Bestehenden zur Ideologie, sofern die darin hergeleiteten und rekonstruierten Zusammenhänge der Fortexistenz des Bestehenden nicht willfährig erscheinen, beziehungsweise die herrschaftsstabilisierenden Fakten als *gemachte* entlarvt werden und politisch besehen bessere Alternativen in Erinnerung rufen.

Die Ideologie der Werturteilsfreiheit ist auch strukturell in den Hochschulen verankert – in Berufungsverfahren, Förderkriterien, Evaluationsstandards und so weiter. Damit wird eine *andere* Politisierung der Wissenschaft, die durch 1968 dennoch in die Hochschule gelangte, nicht nur auszuschließen versucht, sondern aktiv delegitimiert, bekämpft, wieder entsorgt.[38] Marxistische oder feministische Ansätze und dergleichen gelten dann als unwissenschaftlich, weil sie sich nicht an vorgegebene empiristische Maßstäbe halten – Maßstäbe, die selbst Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse sind.

Ein weiteres zentrales Element der Institutionenkritik ist die Kritik an der Methodenfixierung moderner Wissenschaft. Die »Angst vor dem eigenen Einfall«[39] führt zu einer uniformierten, standardisierten Forschungspraxis, in der Kreativität, Intuition und subjektive Erfahrung tendenziell keinen Platz mehr haben. Wissenschaftlichkeit wird gleichgesetzt mit Wiederholbarkeit eines Experiments, Messbarkeit und Konformität gegenüber anerkannten Verfahren.[40] Doch gerade in den Sozialwissenschaften ist diese Übertragung naturwissenschaftlicher Paradigmen[41] nicht nur unangemessen, sondern gefährlich. Sie reduziert

---

[36] Siehe Max Weber: Wissenschaft als Beruf, München; Leipzig 1919.

[37] Lateinisch für »ohne Zorn und Eifer«.

[38] Das ist freilich Max Weber weniger anzulasten, dessen Schriften von großer Bedeutung für die Kritische Theorie sind. Kritikwürdig ist aber die Instrumentalisierung des Postulats der Werturteilsfreiheit im Hochschulbetrieb.

[39] Peter Brückner/Alfred Krovoza: Was heißt Politisierung der Wissenschaft und was kann sie für die Sozialwissenschaften heißen?, Frankfurt a.M. 1972, S. 52.

[40] Vgl. Lena Hofer: (Re)Produktion empirischer Szenarien, Leiden 2015.

[41] Auch in den MINT-Fächern könnte man die Forschung von Ausbeutungsparadigmen des Kapitalismus befreien und über eine nicht-kapitalistische Technik (»Allianztechnik«, Ernst Bloch) nachdenken.

soziale Phänomene auf messbare Einheiten und verhindert so das Begreifen ihres Wesens. Wie Brückner und Krovoza schreiben: »Empirie meint nicht länger methodisch kontrollierten Erfahrungsgewinn, sondern Verzicht auf Erfahrung.«[42] Was nicht messbar ist, gilt nicht als existent – eine Haltung, die zur Selbstverzwergung der Wissenschaft führt.

Drittens: Wissenschaft als Ware und die Inwertsetzung des Wissens. In einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft steht auch die wissenschaftliche Produktion unter der Dominanz von Herrschaftsinteressen und kapitalistischen Marktlogiken. Das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse wird zum Interesse des Kapitals, oder wie Brückner und Krovoza hervorheben: »Die Nutzung des Produzierten organisiert sich prinzipiell im Rahmen bestehender Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse. […] Kapital-Interessen beeinflussen ihrerseits wissenschaftliche Forschung.«[43] Was gefördert, publiziert, zitiert oder finanziert wird, richtet sich nicht vorrangig nach dem Wahrheitsgehalt oder gesellschaftlichen Nutzen, sondern nach ökonomischer Verwertbarkeit und politischer Opportunität. – Davon kann auch eine linke politische Stiftung betroffen sein. Dies betrifft aber besonders deutlich die Natur- und Technikwissenschaften, wo Forschung zum Beispiel im Dienste der Rüstungsindustrie oder der pharmazeutischen Großkonzerne steht. Doch auch in den Sozialwissenschaften lässt sich beobachten, wie kritisches Denken verdrängt oder gezähmt wurde und wird – zugunsten von »sozialtechnologischen« Anwendungen, die zur »reibungsloseren Organisation kapitalistischer Verkehrsformen«[44] beitragen.

Die Inwertsetzung des Wissens, das Arkanum nicht-öffentlicher und nicht gelehrter Forschung,[45] privilegierte Zugänge zum Wissen und so weiter widersprechen nicht nur der Idee von Wissenschaft und Hochschule, sie machen diese regelrecht zunichte. Hier spielt Robert K. Mertons Begriff des *Wissenschaftskommunismus* und die Metapher vom »Zwerg auf den Schultern von Riesen« eine wichtige Rolle.[46] Merton ist allerdings kein Linker, eher ein konservativer Liberaler. Aber zu der

---

[42] Brückner/Krovoza: Was heißt Politisierung der Wissenschaft […], a.a.O., S. 77.

[43] Ebd., S. 57.

[44] Ebd., S. 80.

[45] In diesem Zusammenhang gewinnt die Humboldtsche Idee der Einheit von Forschung und Lehre eine neue politische, emanzipatorische Bedeutung.

[46] Siehe Robert K. Merton: Auf den Schultern von Riesen. Ein Leitfaden durch das Labyrinth der Gelehrsamkeit [1965], Frankfurt a.M. 1980; vgl. auch Marcus Hawel: Von Zwergen auf den Schultern von Riesen. In: Work in Progress. Work on Progress, Jg. 2012, hrsg. v. ders.; Herausgeber*innenkollektiv, Hamburg 2012, S. 9–15.

Frage, was Wissenschaft bedeutet: Wissenskommunismus, dazu hat er sehr gute Gedanken geäußert: Wissen ist kein Eigentum von irgendwem, es basiert auf Kritik vorangegangener Wissensproduktion. Daher ist die Frage nach der Urheberschaft falsch, wenn man damit eine*n Autor*in, einen Genius meint.

Wenn also Wissen im ursprünglichen Sinne kein Eigentum ist, allerhöchstens sich mit Gewalt angeeignet werden kann, dann geht das aber nicht, ohne das produktive System der Wissenschaft zu zerstören. Eigentum verträgt sich nicht mit der kommunistischen Idee. Merton nimmt in dieser Hinsicht die bereits im Mittelalter geläufige Metapher: die vom »Zwerg auf den Schultern von Riesen« auf, um zu verdeutlichen, warum der Zwerg (das sind die Menschen der Gegenwart) weiter schauen können als die Riesen (das sind die Gelehrten der Vergangenheit, zum Beispiel Marx oder Kant). Wenn wir auf jemandes Schultern stehen, sind wir größer, als wir normalerweise sind, und wir ragen in unserer »geliehenen« Größe auch über den Riesen, auf dessen Schulter wir stehen, hinaus. Wir *leihen* uns nur die Größe der Riesen. Der Riese war womöglich selbst einmal ein Zwerg und stand auf Schultern vorangegangener Riesen. Wir selbst werden vielleicht auch noch zu Riesen werden. Entscheidend an dieser Metapher ist, dass der Zwerg mithilfe des Riesens immer weiter schauen kann, als es der Riese für sich und mithilfe vorangegangener Riesen vermochte. Wenn es aber nicht mehr möglich ist, auf die Schultern eines Riesens zu steigen, weil wir ansonsten Eigentumsrechte verletzen oder zumindest viel Geld für den Aufstieg bis zu den Schultern bezahlen müssten, dann hört Wissenschaft auf zu sein.

Daher ist »kritische Wissenschaft« ursprünglich zwar ein Pleonasmus gewesen, denn wenn die Wissenschaft von ihrer Kritik abgeschnitten wird, hört sie umgehend auf Wissenschaft zu sein. Doch nun wird kritische Wissenschaft im Allgemeinen also zu einer *contradictio in adiecto*.

Viertens: Die Hochschule als Disziplinarinstitution und Regulationsinstrument. Gerade durch ihre staatliche Struktur fungiert die Hochschule als Disziplinarinstitution, die Konformität herstellt. Sie beansprucht, einen erheblichen Teil der wachsenden Gesamtbevölkerung dem Kapital als adäquate ausgebildete lebendige Produktivkraft zur Verfügung zu stellen. Dies ist der oberste Zweck innerhalb des durch den Staat finanzierten Ausbildungssystems. Die Angst vor Prüfungen, das Streben nach »Begabung« (definiert über Noten) wird von Linken zu Recht abgelehnt, die Konkurrenz und Wettbewerbssituation unter Studierenden – all das führt zu einer tiefen Internalisierung von opportunistischen Normen, beziehungsweise den Normen abstrakter Arbeit, die für den Staat

willfährig sind. Das Ideal der »freien Wissenschaft« schlägt so in das Gegenteil um: in eine kontrollierte, angepasste, unkritische Wissenschaft.

Die Expansion der Hochschulen, insbesondere der Universitäten seit den 1960er-Jahren – häufig gefeiert als Demokratisierung oder Öffnung – hatte in Wahrheit ambivalente Motive. Die Öffnung der Universitäten für die untere Mittelschicht geschah nicht primär aus Emanzipationsgründen, sondern zur Stabilisierung der kapitalistischen Gesellschaft. Eine gebildete, aber politisch gebundene Mittelschicht ist nützlicher als eine rebellische Arbeiter*innenklasse. Durchgesetzt wurde die Öffnung der Universität allerdings durch eine studentische Protestbewegung, die etwas ganz anderes, nämlich Emanzipation, zum Ziel hatte. Die »Verhandlungspartner«-Strategie zielte dagegen darauf ab, soziale Kämpfe zu befrieden, indem man den unteren Mittelschichten und der Arbeiter*innenklasse ein Stück Teilhabe versprach. Wichtigstes Argument der Notwendigkeit ist aber: Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Fachkräften im Zuge damals neuer revolutionärer Entwicklung der Produktionsweise und -mittel, der sich durch den Postfordismus ankündigte.

Max Horkheimer und Adorno beschrieben bereits in den 1940er-Jahren die Tendenz zur verwalteten Welt: einer Gesellschaft, in der alles – Arbeit, Bildung, Freizeit – unter das Diktat der Effizienz, Kontrolle und Manipulation fällt. Die Hochschule spielt in diesem Prozess eine Schlüsselrolle. Als kapitalistische, akademisch-wissenschaftliche Retorte schafft sie den Habitus des angepassten akademisch gebildeten Individuums, das rational funktioniert und immer seltener kritisch denkt und als Facharbeiter*innen und akademisch gebildete Angestellte auf Massenbasis gebraucht wurde. Was hier entstand, ist eine total integrierte Gesellschaft, in der Konformismus nicht mehr von außen erzwungen, sondern von innen gewollt wird. Lohnarbeit, Schulden und Kredite, verpflichtendes Eigenheim, Familienverpflichtungen – all das bindet Menschen an das kapitalistische System, das sie nicht hinterfragen sollen (und auch nicht wollen, solange sie deutlich mehr zu verlieren haben als ihre Ketten: nämlich das Eigenheim, das Auto, den bezahlten Urlaub, Krankenversicherung, Rente und so weiter). Wissenschaft wird dabei zur technokratischen Legitimation dieses Zustands.

Siehst du in diesem Dunkel noch einen Hoffnungsschimmer?

Ja, in der emanzipatorischen Möglichkeit von kritischer Wissenschaft und *Kritischer Theorie*! Ursprünglich war die Forderung nach Autonomie der Wissenschaft ein Akt der Befreiung – von Kirche, Metaphysik, Zen-

sur, monarchischer Autokratie. Diese Geschichte darf nicht vergessen, aber auch nicht naiv romantisiert werden. Heute kann sich die Wissenschaft nur dann emanzipieren, wenn sie ihre staatliche Eingebundenheit anerkennt – und kritisch, metareflexiv reflektiert – von innen gegen den Kapitalismus politisiert.

Freiheit der Wissenschaft muss wieder bedeuten: Freiheit von kapitalistischer Verwertung, Freiheit für gesellschaftliche Verantwortung, Freiheit zur Veränderung. Dazu braucht es nicht nur andere Institutionen, sondern auch ein anderes Selbstverständnis der Forschenden und Lehrenden. Die regressive Entwicklung lässt sich nicht ohne weiteres korrigieren. Daher ist es wichtig, bei den Studierenden anzusetzen – zusammen mit den Lehrkräften, die (noch) links sind – durch Anstöße seitens außeruniversitärer Institutionen, Organisationen oder Strukturen wie die RLS und auch Gewerkschaften, Volkshochschulen, Bildungsvereinen und so weiter.

Ich komme zu einer zusammenfassenden Schlussfolgerung. Die Kritik als *Methode* ist durch den Hochschul*betrieb* und in anderen wissenschaftlichen Einrichtungen weitgehend auf den Hund gekommen. In der Folge kommt auch die Kritik als *moralisches Urteil* auf den Hund, weil mit dem Ganzen auch der Universalismus und der Humanismus als Ethiken, das heißt als Maßstäbe für Werturteile (Kompass), in Mitleidenschaft gezogen werden, beziehungsweise auf den Hund kommen. Da gesellen sich also ziemlich Viele hinter dem Ofen zu einem Hund, der wegen der Begrenztheit des vorhandenen Raumes dort allmählich nervös zu werden droht und um sich beißen könnte. Moral ist die subjektive Vorstufe von objektiver Ethik oder das regressive Resultat, auf das also Ethik zurückfällt, wenn alles auf den Hund kommt, sich hinter den Ofen verzieht und nicht mehr hervorzulocken ist, ohne einen Kampf auszulösen. Die Werturteile werden dann nur noch moralisch, als Resultat beschädigter oder zerstörter Vernunft ausfallen.[47] Das leistet emotionalen Befindlichkeiten und partikularen Interessen, also reinem Subjektivismus und Irrationalismus Vorschub.

Die Dialektik wurde zunehmend verdinglicht und dann vergessen. Das hat sehr viel damit zu tun, dass die Forschungsbereiche und Studiengänge so sind, wie sie sind, und die Lehrenden wie auch die Lernenden

[47] Vgl. Marcus Hawel: Wie viel Politik verträgt die Moral? Der schmale Grat zwischen moralischer Überlegenheit und Hypertrophie der Moral. In: Marcus Hawel/Helmut Heit/Gregor Kritidis u.a. (Hrsg.): Politische Protestbewegungen. Probleme und Perspektiven nach 1968, Hannover 2009, S. 180–196.

den Zusammenhang des gesellschaftlichen Ganzen aufgrund der fragmentierten und separierten Hochschulstrukturen aus dem Blick verloren haben. Separierung und Fragmentierung des gesellschaftlichen Ganzen durch Einzelwissenschaften und Teildisziplinen (auch durch Modularisierung und Splittung in Bachelor und Master) verhindern geradezu ein Erfassen des gesellschaftlichen Ganzen und lassen es allenfalls partiell durch Inter- und Intradisziplinarität noch zu. Aber das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile! (Hegel) – Die Philosophie wird als unwissenschaftlich ausgegrenzt und findet nur Anerkennung, wenn sie sich in die Logik der Einzelwissenschaften einreiht, unterordnet, das heißt, den Anspruch als übergeordnete Orientierungsstifterin aufgibt.[48]

Ich möchte gerne zuletzt noch einen Gedanken von dir aufnehmen. Du sprachst von den regressiven Entwicklungen an den Hochschulen. Deswegen sei es wichtig, bei den Studierenden anzusetzen und mit linken Lehrenden Hand in Hand zu arbeiten.

Was hältst du von der Idee der Gründung einer kritischen Universität? Ich erinnere mich daran, dass Du selbst einmal mit dem Gedanken spieltest, eine zu gründen. Wie hätte diese ausgesehen, und wie kann man deine damaligen Überlegungen aufnehmen, aus gescheiterten Versuchen in der Geschichte lernen und wie, wo und welche alternativen geschützten Lernräume schaffen?

Der Gründung einer solchen *Kritischen Universität* haftet ein Paradoxon an: Ihr müsste eine Bildungsbewegung vorausgehen, die die Wissenschaften politisiert und die Regierung unter Druck setzen kann. Wenn aber die Politisierung als Bildungsbewegung umfassend und nachhaltig genug gelingt, bedarf es der Idee einer einzelnen *Kritischen Universität* nicht mehr, denn es gäbe wieder viele wachgeküsste Hochschulen, in denen die Wissenschaftler*innen sich der Kritik bedienen. Zudem besteht immer die Gefahr, dass eine einzelne *Kritische Universität* schnell eingemacht werden könnte, wenn sich auf der Landesebene die politischen Machtverhältnisse ändern. Bereits zur Durchsetzung dieser *Kritischen Universität* bedürfte es einer starken, alleinregierenden Linken, aber wenn sie bereits nach vier oder acht Jahren auf einen Koalitionspartner wie *Die Grünen* oder die *SPD* zum Weiterregieren angewiesen wäre, müsste sie kapitulieren und man damit rechnen, dass dem Pro-

[48] Vgl. Theodor W. Adorno: Wozu noch Philosophie. In ders.: Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt a.M. 1963, S. 11–28.

jekt die Mittel entzogen werden. Eine *Kritische Universität* könnte ohne staatliche Mittel kaum funktionieren, da sie auf keinen privaten Mäzen hoffen darf.

Eine derartige Universität ist unter kapitalistischen Bedingungen dauerhaft kaum realisierbar. Das zeigt auch die Geschichte der Universität in Hannover. Nur unter außergewöhnlichen politischen Konstellationen – einem marxistischen Wissenschaftsminister, studentischem Protest von Frankfurt ausgehend, und dem Rückhalt der gesellschaftlichen Linken – konnte ein solches Projekt nach 1968 entstehen. Hannover ist diesbezüglich ein historisch einmaliges Beispiel, weil Mitte der 1970er-Jahre die dort ansässige *Technische Universität* zur Volluniversität ausgebaut wurde und auf einen Schlag Stellen für mehr oder weniger eine ganze neu hinzugekommene Philosophische Fakultät besetzt werden mussten. Das ist die Geschichte von Peter von Oertzen als niedersächsischen Wissenschaftsminister in Kombination mit Negt,[49] der nach Adornos Tod in Frankfurt auf dem Lehrstuhl als sein Nachfolger ohne massive studentische Kämpfe nicht durchsetzbar gewesen wäre, wie Detlev Claussen sagt, weil Negt als zu radikal galt.[50] Der Ausbau zur Volluniversität löste einen Exodus aus Frankfurt aus. Auf dem Kongress zur *Kritischen Theorie* in Hannover – ich glaube, es war 1999 – resümierte Negt noch einmal diese Geschichte und sagte, während er Axel Honneth, der im Publikum saß, mit den Augen fixierte, vielleicht hätten wir das Label »Hannoversche Schule« gegen das Label »Frankfurter Schule« setzen können, das wollten wir aber nicht.

Heute sind solche materiellen und politischen Bedingungen nicht mehr gegeben, weshalb es wohl nur noch virtuell und interuniversitär, getragen von einer Bildungsbewegung, möglich wäre, eine kritische universitäre Gegenöffentlichkeit aufzubauen. Lasst uns damit beginnen!

Das Interview führte Nina Schlosser.

---

[49] Siehe Gregor Kritidis: Von der Kooperation zur Konfrontation. Wolfgang Abendroth und Peter von Oertzen. Zur Struktur und Genese der »Marburger« und der »Hannoverschen« Schule. In: Thomas Kroll/Tilman Reitz (Hrsg.): Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2013, S. 185–199.

[50] Vgl. Detlev Claussen: Kann Kritische Theorie vererbt werden? In: Tatjana Freytag/Marcus Hawel: Arbeit und Utopie. Oskar Negt zum 70. Geburtstag, Frankfurt a.M. 2004, S. 271–285; hier: S. 273.

Nina Schlosser/Ulrich Brand/Markus Wissen

Kritische Wissenschaft in krisenhaften Zeiten

Ein Gespräch über ihren Beitrag zu emanzipatorischen Transformationen

Wir kennen uns seit vielen Jahren, in denen wir im wissenschaftlichen und politischen Austausch stehen. Uns treiben wie viele mit uns die besorgniserregenden Verengungen in krisenhaften Zeiten um, die die notwendige Transformation der kapitalistischen Ordnung zu blockieren drohen. Diese und weitere Herausforderungen, die Rolle kritischer Wissenschaften dabei und unsere eigene als kritische Wissenschaftler*innen darin, reflektieren wir in diesem Gespräch. Wir beleuchten Entwicklungen, Niederlagen und Errungenschaften in *Academia* und darüber hinaus. Wir teilen Erinnerungen, Erkenntnisse und tauschen uns über Erfahrungen aus.

Was bedeutet kritische Wissenschaft für dich?

Nina: Kritische Wissenschaft ist für mich ein Raum, der keine nationalstaatlichen Grenzen kennen sollte, der in politisch schwierigen Zeiten universal, offen und politisch bleibt, in dem man frei und anders denken, neugierig und mutig sein und solidarisch handeln, auch verzeihliche Fehler machen kann. Aber dieser Raum scheint mehr ein Wunsch, denn Realität zu sein. Er wird klein gehalten und weiter eingeengt, ist in kleine Kammern zersplittert, die über den Globus verstreut sind. Doch in diesen Nischen wird durchaus kritisches Wissen geschaffen. Für mich bedeutet das, historisch-materialistische Analysen anzustellen, die die geschichtlich gewachsenen Hässlichkeiten der dominanten Verhältnisse und die Mechanismen für ihr Fortdauern begreifbar machen; kritische Theorien und Ansätze in diesem Licht weiterzuentwickeln; allgemein verständlich zu schreiben; Wissen zu teilen. Kritisch sind Wissenschaftler*innen für mich, wenn sie sagen, was ist, und so präzise wie einfach erklären können, warum. Und sich damit nicht zufriedengeben, sondern nach Kräften mit anderen Andersdenkenden kämpfen. Die Welt besser zu verstehen und – Zwängen und Widerständen zum Trotz – nicht dazu beizutragen, sie zu verändern, ist für mich ein schier unerträglicher Widerspruch. Ich halte es mit Bertolt Brecht: Wenn Unrecht zu Recht wird,

wird Widerstand zur Pflicht. Wobei – Widerstand betrachte ich kategorisch als unsere Pflicht.

Markus: Kritische Wissenschaft bedeutet für mich, sich herrschaftsförmigen Normalisierungen zu widersetzen, das Gegebene also nicht als normal oder natürlich hinzunehmen, sondern den Macht- und Herrschaftsverhältnissen nachzuspüren, die sich in ihm manifestieren. Kritische Wissenschaft ist insofern eine nicht-positivistische Wissenschaft. Sie kritisiert die positivistische Wissenschaft ebenso wie die herrschende Politik dafür, dass sie voraussetzen, was zu hinterfragen wäre, und dass sie gesellschaftliche Verhältnisse als natürliche Gegebenheiten betrachten. Deshalb ist kritische Wissenschaft auch konstitutiv historisch: Sie begreift das Gesellschaftliche und das Politische in seinem Gewordensein. Und das heißt immer auch, dass sie die verschütteten emanzipatorischen Alternativen sichtbar macht und die Menschen, die dafür oft unter großen Opfern gekämpft haben, dem Vergessen entreißt, ihre Kämpfe als Verpflichtung für uns heute begreift.

Kritische Wissenschaft kann, muss aber nicht in jedem Fall normativ sein, in dem Sinne, dass sie Vorschläge für eine andere Gestaltung der Welt macht. Diese Vorschläge entwickeln sich in sozialen Kämpfen, zu deren Orientierung kritische Wissenschaft aber beitragen kann. Das tut sie am besten dadurch, dass sie durch ihre historisch informierte Herangehensweise dem Bestehenden das Zwangsläufige nimmt und darauf beharrt, dass alles auch ganz anders sein könnte. Kritische Wissenschaft weitet also den Horizont dessen, was vorstellbar ist, sie macht eine Einrichtung von Gesellschaft denkbar, die aus der Perspektive des positivistischen, Macht und Herrschaft naturalisierenden *Mainstreams* als völlig abwegig erscheint. Dafür braucht es, wie Nina sagt, Räume, die immer wieder von Neuem zu erkämpfen und zu verteidigen sind. Das ist gerade in Zeiten wie diesen nicht einfach. Überall versuchen neoliberale, autoritäre und rechte Kräfte, die Räume kritischen Denkens zu beschränken oder gar zu schließen. Die Trump-Administration tut sich dabei besonders hervor. Sie zielt vor allem auf queer-feministische, antirassistische, dekoloniale und ökologische Wissenschaft, also auf solche Ansätze, die den herrschenden Normalisierungen explizit entgegentreten.[1] In Deutschland ist es ein vermeintlicher Anti-Antisemitismus,[2] über den sich die autoritäre Formierung von Gesellschaft und Wissenschaft vollzieht.

[1] Siehe den Beitrag von Ruth Sonderegger in diesem Band.
[2] Siehe den Beitrag von Peter Ullrich in diesem Band.

An diesen Entwicklungen zeigt sich, dass die Herrschenden das kritische Denken fürchten und als Gefahr für ihre eigene Macht begreifen. Anders gesagt unterstreichen die Neoliberalen, Autoritären und Rechten ungewollt die Relevanz kritischen Denkens. Es lohnt sich nicht nur deshalb weiterzukämpfen, solidarisch zu sein und Räume kritischen Denkens zu verteidigen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist vor diesem Hintergrund wichtiger als je zuvor, weil sie den Raum zwischen universitärer Wissenschaft und zivilgesellschaftlichem Aktivismus bietet und kritische Wissenschaft zur Orientierung für politische Praxis verständlich aufbereitet.

Uli: Ich stimme mit euch beiden überein, dass kritische Wissenschaft dazu beiträgt, dass sie die Gewordenheit herrschaftlicher Verhältnisse und die damit verbundenen Zumutungen sowie mögliche Alternativen, die historisch verschüttet wurden oder am Rand blieben, in den Blick nimmt. Dabei den Gesamtzusammenhang zu sehen, sich bei aller notwendigen Spezialisierung gegen die Fragmentierung zu stellen, das geht nur interdisziplinär, bei vielen Themen transdisziplinär, also mit gesellschaftlichen Akteuren – und das ist anspruchsvoll. Kritische Wissenschaft bedeutet auch, Markus hat es mit seiner Kritik am Positivismus angedeutet, in den konkreten Arbeiten diesen Gesamtzusammenhang zu berücksichtigen, was methodische Implikationen hat. Das haben wir in den letzten Jahren etwa mit dem Ansatz der *historisch-materialistischen Policy-Analyse* versucht.

In Anlehnung an Charles W. Mills würde ich sagen, dass wir uns schon eine *sociological imagination* trauen sollten – natürlich, wie ihr beide sagt, in Bezug auf emanzipatorische Ansätze. Aber auch Leerstellen zu benennen und Vorschläge in die Diskussion zu bringen, ist eine wichtige Aufgabe. Ich selbst arbeite gerade an einer sozial-ökologischen Kritik der Wettbewerbsfähigkeit, weil es meines Erachtens dazu bisher nichts Relevantes gibt. Ein anderes Beispiel wären Ansätze für eine neue Weltwirtschaftsordnung – da gilt es an Konflikten anzusetzen, aber auch darüber hinaus zu gehen.

Unterstreichen würde ich zum einen, dass kritische Wissenschaft nicht nur historisch-materialistisch ist, sondern es auch viele andere Strömungen gibt, die ich als kritisch bezeichnen würde. Dazu gehören große Teile des Poststrukturalismus, aber auch kritisch-institutionalistische Ansätze. Zweitens sollte nicht suggeriert werden, dass der Modus und die Inhalte von kritischer Wissenschaft klar sind. Für mich war und ist es wichtig, dass kritische Wissenschaft auch selbstkritisch und selbstreflexiv ist, mögliche Auslassungen in den Blick nimmt. Denken wir bei-

spielsweise an die Erweiterung feministischer Wissenschaft durch queerfeministische Ansätze oder die dekolonialen Theorien. Künftig werden vielleicht Ansätze wichtiger werden, die den Anthropozentrismus stärker kritisieren, was auch schon geschieht. Kritik ist keine fixe Wahrheit, sondern ein Modus von Denken und Handeln, bei dem es neben Reflexivität auch um inhaltlich verbindliches Wissen innerhalb von wissenschaftlichen Diskursen und teilweise zwischen ihnen geht. Das muss sich plausibel bewähren, ohne die Ausschließungs- und Machtmechanismen des akademischen und nicht-akademischen Wissenschaftsbetriebes auszublenden.

Zudem würde ich ergänzend zu Nina sagen, dass kritische Wissenschaft natürlich ein Raum ist und seine organisatorischen Zusammenhänge hat, sei es unser Graduierten-Kolleg bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung,[3] seien es die Hochschulen. Allerdings sollte die Raum-Metapher ergänzt werden um ein Verständnis von kritischer Wissenschaft als Praxis, die von konkreten Menschen und ihren Zusammenhängen gemacht und dafür eingeübt werden muss. Einüben hoffentlich nicht im Sinne von Unterwerfung oder Anpassung, aber eben als immer zu reflektierende Praxis. Kritische wissenschaftliche Praxis bedeutet dann auch, wenn möglich, an den wissenschaftlichen Organisationen zu agieren, also eine Art Infrastrukturpolitik zu betreiben, für Stellen, für Lehrinhalte, für Freiräume, für Forschung und so weiter. Da sind kritische Professor*innen gefordert.

Schließlich würde ich immer betonen, dass die Hochschulen nicht der privilegierte Ort von kritischer Wissenschaft sind. Sie sind wichtig, aber kritische Wissenschaft beziehungsweise kritische Wissensproduktion findet auch an anderen Einrichtungen statt wie etwa Forschungsinstituten oder bei Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften oder mitunter auch Kirchen. Kritische Wissenschaft wird auch von einzelnen Menschen betrieben, die gar nicht an konkreten Institutionen sind und

[3] Das Graduiertenkolleg »Krise und sozial-ökologische Transformation« realisiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin). Es startete am 1. Oktober 2021 mit der Aufnahme der ersten vier Promotionsstipendiat*innen, fördert(e) bis heute insgesamt sieben Promotionsprojekte und wurde durch mehr als 30 assoziierte Doktorand*innen erweitert. Das Kolleg ist ein Arbeitszusammenhang, der sowohl der individuellen Qualifizierung als auch der gemeinsamen Erarbeitung kritischen Wissens für die notwendige sozial-ökologische Transformation dient. Siehe: Graduiertenkolleg Krise und sozial-ökologische Transformation; transformationskolleg.de/ (letzter Zugriff: 14.6.2025).

das vielleicht auch gar nicht wollen, weil sie das beim wissenschaftlichen Arbeiten zu sehr einschränkt. Eva von Redecker meinte kürzlich bei einem Mittagessen, sie wisse gar nicht, wie man als Professor*in überhaupt noch zum Denken und Schreiben käme.

Die Alte Welt scheint vom Sterbebett aufzuerstehen. Wahrscheinlich lag sie nie darnieder, aber ihre reaktionären Kräfte gelangen sichtlich zu neuer Kraft. Gleichzeitig ist Die Linke *wieder da, auch wenn sie nicht ganz weg war. Aber sie und wir sind in der Defensive. Wie kann diese Neue Welt erstarken, die sich im Bundestagswahlkampf 2025 von* Die Linke *abzeichnete? Wen und welche Strategien braucht es dafür, um diese große Herausforderung, die* Die Linke *in ihrer noch anhaltenden Euphorie vielleicht etwas verkennt, zu meistern?*

Nina: Die gesellschaftliche Linke und progressive Gruppen haben in den letzten Monaten gezeigt, ich beziehe mich konkret auf die Bundesrepublik, dass sie für die Sache zusammenstehen, wenn es darauf ankommt. Das tut es weiterhin – auch nach dem Wiedereinzug der Linkspartei in den Bundestag. Auf mich wirkt *Die Linke* drei Monate nach der Wahl anhaltend euphorisch, und sie scheint dabei die Notwendigkeit zur Bildung einer soliden langfristigen Strategie zu verkennen, die über diese Legislatur und bestenfalls die Partei hinausgeht. Wenn *Die Linke* maßgeblich auf *Organizing* setzen sollte, das kurzfristig fruchtbar war und mit 60.000 Neumitgliedern schon herausfordernd genug wäre, wäre das auf lange Sicht trotzdem verkürzt. Damit wäre die Chance für ein alternatives Projekt von unten vermutlich vertan.

Die große Herausforderung ist jetzt, die vielen (re-)politisierten Menschen zu halten, zusammenzuhalten, im Licht ihrer Interessen und Kapazitäten in gesellschaftliche Projekte einzubinden und mit weiteren Teilen der Gesellschaft zu verbinden, vielleicht sogar mit linken Flügeln progressiver Parteien. Es geht darum, Hoffnung durch Sinnhaftigkeit und (Selbst-)Wirkmächtigkeit zu etablieren und zu erhalten; Lust auf Engagement und Mut zu machen, die anhalten und auch außerparlamentarisch wirken; bei regelmäßigen Begegnungen vielerorts zusammenzukommen und zusammenzubleiben; auch gemeinsam Wissen anzueignen, das nützt, also mitunter theoretisch-konzeptionelles Wissen, geschichtliches Wissen, auch zur Partei, global-geschichtliches Erfahrungswissen für die Organisierung und Mobilisierung; und aus Fehlern und Erfolgen zu lernen. Dazu braucht es eine solidarische Begleitung von kritischen Intellektuellen.

Wir sollten linke Räume öffnen, neue schaffen und gegen zerstörerische Kräfte schützen. Ich träume von der Gründung einer kritischen Uni. Gregor Gysi würde wahrscheinlich dafür plädieren, sie zur Karl-Marx-Universität zu taufen. Seit Jahren moniert er, dass es keine gleichnamige Uni gibt, meint aber, dass eine solche nicht unbedingt marxistisch ausgerichtet sein müsse. Da würde sich der alte Marx vermutlich im Grab umdrehen, auch wenn er sich selbst nicht als Marxist bezeichnete. Nein, eine kritische Uni müsste schon auch vom historischen Materialismus inspiriert sein. Ähnlich wie das Graduiertenkolleg »Krise und sozial-ökologische Transformation« vielleicht, nur größer, thematisch breiter und noch vielfältiger in den Perspektiven, offen für Andersdenkende und vorbereitet auf Angriffe, die kommen würden. Ein Raum, in dem wir mit- und voneinander lernen können. Wissen schaffen, das der Gesellschaft, auch der politischen dient; uns marxistisches Handwerkszeug aneignen, das wir beim Aufbau einer neuen Gesellschaft, der Transformation des Staats, der Reaktivierung des kollektiven Gedächtnisses, der Schärfung eines kritischen Alltagsverstandes für einen demokratischen Sozialismus und ein Gutes Leben für Alle benötigen.

Dieser Traum spiegelt vielleicht auch wider, dass für mich kritische Wissenschaft nicht nur den historischen Materialismus einschließt oder lediglich einen Raum wie eine Hülle bildet, wie du mich scheinbar verstanden hast, Uli. Weil ich nicht allgemein sprach, sondern Beispiele anführte, die nie erschöpfend sind, saß ich so dem Fehler auf, den Alex Demirović in Anlehnung an Ernesto Laclau bestimmt als »kommunistische Enumeration« interpretieren würde. Ich merke es mir.

Markus: So sympathisch eine kritische Uni wäre, so wenig realistisch ist sie unter den gegenwärtigen Bedingungen. Überall ächzen die Unis unter den Kürzungen, zu denen sich die staatliche Politik unter den selbstgemachten Austeritätszwängen – Stichwort Schuldenbremse – veranlasst sieht. Zudem dürfte es zu Umschichtungen kommen, von denen dann eine rüstungsrelevante Wissenschaft und die Forschung zu *Geoengineering*, zu batterieelektrischen Autos oder zu sogenannten alternativen Kraftstoffen, die die Agonie des Verbrennungsmotors verlängern, profitieren. Das alles ist sozial-ökologisch bestenfalls sinnlos, schlimmstenfalls höchst destruktiv. Aber es dient der viel beschworenen »Kriegstüchtigkeit« und der »strategischen Autonomie« in einer Situation zunehmender internationaler Turbulenzen und ökologischer Verwerfungen. Es ist nicht leicht, sich dem an den Hochschulen und in der Wissenschaft zu widersetzen. Aber notwendig ist es allemal.

Als wir vor 25 Jahren die *Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung* (AkG) gegründet haben, erschien uns die Situation an den Hochschulen schon einmal aussichtslos. Als Alternative schwebte uns ein Institut vor, an dem zumindest einige Leute auf der Basis einer institutionellen Finanzierung arbeiten und andere über Drittmittel andocken könnten. Das erwies sich als nicht machbar. Letztlich fehlte uns ein Felix Weil, also ein Mäzen, wie ihn das *Frankfurter Institut für Sozialforschung* bei seiner Gründung 1924 hatte. Was wir damals nicht erwartet hatten, war, dass viele der an der AkG-Gründung Beteiligten dann doch Professuren bekamen. Im Nachhinein würde ich sagen, dass das auch den Widersprüchen der neoliberalen Hochschule beziehungsweise dem aufgeklärten Neoliberalismus vieler Hochschulleitungen geschuldet war: Die Präsidien und Rektorate schauten weniger auf die politische Orientierung als auf die wissenschaftliche *»performance«*: auf Aufsätze in anerkannten Zeitschriften, auf das erfolgreiche Einwerben von Drittmitteln und so weiter. Was du inhaltlich gemacht hast, war egal, solange es einen *»impact«* hatte und die Reputation sowie die für staatliche Mittelzuweisungen relevanten Kennzahlen der Hochschule verbesserte. Dadurch entstanden durchaus Freiräume, die sich allerdings heute zu schließen drohen: Wir müssen damit rechnen, dass an den Hochschulen und in der Wissenschaftspolitik die aufgeklärten durch die autoritären Neoliberalen ersetzt werden, die uns nicht länger nur an formalen, sondern auch an inhaltlichen Kriterien messen. Ihr Projekt ist nicht mehr allein eine abstrakte »Konkurrenzfähigkeit« der Hochschulen, für die linke Leuchttürme durchaus funktional waren. Stattdessen stellen sie sich selbst in den Dienst der autoritären Formierung, und da stören die Linken. Klar, das ist keine zwangsläufige Entwicklung, sie stößt vielerorts auf Widerstand, und an vielen Hochschulen werden Freiräume erhalten bleiben, nicht zuletzt aufgrund der inneruniversitären Kämpfe, deren Notwendigkeit Uli zu Recht betont. Aber es ist eine Tendenz, die den Unterschied zwischen der Phase eines neoliberalen und der eines autoritären Kapitalismus markiert.

Deshalb ist es vielleicht heute noch wichtiger als vor 25 Jahren, über die inneruniversitären Kämpfe hinaus die außeruniversitären Freiräume der Wissensproduktion zu verteidigen und zu stärken. Damit bin ich wieder bei der Stiftung, und zwar mit dem Plädoyer, die Analyse-Kapazitäten, über die vor allem das leider aufgelöste *Institut für Gesellschaftsanalyse* (IfG), aber auch andere Bereiche der Stiftung wie das Studienwerk und das Zentrum für internationalen Dialog verfügten beziehungsweise verfügen, unbedingt zu erhalten und zu stärken. Wir

brauchen diese Kapazitäten als Ergänzung, als Resonanzkörper, bisweilen auch als Ersatz für eine unter Druck stehende kritische Wissenschaft an den Hochschulen. Wir brauchen eine analytisch orientierte Stiftung als Vordenkerin und Impulsgeberin für emanzipatorische Bewegungen und Kämpfe, für eine Verstetigung, strategische Reflexion und Stärkung der Dynamik, die *Die Linke* zuletzt durch ihren gelungenen Bundestagswahlkampf 2025, das gute Wahlergebnis und den Parteieintritt vieler junger Leute gewonnen hat.

Uli: Ich halte Ninas Idee von einer kritischen Universität, so überzeugend sie wirkt, besonders wenn sie mit dem Namen Karl Marx verbunden wird, für nicht gut. Denn es wäre ja eine starke organisatorische und symbolische Zentralisierung. Aber die Stärke der kritischen Wissenschaften im deutschsprachigen Raum liegt genau darin, dass sie an vielen Orten und sehr unterschiedlich verankert ist. Mir scheint daher diese Idee etwas zu avantgardistisch, zumal wenn sie als historisch materialistische Wissenschaft eingeführt wird. Die jüngere Erfahrung ist ja, dass sich in den letzten zwei, drei Jahrzehnten kritische Wissenschaft an Hochschulen aufgebaut wurde, wo das zuvor nicht der Fall war. Gleichzeitig wurden die alten Zentren geschwächt. Doch auch da gibt es wieder Gegenbewegungen, wenn wir etwa an jüngere Entwicklungen an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main denken.

Was ich mir gut vorstellen könnte und was sicherlich eine gewisse Energie erzeugen würde, wäre wieder eine Art »Volksuni«, wie sie in den 1980er-Jahren in Westdeutschland sehr erfolgreich existierte. Also nicht eine dauerhafte Einrichtung, aber ein großes jährliches Treffen, bei dem sich verschiedene Menschen mit wissenschaftlichem und kritischem Bildungsanspruch austauschen. Hier könnten die von Markus erwähnte AkG, aber auch Einrichtungen wie die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine wichtige Rolle spielen.

Im Hinblick auf die aktuelle gesellschaftspolitische Situation teile ich eure Einschätzungen. Doch ich würde davor warnen, nun sehr stark auf die Partei *Die Linke* und ihr Vorfeld zu fokussieren. Natürlich freue ich mich auch, dass da so eine Dynamik entstanden ist, die wir mit dem Wissenschaftsaufruf für die Partei vor der letzten Bundestagswahl versuchten zu fördern.[4] Aber wir sollten mit Gramsci im Blick haben, dass

[4] Den Aufruf zur Wahl der Linkspartei bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 unterzeichneten fast 2.000 Wissenschaftler*innen aus unterschiedlichen Disziplinen. Initiiert wurde er – auf Anregung von Mario Candeias – von Ul-

Hegemonie ein an vielen Orten breit organisierter Konsens ist und entsprechend Gegen-Hegemonie, wie wir sie anstreben, sich auch an vielen Orten organisieren muss – in Gewerkschaften, in Betrieben, an Schulen und in unserem Fall an den Hochschulen, in außeruniversitären Forschungseinrichtungen und so weiter. Deswegen führten Markus und ich am Ende unseres neuen Buches den Begriff der »transformativen Zellen« ein. Eine wichtige Rolle spielen, trotz der aktuellen scheinbaren politischen Flaute, immer wieder auch emanzipatorische Protestbewegungen.

*Welche Rolle nimmst du dabei als kritische Wissenschaftler*in ein? Wo und mit wem versuchst du wie zu intervenieren?*

Markus: An der *Hochschule für Wirtschaft und Recht* (HWR) Berlin, an der ich arbeite, ist die kritische Wissenschaft in den vergangenen Jahren immer weiter marginalisiert worden. Traditionell waren die HWR und ihr Vorläufer, die *Fachhochschule für Wirtschaft*, Einrichtungen mit einer starken kritischen Sozialwissenschaft und heterodoxen Ökonomie. Diese waren nicht dominant, aber ihre Berechtigung stand außer Frage. Interdisziplinarität und Pluralität innerhalb der Disziplinen waren zwei wichtige Prinzipien, auf denen die Hochschule und ihr Fachbereich Wirtschaftswissenschaften fußte, in dem die Fachhochschule für Wirtschaft nach der Fusion mit der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege zur HWR im Jahr 2009 aufging. Dieser ungeschriebene Konsens existiert nicht mehr. Er wurde von den konservativen und neoliberalen Kräften aufgekündigt: Kritische Professuren wurden nicht wieder besetzt oder sie wurden umgewidmet; die Lehrveranstaltung »Politische Ökonomie und Sozialstruktur« wurde von einem Pflicht- zu einem Wahlpflichtmodul herabgestuft, der sozialwissenschaftliche Einführungskurs in einen Kurs des fünften Semesters umgewandelt; kritische Wissenschaftler*innen werden im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften von allen entscheidenden Positionen ferngehalten. Natürlich haben wir dagegen gekämpft, sogar jahrelang und auf allen möglichen Ebenen bis hin zur hochschulübergreifenden Öffentlichkeit. Aber letztlich hatten wir gegen die Übermacht der Gegenseite keine Chance. Wir haben den Konflikt verloren.

---

rich Brand, Alex Demirović, Birgit Sauer, Nina Schlosser und Markus Wissen. Siehe: Wissenschaftler*innen rufen zur Wahl der Linken auf; tinyurl.com/4ttc825f (letzter Zugriff: 16.6.2025).

Was uns die Gegenseite aber nicht nehmen kann, ist die Freiheit der Lehre und Forschung. Noch immer sind viele Studierende an kritischen Inhalten interessiert, wollen Macht- und Herrschaftsverhältnisse im Betrieb, in der Gesellschaft und in der Politik begreifen. Solange meine Kolleg*innen und ich an der Hochschule sind, werden wir diese »Nachfrage« bedienen oder auch ungefragt ein entsprechendes Angebot machen. In der Forschung tun wir das sowieso. Ich selbst arbeite mit Uli weiter am Konzept der imperialen Lebensweise und an einer Zeitdiagnose, die von diesem Konzept inspiriert ist. Empirisch forsche ich zum Thema »Arbeit und Ökologie«. Ich möchte besser verstehen, wie dominante Entwicklungen – Dekarbonisierung, Digitalisierung, seit Kurzem nun auch Militarisierung – in betrieblichen Konflikten verhandelt werden, wie sie von Beschäftigten wahrgenommen, unterstützt oder bekämpft werden: Wie werden Krisenerfahrungen gesellschaftlich, vor allem auch klassen- und geschlechtsspezifisch, verarbeitet, welche Widersprüche tun sich dabei auf, und inwieweit ließe sich mit einer linken sozial-ökologischen Politik an diesen Widersprüchen ansetzen? Das sind Fragen, die ich – politisch motiviert – wissenschaftlich verfolge, nicht nur in der HWR, sondern auch in der PROKLA-Redaktion, in wissenschaftlichen und transdisziplinären bundesweiten und internationalen Netzwerken sowie im Rahmen des von Nina schon erwähnten Graduiertenkollegs »Krise und sozial-ökologische Transformation« des Studienwerks der RLS und des RLS-Gesprächskreises »*Zukunft Auto, Umwelt, Mobilität*« (ZAUM).

Uli: Die Möglichkeiten und Formen der Interventionen, des eigenen hochschulpolitischen Agierens und darüber hinaus hängen natürlich sehr stark von den Kontextbedingungen ab. Markus hat das gerade eindrucksvoll beschrieben. Ich würde sagen, dass an der Universität Wien die Bedingungen insgesamt deutlich besser sind. Als jemand auf einer unbefristeten und anerkannten Stelle an der Universität Wien empfinde ich es als Privileg und oftmals als großes Glück, diese Tätigkeit ausfüllen zu dürfen. Konkret verspüre ich auch gar nicht so sehr den Druck von der Institution, sondern bekomme durchaus Anerkennung. Beispielsweise wurde ich drei Mal evaluiert nach fünf, zehn und fünfzehn Jahren. Obwohl ich aus der Perspektive quantifizierbarer Kriterien nicht supererfolgreich bin, bekam ich immer tolle anonyme Gutachten, die meine inhaltliche und organisatorische Arbeit wertschätzten, und das haben die Rektoren jeweils anerkannt. Das hat nun dazu geführt, dass in den letzten Jahren drei entfristete Stellen in meinem Bereich geschaffen werden konnten; zwei für Wissenschaftler*innen, eine zur Koordinierung

unserer Aktivitäten im Bereich Lateinamerika. Doch der Punkt ist: Den Druck mache ich mir ein Stück weit auch selbst. Ich muss mich immer wieder dazu bringen, zu reflektieren, was Schreib- und Forschungstätigkeiten sind, wie stark ich mich in der Lehre einbringe, wie stark in der Verwaltung – ich war mehrmals Institutsleiter – und der erwähnten Infrastrukturarbeit. Damit konkurrieren zeitlich Texte für breitere Medien, Vorträge, Netzwerkarbeit oder der Austausch mit anderen Akteuren. Besonders Vorträge in nicht-wissenschaftlichen Kontexten sind ambivalent, denn sie sind wichtig, schaffen meist Zufriedenheit, aber sie kosten Zeit und das zerreißt mich oft innerlich.

Noch eine andere Erfahrung: Ich weiß nicht, ob man das als Intervention bezeichnen kann oder eher als Tätigkeit mit einer gewissen Priorität: Es ist die Strukturierung des Bereichs *Internationale Politik* an meinem Institut und die davon ausgehenden Vernetzungen. Wir haben bei uns in der Politikwissenschaft mit der Lehre einen enormen Hebel im zahlenmäßig größten politikwissenschaftlichen Studium im deutschsprachigen Raum und tragen zu einem sehr pluralen Lehrangebot bei auf Bachelor-, Master- und Doktoratsniveau mit vielen kritischen Inhalten. Eine wichtige Initiative, für die jetzt erst die Bedingungen da sind – und nicht vor fünf oder zehn Jahren –, ist der Aufbau eines Masterstudiengangs *Governing Socio-Ecological Transformations,* der im Wintersemester 2026 beginnen wird. Diese Möglichkeit hat sich eröffnet.

Ganz besonders wichtig für mich sind Blockseminare mit Kolleg*innen aus anderen Fachbereichen oder von anderen Universitäten, etwa geblockte Seminare mit Doktorand*innen, in den letzten Jahren oft mit Kristina Dietz. Mein absolutes *Highlight* sind die alle zwei Jahre in St. Gilgen am Wolfgangsee stattfindenden Masterseminare – auch wenn es wahrscheinlich doppelt so viel Arbeit ist im Vergleich zu einem gewöhnlichen Masterseminar. Das ist ein Format, das ich vor fast 25 Jahren mit Sonja Buckel, Josef Esser und Joachim Hirsch zum ersten Mal durchgeführt habe, nachdem ich nach Kassel gegangen bin und weiter Kontakt mit den Kolleg*innen in Frankfurt am Main hielt. Daraus hat sich inzwischen seither fast durchgehend alle zwei Jahre ein einwöchiges Blockseminar ergeben. In den ersten fünfzehn Jahren hatten wir wechselnde Konstellationen der Lehrenden, seit einigen Jahren eine annähernd feste Gruppe. Es sind immer zwischen 50 und 60 Masterstudierende und wir wollen dieses Format und die damit verbundenen Erfahrungen jetzt auch über die AkG bekannter machen und hoffen, dass sich auch andere zusammenfinden. Wichtig sind bei den Blockseminaren mit Dissertant*innen und Masterstudierenden jeweils ein Abend, wo wir über wissen-

schaftliche Praxis und Erfahrungen, Erwartungen und Ängste sprechen – das ist meist sehr intensiv und berührend.

Was ich in den ersten Jahren nicht so stark gemacht habe, ist, mich auch an der Universität zu engagieren, etwa im Nachhaltigkeitsbeirat. Im Senat der Universität engagiere ich mich in der Koordinierung mit sehr feinen Kolleg*innen, dabei lerne ich viel, es ist hochschulpolitisch wichtig und macht Spaß. Bei so etwas war ich lange Zeit verhalten. Aber es hängt vielleicht auch mit meiner Herkunft aus Deutschland zusammen, dass ich mich nicht in wissenschaftspolitische Gremien in Österreich einbringen wollte. Ich bin zwar Co-Sprecher einer österreichweiten, vor allem aus Sozialwissenschaftler*innen bestehenden Arbeitsgruppe zum Thema soziale ökologische Transformation. Das ist mir auch wichtig, aber von anderen formellen Gremien bin ich dann doch entfernt, wüsste auch nicht, ob ich da reinkäme und ob ich mir das zutrauen würde. Vielleicht habe ich mit meiner stark in linken sozialen Bewegungen erfolgten politischen Sozialisation auch zu viel Distanz zu den Verführungen von Macht im Wissenschaftsbetrieb. Gleichzeitig sehe ich, dass wir auch dafür kluge und kritische Leute brauchen.

Nina: Als Promotionsstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung laufe ich eher am Hochschulbetrieb vorbei. Ich betrete ihn nur, um an Seminaren wie denen von Uli, Podiumsdiskussionen und Konferenzen teilzunehmen, Vorträge zu halten. Das mache ich als aktivistische sozialistische Wissenschaftlerin. Mein wissenschaftlicher Raum, geschützt und schön, ist das Graduiertenkolleg der Stiftung. Wir organisieren beispielsweise Diskussionsveranstaltungen zu öko-sozialistischen Themen und verfolgen dabei einen verbindenden, partizipativen und emanzipatorischen Ansatz. Innerhalb des Kollegs, dessen promovendische Sprecherin ich bin, machen wir Wissenschaft so gut es geht anders. Das ist nicht leicht. Aber wir versuchen, kritisch zu arbeiten, auch im Kollektiv und uns trotz der strukturellen Konkurrenz und Zwänge gegenseitig beim individuellen Vorankommen zu unterstützen, fürsorglich miteinander zu sein.

Das Kolleg ist aber nicht *Academia*, auch wenn seine Mitglieder promovieren. Vielleicht ist das Kolleg so etwas, das ihr beide als »transformative Zelle« verstehen würdet. Zelle passt in der Tat: eine Einheit eines Organismus, verwoben mit anderen Zellen, allerdings eher nach innen denn nach außen. Denn meist bleiben wir unter uns Wissenschaftler*innen und sind bislang nicht einmal mit passenden Einheiten innerhalb der Stiftung verbunden, was ich misslich finde und sich vielleicht ändern ließe. Die Kollegiat*innen und Kolleg*innen anderer Bereiche der RLS,

die zu ähnlichen Themen arbeiten, würden von einem Austausch profitieren, ebenso weitere Stipendiat*innen, Vertrauensdozent*innen, Ehemalige, Mitglieder der RLS und des wissenschaftlichen Beirats beispielsweise. Denn ich würde schon sagen, dass unser Kolleg eine Membran besitzt, die relativ durchlässig ist: Neue Doktorand*innen können eintreten, auch gehen, bisher tut dies niemand, weil wir miteinander verbunden sind und einander befruchten. Ich finde, das Kolleg ist in vielerlei Hinsicht exemplarisch: Seine Mitglieder sind kritisch und solidarisch; wir arbeiten gut miteinander, zum Beispiel am Sammelband »Kämpfe um Transformation«, der im Juli 2025 erschienen ist. Insgesamt agieren wir aber innerhalb dominanter Strukturen, die *Academia* vorgegeben hat und die wir teils fortschreiben. Nicht unbedingt intentional oder widerstandsfrei, aber dennoch.

Außerhalb des Kollegs begleite ich, als aktivistische Wissenschaftlerin, besonders die sozialen (Verkehrswende-)Bewegungen und bewege mich in linken Institutionen: im Kolleg und von Markus erwähnten GK ZAUM der RLS und der Partei *Die Linke*. Hoffentlich nicht affirmativ, sondern kritisch und solidarisch. Ich bin Mitglied der Partei und der darin verankerten *Bundes-AG Klimagerechtigkeit*. Einen solchen linken Zusammenschluss haben wir 2020 auch für Berlin gegründet, den ich mitsteuere. Wir arbeiten an Wahlprogrammen mit und versuchen, – meist erfolgreich – qua Leitanträgen, die Partei bei der Ökologisierung ihrer Programmatik zu unterstützen. Bei ihren Politiken fordern wir diese ein, aber da scheitern wir, *Die Linke* macht keine Klimapolitik. Der Klima-Diskurs und die Praxen/Politiken der Partei haben sich im Zuge der autoritär-rechten Verschiebung, der Kriege und multiplen Krise wieder weiter eingeschränkt. *Die Linke* hat das Klima von der Agenda genommen. Das halte ich für einen Fehler. Wir – in LAG und BAG Klima – versuchen, das umzukehren. Macht haben wir keine. Mit dem GK ZAUM verhält es sich nicht wirklich anders, aber dieser Zusammenschluss ist ein unglaublich umtriebiger, politischer und kluger, der vielfältig in seiner Zusammensetzung ist. Er ist mein Quell der Kraft, Inspiration und des Wissens.

Welchen Herausforderungen begegnest du bei deiner Arbeit oder deinem Engagement? Mit wem versuchst du, sie wie zu überwinden?

Nina: Herausforderungen in der Partei und Begrenzungen der Wirkmacht unserer links-politischen Zusammenschlüsse und Praxen in und von LAG/BAG sprach ich gerade an. In gewisser Hinsicht konvergieren die Herausforderungen mit dem Wissenschaftsbetrieb und meiner ei-

genen wissenschaftlichen Arbeit. Was kann ich denn als Doktorandin überhaupt leisten, wo und wie mit wem wirken? Wer liest meine Arbeiten, meine Diss? Und wenn, inwiefern leiste ich mittels meiner Forschung einen Beitrag in der wissenschaftlichen Debatte? Wird sie bestenfalls befruchtet und entwickelt sich weiter oder bleibt mein Beitrag, an dem ich seit vier Jahren intensiv arbeite, eher unbemerkt? Das wäre ernüchternd.

Vielleicht bekomme ich gar keinen Fuß in die akademische Tür, den ich da bisher kaum habe. Ich befürchte, wie ich heute promoviere und politisch aktiv bin, könnte ich mir den Zugang zu *Academia*, wie ich ihn mir vorstelle, zukünftig verstellen. Der Eintritt ist eh schon voraussetzungsvoll. Sollte ich den akademischen Pfad verfolgen, den ich, so wie er ist, ehrlich gesagt nicht einmal besonders attraktiv finde, bin ich gemäß den vorherrschenden Kriterien keine sonderlich geeignete Kandidatin, vermute ich.

Erstens kenne ich *Academia*, die Prozesse und Strukturen kaum. Nur als ich noch an der HWR studierte, verschiedene Mandate innehatte und hochschulpolitisch aktiv war, erhielt ich eine begrenzte Innenperspektive. Was ich da mitbekam, war übel. Markus erwähnte den Konflikt. Ich wünsche niemanden, so arbeiten und kämpfen zu müssen. Immerhin konnten Markus und ich dort zusammen einen Kurs unterrichten. Das tat ich nicht für den akademischen Lebenslauf, sondern weil ich mit Markus lehren konnte, also aus Freude, Neugier, für meine Erfahrung und für die Seminarteilnehmer*innen, die sich auch mit relevanten Themen aus kritischer Perspektive an der zunehmend orthodoxen HWR beschäftigen können sollten. Dieses Kriterium, Lehrerfahrung, könnte ich, zweitens, vielleicht einigermaßen erfüllen, auch wenn es wenige Semesterwochenstunden waren. Meine Umschiffung von *peer-reviewed*-Journalen, drittens, könnte eine größere Hürde sein, die mir vorher nicht bewusst war. Mir ist erst in letzter Zeit, da ich ab und an mal Stellenausschreibungen las, bewusst geworden, dass Journal-Publikationen wohl eine feste Voraussetzung sind. Ich habe mich diesen Prozessen bislang intentional entzogen. Ich wollte frei denken und schreiben, erstmal lernen und mich entwickeln. Ich wollte das so und bin froh, dass ich nie unter Druck gesetzt wurde. Stattdessen habe ich meist freudvoll Beiträge für Sammelbände geschrieben, die unter den strengen Augen von *Academia* wohl nicht so viel wert sind. Die drei Bedingungen – Kenntnisse universitärer Prozesse und Strukturen, Lehrerfahrung, Publikationen in gerankten Journalen – womöglich noch die Mitwirkung an Forschungsprojekten und das Einwerben von Drittmitteln, erfülle ich nicht.

Was ich möchte, und was vielleicht naiv anmutet, ist, mit kritischen Wissenschaftler*innen gut forschen, kluges und nützliches Wissen schaffen, Debatten befruchten, mit Kolleg*innen und Studierende und weiteren außer-akademischen Gruppen Projekte umsetzen, voneinander und miteinander lernen, es anders und gut machen. Und dass es weitere kritische Wissenschaftler*innen können, wenn sie denn wollen. Wo geht das? In einigen Unis oder Instituten durchaus noch. Das ehemalige IfG war auch so ein Ort und wurde in der RLS eingestampft! Wir müssen damit rechnen, dass das auch andernorts geschieht. Warum dann keine kritische Uni denken, die ihr als unrealistisch und keine gute Idee einschätzt? Wenn sich hier Räume weiter verschließen, müssen wir die Bestehenden dann nicht verteidigen und auch neue erkämpfen? Utopisch denken, müssen wir das nicht auch, um ein Mindestmaß an Gutem zu realisieren? Nach der Diss begebe ich mich auf die Suche nach einem Mäzen.

Markus: An dem, was du, Nina, sagst, schätze ich, dass du an deine wissenschaftliche Arbeit deine eigenen Relevanzkriterien anlegst, also die Kriterien einer kritischen Wissenschaft und befreienden politischen Praxis. Das Problem ist, dass dies unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht unbedingt ein akademisches Fortkommen garantiert. Dafür sind, wie du selbst schreibst, andere, zumindest zusätzliche Strategien erforderlich, wie das Publizieren in begutachteten internationalen, und das heißt vor allem auch englischsprachigen Zeitschriften. Das ist mitunter eine Gratwanderung, auf jeden Fall aber eine Herausforderung, mit der gerade auch deine Generation konfrontiert ist: am kritischen und politischen Anspruch der eigenen Arbeit festzuhalten und trotzdem den formalen Kriterien gerecht zu werden, um sich die akademische Karriere nicht zu verbauen. Dass sich in jüngerer Zeit die Spielräume kritischer Wissenschaft auch in inhaltlicher Hinsicht weiter zu verengen drohen, macht die Sache nicht leichter.

Dennoch ist die Gratwanderung kein unmögliches Unterfangen, denn viele englischsprachige Zeitschriften sind gerade auch an kritischen Inhalten interessiert. In ihnen zu veröffentlichen, bedeutet immer auch, die eigene Arbeit in einen internationalen Kontext zu stellen, entsprechende Kontakte herzustellen und Netzwerke zu schaffen. Das ist sehr bereichernd. Hier sehe ich mich selbst gefordert, meine privilegierte Position auf einer unbefristeten Professur zu nutzen, um jüngere Wissenschaftler*innen zu unterstützen. Ich habe diese Unterstützung selbst erfahren, vor allem von Wolf-Dieter Narr, bei dem ich Ende der 1990er-Jahre promoviert habe. Es ist auch ein Aspekt meiner Mitarbeit in der

PROKLA-Redaktion. Die PROKLA ist gleichzeitig eine anerkannte wissenschaftliche Zeitschrift und ein politisches Projekt. Das macht sie auch für kritische Wissenschaftler*innen in oder nach der Promotionsphase interessant, was sich auch an der Vielzahl von Gastredakteur*innen zeigt, die mit viel Engagement und Expertise zusammen mit der Kernredaktion einzelne Hefte gestalten.

Weitere Herausforderung liegen sicherlich in dem schon skizzierten institutionellen Kampf gegen die Verengung der Räume für kritische Wissenschaft. Dazu kommt das, was Uli von seinem Gespräch mit Eva von Redecker berichtet: Wie schaffe ich Freiräume, in denen ich zum Lesen, Nachdenken und Schreiben komme? Eigentlich sind das ja – neben der Lehre – die Tätigkeiten, für die ich bezahlt werde. Aber der Alltag sieht anders aus. Er besteht aus einem ständigen Kampf um diese Räume, ein Kampf, der zumindest während des Semesters nicht selten verloren geht. Auch die vorlesungsfreie Zeit wird zu einem großen Teil von Prüfungen und Korrekturen absorbiert. Das hängt in meinem Fall auch mit dem hohen Lehrdeputat von 18 Semesterwochenstunden an Fachhochschulen zusammen. Aber es ist darüber hinaus ein strukturelles Problem, das auch die Unis betrifft. Neben Forschungssemestern, auf die wir alle vier Jahre einen Anspruch haben, sind *Fellowships* eine Möglichkeit, dem zu begegnen. Ich bin zweimal in diesen Genuss gekommen, einmal 2018 am *DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften* der Uni Jena und einmal in den Jahren 2021 bis 2023, in denen ich zur Hälfte meiner Arbeitszeit für das IfG tätig war und unter anderem mit Uli an unserem Buch »Kapitalismus am Limit« gearbeitet habe.

Was ich zurzeit sehr wertzuschätzen lerne, ist die Arbeit in einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Drittmittelprojekt zur Rolle von Industriebeschäftigten in der sozial-ökologischen Transformation. Zum einen ist das eine Möglichkeit, zwei jüngeren kritischen Wissenschaftler*innen eine zumindest zweijährige Beschäftigungsperspektive zu bieten. Zum anderen ist das Projekt ein enorm anregender und bereichernder Zusammenhang. Es handelt sich um ein kleines Projekt, wir sind wenige Leute. Aber uns verbinden die intrinsische Motivation und der kritisch-theoretische Korridor, in dem wir uns bewegen. Viele Reibungsverluste, die in großen Projekten mit mehreren Partnern häufig auftreten, bleiben uns dadurch erspart. Wir erarbeiten uns gemeinsam theoretische Grundlagen und empirisches Wissen, das dann hoffentlich auch progressiven Akteuren in Gewerkschaften, Betrieben und sozialen Bewegungen zugutekommt und damit einen Gegenakzent gegen die allgegenwärtigen regressiven Entwicklungen setzt.

Wichtig sind schließlich auch die Vernetzungen, aus denen Projekte wie die internationale Konferenz zu *Labour Environmentalism* hervorgehen, die Ende 2025 in Berlin stattfindet – Vernetzungen, die sich nicht auf die Hochschule beschränken, sondern ganz wesentlich auch andere Organisationen einschließen: die Stiftung, Gewerkschaften, soziale Bewegungen etwa. Das ist nicht nur wissenschaftlich und politisch wichtig, sondern auch im Hinblick auf die Schaffung von (neuen) transdisziplinären Orten der Reflexion über Gesellschaft und der Produktion kritischen Wissens, die dann bestenfalls wieder auf die Hochschule und in die anderen beteiligten Organisationen ausstrahlen.

Uli: Die institutionelle Herausforderung besteht für mich konkret und für kritische Wissenschaft insgesamt darin, die Räume und Praxen von uns zu halten oder sogar auszubauen. Also gegen die von Markus beschriebenen *shrinking spaces* vorzugehen, wenn das möglich ist. Auf einer subtileren Ebene ist es wichtig, die Geringschätzung und das Verächtlichmachen durch den Mainstream zurückzuweisen. Mit dieser Herausforderung versuche ich dahingehend umzugehen, dass ich mir selbst und vor allem auch jüngeren Kolleg*innen, die dadurch ja noch viel stärker verunsichert werden, Reflexionsräume schaffe, sei es konkret bei uns in Wien, sei es bei den genannten Seminaren oder anderweitig.

Eine persönliche Herausforderung ist das Zeit-Management, zumal wenn wir den Anspruch haben, über das Akademische hinaus aktiv zu sein. Das ist ein weites Feld. Dazu gehört etwa ein reflektierter Umgang mit den Ansprüchen des Betriebs, den expliziten oder zumindest impliziten Kriterien von »Erfolg«. Mir war es nie so wichtig, möglichst viele Drittmittelprojekte zu haben, was ja andere kritische Wissenschaftler*innen durchaus als wichtig erachten. Nicht nur für das eigene Renommee und die Wissensproduktion, sondern auch aus nachwuchspolitischen Gründen. Mir lag das nie, und ich habe immer versucht, maximal zwei Drittmittelprojekte zu haben. Das ist dann eine Frage der Prioritäten, auch wenn es im akademischen Geschäft der Anerkennung nicht so gut kommt. Aber zur Frage des Umgangs mit der eigenen Arbeits- und Lebenszeit gehört natürlich viel mehr. Für mich ist es beispielsweise wichtig, und ich kann das in meiner privaten Konstellation auch, immer wieder ein oder zwei Semester aus Wien wegzugehen. Das ist meist inhaltlich spannend, aber auch zeitlich entlastend. Die Bücher »Imperiale Lebensweise« und »Kapitalismus am Limit« wären nicht entstanden, wenn ich nicht 2016 ein Semester in Potsdam und 2021/2022 zwei Semester in Berlin gewesen wäre; und zwar nicht im Rahmen des »übli-

chen« Forschungssemesters, sondern als zusätzliche Freistellung. Auch wenn mich »Wien« in Zeiten von *Zoom* und *E-Mails* nie loslässt.

Eine Herausforderung, die mich sehr beschäftigt, liegt darin, wie ich als kritischer Wissenschaftler auch öffentlich agiere, also in einer Funktion des öffentlichen Intellektuellen. Das meine ich nicht mit einem eitlen Anspruch, sondern als Notwendigkeit und Verantwortung gerade in diesen Zeiten mit nicht nur autoritären Dynamiken, sondern auch der analytisch-politischen Zahnlosigkeit des liberalen Lagers und, auf die Wissenschaft bezogen, des Mainstreams. Ich weiß nicht wirklich, wie ich damit genau umgehen soll. Weil es zum einen enorme zeitliche Anstrengungen erfordert, bei ohnehin permanent knapper Zeit. Aber es sind auch kontinuierliche Praktiken, die eingeübt werden müssen, beispielsweise in *Talkshows* aufzutreten, sich in einer breiteren Öffentlichkeit mit entsprechenden Texten oder Interviews bekannt zu machen. Das ist nicht nur ein sehr schwieriges Feld im permanenten Kampf um Aufmerksamkeit, sondern eben extrem zeitintensiv.

Auch 2017 beim Buch »Imperiale Lebensweise« und nun letztes Jahr bei »Kapitalismus am Limit« sind wir meines Erachtens deutlich unter unseren Verhältnissen geblieben. Wir hätten damit viel stärker in eine breite Öffentlichkeit kommen sollen, doch dafür fehlen, Zeit und Erfahrung – und Kontakte, deren Herstellung und Pflege wiederum Kapazitäten kosten.

Ich habe vor einigen Jahren sogar gemeinsam mit anderen einen anderen Weg eingeschlagen als wir mit »Diskurs. Das Wissenschaftsnetz« einen Verein gegründet haben, um kritisches oder evidenzbasiertes wissenschaftliches Wissen in Zeiten zunehmender *Fake News* in eine breitere Öffentlichkeit zu bringen. Ich halte das für sehr wichtig, und es ist auch relativ erfolgreich. Da tauche ich als Name öffentlich gar nicht auf, aber vielleicht ist diese Art der Infrastrukturarbeit sogar besser als dieses permanente Ringen um die öffentliche Aufmerksamkeit, die mit dem eigenen Namen verbunden wird. Vielleicht können andere Letzteres auch einfach besser.

Aus heutiger Sicht hatte ich sicherlich viel zu viel Zeit investiert, um an meinem Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien die verschiedenen Wissenschaftler*innen in Diskussionskontexten zusammenzubringen. Das gelingt kaum, weil die Interessen zu unterschiedlich sind, der Alltag sonst zu dicht, aber auch die Chemie vor allem zwischen einigen Professor*innen nicht unbedingt stimmt. Ich war jetzt im letzten Sommersemester in einer DFG-Forschungsgruppe an der Universität Hamburg in der Soziologie und war wirklich fasziniert, was möglich ist,

wenn die Leute auch miteinander kooperieren wollen und über so eine DFG-Gruppe auch die Mittel haben, um interessante Leute einzuladen.

Mein Umgang damit? Konkret für mich in Wien habe ich mich in den letzten Jahren immer stärker auf den gar nicht kleinen Bereich Internationale Politik konzentriert, teilweise vernetzt mit Leuten anderer Universitäten, beispielsweise einige Jahre mit Christoph Görg von der Universität für Bodenkultur. Diese Vernetzungen und Arbeitszusammenhänge sind wirklich spannend, produktiv und angenehm.

Eine andere Umgangsform: Vielleicht müssten wir kritische Wissenschaftler*innen, einerseits mit ähnlichem Erfahrungshintergrund, andererseits auch zwischen unterschiedlichen wissenschaftlichen Generationen, uns vermehrt Räume zum Austausch unserer Praktiken schaffen. Beispielsweise hatten wir Anfang März 2025 ein Treffen bei Kassel mit 14 kritischen Professor*innen meiner Generation organisiert. Das war sehr gewinnbringend und motivierend, sich mal über die Probleme, aber auch die positiven Erfahrungen mitunter zum eigenen Tun, in Bezug auf jüngere Kolleg*innen und institutionelle Praktiken intensiv, neugierig und solidarisch auszutauschen.

Schließlich und anschließend an das, was Nina vorhin sagte: Eine immer wieder auftretende Herausforderung, die mit emotionalen Belastungen einhergeht, sind die oft unklaren beruflichen Aussichten von jüngeren sehr guten und kritischen Wissenschaftler*innen. Ich höre immer wieder von Kolleg*innen, oft nach dem Doktorat, dass sie den noch Jüngeren in der Master- oder Dissertationsphase davon abraten, im Wissenschaftsbetrieb oder konkreter im Hochschulbetrieb zu bleiben, weil vieles so prekär und chancenlos sei. Die Prekarität ist ein großes Problem, aber unsere Erfahrung der letzten 25 Jahre ist, dass kritische Menschen an die Fachhochschulen oder in wissenschaftliche Einrichtungen außerhalb der Hochschulen kommen. Markus hat darauf hingewiesen, und ich halte das für ganz wichtig, diesen Punkt immer wieder stark zu machen. Aber auch über Ängste und Ambivalenzen zu sprechen.

Wie gehst du mit Niederlagen um? Und wie bewahrst du deine Hoffnung?

Uli: Ich wüsste gar nicht, wo ich große Niederlagen bei meinen wissenschaftlichen Aktivitäten in den letzten fast 30 Jahren eingesteckt habe – ich blende einmal die gesellschaftlichen Kämpfe aus. Ich habe mit einem Stipendium promoviert und bekam dennoch über einen Projektzusammenhang etwas Einblick in den Universitätsbetrieb. Im Jahr 2001 ging ich nach Kassel auf eine PostDoc-Stelle und seit 2007 bin ich an der

Uni Wien. Obwohl ich lange gar nicht den expliziten Wunsch hatte, dauerhaft im Wissenschaftsbetrieb zu bleiben – eigentlich erst nach drei Jahren meiner PostDoc-Stelle, als ich mir eine Habilitation überlegte –, hat alles immer ganz gut geklappt.

Die Erfahrungen von Markus an der HWR sind wirklich schrecklich und man kann die Engstirnigkeit einiger seiner Kolleg*innen kaum fassen. Meine Erfahrung in Wien ist, dass wir uns am Institut nicht den Dominanzansprüchen der Mainstream-Wissenschaft unterwerfen und immer wieder auf die notwendige Pluralität von Wissenschaft insistieren. Es gibt historisch gewachsen ein zweites Institut (für Staatswissenschaft) mit einem mehrheitlich eher engen und mainstreamigen Wissenschaftsverständnis. Ein langjähriger Leiter dort lebte vom Gestus der wissenschaftlichen Überheblichkeit und einem Dominanzanspruch uns gegenüber. Doch aufgrund der organisatorischen Trennung war das nicht so wichtig und mit jüngeren Kolleg*innen dort kooperieren wir ohnehin gut.

Ein anderes Feld: Natürlich kann man immer sagen, dass die Ablehnung eines aufwendig erstellten Forschungsantrages eine Art Niederlage ist. Ich hatte unter anderem drei Mal beim *European Research Council* (ERC) einen Antrag für ein Projekt gestellt, bin aber gescheitert. Das ist sehr schade, doch gleichzeitig hat es mir auch immer zeitlichen Spielraum für andere Sachen gelassen. Das Buch mit Markus »Kapitalismus am Limit« wäre nicht entstanden, wenn mein zweiter ERC-Antrag durchgegangen wäre. Vielleicht ist es meine Grunddisposition, das wissenschaftlich-akademische Spiel um Anerkennung nicht zu ernst zu nehmen. Deshalb fühle ich mich auch nicht eingeschränkt, wenn es zur oben erwähnten Infrastrukturarbeit kommt.

Meine Hoffnung, auch wenn mir der Begriff Hoffnung nicht so gut gefällt, sagen wir besser meine Freude am Tun und an einer gewissen, auch auf die Zukunft gerichteten Sinnhaftigkeit, ziehe ich durchaus aus einer gewissen Anerkennung. Die wird zuteil durch Publikationen, viele mit Markus, in der Lehre, im institutionellen Agieren oder bei Vorträgen. In den Jahren, in denen ich unser Institut geleitet habe, bemühte ich mich um eine kollegiale Arbeitsatmosphäre, einschließlich der Mitarbeiter*innen in der Verwaltung.

Die Sinnhaftigkeit kommt ein Stück weit auch daher, ich will die damit einhergehenden hohen Arbeitsbelastungen und vielen Situationen von Überforderung nicht negieren, dass es uns in Wien und im deutschsprachigen Raum durchaus gelingt, dass viele Menschen kritische Wissenschaft machen können. Auch ein Stück unangepasst zu bleiben, ist irgendwie gut. Dafür sind die Netzwerke und vielen persönlichen Kon-

takte und Freundschaften wichtig. Für mich sind es freundschaftliche Verbindungen, die vorhin genannten Dissertant*innen-Seminare und jene in St. Gilgen. Es ist die AkG als Zusammenhang, die Markus und ich ja mitgegründet haben.

In meiner Zeit in Kassel habe ich von Christoph Scherrer gelernt, dass es sich lohnt, ein wissenschaftliches Projekt zu formulieren und es zu verfolgen. Bei ihm waren es zwei Masterstudiengänge, die *Global Labour University*, aber auch sein Agieren an der Universität Kassel, das einen großen Unterschied machte. Ich kam von der Universität Frankfurt am Main, wo ich so sozialisiert wurde, dass die Menschen in der Generation »über« mir, die ich wissenschaftlich geschätzt habe, aber kein solches Projekt hatten – oder ich habe es zumindest nicht mitbekommen. Das war in Kassel völlig anders und das habe ich mit nach Wien genommen.

Vielleicht zum Schluss zur Frage der Hoffnung oder der Selbstwirksamkeit als Teil von Netzwerken: Für uns als kritische Köpfe ist es am Ende auch die Frage der Einschreibung des eigenen vielfältigen und oft unübersichtlichen Tuns in gesellschaftliche Gesamttendenzen. Diese sind zurzeit vielleicht frustrierend, aber es öffnen sich auch immer wieder Dinge; davon ein kleiner Teil zu sein, das ist schon gut und gibt dem eigenen Tun Sinn.

Markus: Was mir den Umgang mit (hochschulpolitischen) Niederlagen erleichtert, ist die Erfahrung, es versucht zu haben, in die Konflikte gegangen zu sein und dabei solidarische und freundschaftliche Verbindungen mit anderen aufgebaut oder intensiviert zu haben. Daraus ziehe ich die Kraft, die auch über Niederlagen hinweghilft.

Die gesamte politische und gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahre ist ja geprägt von Niederlagen. Schwer auszuhalten ist dabei manchmal eine Diskrepanz, die ich persönlich empfinde: Meine berufliche und finanzielle Situation hat sich zur selben Zeit konsolidiert und verbessert – ich habe die Phase verschiedenster befristeter und immer wieder durch Arbeitslosigkeit unterbrochener (Teilzeit-)Beschäftigungen zur selben Zeit zugunsten einer unbefristeten und sogar verbeamteten Vollzeitprofessur hinter mir lassen können –, wie es gesamtgesellschaftlich und ökologisch bergab ging, wie sich die Krisen häuften und zuspitzten. Da stellt sich manchmal die Frage nach dem Sinn der eigenen Arbeit.

Insgesamt überwiegt aber die Überzeugung, dass der Sinn sich nicht allein an dem Einfluss festmachen lässt, den wir auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen haben, und dass es notwendig ist, etwas aus dem Privileg zu machen. Ohne Resonanz geht es dennoch nicht. Die Resonanz,

die Uli und ich auf die »Imperiale Lebensweise« und »Kapitalismus am Limit« bekommen, ist sehr wichtig und motivierend. Ganz zentral sind auch die wissenschaftlichen und politischen Netzwerke, in denen ich mich bewege und von denen ihr ein Teil seid. Ein Schlüsselerlebnis war schließlich die Veranstaltung »Diese jungen Leute«, die von Mitgliedern des Transformationskollegs im Dezember 2024 im Salon der Stiftung organisiert worden war. Die jungen Aktivist*innen aus unterschiedlichen politischen Spektren, die dort auf dem Podium miteinander diskutiert und ihre Erfahrungen ausgetauscht haben, haben mich mit ihrem Mut, ihrer Reflektiertheit und ihrem Engagement enorm beeindruckt.

Nina: Ich würde Niederlagen zunächst weiter fassen. Insofern kann ich aber gut an den letzten Punkten anknüpfen. Niederlagen erfahre ich als aktives Mitglied der Zivilgesellschaft, als sozialistischer Mensch, ächzend unter den herrschenden Verhältnissen, verstört von lebensverachtenden Verständnissen, dominanten Diskursen, Praxen und Politiken, die mich bestürzen bis anwidern, deren Konsequenzen mich wütend und traurig machen. Für mich sind die Verhältnisse und das Leid, das viele derentwegen ertragen müssen, Niederlagen. Meine mit ihnen verbundenen Gefühle und Ängste meine ich damit nicht.

Aber Niederlagen oder Widrigkeiten lähmen mich nicht, sondern bringen mich stattdessen in Bewegung, auch wenn ich mir Phasen der Trauer und des Rückzugs gewähre. Aber im Kampf kommt Hoffnung auf. Ich spüre Hoffnung allerdings seltener und auch qualitativ weniger als früher. Vielleicht auch, weil ich durch meine wissenschaftliche wie aktivistische Arbeit etwas besser verstehe als früher. Kritische Wissenschaft ist gut, ich finde die Praxis höchst befriedigend. Aber die Erkenntnisse können zuweilen auch belastend sein. Die Transformation, für die sich viele einsetzen, scheint blockiert. Es hat sich in schwindelerregender Geschwindigkeit einiges zum Schlechten verändert. Das erkenne ich als hoffentlich vorübergehende Niederlage. Gerade bin ich eher skeptisch.[5]

Dankbar bin ich all jenen, die – trotz alledem – weitermachen. Sich organisieren, mobilisieren, solidarisch sind. Sie schenken mir Hoffnung, und zwar auf eine andere Ordnung und ein solidarisches Miteinander, wofür viele hoffentlich weiterhin kämpfen – auch global.

Mit meiner Forschung balanciere ich auf einem schmalen Grat zwischen Hoffnung und Hoffnungslosigkeit: weil ich den versuchten Brüchen mit dem extraktivistischen Modell Chiles, eingeklammert im Welt-

[5] Siehe den Beitrag von Mario Candeias in diesem Band.

markt, nachspüre und dabei in der Regel bei Kontinuitäten lande. Dass der friedliche Weg zum Sozialismus der Volksfrontregierung, der mich und Weitere inspiriert und optimistisch macht, brutal abgeschnitten wurde und dass einige der damals herrschenden Kräfte noch heute einflussreiche Positionen in Ökonomie und Gesellschaft bekleiden, stimmt mich pessimistisch.

Meinem Optimismus ist Chile, als mein Leuchtturm der Hoffnung mit langem Schatten, also nicht nur zuträglich. Aber das muss es nicht leisten. Wichtig ist mir, zu verstehen und Veränderungen vereint zu versuchen. So besehen befördert meine Forschung auf der individuellen Ebene so einiges. Sie wirkt im Prozess sinnstiftend. Die Menschen, mit denen ich in Chile und hier verbunden bin, bereichern mich. Das seid ihr, Mario Candeias und Marcus Hawel, meine Kolleg*innen und Freund*innen im Kolleg und darüber hinaus. Dass ich mit euch und ihnen sein darf, gibt mir mehr, als ich erhoffen konnte.

Wenn ich könnte, würde ich diesen Zustand konservieren, weniger prekär aber. Ich würde mich gern auf einen fruchtbaren und solidarischen Anschluss nach der Promotion freuen können, der mich – trotz der Zwänge und Analyseergebnisse – mit Freude erfüllt. Uli ersetzte Hoffnung durch Freude, an dieser Stelle geht es vielleicht in eine sinnähnliche Richtung. Ich selbst hoffe, dass wir weitermachen, rebellisch und zusammenbleiben.

Alex Demirović

Im Blindflug

Im Vorwort zum *Kapital* weist Karl Marx darauf hin, dass die bürgerliche Gesellschaft eine ist, die nicht wissen will, was sie tut. Sie ziehe die Nebelkappe tief über Augen und Ohren, um die Existenz der Ungeheuer wegleugnen zu können, die sie erzeugt.

Marx spricht einen der zentralen Aspekte des Verhältnisses der bürgerlichen Gesellschaft zu sich selbst an: ihr gestörtes Verhältnis zum Wissen über sich selbst. Es handelt sich um eine widersprüchliche Bewegung. Die bürgerliche Gesellschaft ist in einem historisch zuvor nicht gekannten Ausmaß von der Produktivität der Wissenschaften abhängig. Deswegen werden Wissenschaften mit sehr viel materiellem Aufwand gefördert: Es werden zahlreiche Menschen für ihre Berufstätigkeit wissenschaftlich ausgebildet; es werden Wissenschaftler*innen qualifiziert. Beides beinhaltet, dass ihre Arbeitskraft für kürzere oder längere Zeit nicht für die anderweitige unmittelbare Produktion oder Dienstleistung zur Verfügung steht. Es werden umfangreich Gebäude für Zwecke der Lehre und Forschung gebaut, sehr viel Geld in Bibliotheken oder technische Infrastrukturen gesteckt. Gleichzeitig jedoch werden die Wissenschaften seit Beginn des bürgerlichen Zeitalters eingeschränkt, bekämpft, nicht ernst genommen, verfolgt. Der Umgang mit der wissenschaftlichen Arbeit von Marx selbst zeigt das an. Er konnte sich auf eine umfassende ökonomische Diskussion, auf Statistiken und Parlamentsberichte, auf umfangreiche historische Studien und die Tagespresse beziehen. Damit hat er ein grundlegendes Wissen über die bürgerliche Gesellschaft erarbeitet, sodass sie seit seinen weiterhin aktuellen und an ihn anschließenden und sich weiterentwickelnden Forschungen im Prinzip weiß, wissen kann, was für eine Gesellschaft sie ist. Doch dieses Wissen wird abgewehrt. Denn es handelt sich um ein Wissen, das mit einer paradoxen Anforderung verbunden ist: Würde es ernst genommen, dann müsste die bürgerliche Gesellschaft aufgrund von Einsicht sich selbst infrage stellen und auf etwas Neues zugehen. Denn sie weiß eigentlich, dass sie selbst nicht durch Rationalität und wissenschaftliche Einsicht geleitet ist und deswegen trotz all ihrer zwanghaften Modernität und Aufgeklärtheit in den Mythos regrediert, trotz ihrer neurotischen Beschwörungen der Normalität in Krisen gerät, trotz aller Friedensrhetorik und internationaler Vereinbarungen immer wieder Kriege erzeugt, trotz Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit die Rechte

bricht, trotz der Legitimation durch das Volk die Demokratie untergräbt, trotz Wohlstandsversprechen auf ihre Selbstzerstörung hin tendiert.

Mit dem marxschen Wissen könnte die Gesellschaft radikal immanent sein und entsprechend historisch und verantwortlich handeln. Wenn Marx angesichts der kapitalistischen Verkehrungslogik, der zufolge sich das konstitutive Vergesellschaftungsgesetz des Äquivalententauschs hinter dem Rücken der Akteure herstellt, schreiben kann: Sie wissen es nicht, aber sie tun es, so gilt aufgrund der Existenz seiner eigenen Theoriebildung gleichzeitig auch: Sie wissen es also, aber sie tun es nicht. Das marxsche-marxistische Wissen gehört konstitutiv zur bürgerlichen Gesellschaft dazu, ist ihr immanent, aber es wird verleugnet. So ist das Verhältnis des kapitalistischen Bürgertums auch schon zur wissenschaftlichen Revolution in der Physik. Galileo Galilei schwor ab, um nicht von der katholischen Kirche auf den Scheiterhaufen gestellt zu werden. Über Jahrhunderte konnte die katholische Kirche ungestraft fortexistieren und ihre abstrusen Lehren weiter vertreten: der Mensch als Schöpfung Gottes, jungfräuliche Geburt, Jesus als Mensch geborener Sohn Gottes, geleugnet wurden das neuzeitliche physikalische Weltbild und die Evolutionstheorie. Das Bürgertum verzichtete auf evidenzbasiertes Wissen und strenge Wahrheitsansprüche, es arrangierte sich und schloss Kompromisse. Das reicht bis in die Gewährleistung kirchlichen und feudalen Eigentums, in das Verfassungsverständnis der modernsten Demokratien und den religiösen Charakter der kapitalistischen Ökonomie: *»In God we trust«* steht auf den offiziellen Zahlungsmitteln (Münzen und Dollarscheinen) der Vereinigten Staaten. Die bürgerliche Klasse weiß um dieses Wissen, um die eigene Verantwortung, aber sie verleugnet und verdrängt dieses Wissen, gerade um nicht entsprechend handeln zu müssen und sich selbst aufzugeben. Diese Verleugnung und Verdrängung einer besseren und anderen Praxis als Konsequenz von Wissen bleiben jedoch für die herrschenden Kräfte und die Art, wie sie die Gesellschaft organisieren, nicht folgenlos. Der gesellschaftliche Zusammenhang muss konstitutiv als ein Leugnungszusammenhang organisiert sein. Es wird verdrängt und geleugnet, dass die eine Welt aus vielen Welten besteht, dass es sich nicht um eine Welt von Freien und Gleichen handelt, sondern um mehrere Welten der Naturzerstörung, Vernichtung von Spezies, der Ausbeutung und Unterdrückung, des sexistischen Missbrauchs, der rassistischen Abwertung. Die Verleugnung wirkt nach innen in die Ausstattung, in die intellektuellen, psychischen und körperlichen Muster der Individuen: Die bürgerlichen Menschen müssen kalt, rücksichtlos, konkurrent, gewalttätig sein. Sie müssen sich

ignorant, dumm machen und ihr Verständnis der Zusammenhänge auf wenige Ausschnitte und Details begrenzen.

Die bürgerliche Gesellschaft hat die Wissenschaften und insbesondere die sozialwissenschaftliche Erkenntnis wie keine Gesellschaft zuvor entwickelt. Mussten Menschen in historischen Gesellschaften glauben, dass Gott und Teufel die Menschen beobachteten und bewerteten, Geister, Elfen oder Hexen ihr Unwesen trieben, schaut die kapitalistische Menschheit mit dem Fernrohr hoch zu den fernsten Sternen, mit dem Mikroskop tief zu den kleinsten Lebewesen. Ohne die Wissenschaften hätten sich Unternehmen nicht entwickeln können. Der Reichtum der Kapitaleigentümer*innen basiert auf immer neuer wissenschaftlicher Erkenntnis: der Ingenieurwissenschaften, der Agrar- und Forstwissenschaften, der Techniken der Energieerzeugung, des Transports, der Chemie, der Medizin, der Genetik, der Informations- und Kommunikationstechnologien. Mit den Mitteln der Statistik, der Ökonomie, der Soziologie, der Psychologie beobachtet die kapitalistische Gesellschaft sich bis in kleinste Gefühlsregungen, Gewohnheiten, Regelmäßigkeiten hinein kontinuierlich. Dieses Wissen ermöglicht Planung und Kontrolle durch Unternehmen und Regierungen. Dazu wurde eine Vielzahl von immer weiter ausdifferenzierten Bildungseinrichtungen geschaffen, eine Vielfalt von Fachgebieten und interdisziplinären Forschungszusammenhängen – viele davon weit über nationale staatliche Grenzen hinweg. Denn die Gegenstände wissenschaftlicher Forschung sind nicht auf den Nationalstaat begrenzt – es bedarf des wissenschaftlichen Austauschs und der Wissenskooperation; zudem ist die kontrollierte wissenschaftliche Wissensproduktion aufwendig und teuer, es braucht häufig komplexe Apparaturen und Forschungsprogramme, die über viele Jahre verfolgt werden müssen, die Wissenschaftler*innen benötigen, die in den Genuss von Freiheit und Ausstattungen kommen, ihre Fragen verfolgen, ihre Ergebnisse frei publizieren und mit anderen kooperieren können. Deswegen gab und gibt es die Anstrengungen von Regierungen, Hochschulen, Wissenschaftsverbänden, die Kenntnis von Wissenschaftskulturen durch gemeinsame Forschungsprogramme, durch internationale Publikationen oder Tagungen, Stipendienprogramme oder Studierendenaustausch zu ermöglichen. Dies soll erlauben, an der gemeinsamen Wissensproduktion teilzuhaben. Die Erzeugung von Wissen ist ein Menschheitsprojekt. Nationalstaatliche Grenzen erweisen sich im Lichte wissenschaftlicher Diskussion als künstlich und sehr häufig als Hemmnis. Gleichzeitig ist die bürgerliche Klasse auch in dieser Hinsicht gespalten. Sie will das Wissen als Produktivkraft entfaltet sehen, denn dies erlaubt ihr Kapitalakkumu-

lation auf immer höherer Stufenleiter. Vorteilhaft ist es, wenn das Wissen für die Unternehmen kostenlos zur Verfügung gestellt wird – also staatlich erzeugt – oder wenn sie es sich durch Spionage oder Wechsel der Wissenschaftler*innen aneignen können. Denn in der Konkurrenz sollen nicht alle Kapitaleigentümer*innen an diesem Wissen teilhaben können. Wird der Zugang zu dem Wissen begrenzt, dann können daraus Vorteile in der Konkurrenz zwischen sozialen Gruppen, Einzelkapitalen, Nationalstaaten oder Hegemonieblöcken erwachsen. Auf diese Weise können Entwicklungspfade der Technik und des Wissens festgelegt werden, die Akteure zwingen, einer bestimmten Entwicklung nachzufolgen, obwohl offensichtlich ist, dass sie subaltern, weil immer weiter abhängig bleiben werden.

Da wissenschaftliche Erkenntnisse häufig speziell sind, ihre Übersetzung in Anwendung selbst besondere Kenntnisse erfordert, ist das Führungspersonal der Staatsapparate vielfach wissenschaftlich qualifiziert. Da es zumeist um juristische Qualifikationen handelt, kommen Behörden mit besonderem Fachwissen hinzu. Vor allem hat sich um die Staatsapparate herum und durch sie gefördert, in den vergangenen Jahrzehnten ein großer Kranz von Kommissionen, Beraterstäben, Beratungsunternehmen, Verbänden, Hochschulen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen gebildet: Nichtregierungsorganisationen (NGOs), freie Institute oder Think Tanks. Die Wissenschaftler*innen ebenso wie ihre Verbände und wissensbasierten Organisationen stellen Anforderungen an unternehmerisches und politisches Entscheiden, sie verlangen zu Recht, dass die öffentliche Willensbildung und Entscheidungsfindung sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert. Das ist nicht immer leicht zu praktizieren, denn das, was der demokratische Souverän als Ergebnis der Willensbildung für richtig hält, muss nicht unbedingt wissenschaftlicher Einsicht entsprechen oder kann sogar im Widerspruch dazu stehen. Häufig können im Namen des gesunden Menschenverstands die kontroversen Ansichten ausgebeutet werden. Für notwendige Entscheidungen gibt es auch nicht immer genügend Zeit, darauf zu warten, dass die Forschung zu validen Erkenntnissen führt. Unter kapitalistischen Bedingungen ist das Verhältnis von Wissenschaft und Politik überdeterminiert von den Kapitaleigentümer*innen. Die Unternehmen und die Politik im Interesse des Kapitals wollen sich offensichtlich nicht durch Wissenschaft und Wahrheit binden lassen. Denn wissenschaftliche Einsicht gibt Handlungen und Entscheidungen eine Richtung, die der Tendenz nach nicht mit den Interessen an der Verwertung von Kapital orientiert ist. Die Ausrichtung an Verwertung ist nicht unbedingt

wissenschaftsfeindlich, aber sie verlangt die Möglichkeit zu freier Entscheidung und Beweglichkeit – eine andere Beweglichkeit als demokratische Prozesse oder wissenschaftliche Einsichten. Letztere sollen erstere nicht einschränken. Dann würde aus wissenschaftlicher Einsicht ein Standorthindernis. Um das zu verhindern, werden Wissenschaftler*innen öffentlich diskreditiert oder verfolgt, wissenschaftliche Einsichten werden blockiert oder ihre Nutzanwendung hintertrieben, indem etwa Erkenntnisse in den Schubladen verschwinden, Forschungsprojekte nicht gefördert werden oder eine pseudowissenschaftliche Wissenskonkurrenz organisiert wird – es soll der Eindruck entstehen, die Sachverhalte seien noch nicht klar, es müsse weiter geforscht werden.

Es gibt also zur Entfaltung des wissenschaftlichen Wissens als Produktivkraft eine Gegentendenz. Die bürgerliche Gesellschaft tendiert auch zum Abbau von Rationalität. Konservative Regierungen verfolgen seit Längerem eine Politik, die NGOs und das Beratungswissen zu begrenzen, indem sie ihre Förderung zurückfahren oder einstellen. Wissenschaftliche Gutachten und Gremien werden übergangen. Es kommt mit der Extremismusklausel zu einschränkenden Maßnahmen gegenüber staatlich geförderten Demokratieaktivitäten, die Demokratieförderung durch staatliche Unterstützung von antifaschistischen Organisationen wird beschränkt, entsprechendes antifaschistisches Engagement wird ignoriert, öffentlich heruntergeredet oder kriminalisiert. Warnungen von Umweltwissenschaftler*innen oder von Expert*innen für Künstliche Intelligenz werden in den Wind geschlagen. Umweltaktivitäten von NGOs und Bewegungsorganisationen werden politisch und polizeilich bekämpft und in die Nähe von terroristischen Vereinigungen gerückt.

Die Politik der ungarischen Regierung Viktor Orbáns hat gesellschaftskritische Wissenschaft, hat Geschlechterforschung verunmöglicht und Wissenschaftler*innen aus dem Land vertrieben. Die Regierung unter Präsident Erdoğan hat seit 2016 massiv Wissenschaftler*innen verfolgt, viele sind aus der Türkei geflohen, um einer Inhaftierung zu entgehen. Schon in den Jahren zuvor wurden die Wissenschaften ausgehöhlt durch die Installierung von korruptem und unwissenschaftlichem Personal und die Zulassung von Koranschülern zum Studium. Israel hat in Gaza die palästinensischen Hochschulen und Schulen zerstört, viele Lehrkräfte und Studierende wurden getötet, der Bildungsprozess für viele Palästinenser*innen langanhaltend und vermutlich irreversibel unterbrochen. Die Regierung unter Präsident Donald Trump eskaliert die Verfolgung von Wissenschaften bis zur Zerstörung der akademischen Freiheit und der wissenschaftlichen Erkenntnis – Universitäten und Hochschullehrer*in-

nen gelten als Feinde. Mit dem offensichtlich vorgeschobenen Argument des Antisemitismus werden Hochschulleitungen unter Druck gesetzt, und es wird versucht, von staatlicher Seite in die Hochschulautonomie einzugreifen: bei der Auswahl der Dozierenden, der Studierenden, den Lehr- und Forschungsthemen.

Es werden Forschungsgelder und Steuerbefreiungen der Universitäten gestrichen, Wissenschaftler*innen verfolgt und entlassen, die Zulassung von Studierenden aus aller Welt zum Studium erschwert. Kleinere öffentliche Universitäten sehen sich bedroht von Etatkürzungen, wenn sie Auflagen republikanischer Regierungen in den Bundesstaaten nicht erfüllen. Die Politik der Anerkennung von Minderheiten, von Gleichheit, von Förderung wird aufgegeben. Trumps Entscheidungen, bestimmte Wörter wie »*gender*« oder »Frau« zu verbieten, bedeuten, dass Forschungen nicht weiterverfolgt werden können. Bibliotheken sollen von unliebsamer Literatur gesäubert werden. International vernetzter Impfstoff- oder Krebsforschung wird durch drastische Mittelkürzungen ein schwerer Schlag versetzt. In besonderer Weise fatal wird sich die Beseitigung der Forschungen in den ökologischen Bereichen auswirken, also Klima, Biodiversität, Wasser. Es gehen die Möglichkeiten der Beobachtungen und der Pflege von langfristig angelegten Datensätzen verloren. Diese Forschungen sind unerlässlich, um die weiteren ökologischen Entwicklungen (etwa Erhöhung der Meeresspiegel, Verlust an Gletschereis oder Permafrost) einschätzen zu können. Insgesamt werden dynamische Innovationspotenziale zerstört.

Es findet heute eine Art Umkehr der historischen Entwicklungstendenz statt: Anstelle der fortschreitenden Entwicklung von wissenschaftlichem Wissen, einem höheren Grad an Akademisierung der Bevölkerung, der Differenzierung von wissenschaftlichen Disziplinen und Einrichtungen der Forschung und Lehre kommt es zu massiven Begrenzungen. Und dies bemerkenswerterweise durch genau die politischen Kräfte, die nun über Jahre schon über die Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit, über *Cancel Culture*, über politische Korrektheit und *Wokeness* geklagt haben. Das ist nicht überraschend, denn dass diese Kräfte wissenschaftsfeindlich sind und der Irrationalisierung der bürgerlichen Gesellschaft Vorschub leisten wollen, ist schon seit Langem ersichtlich. Wenn in jüngerer Zeit über die Frage nachgedacht wird, ob die Vereinigten Staaten von einer Demokratie in Faschismus übergehen oder sich Tendenzen der Faschisierung feststellen lassen, dann muss die Lage der Hochschulen unbedingt in diese Einschätzung einbezogen werden. Denn zur historischen Erfahrung mit autoritären Regimes gehört, dass sie die

Freiheiten der wissenschaftlichen Forschung und Lehre einschränken. Dies hat mehrere Gründe:

1. Die wissenschaftliche Forschung, die Lehre, die Publikationspraxis, die Konferenzen und alltäglichen Diskussionen benötigen nicht nur Freiräume und die Möglichkeiten der offenen Rede – sie schaffen performativ durch die Praktiken diese Freiheiten und reproduzieren sie. Das stellt für autoritäre Regime und ihre Vertreter*innen eine Provokation dar. Denn es entstehen Kommunikations- und Wissenspraktiken, die eine Differenz, gar einen Gegensatz zu liberaler Ideologie und autoritärer Propaganda markieren.

2. Es entsteht ein Wissen, das nicht unverbindlich pluralistisch bleibt, sondern vielfach herrschende Behauptungen infrage stellt, ihnen widerspricht oder gar auf eine andere politische Praxis und gesellschaftliche Entwicklung hinzielt. Wissenschaftliche Erkenntnisse implizieren sehr häufig eine Zunahme an Rationalität und einen Streit um Wissen und Wissensarten, die die Ausübung von Macht-Wissen und Herrschaft durch Wissen zurückweist. Angesichts des autoritären politischen Zugriffs auf die Wissenschaften und den Bemühungen, wichtige Einsichten zu blockieren, gibt es gute Gründe, die Wissenschaften gegenüber den Praktiken der Verdummung zu verteidigen. Aber es muss auch bedacht werden, dass Wissenschaften von innen heraus Teil von Herrschaft sind, indem sie der Kapitalreproduktion, der Herrschaftsorganisation dienlich sind. Sie erfüllen eine organische Wissensfunktion in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung von Kopf- und Handarbeit und arbeiten bürgerliche Konzepte aus. Es gibt also Klassenkämpfe in der Theorie und den Wissenschaften. Das betrifft die Forschungsthemen, die Fachgebiete, den Lehrkanon, die Arbeits- und Kommunikationsverhältnisse.

3. Der Streit um das Wissen beschränkt sich nicht auf eine kleine Zahl von Akademiker*innen und Vertreter*innen der Politik. Wissenschaftler*innen arbeiten in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung das Wissen stellvertretend für die Gesellschaft und die sie tragenden Kräfte aus, sie stehen in einem repräsentativen Verhältnis zur Gesellschaft. Weil es sich um einen ideologischen Staatsapparat handelt, ist das Wissen von unten durchaus vorhanden, wird aber immer wieder bekämpft und marginalisiert. So gibt es kaum Professuren für Marxismus, soziale Bewegungen, Wirtschaftsdemokratie, Sexualmedizin, gesellschaftliche Planung. Kritische Rassismusforschung oder postkoloniale Studien, die seit den 1990er-Jahren durchgesetzt werden konnten, werden von Rechten seit einigen Jahren in Frage stellt und bekämpft. Die Ausarbeitung hochschulischen Wissens nimmt eine repräsentative Funktion wahr, denn es

gibt kaum andere Orte für die systematische Ausarbeitung, Entfaltung, Kontinuitätssicherung des Wissens. Aber die Repräsentation vollzieht sich natürlich nicht in Wahlen. Hochschulen beziehen sich auf diese Funktion der Repräsentation, indem sie von Wissenstransfer und Verantwortung für die Gesellschaft sprechen. Auf die autoritären Maßnahmen Trumps haben US-amerikanische Universitäten mit Hinweisen auf die Nützlichkeit einiger ihrer Forschungsergebnisse reagiert. Aber die Funktion der Hochschulen geht weit darüber hinaus. Sie bilden Orte, an denen gesellschaftliches Wissen gebündelt und ausgearbeitet wird. Viele Millionen Menschen durchlaufen in den kapitalistischen Gesellschaften differenzierte akademische Ausbildungen und können sich auf diese Weise mit langen Traditionen von Wissen, Begriffen, Argumenten, Theorien vertraut machen. Sie gehen damit also weit über ihren Alltagsverstand hinaus und bringen ihrerseits auf umfassende Weise Erfahrungen, Konflikte, Themen in die wissenschaftliche Diskussion ein. Gerade weil heute so viele Menschen hochschulisch qualifiziert werden, ist es für die Reproduktion von Herrschaft von Bedeutung, das Wissen in einer Weise zu formieren, dass es nicht grundlegend herrschaftskritisch wird. Das Wissen muss unverbindlich, kurzatmig gemacht werden.

Es ist in gewisser Weise gut, dass durch die autoritären Angriffe der Trump-Regierung auf die Hochschulen die *Soft Power* und US-Hegemonie im Bereich der Wissenschaften einem Ende entgegengeht. Wissenschaften sollten tatsächlich ein offener, dezentraler, menschheitlicher Prozess sein. Doch was jetzt geschieht, ist keine positive Überwindung der Vormachtstellung eines Landes. Gerade weil die Vereinigten Staaten auch in den Wissenschaften eine solche Macht verkörpert haben, kommt es nun zu Verlusten an organisierenden Zentren, an Instituten, an Wissenschaftler*innen, an Wissen. Sie hatten eine orientierende Funktion, sie konnten Wissenschaftler*innen aus aller Welt anziehen, damit die Diskussionen bündeln und eine spezifische Allgemeinheit des Wissens reproduzieren. Darin steckte aber auch ein irrationales Herrschaftsmoment, denn durch die Praxis der Aneignung des weltweiten intellektuellen Potenzials durch die US-amerikanischen Universitäten, durch die Durchsetzung des Amerikanischen als internationale Wissenschaftssprache (die die lokalen Intellektuellen von ihren Herkunftsmilieus und Kämpfen in ihren Nationalstaaten getrennt hat), durch die Leistungsvorgaben und Bewährungsproben (Evaluation, Exzellenz, *Impact Faktor*) wurde Herrschaft ausgeübt, Wissen verflacht und pragmatistisch reduziert und moralisiert. Aber jene bündelnde, reproduzierende, orientierende Funktion und der egalitäre Habitus des akademischen Le-

bens in den Vereinigten Staaten wird schwer wettzumachen sein. Es wird lange dauern, bis sich in den Wissenschaften wieder neue Zusammenhänge bilden können. Die Gesellschaften gehen in den Blindflug über und belügen sich selbst: Weil sie die Wörter verbieten, die Produktion kritischen Wissens einschränken, glauben sie, die bevorstehenden ökologischen und sozialen Gefahren seien gebannt. Es ist irre, dass ein Präsident glaubt, qua Amt ein Definitionsmonopol über die Identität von Individuen, Wahrheit, Demokratie und Freiheit zu haben, und er und die wenigen um ihn herum, die Gefolgsleute und Opportunist*innen wüssten es besser als all die vielen, die Jahre und Jahrzehnten ihres Lebens in diese Forschungen investieren.

Konnte man lange glauben, dass solche Prozesse in einer wenig gefestigten Demokratie der Weimarer Republik stattfinden konnten, erfahren wir nun, dass der Umschlag von Aufklärung in Gegenaufklärung auch aus der Mitte einer zweihundertjährigen Demokratie erfolgen kann. Es ist der Kapitalismus – stupid.

Die Wissenschaften sind, um es trivial zu sagen, für die weitere gesellschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung. Für die Linke müssten sie ein Schlüsselthema sein. Historisch konnte sich die Linke in den vergangenen Jahrzehnten an den Hochschulen zumindest in einigen Fachgebieten etablieren und zur Bildung neuer Disziplinen beitragen: Soziologie, Politikwissenschaften, Geschlechterforschung, sozial-ökologische Forschung, postkoloniale Studien, kritische Rassismusforschung. Wichtige Forschungsstränge konnten verfolgt werden: marxistische politische Ökonomie und Ökologie, kritische Theorie, Psychoanalyse, materialistische Staatstheorie, Semiologie und kritische Kulturforschung. Historisch waren das Erfolge. Die Hochschulen waren kein bürgerlicher Elfenbeinturm mehr, in dem sich allein eine kleine bürgerlich-männliche Bildungselite reproduzierte. Allerdings war die soziale und fachliche Öffnung immer auch ambivalent. Denn indem das Wissen hochschulisch organisiert wird, bleibt es arbeitsteilig von der Gesellschaft getrennt. Indem viele Linke eine hochschulische Qualifikation anstrebten und erfuhren, veränderte sich ihr Habitus, ihre Einkommen, ihre Funktion in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, ihre Lebensperspektiven. Soweit sie aus der Arbeiter*innenklasse kamen, entstand eine Distanz zu ihrer sozialen Klasse. Viele dynamische Kräfte, der Wille zum Wissen gingen der Klasse verloren. An den Hochschulen kam es zu schulischen Disziplinierungs- und Egalisierungsprozessen – dazu gehört auch die Verkennung klassenspezifischer Differenzen, denn alle gelten vor den wissenschaftlichen Leistungskriterien und pädagogischen Bewährungsproben

als Gleiche. Schon seit den 1970er-Jahren gibt es eine kritische Diskussion über die Herrschaftsfunktion der Hochschulen. In den vergangenen Jahren führte dies auch in der Partei *Die Linke* zu einem gewissen Vorbehalt gegenüber den Hochschulen und den Wissenschaften. In den politischen Kontroversen wurde häufig abschätzig über die sogenannten gebildeten urbanen Mittelschichten gesprochen. Es war und ist eine gesellschaftliche Tendenz zur Intellektuellen- und Wissenschaftsfeindlichkeit zu beobachten. Dabei sind diejenigen, die das forcieren und so sprechen, denken wir an Alice Weidel, J. D. Vance oder Sahra Wagenknecht, selbst akademisch gebildet. Es handelt sich demnach nicht um die klassische Konfliktkonstellation zwischen eher progressiven Angehörigen der Arbeiter*innenbewegung und elitär-dünkelhaften Kindern des Bürgertums, sondern um harte Konflikte, um die Art und Weise des Verhältnisses zum wissenschaftlichen Wissen in der Politik und Gesellschaft, also um Kämpfe um die Positionierung von Intellektuellen auf dem Feld der gesellschaftlichen Arbeitsteilung von Kopf- und Handarbeit. Die Erfolge der zivilgesellschaftlichen Kämpfe, die die Hochschulen zu Orten gemacht haben, an denen nach einer langen bürgerlichen, autoritären, männlichen Vergangenheit fortgeschrittene, auch problemorientierte Forschungsinhalte und demokratisierende Wissens- und Wissenschaftspraktiken ausgeübt werden konnten und können, wollen rechte Kräfte rückgängig machen – auch um den Preis der Wissenschaftsfeindlichkeit. Dabei stützen sie sich auf populistisch erzeugte Ressentiments und Affekte in der Arbeiter*innenklasse. Doch es ist notwendig zu verstehen, dass Klassenkämpfe heute auch in der Form der Existenz an den Hochschulen, in der Form des Studiums, des akademischen Wissens, der Lehre, der Forschung ausgetragen werden. Studierende sind vielfach Angehörige der Arbeiter*innenklasse – durch ihre Herkunft und ebenso dadurch, dass sie temporär Jobs wahrnehmen, in denen sie direkt Kapital verwerten. Klassenkämpfe finden auch in die Form des Wissens – und zwar auch bis in die sogenannten Naturwissenschaften hinein. Angesichts der Erkenntnisfortschritte in der Ökologie, in der Physik, in der Medizin, in der Chemie lässt sich sagen, dass diese Disziplinen schon längst eine Erweiterung der Sozialwissenschaften darstellen, die wiederum aufs engste mit naturwissenschaftlicher Erkenntnis verbunden sind. Denn die Naturgesetzmäßigkeiten erweisen sich als naturgeschichtlich, die Menschen haben gemeinsamen mit Tieren, Pflanzen, Mikroben die Bio- und Soziosphäre geschaffen, in denen wir uns als Menschheit in den 12.000 Jahren des Holozäns entwickelt haben. Diese relativ stabilen Regelmäßigkeiten gehen zunehmend in eine tiefe Krise

der gesellschaftlichen Naturverhältnisse über. Deswegen benötigen wir heute eine dynamische Öffnung der Hochschulen, eine breite Studienförderung, gute Arbeitsverhältnisse, Disziplinen müssen sich vernetzen und alle Menschen sich auf den höchsten Stand des Wissens emporarbeiten können. Nicht weniger Wissenschaft, nicht weniger Bildung, sondern ein Mehr davon ist notwendig. Gleichzeitig bedarf es komplexer technischer und handwerklicher Fähigkeiten. Für eine langfristig angelegte resiliente Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens sind schon längst neue Verbindungen von Wissen und Kompetenzen der körperlichen Arbeit erforderlich – also neue schulische Bildungsprozesse, berufliche Qualifikationen, Forschungsprozesse, die durchlässig und offen auf der Grundlage der wirklichen Natur-Gesellschaft-Prozesse, nicht des Kapitalreichtums, der Gewinnmaximierung und der Herrschaftserhaltung entwickelt werden. Die Partei *Die Linke* und die gesellschaftliche Linke sind die Kräfte, die der Entwicklung der Produktivkräfte des Wissens, der Wahrheit, der Vernunft neue Impulse durch eine umfassende Ausbildungs-, Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftspolitik geben können und sollten.

Birgit Sauer

Wozu noch feministisch-kritische Staatstheorie

Überlegungen zu Kontiunitäten und Neuanfängen

Die Frage nach dem Wozu feministisch-kritischer Staatstheorie hat in der politikwissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterforschung Kontinuität. Sie stellte sich bereits in den 1990er-Jahren. Und damals wurde die Frage durchaus kontrovers beantwortet. In der Tradition der (bundesdeutschen) Frauenbewegung wurde »der Staat« nämlich als Anti-Institution, insbesondere aber als Gegner gesehen, weil er der Emanzipation von Frauen feindlich gegenüberstand. Feministische Zusammenhänge sollten deshalb autonom sein, also jenseits von staatlicher Herrschaft organisiert und dadurch ohne Herrschaft überhaupt bleiben. Wissenschaftlich wurde der Staat in der Folge tendenziell ignoriert, weil ja sein Absterben erhofft wurde. Er blieb aus diesem Grund lange unerforscht und untertheoretisiert.

Und doch war die frauenbewegte Anrufung des Staates ambivalent: Der Staat wurde auch für eine Verbesserung der Situation von Frauen verantwortlich gemacht, zum Beispiel in Bezug auf geschlechtsspezifische Gewalt oder die Gleichstellung von Frauen in der Erwerbsarbeitswelt. Die Frage, wie das weibliche Emanzipationsprojekt oder zumindest Gleichstellung vorangebracht werden könnte, weckte schließlich auch das feministisch-wissenschaftliche Interesse am Staat und seinen Institutionen. Zunächst bezog sich dieses Interesse auf die (Un-)Sichtbarmachung von Frauen in staatlicher Bürokratie und in staatlichen Entscheidungsgremien. Die weibliche Unterrepräsentation sollte erforscht werden.

Von dieser Integrationslogik – wie können Frauen in staatliche Institutionen Eingang finden – unterschied sich eine kritisch-materialistische Tradition feministischer Politikwissenschaft und im Speziellen der Staatstheorie, die sich im deutschsprachigen Raum seit dem Beginn der 1990er-Jahre zu entwickeln begann. Eva Kreisky positionierte diese politikwissenschaftliche Theorierichtung jenseits des »Damenbeine-Zählens«, wie sie quantitative Forschung in Gesprächen schnippisch nannte. Feministisch-kritischer Staatstheorie ging es also nicht um die Feststellung weiblicher Unterrepräsentation in staatlichen Institutionen – die war ja mit bloßem Auge sichtbar. Kritisch-feministischer Staatstheorie ging es auch nicht (allein) um die Öffnung staatlicher Institutionen

für Frauen. Vielmehr wollten feministisch-kritische Theoretikerinnen verfeinerte Theorieinstrumente entwickeln, um den Ausschluss beziehungsweise den prekären Einschluss von Frauen in staatliche Institutionen erklären zu können, um also den Maskulinismus des Staates, auch den maskulinistischen Bias staatlicher Politiken verstehen zu können. Diese Erklärung zielte zum einen darauf, staatliche Männlichkeit in ihrer übersteigerten Form des Maskulinismus jenseits des biologischen Geschlechts, jenseits der schlichten »Bemanntheit« staatlicher Institutionen begreifen zu können. Der heteropatriarchale kapitalistische Staat, so die kritisch-feministische Konzeptualisierung, ist nicht neutral, er stellt kein Allgemeinwohl her, sondern verteilt Ressourcen und Positionen in ungleicher Weise und ist durch sein spezifisches »Trennungsdispositiv«[1] – Trennungen zwischen Produktion und Reproduktion, öffentlich und privat, innen und außen – maßgeblich an der Klassifikation von Menschen und deren Ungleichheit beteiligt. Der Staat stellt also im Ringen um die Aufrechterhaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse hierarchische Zweigeschlechtlichkeit, heteronormativen Familialismus und rassifizierte Über- und Unterordnungen immer wieder her. Zum anderen – und dies war und ist das zentrale Begehren feministisch-kritischer Staatstheorie – ging es damit um nichts weniger als darum, Begriffe für Geschlechterherrschaft, für Geschlecht als moderne Herrschaftsform zu entwickeln.[2]

Dazu also feministisch-kritische Staatstheorie! Um Herrschaft zu erkennen und zu überwinden!

Die Anfänge feministisch-kritischer Staatstheorie als herrschaftskritisches Projekt

Die Suchbewegungen kritisch-feministischer Staatstheorie führten eigentlich ohne große Umwege zu neo-marxistischen, materialistischen Staatstheorien, hatte sich doch der Mainstream der Politikwissenschaft zu jener Zeit kaum noch mit dem Staat beschäftigt. Das »*bringing the state back in*« US-amerikanischer Kolleg*innen[3] verhallte zunächst un-

[1] Birgit Sauer: Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte, Frankfurt a.M./New York 2001.

[2] Birgit Sauer: Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte, Frankfurt a.M./New York 2001.

[3] Peter B. Evans/Dietrich Rueschemeyer/Theda Skocpol (Hrsg.): Bringing the State Back In, Cambridge 1985.

gehört im deutschsprachigen Raum, und erst als neoliberale Apologeten den Staat verabschieden wollten, reifte am Beginn der 1990er-Jahre langsam das politikwissenschaftliche Interesse des Mainstreams am Staat.

Demgegenüber hatte neo-marxistische politische Theoriebildung sich immer mit dem Staat befasst. Und materialistische Theorie bot ein begriffliches Instrumentarium, um Herrschaftsverhältnisse verstehen, kritisieren und transformieren zu können. Mit dem Neo-Marxisten Nicos Poulantzas wurde der Staat aus den materiellen Verhältnissen heraus erklärbar.[4] Poulantzas wie auch der italienische Kommunist und Theoretiker Antonio Gramsci[5] wurden zu Bezugstheoretikern feministisch-kritischer Staatstheorie, auch wenn beide vornehmlich Klassenverhältnisse und -kämpfe für die herrschaftliche Ausprägung des kapitalistischen Staates als relevant erachteten. Doch für feministische Kritik bot sich die Analogie der Entstehung des Staates auch aus Geschlechterverhältnissen und damit die kritische Verknüpfung von kapitalistischer und patriarchaler Herrschaft und ihrer Einschreibung in vermeintlich neutrale staatliche Normen und Institutionen an. Und die Enttäuschungen marxistischer Feministinnen über eine »unglückliche Hochzeit von Marxismus und Feminismus«[6] wich auf der Basis von Staatstheorie geglückteren Aneignungen.

Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends wurde feministisch-kritische Staatstheorie raffinierter: Mit der um Geschlecht erweiterten Aneignung der Gouvernementalitätstheorie Michel Foucaults[7] rückte auch Sexualität als staatlich institutionalisierte Herrschaftsnorm ebenso in den Blick[8] wie die bereits bei Gramsci angelegte Handlungsmacht im

---

[4] Nicos Poulantzas: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie, Hamburg 1978.

[5] Antonio Gramsci: Gefängnishefte: kritische Gesamtausgabe: 6, Heft 10–11, hrsg. von Klaus Bochmann/Wolfgang Fritz Haug, Hamburg 1994.

[6] Heidi Hartmann: The Unhappy Marriage of Marxism and Feminism: Towards a More Progressive Union. In: Capital and Class, Jg. 3, Nr. 2, 1979, S. 1–33.

[7] Michel Foucault: Die Gouvernementalität. In: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hrsg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt a.M., 2000, S. 41–67; Michel Foucault: Geschichte der Gouvernementalität Bd. 1. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, Frankfurt a.M. 2004.

[8] Helga Haberler/Katharina Hajek/Gundula Ludwig/Sara Paloni (Hrsg.): Queer zum Staat. Heteronormativitätskritische Perspektiven auf Staat, Macht und Gesellschaft, Berlin 2012.

staatlichen Feld des Regierens und Selbstregierens, wie Foucault den modernen westlichen Staat konzeptualisierte.[9]

Darum also kritisch-feministische Staatstheorie: um Auswege und Emanzipationsstrategien denkbar zu machen.

Allerdings war die Verknüpfung von politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung mit der Denkbewegung der Dekonstruktion – also mit Michel Foucaults und Judith Butlers Überlegungen – nicht unumstritten. Im Gegenteil, diese Aneignung führte zu einem bis heute andauernden Schisma und zu Debatten um den »richtigen« feministisch-wissenschaftlichen Weg. Barbara Holland-Cunz beispielsweise behauptet in einem Sonderheft der »Zeitschrift für Politik«, das vom »Netzwerk Wissenschaftsfreiheit« herausgegeben wurde, dass sich die deutschsprachige Frauen- und Geschlechterforschung vom »legitimen Protest« der Anfangsjahre »nicht distanziert und nie hinreichend verwissenschaftlicht« habe, sondern eine »sektenartige Struktur« entwickelt habe.[10]

Die Institutionalisierung kritisch-feministischer Politikwissenschaft und die neoliberale Universität

Zeitlich parallel zu der feministisch-kritischen materialistisch-dekonstruktiven Theoriebewegung wurde politikwissenschaftliche Geschlechterforschung im deutschsprachigen Raum – wenn auch prekär, so aber doch – in Form von Professuren, einer Sektion im Berufsverband *Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft* (DVPW) und durch Publikationsorgane wie zwei Buchreihen und einem Journal, der »*Femina Politica*«, institutionalisiert. Auch auf internationaler Ebene entstand eine aktive geschlechtersensible politikwissenschaftliche Forschungslandschaft.

Der Kontext dieser Institutionalisierungen transformierte sich allerdings mit der Jahrtausendwende im deutschsprachigen Raum fundamental – eine Entwicklung im englischsprachigen Raum nachholend. Die Herausbildung des Leitbilds »unternehmerische Universität«[11] ging

[9] Gundula Ludwig: Geschlecht regieren. Zum Verhältnis von Staat, Subjekt und heteronormativer Hegemonie, Frankfurt a.M. 2011.

[10] Barbara Holland-Cunz: Affiziert von den aktivistischen Anfängen. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der Konstitutionsphase der Gender Studies. In: Sandra Kostner (Hrsg.): Wissenschaftsfreiheit. Warum dieses Grundrecht zunehmend umkämpft ist. Zeitschrift für Politik. Sonderheft 10, 2022, S. 147–164, hier: S. 147.

[11] Sabine Hark/Johanna Hofbauer (Hrsg.): Vermessene Räume, gespannte Beziehungen. Unternehmerische Universitäten und Geschlechterdynamiken, Berlin 2018.

mit einem neuen Verständnis von Wissenschaft einher – verkörpert in der Figur des »unternehmerischen Selbst«, des wettbewerbsorientierten Wissenschaftlers – selbstredend auch der Wissenschaftlerin. Das wissenschaftliche Umfeld veränderte sich, und das »Damenbeine-Zählen«, das Eva Kreisky einst noch kritisiert hatte, avancierte zum Mainstream des Faches: Quantitative Forschung galt nunmehr als Goldstandard – und bringt bis heute die meisten Drittmittel und Grants der EU. Ein den Mainstream verstärkendes *Perpetuum mobile* etablierte sich: *Peer-Review*-Verfahren kickten tendenziell kritische und feministische Wissenschaft aus Journalen und Förderungen hinaus, kritisch-feministische Wissenschaft erschien so als wissenschaftlichen Standards nicht genügend und wurde auf diese Weise marginalisiert.

Dadurch verflachten aber Wissensbestände zusehends, weil nach dem Warum politischer Konstellationen kaum noch gefragt wurde, eben weil der Konnex von sozialen Verhältnissen, auch von Geschlechterverhältnissen, und staatlichen Institutionen oder Politiken mit quantitativen Instrumenten oder der Methode des Experiments nicht aufgedeckt werden kann.

In der unternehmerischen Universität des *Peer Review*, des »Vermessens« und *Rankens*[12] geht es vornehmlich um finanzielle Ressourcen, die nicht zuletzt durch den Wettbewerb künstlich verknappt werden. Grenzziehungen und Grenzarbeit (*boundary work*) im »akademischen Kapitalismus«[13] hatten bereits seit dem Beginn des neuen Jahrtausends die Intention, »gute« Wissenschaft, »gute« Publikationen und »gute« Drittmittel vom »schlechten« Rest zu scheiden – Aussagen, die ich in meiner Fakultät oftmals gehört habe. Dazu gehörte auch die Strategie, feministisch-kritische wie auch andere kritisch-materialistische Wissenschaft unter Ideologieverdacht zu stellen.

Selbst wenn Kämpfe um den Erhalt von kritisch-feministischen Professuren nicht immer erfolgreich waren, gelang an manchen Universitäten im deutschsprachigen Raum die Weiterführung kritisch-feministischen politikwissenschaftlichen Arbeitens. Doch das neoliberale Klima wurde für kritische Forschung ungemütlich.

---

[12] Sabine Hark/Johanna Hofbauer (Hrsg.): Vermessene Räume, gespannte Beziehungen. Unternehmerische Universitäten und Geschlechterdynamiken, Berlin 2018.

[13] Johanna Hofbauer/Angelika Striedinger/Katharina Kreissl/Birgit Sauer: Akademischer Kapitalismus. Gleichstellung, Wettbewerb, Wissenschaftskarrieren. In: Jennifer Dahmen/Anita Thaler (Hrsg.): Soziale Geschlechtergerechtigkeit in Wissenschaft und Forschung, Opladen 2017, S. 211–228.

Darum also feministisch-kritische Staatstheorie: um die Zusammenhänge des »Forschungsraums Europa« und den Wandel von Universitäten zu verstehen – nämlich im Kontext des Wettbewerbs innerhalb des europäischen Raums »um die besten Ideen, Lösungen und Köpfe«. Verstanden werden muss und kann mit feministisch-kritischer Staatstheorie auch Herrschaft als Merkmal der Universitäten: So können auch die feinen – also weniger offensichtlich Geschlechterforschung abwehrenden – Herrschaftsmechanismen immer wieder kritisiert werden. Freilich auch darum feministisch-kritische Staatstheorie: um die inner-feministischen Kämpfe reflektieren zu können.

Post-neoliberale Attacken auf kritisch-feministische Wissenschaft

Das eingeläutete Ende der neoliberalen Konjunktur und die »Krise politischer Autorität«, also die Veränderung hegemonialer Konstellationen und die Unmöglichkeit eines sozialen Kompromisses gerechterer Wohlstandsverteilung, spülte rechtsextreme politische Kräfte und Parteien deutlicher in die Öffentlichkeit, kräftig unterstützt von konservativen Parteien, die ihre autoritäre Seite nun sichtbarer zeigen und umsetzen können. Dieser Autoritarismus manifestiert sich in Intellektuellen- und Wissenschaftsfeindlichkeit. »*The professors are the enemy*«, zitierte der derzeitige US-amerikanische Vizepräsident J. D. Vance schon im Sommer 2024 Richard Nixon. So deutlich wird diese Feindschaft gegenüber Universitäten, Wissenschaftler*innen und Intellektuellen im deutschsprachigen Raum (noch) nicht artikuliert. Doch im Kampf um kulturelle Hegemonie greifen rechtsautoritäre Parteien kritische Wissenschaft auch hier beständig an. Die Covid-Pandemie verstärkte diese Skepsis gegenüber »der« Wissenschaft. Denn Wissenschaft, wissenschaftliche Expertise kann dem autoritären und antidemokratischen politischen Projekt der autoritären Rechten gefährlich werden.

Geschlechterforschung ist dabei ein geeignetes Feindbild und Angriffsziel. Sie wird – dem Vorbild Viktor Orbáns in Ungarn folgend – schon seit geraumer Zeit von der *Alternative für Deutschland* (AfD), teilweise auch von der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) attackiert. Wieder muss das Ideologieargument herhalten. Die AfD versucht beispielsweise mittels des Instruments der »Kleinen Anfrage« im Bundestag wie auch in Länderparlamenten Geschlechterforschung oder *Gender Studies* zu diskreditieren, indem sie die finanzielle Förderung des uni-

versitären Fachs als Verschwendung von Steuergeldern brandmarkt.[14] Ziel ist die Einschüchterung von Geschlechterforscher*innen und langfristig die Abschaffung von *Gender Studies*, aber auch die schleichende Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit, vor allem der Freiheit, Wissenschaft und Erkenntnis in politischen und sozialen Kontexten zu situieren.

Das 2020 gegründete »Netzwerk Wissenschaftsfreiheit« leistet dabei Schützenhilfe. Das Netzwerkmanifest sieht die Aufgabe des Zusammenschlusses darin, »die Freiheit von Forschung und Lehre gegen ideologisch motivierte Einschränkungen zu verteidigen und zur Stärkung eines freiheitlichen Wissenschaftsklimas beizutragen«.[15] Solche ideologisch motivierten Einschränkungen werden den *Gender Studies* ebenso unterstellt wie post- oder dekolonialer Theorie.

Diese Entwicklungen brauchen Widerstand – und dieser wiederum benötigt kritisch-feministische Analyse. Darum also feministisch-kritische Staatstheorie!

Was kann feministisch-kritische Staatstheorie in der aktuellen Situation leisten?

Zwei Dimensionen liegen auf der Hand: zum einen das Bewahren kritisch-feministischer Perspektiven durch die Weitergabe in der universitären und außeruniversitären Lehre, zum anderen die Analyse der aktuellen Entwicklungen aus einer feministischen Geschlechterperspektive.

Vermittlung und Tradierung von kritisch-feministischem Wissen

Nach wie vor gibt es an manchen Universitäten im deutschsprachigen Raum den Wunsch von Studierenden, kritisch-feministische Wissenschaft vermittelt zu bekommen. So haben beispielsweise an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main Studierende dafür gekämpft, dass eine Gastprofessur für kritische Gesellschaftstheorie finanziert wird. Ich hatte die Ehre und das Vergnügen, diese im Sommersemester 2024 innezuhaben. Eines meiner Seminare hatte den Titel »Intersektionale Staatstheorie« – oder besser: Annäherungen an eine solche Theoreti-

[14] Heike Mauer: Nichts als Wahn und Ideologie? Rechtspopulistische Angriffe auf die Geschlechterforschung und die Politisierung von Geschlechterverhältnissen. In: Seongcheol Kim/Veith Selk (Hrsg.): Wie weiter mit der Populismusforschung, Baden-Baden 2021, S. 271–292.

[15] www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/ueber-uns/manifest/ (16.3.2025)

sierung. Seminarinhalte waren Texte aus dem zusammen mit Gundula Ludwig edierten gleichnamigen Band.[16] Gemeinsam mit einer Vielzahl von Autor*innen versuchen wir darin, kritisch-feministische Staatstheorie um multiple Herrschaftsverhältnisse zu erweitern, um so der Komplexität aktueller gesellschaftlicher und politischer Transformationen gerecht zu werden.

Die Studierenden diskutierten lebhaft und kontrovers – denn nicht zuletzt der Ansatz der Intersektionalität ist in linken, sich kritisch verstehenden Studierendengruppen nicht unumstritten, ist er doch eine Herausforderung für eine »reine« Klassenanalyse.[17] Dies generationenübergreifend zu diskutieren, sicher gemeinte Wissensbestände immer wieder infrage zu stellen, ist theoretisch und gesellschaftspolitisch ungemein wichtig.

Rechte Autoritarisierung, Entdemokratisierung und Maskulinisierung verstehen

Kritisch-feministische Staatstheorie kann aktuelle politische Konstellationen – der Versicherheitlichung, der Autoritarisierung, Militarisierung und Entdemokratisierung – fokussieren und zumindest teilweise erklären. Gerade der Nexus von Geschlecht, Männlichkeit, Migration und (Post-)Kolonialität bildet den Kern rechtsautoritärer Mobilisierung. Rechtsautoritäre Parteien und Organisationen bereiten durch die Etablierung von Angstregimen, sei es Angst vor Fremden, Migrant*innen, Muslim*innen oder LGBTIQIA+-Menschen, den Boden für antiegalitäre und ausschließende Politiken und für die Legitimierung einer fundamentalen Veränderung liberaler Demokratie und der Ausschaltung, wenn nicht Zerschlagung des Staates.

Feministische Staatstheorie öffnet den Blick für die Veränderung ökonomischer und sozialer Kräfteverhältnisse und dafür, dass und wie Geschlecht und Maskulinismus zum Aufstieg der autoritären Rechten beitrugen. Dass die neoliberalen Transformationen hierfür eine maßgebliche Rolle spielen, ist freilich keine Erkenntnis der feministisch-kriti-

[16] Gundula Ludwig/Birgit Sauer (Hrsg.): Das kälteste aller kalten Ungeheuer? Annäherungen an intersektionale Staatstheorie, Frankfurt a.M. 2024.

[17] Zur Kritik einer »reinen« Kapitalismusanalyse aus kritisch-marxistischer Perspektive siehe den Text von Sonja Buckel: Dirty Capitalism. In: Dirk Martin/Susanne Martin/Jens Wissel (Hrsg.): Perspektiven und Konstellationen kritischer Theorie, Münster 2015, S. 29–48.

schen Forschung (allein). Allerdings zeigt eine Geschlechterperspektive, dass die neoliberalen Veränderungen der Erwerbsarbeit, dass drohende Wohlstandsverluste und der Abbau von sozialer Sicherung nicht automatisch zu einer Wahlentscheidung für autoritär-rechte Parteien oder zu Sympathie mit rechtsextremen Ideologien führen. Eine Mischung aus fehlender Anerkennung, erfahrener oder gefühlter Ungleichheit, Furcht vor Wohlstandsverlust und Angst vor dem Verlust der Kontrolle über das eigene Leben lässt bei den Menschen zwar durchaus »autoritäre Versuchungen« ebenso entstehen wie eine ausgrenzende »rohe Bürgerlichkeit«, wie der Soziologe Wilhelm Heitmeyer schreibt.[18] Kritisch-materialistische Staatstheorie kann deutlich machen, dass politische Positionen, Organisationen und demokratische Verfahren immer umkämpft und auch immer staatlich reguliert sind, dass also aus ökonomischen und sozialen Verschlechterungen eine Wende nach rechts nicht schlichtweg abgeleitet werden kann. Vielmehr verschärfen Rechte Akteur*innen autoritäre Ressentiments und kreieren moralische Paniken über Geschlecht, Sexualität und Migration, um kulturelle Hegemonie zu erringen und damit ihr undemokratisches und autoritäres Projekt voranzutreiben. Zum Verständnis des Aufstiegs der autoritären Rechten braucht es also Wissen um Diskurse der Rechten Akteur*innen im Kampf mit etablierten Parteien auf dem staatlichen Terrain, aber auch Wissen über die Transformationsnotwendigkeiten ökonomischer, kapitalistischer Kräfte. Die Verunsicherungen, die Rechte Akteur*innen schüren, deuten nicht nur soziale und ökonomische Benachteiligungen in kulturelle Probleme von Geschlecht, Sexualität und Migration um, sondern sie bauen darauf ihre Strategie der Versicherheitlichung, der Notwendigkeit von Disziplin, Führung und Autoritarisierung auf.

Die kritisch-feministische Analyse des rechtsautoritären Kampfes um »hegemoniale Männlichkeit«[19] konnte zeigen, mit welchen diskursiven Strategien diese Akteur*innen materielle Verhältnisse umdeuten, nicht zuletzt in Identitätsfragen beziehungsweise Problemen eines Identitätsverlustes, und wie Rechte Parteien das Versagen etablierter demokratischer Parteien, einen sozialen Kompromiss herzustellen, aufgreifen.[20] Die post-neoliberale Regulation ist eine Suchbewegung in einer kapitalistischen Übergangsphase eine Suche nach einem neuen Akkumulati-

[18] Wilhelm Heitmeyer: Autoritäre Versuchungen: Signaturen der Bedrohung 1, Berlin 2018, hier: S. 310ff.

[19] Raewyn Connell: Masculinities. Cambridge 2005.

[20] Birgit Sauer/Otto Penz: Konjunktur der Männlichkeit. Affektive Strategien der autoritären Rechten, Frankfurt a.M./New York 2023.

ons- und Regulationsregime, freilich auch Geschlechter- und Sexualitätsregime. An dieser Suche beteiligt sich auch die autoritäre Rechte und sieht darin eine Chance der Destruktion existierender staatlicher Institutionen – oder Disruption im Rechten Jargon.

Kritisch-feministische Staatstheorie kann einen Beitrag zum Verständnis der Ursachen der rechtsautoritären Attacken auf Geschlecht und Geschlechterforschung ebenso wie ihre Beschwörung einer Gefährdung von Männlichkeit und dem Versprechen der Wiederherstellung von Männlichkeit leisten. Im autoritär-rechten Kampf um kulturelle Hegemonie und politische Macht, eignen sich nämlich Debatten um Geschlecht deshalb gut, weil mit der Mobilisierung von Geschlecht moralische Paniken provoziert werden können – Paniken über den Verlust der Geschlechtsidentität oder den Verlust von Männlichkeit. Dies funktioniert nicht zuletzt deshalb, weil Geschlechtervorstellungen in den Körper der Menschen – vorbewusst – eingeschrieben sind.

Kritisch-feministische Staatstheorie kann in diesem Kontext durchleuchten, wie rechtsautoritäre Kräfte zu einer reaktionären Transformation liberaler Demokratien beitragen. Feministische Staatstheorie hat immer wieder festgehalten, dass liberal-demokratische Normen, Regeln und Verfahren in sozialen und ökonomischen Verhältnissen gründen – in Klassen-, Geschlechter- und rassifizierten Herrschaftsverhältnissen. Liberale Demokratie entspricht mit ihren begrenzten Verfahren politischer Partizipation und Repräsentation diesen Kräftekonstellationen im heteropatriarchalen kapitalistischen Staat. Die liberal-demokratische Regierungsform ist nämlich das institutionalisierte Ergebnis von gesellschaftlichen Verhältnissen und Konflikten – also zum Beispiel Parteien und Parlamente, aber keine Räte. Liberale Demokratie ist die immer nur prekäre Bearbeitung von intersektionalen, heteropatriarchalen kapitalistischen Widersprüchen, mit Ungleichheit und Entdemokratisierung als ständig wiederkehrenden Effekten – auch wenn der Ausbau des Sozialstaats und von Gleichstellungspolitiken seit den 1970er-Jahren Demokratiedefizite partiell auszugleichen vermochten. Demokratische Mitsprache und Mitgestaltung finden ihre Grenzen dort, wo starke gesellschaftliche Kräfte ihre Profitinteressen hegemonial werden lassen. Eine *soziale* und geschlechtergerechte Demokratie ist mit diesen Verfahren nicht realisierbar. Als anders klassifizierte Menschen sind aus dem Staat, aber auch aus liberal-demokratischen Institutionen ausgeschlossen oder nur marginal eingeschlossen: Frauen erhielten erst verspätet, Menschen anderer Staatsangehörigkeit bis heute nicht das aktive und passive Wahlrecht.

In der aktuellen Krise der neoliberalen Akkumulation und der Krise der politischen Hegemonie zeigt sich diese Begrenzung liberaler Demokratie recht deutlich: Die Tech-Branche in den USA nimmt die Demontage liberaler Demokratie durch Donald Trump ebenso in Kauf wie die Industriellenvereinigung und die Raiffeisenbank in Österreich, die den rechtsextremen Kickl als Bundeskanzler unterstützten. Die autoritären politischen Kräfte sind tendenziell wirtschaftsliberal und daher gerne bereit, den starken Staat auch für die Realisierung von Profiten einzusetzen.

Rechtsautoritäre Akteur*innen nutzen die Fragilität liberaler Demokratie, ja sie spitzen die Krise der Autorität, also die Unfähigkeit oder Unwilligkeit der Mainstreamparteien, einen sozialen Kompromiss der Umverteilung zu schmieden, zu und arbeiten auf die Abschaffung demokratischer und rechtsstaatlicher Normen und Institutionen hin.

Emanzipationsperspektiven! Darum feministisch-kritische Staatstheorie

Feministisch-kritische Staatstheorie kann aber nicht nur eine Analyseperspektive öffnen, um Tendenzen der Entdemokratisierung, Autoritarisierung beziehungsweise Faschisierung zu erfassen, sondern auch, um eine Emanzipationsperspektive zu entwerfen. Im Anschluss an neo-marxistische Staatstheorie wie auch an Foucaults Idee der Selbstregierung und Subjektivierung war kritisch-feministische Staatstheorie immer auch darum bemüht, Befreiung von staatlicher Herrschaft und kapitalistisch-heteropatriarchaler Ausbeutung denkbar zu machen.

Weil staatliche Klassifikationen, Institutionen und Normen immer Kompromisse zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und daher stets fragil und vorläufig sind, bietet Staatlichkeit die Möglichkeit der Transformation von Ungleichheitsstrukturen, also der Verschiebung von Klassifikationen. Der Staat ist nicht einfach ein Instrument zur Durchsetzung der Interessen beispielsweise von weißen, heterosexuellen Cis-Männern privilegierter Klassenpositionen. Er ist weder einheitlich patriarchal oder heteronormativ noch einheitlich rassistisch oder klassistisch.

Ich will abschließend eine spezifische Art der Befreiung denken – nämlich mit der Perspektive von Affekten und Emotionen. Dies scheint mir vor allem vor dem Hintergrund einer massiven affektiven Mobilisierung der autoritären Rechten wichtig. Eine intersektionale Affektperspektive auf Staatlichkeit öffnet Möglichkeiten, neue emanzipative Politikformen

anzudenken. Denn der moderne Staat institutionalisiert multiple Herrschaftskonstellationen und schreibt diese mittels Affekten und Emotionen in die Körper der Menschen ein. So sind beispielsweise Selbstregierung wie auch Disziplinierung im Neoliberalismus von Furcht, Wut, Hass und Scham begleitet, eine Affektkonstellation, die ein Begehren nach autoritären Lösungen befördert, die aber auch Ausgangspunkt für Ent-Unterwerfung, gar versuchte Emanzipation und damit den (kollektiven) Kampf gegen Ausgrenzung und Ausbeutung werden kann. Wenn Affektivität ein ganz grundlegendes Element des staatlichen Kräftefelds und des öffentlich-politischen Raumes ist, dann kann sich im Staat ein Begehren gegen den Staat und für gemeinsames Handeln gegen Herrschaft herausbilden. Affektivität kann zum Modus werden, um die Verwobenheit wie auch die strategischen Trennungen von Herrschaftsstrukturen zu identifizieren, zu kritisieren und auf dieser Grundlage gegen multiple Herrschaftsformen zu kämpfen.

Nicht zuletzt die sozialen Bewegungen der 1970er-Jahre machten Affektivität und die Entgrenzung von vermeintlich privaten Gefühlen zum Programm, sodass Betroffenheit, Affekt und Relationalität zum Ausgangspunkt für politische Mobilisierung werden konnten. So besehen ist Affektivität denkbar als widerständige, als ermöglichende Praxis, erlaubt sie doch das Miteinander mit anderen, bietet sie doch die Chance, die grundlegende menschliche Angewiesenheit auf andere wahrzunehmen und zur Grundlage politischen Handelns im herrschaftlich strukturierten staatlichen Terrain zu machen. Beispielsweise wurde in der US-amerikanischen Schwulenbewegung gemeinsam empfundene Scham die Basis für Wut gegen eine Regierung, die in der AIDS-Krise jegliche Sorge verweigerte.[21]

Emotionen wie Wut und Angst sind folglich nicht nur Feinde der Demokratie, wie sie es beispielsweise in der Rechten Mobilisierung durchaus sind, sondern können Stimuli für Herrschaftskonflikte und -kritik werden. Auch die widersprüchliche Affektstruktur des Staates öffnet Chancen zur Überwindung von verkoppelten Herrschaftsformen.

Feministisch-kritische Staatstheorie kann somit einen Beitrag leisten, um aktuell gegen die hetzerische Affektivität des rechtsautoritären Projekts nicht schlicht die liberal-demokratischen grausamen Trennungen, zum Beispiel von Affekt und Rationalität, zu setzen, sondern eine ganz neuartige Affektstruktur zu etablieren. Dafür bietet die feministi-

[21] Deborah B. Gould: Moving Politics. Emotion and ACT UP's Fight against AIDS, Chicago 2009.

sche (Staats-)Theoretisierung weitere Anknüpfungspunkte, die auf die Dimension von Sorge, Relationalität und Affektivität als grundlegende Konstellationen von demokratischem und politischem Handeln verweist. In der Sorge um sich selbst, um andere, auch um die Umwelt entsteht ein politisches Handlungspotenzial, das multiple staatliche Herrschaftsstrukturen transformieren kann: Das staatliche Terrain der Aushandlung und des Kompromisses gründet dann nicht mehr nur in einem einseitigen Sicherheitsversprechen des Staates als Schutz vor der Gewalt anderer Menschen, sondern erlaubt, Sicherheit als gemeinsamen Prozess ganz neuartig zu denken – und umzusetzen.

Dazu also feministisch-kritische Staatstheorie: um Neues denkbar und möglich zu machen!

Maria Tsenekidou

Bildung und Befreiung[1]

Eine Spurensuche in Erinnerung an Peter Brückner und Erneuerung von Praxisperspektiven Politischer Psychologie angesichts aktueller Herausforderungen politischer Bildung

Bevor ich Gedanken zu einigen aktuellen Herausforderungen von politischen Bildungs- und Befreiungsprozessen zur Diskussion stelle, begeben *wir*[2] uns auf eine historische Spurensuche im Sinne Herbert Marcuses, der die Erinnerung als subversive Kraft würdigte. Die Reise führt zu einer verschollenen Perspektive Politischer Psychologie. Als von praktischen Emanzipationsinteressen angeleitete Sichtweise der Vermittlung von kritischen Gesellschaftstheorien und psychoanalytischen Subjekttheorien hatte sie ihre Hochphase während der Studierendenbewegung in den 1960er-Jahren und wurde in Hannover vor allem von Peter Brückner geprägt. Bei allem Erneuerungsbedarf ist das Grundmotiv auch unter veränderten Bedingungen aktuell. Es lautet *Selbstaufklärung und Selbstbefreiung*. Brückners kritischer Ansatz reflektiert die historisch-gesellschaftlichen Bedingungen von Subjektivität sowie die eigenen Erkenntnis- und Handlungsmöglichkeiten.[3] Sein Bildungsideal zielt auf politische Autonomie. Aus dieser Sicht ist das nachhaltige Gelingen individueller Befreiung und Selbstbestimmung nicht ohne kollektive gesellschaftsver-

---

[1] Der Aufsatz ist eine überarbeitete Version des Vortrags mit dem gleichnamigen Obertitel vom 1. Oktober 2023, der im Rahmen der Kritischen Bildungstage der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin gehalten wurde. Enthalten sind darin neben neuen Ideen auch Gedanken von älteren Aufsätzen sowie meiner Dissertation. Vgl. Maria Tsenekidou: Politische Sozialisation und soziale Kontrolle im digitalen Umbruch. Zu Transformationen politischer Subjektkonstitutionen im Spannungsverhältnis von Heteronomie und Autonomie aus politisch-psychologischer Perspektive, Wiesbaden 2022; Dies.: Vom Buckeln zum Treten. Leistungsdruck und konformistische Rebellion. In: Marcus Hawel/Lisa Doppler/Paul Fischer-Schröter/Martin Schröder (Hrsg.): Work in Progress. Work on Progress. Beiträge kritischer Wissenschaft. Doktorand*innen-Jahrbuch der Rosa Luxemburg Stiftung 2015, Hamburg 2015, S. 280–296; Dies.: Lagebewusstsein und kritische Intervention. Gegenwärtige Herausforderungen politischer Psychologie. In: Psychologie und Gesellschaftskritik: Kritische Sozialpsychologie. Jg. 36, Nr. 142–143, 2012, S. 7–30.

[2] Wer ist wir? Es ist im ganzen Text ein offenes wir: gemeint sind alle, die sich angesprochen fühlen.

[3] Vgl. Peter Brückner: Die Transformation des demokratischen Bewußtseins. In: Johannes Agnoli/Peter Brückner: Die Transformation der Demokratie, Frankfurt a. M. 1968, S. 89–192.

ändernde Praxis vorstellbar.[4] Die Idee des Zusammenhangs von individueller und gesellschaftlicher Geschichte ist bei Brückner nicht nur die theoretische Schnittstelle, wo Marx und Freud sich undogmatisch begegnen.[5] Zu dieser – nach wir vor spannenden Idee – gehört, dass Menschen durch die reflexive Aufarbeitung und affektive Verarbeitung ihrer Geschichten im Zusammenspiel mit der praktischen Aneignung der gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Existenz fortschrittlichen revolutionären Wandel demokratisch gestalten könnten. Bekanntlich hat das aber praktisch vielfach nicht geklappt mit der Verwirklichung gesamtgesellschaftlicher Emanzipation von diversen verselbständigten Heteronomien. Gegenwärtig sind wir ebenfalls (noch) weit davon entfernt. Die aktuellen Schwierigkeiten der Auslotung und Praktizierung von kollektiven politischen Befreiungsmöglichkeiten haben nicht zuletzt geschichtliche Hintergründe. Auch daher lohnt ein Blick zurück, um nach vorne zu schauen: »Und wenn einige ältere Perspektiven untergegangen sind, müssen wir aufs Neue versuchen, zu begreifen und zu verändern; für beides scheinen mir unsere Geschichte und unser Bewußtsein das Arbeitsfeld. […] Was wir suchen, sind Einsichten über einen möglichen Zusammenhang individueller Geschichte, der Geschichte der eigenen Gesellschaft und der immanenten Problemgeschichte der Wissenschaft, die man lehrt und studiert – die Genesis der Probleme mit einbeziehend, an denen sie sich abmüht.«[6] In diesem Sinne werde ich zunächst den kritisch-emanzipatorischen Gehalt des Brücknerschen Bildungs- und Wissenschaftsverständnisses im Kontext zentraler lebens- und gesellschaftsgeschichtlicher Konstellationen fragmentarisch rekonstruieren.

Peter Brückner hat von 1922 bis 1982 gelebt und war ein politischer Intellektueller, bei dem geschichtliche Erfahrung, theoretische Reflexion und politische Praxis in einem lebendigen Spannungsverhältnis zueinanderstanden. Angesichts der Masse von »68er«-Studien ist es seltsam, dass er und seine Politische Psychologie kaum Erwähnung finden. Warum dies so ist, darüber lässt sich nur spekulieren. Die unbewussten Nachwirkungen der Kriminalisierung von politischen Intellektuellen in

[4] Vgl. Peter Brückner: Provokation als organisierte Selbstfreigabe [1970]. In: Ders.: Selbstbefreiung. Provokation und soziale Bewegungen, hrsg. v. Axel R. Oestmann, Berlin 1983, S. 11–80, hier S. 29.

[5] Vgl. Peter Brückner: Marx, Freud [1972]. In: Ders.: Vom unversöhnlichen Frieden. Aufsätze zur politischen Kultur und Moral, hrsg. v. Axel-R. Oestmann, Berlin 1984, S. 65–98.

[6] Peter Brückner: Psychologie und Geschichte. Vorlesungen im Club Voltaire 1980/81, hrsg. v. Axel R. Oestmann, Berlin 1982, S. 267.

den 1970er-Jahren könnten auch etwas damit zu tun haben. Jedenfalls gewährt die Lektüre Brückners Einblick in die Geschichte(n) der politischen Kultur(en) der BRD und ihren sozialen Bewegungen in einer Zeitspanne von den 1960er-Jahren bis Anfang der 1980er-Jahre. Auch die unorthodoxen Schlüsse, die er aus der Krise des Marxismus zieht, sind interessant.[7] Nach wie vor spannende Themen, die Brückner bearbeitet, sind beispielsweise strukturelle Gewalt unter kapitalistischen Bedingungen, deutsche Obrigkeitstradition und Autoritarismus, (Des-)Integration, Fremd- und Selbstbeherrschung, die Rolle von Affektivität in sozialen Bewegungen, politische Apathie und Angst als Herrschaftsinstrument, politische Dimensionen des Verhältnisses von Wissenschaft, Subjektivität und Gesellschaft. Gerade weil Brückner sehr nah am Zeitgeschehen war, lassen sich seine Analysen und Methoden nicht unkritisch oder nahtlos in die Gegenwart übertragen. Gesellschaftliche Zwänge und Formen von sozialer Kontrolle, die Konstellationen von politischen Kräfteverhältnissen, Machtdynamiken und Herrschaftsstrukturen, die Konstitutionsbedingungen von individuellen Subjektivitäten und von kollektiven Bewegungen, autoritäre und emanzipative Potenziale wandeln sich stetig. Geschichtliche Transformationsprozesse erfordern auch veränderte theoretische Sichtweisen, was Brückner selbst bewusst war. Er wurde 1967 Professor für Psychologie an der Universität Hannover. Brückners Theoriezugang sowie sein politischer Praxisbezug, seine kritisch-solidarische Unterstützung der antiautoritären Protestbewegung und deren Einfluss auf sein Wissenschaftsverständnis sind ohne Beachtung seiner Sozialisationserfahrung im nationalsozialistischen Deutschland und der Erfahrung des Überdauerns faschistoider Einstellungen bei gleichzeitiger Schuldabwehr und politischer Apathie in der Nachkriegsgesellschaft nicht nachvollziehbar.

Unter dem Wissenschafts- mit Gesellschaftskritik verbindenden Postulat der Politisierung der Wissenschaften leitete der studentische Teil der Bewegung den Versuch eines Selbstaufklärungsprozesses ein. Politisierung der Wissenschaften könnte dahingehend missverstanden werden, dass Wissenschaft »ursprünglich« unpolitisch sei. Zumindest vom Ideal her geht es auch *nicht* um »parteipolitische Magdschaft wissenschaftlichen Denkens«,[8] wie Brückner und Thomas Leithäuser 1968 in

[7] Vgl. Peter Brückner: Anmerkungen zur Krise des Marxismus. Geschichte und Psychologie [1975]. In: Ders.: Vom unversöhnlichen Frieden. Aufsätze zur politischen Kultur und Moral, hrsg. v. Axel-R. Oestmann, Berlin 1984, S. 99–108.

[8] Peter Brückner/Thomas Leithäuser: Thesen zur Politisierung der Wissenschaften [1968]. In: Peter Brückner: Zerstörung des Gehorsams. Aufsätze zur Politi-

ihren *Thesen zur Politisierung der Wissenschaften* klarstellen. Ausgangspunkt ist die – hochaktuelle – Einsicht, dass Wissenschaft von Anbeginn politische Implikationen hat, da sie strukturell in gesellschaftliche Prozesse, Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingebunden ist. Ebenso hochaktuell ist die Einsicht, dass Wissenschaftler*innen nicht wertneutral gegenüber diesen Bedingungen sein können – ob sie sich dessen bewusst sind oder nicht. Sogenannte Wertneutralität wird als politisch, als eine Form der Affirmation verstanden. Dass gerade ein vermeintlich unpolitisches Wissenschaftsverständnis der Indienstnahme durch heteronome politische und ökonomische Interessen in die Hände spielt, ist ein zentrales Argument des Politisierungsplädoyers. Ein wichtiger historischer Hintergrund ist auch, dass Wissenschaftler, die in die Machenschaften des NS-Regimes verwickelt waren, unbehelligt in der BRD an ihren Karrieren weiterbasteln konnten und sich als unpolitisch ausgaben. Aufgegriffen wurde die in der *Dialektik der Aufklärung* formulierte Wissenschafts- und Kapitalismuskritik von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno. Gegen die »selbstvergessene Instrumentalisierung der Wissenschaft«[9] wendete sich die Aufforderung zur kollektiven Reflexion gesellschaftlicher Bedingungen wissenschaftlicher Vernunft. Problematisiert wurde auch die Ausklammerung der Frage nach den Verwendungszwecken von Wissenschaft aus dem Zusammenhang einer diskutierenden außerakademischen Öffentlichkeit.[10] Angetrieben vom Bedürfnis nach Demokratisierung, inhaltlicher sowie organisatorischer Selbstbestimmung, schloss Politisierung der Wissenschaften die kontrovers zu diskutierende Frage ein, wozu Wissenschaft überhaupt dienen soll. Angestrebt wurde nicht zuletzt, sie als »Instrument menschlicher Befreiung«[11] zu würdigen.

Wo liegt der besondere politisch-psychologische Ansatzpunkt der Kritik? Konforme Denk- und Verhaltensweisen würden dadurch begünstigt, dass die Prägungen, Bedürfnisse und Affekte des Erkenntnissubjekts unter den fremdbestimmten Bedingungen und dem Imperativ der Wertneutralität in der Regel nicht als Gegenstand der *Selbstreflexion* in

schen Psychologie, hrsg. v. Axel R. Oestmann, Berlin 1983, S. 123–130, hier: S. 125.

[9] Max Horkheimer/Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente [1947], 13. Auflage, Frankfurt a.M. 2001, S. 17.

[10] Vgl. Oskar Negt: Über die Idee einer kritischen und antiautoritären Universität. In: Detlev Claussen/Regine Dermitzel (Hrsg.): Universität und Widerstand. Versuch einer politischen Universität in Frankfurt, Frankfurt a.M. 1968, S. 166–195, hier: S. 182.

[11] Vgl. Brückner/Leithäuser 1968, S. 128.

die wissenschaftliche Arbeit eingehen, sondern eben unbewusst-blindwüchsig. Die sogenannte »Zurückholung der Innerlichkeit«[12] in den Erkenntnisprozess solle dem etwas entgegensetzen, zur *Aufdeckung von Selbstverborgenheit* verhelfen. Aufbegehrt wird somit auch gegen die pseudo-objektive positivistische und vulgär-marxistische Ausschaltung von Subjektivität im Erkenntnisprozess. Kritische Bildung wird als etwas verstanden, das mit der Einsicht in die Bedingungen der eigenen Sozialisation und gesellschaftlichen (Des-)Integration zu tun hat: »Eine neue Gesellschaft, die sich selbst durchschaubar geworden wäre, und die sich vernünftiger steuerte, bedürfte der Individuen, die ohne allzu große Angst die Grundlage des eigenen Werdens und Verhaltens untersuchen.«[13] Dass auch Forscher*innen nicht jenseits der gesellschaftlichen Verhältnisse schweben, durch die sie sozialisiert werden und unter deren Bedingungen sie tätig sind, macht Brückner zum Ausgangspunkt seines Ansatzes. Sein Verständnis von Politischer Psychologie fußt darauf, dass das Erkenntnissubjekt mit seiner Lebensgeschichte und seiner aktuellen sozialen Lage in die Theoriebildung eingeht. Das Bedürfnis nach eigener Selbstaufklärung und Selbstbefreiung ist darin verankert. Seine Sozialisation im Nationalsozialismus und deren Auswirkungen auf seine Haltung als politischer Intellektueller thematisiert Brückner in seiner Autobiografie.[14] *Zerstörung des Gehorsams* ist seine Lehre aus dem Faschismus. Ausgehend davon, dass die Verkrustung von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen auf der Subjektseite die Verinnerlichung von Autorität voraussetzt, zielt Brückners Politische Psychologie zwecks Bewusstwerdung der verdrängten psychosozialen Anpassungs-Konflikte und daran haftenden Affekte auf das Durchbrechen von Alltäglichkeit, das, was als Normalität erscheint.[15] Mit der notwendigen (Selbst-)Reflexion sei es dabei allein nicht getan. Die Überwindung von Angst setze – als eine Grundbedingung der Befreiung von verinnerlichter Autori-

[12] Vgl. ebd., S. 126ff.

[13] Peter Brückner: Zur Pathologie des Gehorsams [1966]. In: Ders.: Zerstörung des Gehorsams. Aufsätze zur Politischen Psychologie, hrsg. v. Axel R. Oestmann, Berlin 1983, S. 19–34, hier: S. 28.

[14] Vgl. Peter Brückner: Das Abseits als sicherer Ort. Kindheit und Jugend zwischen 1933 und 1945, Berlin 1980. Brückner, der im Nationalsozialismus ein jugendlicher Antifaschist war und sich selbst als Anarchist im Wildwuchs bezeichnete, hatte sich aber, um nicht als sogenannter Halbjude enttarnt zu werden und dem Rassenwahn zum Opfer zu fallen, eben nicht der HJ- und NSDAP-Mitgliedschaft verweigert. Er wurde nach eigenen Angaben mit 19 Jahren von der Wehrmacht als Bürokraft eingezogen (vgl. ebd., S. 127ff.).

[15] Vgl. Brückner 1968, S. 94.

tät – zunächst voraus, sich ihr in politischer Aktivität zu stellen. In den provokativen Aktionen der Protestbewegungen seiner Zeit sah Brückner derartige Selbstbefreiungsversuche. An den massiven Repressionen lässt sich erkennen, dass die Staatsgewalt das – nachträglich von einigen ehemaligen Aktivist*innen der Außerparlamentarischen Opposition (APO) eingestandene – revolutionäre Selbstmissverständnis offensichtlich teilte. In den 1970ern rückt die schmerzvolle Reflexion des Scheiterns bei Brückner in den Vordergrund, wobei er weiterhin politische Interventionen mittels Kritik im Handgemenge betrieb. Viele, die überhaupt etwas mit seinem Namen verbinden, denken an die Suspendierungen aus dem Hochschuldienst.[16] Faktisch war er kein »Schreibtischtäter des Terrorismus«. Er hat die Gewaltakte der RAF nicht unterstützt, sondern im gesellschaftlichen Gewaltzusammenhang kritisch analysiert. Die Zerfallsprozesse der antiautoritären Bewegung, die zunehmend autoritären Wendungen innerhalb der Linken in den 1970er-Jahren zerstörten Brückners anti-autoritäre Hoffnungen, die er in die APO gesetzt hatte.[17]Autoritäres Denken und Verhalten war – und ist immer noch – nicht nur ein »rechtes« oder »mittiges«, sondern auch ein »linkes« Phänomen. Trotz oder gerade wegen dieser Enttäuschung blieb er dem Selbstaufklärungs- und Selbstbefreiungsmotiv seiner Politischen Psychologie treu: »Wie werden die ›versunkenen Erfahrungen‹ bewußt? Indem wir lernen, die Rätsel unserer Lebensgeschichte im Kontext der Geschichte unserer Gesellschaft zu lösen, und zwar im Detail, und indem wir der Reflexion vertrauen, solange sie Erfahrung und Objektivität fühlbar vermittelt. Das, vor allem, ist kritische Theorie.«[18]

Die Publikation *Was heißt Politisierung der Wissenschaften und was kann sie für die Sozialwissenschaften heißen*[19] erschien zu einem Zeitpunkt, als der Zerfallsprozess der linken Protestbewegung im vollen Gange war und zunehmend autoritäre Entwicklungen unter Teilen der Linken von statten gingen, ebenso wie sich das gesellschaftliche Klima durch staatliche Repressionsmaßnahmen und mediale Hetzkampagnen verschärfte. Die Kritik richtet sich einerseits gegen die Restriktionen in

[16] Das erste Mal 1972 für zwei Semester, als ihm vorgeworfen wurde, RAF-Mitglieder bei sich untergebracht zu haben. 1977 folgte die zweite Suspendierung im Zusammenhang mit der sogenannten Mescalero-Affäre, die 1981 aufgehoben wurde.

[17] Vgl. Brückner 1980, S. 151f.

[18] Ebd., S. 88.

[19] Peter Brückner/Alfred Krovoza: Was heißt Politisierung der Wissenschaft und was kann sie für die Sozialwissenschaften heißen?, Frankfurt a.M. 1972.

den Bildungsbereichen. Andererseits wendet sie sich gegen die sogenannte »regressive Politisierung«[20] innerhalb der Linken, die im Sinne einer homogenen Einheit freilich nur als Feindbildkonstruktion existierte. Wie ein roter Faden durchzieht das Theorie-Praxis-Problem im typischen Jargon der 1970er-Jahre das Buch. Schwierigkeiten der Aneignung der Universitäten als Lebensgelände und der Entwicklung von Strategien gesellschaftsverändernder Praxis sind dabei zentral.[21] Eng verflochten sind diese mit der »Suche nach politischer Identität«.[22] Im Begriff der politischen Identität verdichten sich die »Rätsel« von (Brückners) Lebensgeschichte im Zusammenhang mit den »Rätseln« gesellschaftlicher Geschichte und der Problemgeschichte eines emanzipatorischen Wissenschaftsverständnisses. Auf diesen »Knackpunkt« gehe ich historisch und gegenwartsbezogen noch näher ein.

Zur Erneuerung von Perspektiven der Selbstaufklärung und Selbstbefreiung

Neben dem Aufspüren spezifisch »neuer« Hindernisse und Möglichkeiten politischer Befreiung erscheint die reflexive Aufarbeitung und insbesondere auch die emotionale Verarbeitung dessen, was historisch in Theorie und Praxis schiefgelaufen ist, als eine elementare generationenübergreifende Herausforderung. Das unverdaute Scheitern ist nämlich eine Quelle der Resignation und des Fatalismus, so wie mangelndes Geschichtsbewusstsein eine Wiege der Orientierungslosigkeit darstellt und das Begehen von ähnlichen Fehlern unter neuen Vorzeichen begünstigt. Die Verarbeitung missglückter Befreiungen und gescheiterter Kämpfe ist nötig, um den Mut nicht zu verlieren. Zugleich ist ein historisches Bewusstsein für die Errungenschaften politischer Bewegungen erforderlich, um uns Mut zu machen.

Was könnte Politisierung der Wissenschaften heute bedeuten? Welche Erkenntnisse sind noch wertvoll? Woran lässt sich anknüpfen? Welche Fehler wurden begangen? Was lässt sich aus ihnen lernen? Inwiefern haben sich die Bedingungen verändert? Worin existiert Kontinuität? Wie können wir die Bildungssysteme demokratisieren, die internen Strukturen sowie den öffentlichen Zugang zu kritischer Bildung? Angesichts der

[20] Ebd., S. 11.
[21] Vgl. ebd., S. 25.
[22] Ebd., S. 17.

aktuellen vielfältigen globalen Krisengeflechte und reaktionären politischen Entwicklungen sind dies drängende Fragen. Sie erfordern kollektive Verständigung. Der enge Zusammenhang von kapitalistischen Produktions- und Konsumweisen mit Naturzerstörung stellt Wissenschaft und Technik aktuell vor große Herausforderungen, ebenso die gesellschaftlich-kulturellen Widersprüche, die mit der Digitalisierung einhergehen. Die strukturellen politisch-ökonomischen Bedingungen sind nicht nur in den Sozial- und Geisteswissenschaften, sondern gerade in den informationstechnischen sowie Wirtschafts- und Naturwissenschaften relevant. Immerhin sind gesellschaftliche Entwicklungen und Wissenschaft nach wie vor wechselseitig voneinander abhängig. Die Reflexion der gesellschaftlichen Bedingungen wissenschaftlicher Vernunft und der eigenen Forscher*innen-Subjektivität, die kollektive Verständigung über Zwecke, Ziele und politische Verantwortung bleiben hochaktuelle Herausforderungen. Auch gegenwärtig bedarf es der Aufdeckung von Selbstverborgenheit, der Bewusstwerdung eigener Interessen, Motive, Wünsche und Ängste, der Selbstaufklärung von Hintergründen des eigenen Zugangs zu bestimmten Themen und Theorien, Perspektiven und Praktiken. Kritische Bildung wird hierzulande anders als zu Zeiten Brückners aktuell weniger mit direkten politischen Repressionen institutionell unterbunden. Durch die neoliberale Ökonomisierung der Bildungseinrichtungen, durch die massive Steigerung von Leistungs-, Konkurrenz- und Verwertungsdruck in Forschung, Lehre und Studium sowie durch die prekären Arbeitsbedingungen im sogenannten Mittelbau bleiben kritische politische Interventionen meistens wegen Ängsten vor Stellungs- und Anerkennungsverlust unter dem Druck des ökonomischen Selbsterhalts auf der Strecke. In anderen Ländern ohne Freiheitsrechte ist die Lage weitaus bedrohlicher. Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und Aktivist*innen, die systematisch wegen ihrer kritischen Forschungen und politischen Interventionen verfolgt werden, riskieren ihr Leben für ihre Freiheit. Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit, die Freiheit von Forschung und Lehre sind große historische Errungenschaften. Selbst in den Ländern, in denen diese Rechte verfassungsmäßig noch bestehen, gibt es keine Garantie für ihren Fortbestand. Der globale Trend zu autoritär-reaktionären und neofaschistischen Regimen ist eine ernsthafte Bedrohung für die Freiheitsrechte – auch im sogenannten »freien Westen«. *Use it or loose it.* Eine an Emanzipation orientierte Wissenschaft müsse sich ihres politischen Mandats bewusst sein, lautete eine der Politisierungsthesen aus den 1960er-Jahren. Was heißt das heute? Wer verleiht dieses Mandat?

Kritische Parteilichkeit noch für wen oder was? Eine Lehre aus den zerbrochenen Mythen des Vulgärmarxismus ist es sicherlich, zu vermeiden, von oben herab Menschen aufgrund ihrer »objektiven Stellung« in den gesellschaftlichen Verhältnissen ein Emanzipationsinteresse zuzuweisen oder abzusprechen. Was, außer dogmatisch-fanatischer Engstirnigkeit und Feindbildern, spricht dagegen, in Theorie und Praxis auch offen zu sein gegenüber jenen, deren Stellung im Gefüge von »class, race and gender« es nicht vermuten lässt, dass sie an emanzipatorischem gesellschaftlichem Fortschritt interessiert sind? Eine Herausforderung der Politisierung und Demokratisierung von Wissenschaft besteht jedenfalls auch darin, aus den akademischen Blasen auszubrechen, sich ins Zeitgeschehen einzumischen und politisch relevante Erkenntnisse verständlich in die Öffentlichkeit zu tragen. Die meisten Menschen haben weder die Bildungsressourcen noch Zeit und Lust, sich mit wissenschaftlichen Theorien zu beschäftigen. Wenn wir – im eitlen Gezänk und ohne lebenspraktischen Bezug – den Diskurs vom Diskurs des Diskurses diskutieren, interessiert das außerhalb unserer Elfenbeintürme niemanden. Obwohl ich Tochter von migrierten Fabrik-Arbeiter*innen bin, ist es mir leider selbst nicht gelungen, eine allgemeinverständliche Dissertation zu schreiben und auch in diesem Beitrag klappt das kaum. Einfache Sprache kann schwer sein, wenn es um komplexe Themen geht und gerade plakative Vereinfachungen von vielschichtigen Zusammenhängen politischen Zündstoff in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bergen. Wenn kritische Bildung nicht nur Akademiker*innen leicht zugänglich sein soll, müssen wir uns aber verstärkt Gedanken machen über eine verständlichere Sprache.

Welche Chancen und Herausforderungen ergeben sich durch die *digitale Medienrevolution*? Mehrere Überwachungsskandale lösten den optimistischen Revolutionshype ab. Weder Erlösungs- noch Untergangsphantasmen bringen uns weiter. Faktisch gibt es eine Menge Widersprüche. Digitale Medien sind nicht nur Instrumente der politischen Verfolgung und Unterdrückung von Oppositionellen in Diktaturen. Sie sind nicht nur weltweit Instrumente der vertikalen und horizontalen sozialen Kontrolle sowie der wirtschaftlichen Ausbeutung. Sie werden nicht nur von reaktionären Bewegungen genutzt. Sie dienen nicht nur als Plattformen für Hass und Hetze. Sie bieten nicht nur Möglichkeiten zur Verdrängung und Ablenkung, zu Konsum und Selbstvermarktung. Sie sind trotz allem auch eine große Chance für alternative politische Sozialisierungen und globale soziale Bewegungen. Sie sind nach wie vor auch Instrumente zur Organisation emanzipatorischen Widerstands und Her-

stellung transnationaler kritischer Öffentlichkeiten.[23] Als psychosoziale Räume politischer Phantasien stellen *Social Media* Plattformen wichtige Instanzen politischer Sozialisierungen im Spannungsverhältnis von Heteronomie und Autonomie dar.[24] Sie bieten auch die politische Möglichkeit, vermeintlich individuelle Probleme beim *Sich-in-anderen-spiegeln* als gesellschaftliche zu erkennen und sich zu solidarisieren. Es ist weniger eine technische, sondern eher eine politische und psychosoziale Frage, was aus den technischen Möglichkeiten wird. *Kritische Medienbildung* und *digitale Medienkompetenzen* sind Voraussetzungen für die Überwindung blinder Technikeuphorie und -ablehnung sowie für die Förderung von gesellschaftlichen Willensbildungsprozessen über den Umgang mit digitaler Technik.[25] Es handelt sich um weitere wichtige Herausforderungen politischer Bildungsarbeit. Dabei geht es nicht nur um technisches Funktions- und Anwendungswissen, sondern auch um individuelle und kollektive Selbstaufklärungsprozesse in Hinblick auf die gesellschaftlichen und subjektiven Bedingungen digitaler Technik sowie ihre Relevanz als Sozialisationsinstanz.

Die Krisen, Konflikte und Widersprüche spitzen sich aktuell weltweit zu. Große Krisen sind auch eine große Chance für fortschrittliche Veränderungen. Angesichts der verbreiteten regressiven Rebellionen scheinen die praktischen Möglichkeiten emanzipatorischen Wandels äußerst gering zu sein. Wenn alle in der Geschichte der Menschheit resigniert den Kopf in den Sand gesteckt hätten, hätte es aber nie irgendwelche emanzipatorische Errungenschaften gegeben. Bekanntlich bedeutet Mut ja nicht, keine Angst zu haben, sondern trotz Angst zu handeln. Die revoltierenden Menschen in Diktaturen, wie beispielsweise im Iran oder aktuell in der Türkei, zeigen, was Mut und *Empowerment* bedeuten. Ihre provokativen Demonstrationen sind Akte der kollektiven Selbstbefreiung. Auch wenn ihr Widerstand blutig niedergeschlagen wird, können ihre politischen Befreiungsversuche nicht ewig unterdrückt werden. Herrschaftsstrukturen und Befreiungsmöglichkeiten sind historisch und in jeder Gesellschaft unterschiedlich. Nach wie vor ist (Real-)Angst jedenfalls ein starker Antrieb für die Unterwerfung unter gesellschaftli-

[23] Vgl. Rainer Winter: Widerstand im Netz. Zur Herausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit durch netzbasierte Kommunikation, Bielefeld 2010.

[24] Vgl. Tsenekidou 2022.

[25] Vgl. Isabel Zorn: Medienkompetenz und Medienbildung mit dem Fokus auf digitale Medien. In: Heinz Moser/Petra Grell/Horst Niesyto (Hrsg.): Medienbildung und Medienkompetenz, München 2011, S. 175–209; Douglas Kellner: Critical Theory and Pedagogy. Towards the Reconstruction of Education, New York 2023.

che Zwänge – weltweit.[26] Die Konflikthaftigkeit von Sozialisations- und Integrationsprozessen birgt allerdings auch weiterhin sowohl reaktionäres als auch emanzipatorisches Potenzial. Die *reflexive Aufarbeitung* und insbesondere *emotionale Verarbeitung* der *eigenen Anpassungskonflikte* bleibt eine große Chance für politische Befreiungsprozesse und die Ermöglichung alternativer politischer Sozialisierungen. Autoritarismus und Konformismus haben sich hierzulande seit Brückners Zeiten gewandelt. Während unter neoliberalen Bedingungen, mit Marcuse[27] gedacht, die Erweiterung von Herrschaft mit Zugeständnissen an Freiheit einherging, stehen unter den aktuellen neo-autoritären Wandlungen die kulturellen Liberalisierungen der letzten Jahrzehnte auf der Kippe. Der Autoritarismus lässt sich zudem nicht nur auf den globalen Rechtsruck beschränken. Aus der Lebensnot heraus unterwerfen wir uns in der Regel der abstrakten Autorität und Alltagsgewalt unserer verselbständigten ökonomisch-bürokratischen Strukturen. Verbreitet ist die Angst vor Ungewissheiten, die mit grundlegenden gesellschaftlichen und persönlichen Veränderungen einhergehen. Angst verleitet bekanntlich dazu, am Gewohnten festzuhalten, auch wenn es mit Leiden verbunden ist. Wer kennt das nicht aus eigener Erfahrung? Eine wichtige Frage in Hinblick auf emanzipatorische Politisierungsprozesse lautet daher auch: Wie gehen wir mit gesellschaftlichen Zwängen, existenziellen Unsicherheiten und Ängsten um? Wie lassen sich nachhaltig Empathie und Solidarität entwickeln? Die stumpfe Abgeklärtheit in Form der Empathielosigkeit ist ein enormes Hemmnis für solidarische Politisierungsprozesse. Im Hamsterrad des Funktionierens geht der Zugang zu den eigenen Gefühlen rasch verloren. Wie soll Empathie mit anderen entwickelt werden, wenn schon Selbstempathie scheitert – die wiederum nicht mit einer wehleidigen Opferhaltung zu verwechseln ist. Kapitalistisch kastrierte Vernunft äußert sich nicht nur in instrumentellen Denk- und Handlungsweisen, sondern findet auch in verstümmelter Sinnlichkeit Ausdruck. Ein Moment von geglückter kollektiver Selbstbefreiung wäre nach Brückner, dass Denken an Lust und die Lust am Denken sich nicht wechselseitig ausschließen.[28] Erkenntnis und Bildung haben in die-

[26] Natürlich gibt es buchstäblich gewaltige Differenzen zwischen der Furcht vor physischer Vernichtung und vor ökonomischer Deklassierung. Potenziell lähmend für politische Aktivitäten sind beide Varianten.

[27] Herbert Marcuse: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft [1964], Neuwied 1978; Ders.: Trieblehre und Freiheit. In: Ders.: Psychoanalyse und Politik, Frankfurt a.M. 1968, S. 5–34.

[28] Vgl. Brückner [1970] 1983, S. 31.

ser Vorstellung auch etwas mit Muße und Leidenschaft zu tun. Das ist das Gegenteil von »Bulemielernen« – schnell Wissenshäppchen reinwürgen und zur Prüfung rausbrechen. Was anklingt, ist die Versöhnung von Vernunft und Sinnlichkeit, die unausgemalte Utopie Kritischer Theorie.

Das sogenannte Bilderverbot in der Kritischen Theorie hat eingedenk der nachvollziehbaren ideologiekritischen Funktion auch etwas Unmenschliches. Dass eine andere Welt möglich ist, muss mensch sich vorstellen können und am besten auch ansatzweise im Hier und Jetzt erleben. Wir brauchen attraktive Visionen vom besseren Leben und realistische Verwirklichungsperspektiven, weil wir sonst zu wenig psychischen Antrieb haben, die altvertraute Misere hinter uns zu lassen und den Aufbruch ins Ungewisse zu wagen. Perspektivisch ist emanzipatorische Bildung gefragt, die nicht nur kognitiv orientiert ist, sondern auch sinnlich – sozusagen *Sinnesbildung*. Schließlich geht es beim Thema politische Befreiung um unseren ganzen Körper und nicht nur um unsere Köpfe. Vielleicht finden wir auch einen respektvolleren Umgang mit der Natur, Mitmenschen und Tieren, wenn wir achtsamer mit der eigenen Sinnlichkeit umgehen und der eigene Leib nicht nur zum Funktionieren und Konsumieren herhält. Dazu gehört auch, bewusst wohltuende Augenblicke herbeizuführen und zu genießen. Keinem Menschen, der Krieg oder Hunger erleidet, geht es dadurch besser, dass man sich selbst die Lebensfreude verbietet. Sich nur auf das Leid zu fokussieren, ist genauso wenig hilfreich für Veränderungen, wie die Verdrängung von Leid. Mit politischer Dauerdepression lässt sich nichts bewegen.

Brückner weist mehrfach in seinem Werk auf die enorme Relevanz der Affektivität in Politisierungsprozessen hin.[29] Dabei geht es aber nicht um populistische Affektmobilisierung, sondern um ein bewusstes Erleben der eigenen Affekte und einen kritischen Umgang mit ihnen.

Das aktuell oft antreffbare undifferenzierte Affektbashing ist nicht nur selbst affektiv aufgeladen, mit Fremdabwertung und Selbsterhöhung verbunden, nach dem Motto dort die wütenden Dumpfbacken, hier die coolen Aufgeklärten. Es geht auch an den Kernproblemen vorbei. Problematisch ist nicht die Wut als Affekt. Gefährlich ist es, wenn sich zum Wutaffekt kein *(selbst-)kritisches Bewusstsein* gesellt, die Wut nicht mit individuellen und kollektiven Selbstaufklärungsprozessen einhergeht, sondern sich projektiv in regressiver Rebellion gegen Feindbildkonstruktionen wie die »Wirtschaftsflüchtlinge«, die »raffgierigen Juden«, die »rückständigen Muslime«, die »dekadenten Sozialschmarot-

[29] Vgl. beispielsweise Brückner 1968; Brückner [1970] 1983.

zer«, die »links-grün-versiffte Genderpolizei« und viele weitere richtet. Auch wer sich links, oder jenseits des Links-rechts-Schemas pseudoideologiefrei als darüberstehend wähnt, ist nicht gefeit vor den unbewussten Dynamiken projektiver Feindbildungen und weiterer identitätspolitischer Fallstricke. Beim Richten des Zeigefingers auf »die Anderen« – also umgekehrt auch auf »die Rechten«, »die Rassist*innen«, »die Kapitalist*innen«, »die Sexist*innen« und weitere –, lässt sich schnell vergessen, dass alle anderen Finger in die eigene Richtung zeigen. »Böse« sind natürlich immer die anderen, oder die Dissident*innen in der eigenen Gruppe. In verschiedenen Varianten lenkt das affektive Gut-gegen-Böse-Spiel im Modus eines starren Schwarz-Weiß-Denkens unbewusst, teils auch bewusst, von inneren Konflikten ab. Projektive Feindbildungen gehören zu den fatalsten Formen der Konfliktbewältigung in der Welt. Die (Selbst-)Aufklärung darüber gehört zu großen aktuellen Herausforderungen politischer Bildung.

Projektive Identifizierungen/Feindbildungen sind nichts Neues, ihre Mechanismen in politischen Kontexten wurden längst psychoanalytisch fundiert entschlüsselt:[30] Die verachteten eigenen Teile werden unbewusst abgespalten und in realen oder imaginierten anderen lokalisiert sowie bekämpft. Zu den zentralen Merkmalen gehören dabei die misslungene Verarbeitung der eigenen Ambivalenzkonflikte sowie Fremdabwertung zwecks Stabilisierung des Selbstwertgefühls.[31] Wer ist frei von unbewussten regressiven Antrieben? Wer ist frei von Ambivalenzen in einer hochwidersprüchlichen Welt? Wer verhält sich stets sozialökologisch vorbildlich und kann sich ernsthaft moralisch überlegen fühlen? Neben Angst ist ein projektiver Umgang mit den eigenen Konflikten einer der größten Hindernisse für gesamtgesellschaftliche politische Befreiungsprozesse. Kritische Selbstreflexion ruft Ambivalenzkonflikte hervor und ist mit dem Verlust von Illusionen verbunden, daher schmerzhaft.[32]

---

[30] Vgl. Stavros Mentzos: Machtpolitische und psychosoziale ›Funktionen‹ der Feindbilder. In: Willi Brüggen/Michael Jäger (Hrsg.): Brauchen wir Feinde? Feindbildproduktion nach dem 11. September 2001 in sozialpsychologischer und diskursanalytischer Sicht, Berlin 2003, S. 63–82; Rolf Pohl: Der antisemitische Wahn. Aktuelle Ansätze zur Psychoanalyse einer sozialen Pathologie. In: Wolfram Stender/Guido Follert/Mihri Oezdogan (Hrsg.): Konstellationen des Antisemitismus. Theorie – Forschung – Praxis, Wiesbaden 2010, S. 41–68.

[31] Vgl. Mentzos 2003, S. 67ff.; Pohl 2010, S. 43.

[32] Klaus Horn: Zur politischen Bedeutung psychoanalytischer »Technik«. Hinweise für eine kritische Sozialwissenschaft [1979]. In: Ders.: Politische Psychologie. Schriften zur kritischen Theorie des Subjekts, Band 1, hrsg. v. Hans-Joachim Busch, Gießen 1998, S. 107–152, hier: S. 108, S. 147.

Sie provoziert innere Abwehr.[33] Wobei es auch nicht in Selbstkasteiung ausarten sollte, dem extremen Gegenteil von projektiver Feindbildung. Wenn die kritische Reflexion der gesellschaftlichen Bedingungen des eigenen Lebens mit dem Versuch verändernder Praxis gekoppelt ist, lassen erfahrungsgemäß auch Konflikte mit der Außenwelt nicht lange auf sich warten. Eine weitere Schlüsselfrage lautet daher: Wie gehen wir mit äußeren sowie inneren Widersprüchen und Konflikten in politischen und persönlichen Auseinandersetzungen um? Wie lassen sich Interessenskonflikte mit Andersdenkenden austragen, ohne in projektive Fallstricke zu tappen? Es bedarf der Entwicklung von psychischer und politischer *Konfliktkompetenz*, um mit dem eigenen und anderen Nichtidentischen, mit Widersprüchen und Heterogenität umzugehen.

Im Gesamtwerk Brückners spielt der Begriff der politischen Identität eine große Rolle als praktischer Emanzipationsbegriff. Historisch und aktuell sind aber große Zweifel angebracht, ob Identität als emanzipatorischer Kollektivbegriff taugt.[34] Im Rahmen des Zerfallsprozesses der einst anti-autoritären Bewegung mündeten die Identitätspolitiken weitläufig in dogmatisch-autoritäre Dynamiken und sektenhaften Abgrenzungsfetischismus einzelner Gruppen, die Marx, Mao und so weiter quasi wie unfehlbare Götter anbeteten, was mit Fanatismus und der Abwertung von Andersdenkenden einherging. Brückners Verständnis von politischer Identität[35] ist keineswegs gleichzusetzen mit der Identitätspolitik linker Gruppierungen in Vergangenheit und Gegenwart. Schließlich gehört die kritische Reflexion eigener verpönter Anteile zu seinem theoretischen Ansatz. Es stellt sich trotzdem die Frage, ob die »Suche nach politischer Identität«[36] in der Praxis weniger Bestandteil der von Brückner und anderen erhofften möglichen Lösung, sondern vielmehr elementarer Bestandteil des von ihnen erkannten Problems der sogenannten »regressiven Politisierung«[37] war. Behinderte nicht gerade der Identitätsfetisch die kritische Selbstreflexion und historisches Lagebewusstsein, worüber sich politische Identität nach der Vorstellung Brückners im Zusammenspiel mit kollektiven Aneignungspraktiken des öffentlichen Raums hätte emanzipativ realisieren sollen? Es stellt sich die Frage, was sich ge-

[33] Brückner 1968, S. 126.

[34] Vgl. Tsenekidou 2022, S. 46–60; Dies. 2012, S. 13–17.

[35] Vgl. Peter Brückner: Über Krisen von Identität und Theorie [1978]. In: Ders.: Zerstörung des Gehorsams. Aufsätze zur Politischen Psychologie, hrsg. v. Axel R. Oestmann, Berlin 1983, S. 185–200.

[36] Brückner/Krovoza 1972, S. 17.

[37] Ebd., S. 11.

genwärtig von einer heterogenen – also notwendigerweise nichtidentischen – Linken aus diesen historischen Erfahrungen des Umschlags von kritischen Befreiungsimpulsen in autoritär-identitäre Abgrenzungspraktiken lernen ließe.

Eine enorme politische und affektive Herausforderung ist es aktuell, wichtige Fragen des geschichtlichen (Selbst-)Bewusstseins und des kollektiven politischen Handelns vom *Identitätsfetisch* zu lösen. Es bedarf der *individuellen und kollektiven Befreiung von identitären Fesseln* zwecks *emanzipatorischen gesamtgesellschaftlichen Wandels.* Ist es nicht vielmehr das widersprüchliche Individuum als ein identisches Selbst, die Reflexion auf diese eigene Nichtidentität, die kritisches Bewusstsein über die eigene Geschichte und gesellschaftliche Lage überhaupt möglich macht? Von rechts gelingt es durch völkisch-rassistische, antifeministische und queer-feindliche Identitätspolitik Massen zu mobilisieren für projektiv-schiefe Rebellionen. Ist im Umkehrschluss ein Mangel an kollektiver politischer Handlungsfähigkeit, um dem etwas wirksam entgegenzusetzen, auf einen Mangel an kollektiver Identität zurückzuführen? Ist nicht im Gegenteil das verbreitete Unvermögen zur *kollektiven Organisation von Nichtidentität* – im Sinne der Verbindung von verschiedenen Gruppen und Interessen im heterogenen linken Spektrum *und über dieses Spektrum hinaus (!)* – ein grundlegendes Hindernis? Zeigt sich in der Schwierigkeit, kollektive emanzipative Handlungsfähigkeit zu erschaffen, nicht die Herausforderung, über Unterschiede und Konflikte hinweg gemeinsame Interessen zu entdecken und zu entwickeln, um gesamtgesellschaftliche Veränderungen in Gang zu setzen? Meckern und Moralisieren reicht jedenfalls nicht, um andere Menschen außerhalb der eigenen Blase zum Mitmachen bei der politischen Befreiung von Ausbeutung und Diskriminierung einzuladen sowie demokratische Mehrheiten für eine sozialökologische Revolution zu gewinnen. Eine spannende politische Frage lautet also, ob es möglich wäre, ohne geschlossenen Identitätskurs und projektive Feindbildungen – das heißt durch Verschiedenheiten, Ambivalenzen und Konflikte hindurch – solidarische Bezüge sowie kollektive politische Strategien zur demokratischen Aneignung gesellschaftlicher Lebensbedingungen zu entwickeln.

Audre Lorde hat 1982 einen Vortrag mit dem Titel *Learning from the 60s* an der Harvard University gehalten. Die Einsichten sind hochaktuell: »Can any one here still believe that the pursuit of liberation can be the sole and particular province of any one particular race, or sex, or religion, or sexuality, or class? Revolution is not a one-time event. It is becoming always vigiliant for the smallest opportunity to make a genuine

change in established, outgrown responses; for instance, it is learning to adress each other's difference witth respect. We share a common interest, survival, and it cannot be pursued in isolation from others simply because their difference make us uncomfortable. […] The 60s should teach us how important it is not to lie to ourselves. Not to believe that revolution is a one-time event, or something that happens around us rather than inside of us. Not to believe that freedom can belong to any one group of us without the others also beeing free.«[38]

Grundlegender Wandel gesellschaftlicher Strukturen ist nach wie vor ohne Veränderung in den Subjekten nicht möglich – wenngleich der Wandel von Subjekten eben auch gesellschaftlichen Wandel voraussetzt. Es gibt kein Mittel, das aus dieser wechselseitigen Bedingtheit herausführt. Mit der aktuellen multidimensionalen Integrationskrise des neoliberalen Kapitalismus gehen vielfältige autoritäre Gefahren, aber auch emanzipative Chancen einher. Durch die Fokussierung auf Migration beim Stichwort Integration scheint im öffentlichen Bewusstsein unterzugehen, dass es nicht primär um Migrant*innen geht. Es ist ein hochgradig projektiv aufgeladener Verschiebungsdiskurs, der ausblendet, dass ambivalente Prozesse der (Des-)Integration zur ganzen Bevölkerung gehören: Mit Brückners kritischem Integrationsbegriff[39] lässt sich angesichts der aktuellen politischen Lage eine gesamtgesellschaftliche Integrationskrise erkennen. Konfliktträchtige Prozesse der Auseinandersetzung mit der eigenen Subjektivität und Ambivalenz, Sozialisation und (Des-)Integration können in projektiv-regressiven Rebellionen umgangen werden. Gerade diese selbstaufklärerischen Auseinandersetzungen sind aber nach wie vor eine Voraussetzung für emanzipatorische Politisierungsprozesse. Wie sonst könnten alternative politische Sozialisierungen möglich sein, ohne identitären Abgrenzungsfetischismus, projektive Feindbildungen, dogmatische Engstirnigkeit oder blinden Aktionismus? Wie lassen sich Geschichten missglückter Befreiungen verarbeiten? Wie lässt sich psychische und politische Resilienz entwickeln, um mit Erfahrungen von Ohnmacht, Rückschritten und Niederlagen umzugehen, ohne resigniert zu verzweifeln? Woraus lässt sich Mut schöpfen für neue Versuche individueller und kollektiver Selbstbefreiung?

---

[38] Audre Lorde: Learning from the 60s. In: Dies.: Sister Outsider [1984], New York 2020, S. 126–137, hier: S.132f.

[39] Vgl. Tsenekidou 2022, S. 273ff., S. 348f.; Brückner 1982, S. 47, S. 100, S. 129ff.; Ders.: Zur Sozialpsychologie des Kapitalismus [1972], Hamburg 1981, S. 12ff.; Ders.: Die neuen Sozialbewegungen [1981]. In: Ders.: Selbstbefreiung. Provokation und soziale Bewegungen, hrsg. v. Axel-R. Oestmann, Berlin 1983, S. 81–100, hier: S. 98.

Vanessa Ossino

Verwicklungen der Erkenntnis

Theorie in ihrer historischen Situation

»Eine Wissenschaft, die in eingebildeter Selbstständigkeit die Gestaltung der Praxis, der sie dient und angehört, bloß als ihr Jenseits betrachtet und sich bei der Trennung von Denken und Handeln beschneidet, hat auf die Humanität schon verzichtet.«[1]
Max Horkheimer

Wissenschaft ist ein systematisches und methodisches Vorgehen zur Erforschung, Beschreibung und Erklärung der Welt. Forscher*innen schaffen entlang des Ideals der Objektivität unabhängige Ergebnisse, die empirischen Beobachtungen, dem logischen Denken und einer kritischen Überprüfung standhalten müssen. In ihrer Objektivität als »interessenlose« und unbeteiligte Beobachter*innen und Analysierende weltlicher und sozialer Zustände, schaffen sie Tatsachen und Fakten, an welchen sich die in ihrer »natürlichen Einstellung«[2] verharrende Menschheit ausrichten kann. So zumindest lautet das *common sense*-Verständnis dessen, was die meist an universitären Forschungsinstitutionen arbeitenden Theoretiker*innen täglich leisten. Dass dieses einheitliche Verständnis bei näherer Betrachtung nicht zu halten ist, sollte allein durch die Diversität unterschiedlicher wissenschaftlicher Zugänge klar sein. Nicht nur unterscheiden sich Natur- und Gesellschaftswissenschaften in ihren methodischen Herangehensweisen, auch gibt es Sonderfälle wie etwa das Fach der Philosophie und das Studium der Kunst, die ebenfalls elementar zum Verständnis unserer selbst sowie unseres Miteinanders und der Welt beitragen. Dies jedoch oftmals auf grundverschiedene Weise als dem des *common sense*-Verständnisses dessen, was Wissenschaft und Wissenschaftler*innen auszeichnet. Was alle Fachbereiche miteinander verbindet, ist zumeist ihre institutionelle Anbindung an etwaige Forschungseinrichtungen. Im Folgenden soll also anstatt von *der* Wissenschaft von Theorien, Theoretiker*innen und Forscher*innen gesprochen

[1] Max Horkheimer: Traditionelle und kritische Theorie [1937], Frankfurt a.M. 1992, S. 259.

[2] Den Begriff der natürlichen Einstellung entlehne ich der Phänomenologie Edmund Husserls, der damit zunächst alltägliche Erfahrungen meint, in welchen die Beschaffenheit der Welt, ihr ontologischer Status sowie unsere eigene Eingebundenheit in diese nicht hinterfragt wird.

werden, da angenommen wird, dass allen Fachbereichen eine Arbeit an Begriffen und Konzepten – im weiten Sinn verstanden – gemeinsam ist.[3]

Das *common sense*-Verständnis *des* wissenschaftlichen Feldes ist also aus mehreren Gründen in der benannten Deutlichkeit weder zu halten, noch ist es für ein kritisches Selbstverständnis von Forschung und Theoriearbeit förderlich. Denn zum einen diskreditiert ein rigoros vertretener Objektivismus der Wissenschaft, »der die Gegenwart über den vermeintlich ›wahren Sinn‹ der Wirklichkeit zu belehren sucht […] auf dem Wege idealisierender Abstraktion die ursprüngliche, vorwissenschaftlich-natürliche Erfahrung als außerwesentlich«,[4] wie Karl-Heinz Lembeck betont. Zum anderen folgt aus diesem Ideal eine implizite Trennung von »alltäglichen« Akteuren und Forschenden, die mit der Gefahr eines Paternalismus einher geht. Denn anstatt »einfache Akteure« zu sein, die sozialen und materiellen Strukturen ausgesetzt wären, gelten Forschende dementgegen dann *qua* ihrer Arbeit bereits als epistemisch privilegierte Subjekte, die in ihrer Rolle der aufklärenden Kraft einer Gesellschaft aus ihrer Unmündigkeit verhelfen.

Dass das Objektivitätsparadigma die Methoden und Erkenntnisse von Forschung im Positiven beeinflusst und im Wesentlichen beispielsweise zu einer besseren medizinischen Versorgung, technologischem Fortschritt und wissenschaftlichen Standards beiträgt, ist unbestritten und von enormem Nutzen. Gleichzeitig wird das Paradigma zurecht in seinen normativen und faktischen Horizonten hinterfragt. So hat etwa Bruno Latour eingängig beschrieben, inwiefern Forschung keine Praxis ist, die in einem luftleeren Raum stattfindet, sondern durch soziale, kulturelle und historische Kontexte geprägt ist und umgekehrt auch selbst einen prägenden Anteil an diesen Kontexten hat.[5] Ebenso ist wesentlich, welche Person die Forschungsperspektive einnimmt. So hat feministische Wissenschaftskritik eingängig gezeigt, inwiefern Objek-

[3] So zählen zu diesem Verständnis auch ästhetische Studien der Kunstpraxis als Arbeit an Konzepten. Konzepte müssen sich damit nicht notwendig schon in prädikativer Form ausdrücken.

[4] Karl-Heinz Lembeck: Lebenswelt. Praktisch, ontologisch, transzendental. In: Emmanuel Alloa/Thiemo Breyer/Emanuele Caminada (Hrsg.): Handbuch Phänomenologie, Tübingen 2023, S. 213–217, hier: S. 215.

[5] Vgl. Bruno Latour: Science in action. How to follow scienticts and engineers through society, Cambridge/Massachusetts 1987; Ders.: Eine neue Soziologie für eine Gesellschaft: Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie, Frankfurt a.M. 2007; Ders.: Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie, Frankfurt a.M. 2008.

tivität bereits zu Zeiten der Aufklärung männlich gelesene Attribute zugeschrieben wurde, während nicht-männliche Attribute als unwissenschaftlich dargestellt oder schlicht in ihrer Marginalisierung ignoriert wurden. Es sollte heute also zum Selbstanspruch »der Wissenschaft« gehören, den stets gegebenen kontextuellen und sozio-historischen Horizont einer postulierten Objektivität mindestens anzuerkennen, obgleich diese Anerkennung noch keiner Analyse des eigenen Forschungsvollzugs gleicht, welche die Verwicklung in genannte Horizonte erst *kritisch* aufarbeiten würde.

Mit diesem Beitrag soll das Objektivitätsparadigma entlang der These besprochen werden, dass Theoriebildung, als Grundlage wissenschaftlicher Forschung, gesellschaftlichen Verhältnissen nie gänzlich enthoben ist. Da sich diese Thematik aus verschiedenen Perspektiven betrachten lässt, wird hier spezifischer argumentiert, dass Theorie mindestens in drei Dimensionen in eine historische Situation eingebunden bleibt: durch ihre institutionelle Anbindung, die sozio-historische Dimension ihrer *Praxis* sowie die Historizität des/der Forscher*in selbst. Denn, so schreibt bereits Max Horkheimer, nicht nur die Theorie selbst hat einen »sich historisch verändernden Gegenstand«, auch ist der/die Theoretiker*in selbst untrennbar in eine spezifische Situation eingebettet, weshalb er/sie sich letztlich nicht zu einem anderen Subjekt machen kann, »als zu dem, des geschichtlichen Augenblicks«.[6] Dieser Gedanke knüpft an die Überlegungen Georg W. F. Hegels an, der als einer der Ersten die Verflechtung von Subjekt und Theoriebildung in ihrer historischen Situation prägnant analysierte.[7] Theorien eröffnen demnach keinen überzeitlichen Zugang zur Wahrheit, sondern tragen stets den Stempel ihrer konkreten geschichtlichen Situation. Diese Einsicht wird in der Kritischen Theorie durch den von Walter Benjamin geprägten Begriff des »Zeitkerns der Wahrheit«[8] weitergedacht, den Marcus Hawel als Signatur der Kritischen Theorie im Sinne einer geschichtsbewussten Refle-

[6] Horkheimer [1937], S. 255–256.

[7] Etwa wenn er schreib: »Was das Individuum betrifft, so ist ohnehin jedes ein Sohn seiner Zeit; so ist auch die Philosophie ihre Zeit in Gedanken erfasst. Es ist eben so töricht zu wähnen, irgendeine Philosophie gehe über ihre gegenwärtige Welt hinaus, als, ein Individuum überspringe seine Zeit, springe über Rhodus hinaus.« Georg W. F. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts [1821], Hamburg 2013, S. 18.

[8] Vgl. Walter Benjamin: Das Passagen-Werk [1928/29, 1934–1940]. In: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. V71, hrsg. von Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser, Frankfurt a.M. 1991, S. 578.

xion herausstellt.[9] Theorien tragen demnach immer auch den Abdruck ihrer Zeit in sich und verlieren ihre Geltungskraft, wenn sie ihren eigenen historischen Zusammenhang ausblenden oder ignorieren.[10] Entlang dieser Einsicht wird im Folgenden die Verwicklung von Theorie, Theoretiker*in und gesellschaftlicher Situation nicht als bloßer Hintergrund, sondern als konstitutiver Bestandteil der Erkenntnispraxis untersucht.

Forschung in ihrem institutionellen Kontext

In einem Vortrag aus dem Jahr 1997 spricht Pierre Bourdieu von einem weit verbreiteten Missverständnis der Forschung als einer Art »Parthenogenese, aus der sich die Wissenschaft selbst hervorbringt, ohne je vom Gesellschaftlichen berührt worden zu sein.«[11] Die Frage, der sich Bourdieu widmet, ist jene nach der Autonomie beziehungsweise der Determiniertheit von Wissenschaft. Ersteres spricht dafür, dass wissenschaftliche Felder gänzlich unberührt von gesellschaftlichen Verhältnissen bliebe, während Letzteres für eine »unmittelbare Verbindung« von Theorie und Kontext spricht.[12] Bourdieu stellt dieser Alternative ein »vermittelndes Universum« entgegen, das »all jene Akteure und Institutionen umfaßt, die Kunst, Literatur und Wissenschaft erzeugen und vorbereiten.«[13] »Wissenschaft«, im weiten Sinne des Wortes, als *vermittelndes Universum* zu denken, redet also einer Ambivalenz das Wort, die einerseits von einer Bedingtheit ausgeht, während das Bild des Universums für eine Unbegrenztheit spricht, die einen Rest an Autonomie verspricht. Zu argumentieren, dass die Autonomie des vermittelnden Universums eine bedingte ist, bedeutet, dass »Wissenschaft« zwar nicht in gleicher Weise von sozialen Gesetzen und politischen Interessen durchdrungen ist wie andere Felder, sich jedoch auch von diesen nicht ganz freisprechen kann. Die Autonomie, die in dieser Bedingtheit liegt, ist nach Bourdieus Verständnis eine emanzipative, denn »eines der sichtbarsten Zeichen der Autonomie des Feldes ist seine Fähigkeit, äußere

[9] Vgl. Marcus Hawel: Krise und Geschichte. Zum Entstehungszusammenhang kritischer Theorie. In: Ders. und Moritz Blanke (Hrsg.): Kritische Theorie der Krise, Berlin 2012, S. 13–26, hier: S. 13.

[10] Vgl. ebd., S. 13–14.

[11] Pierre Bourdieu: Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes [1997], Konstanz 1998, S. 17.

[12] Vgl. ebd.

[13] Ebd., S. 18f.

Zwänge oder Anforderungen zu brechen, in eine spezifische Form zu bringen.«[14] Das wissenschaftliche Feld ist so grundsätzlich ein »Kräftefeld und ein Feld der Kämpfe um die Bewahrung oder Veränderung dieses Kräftefeldes.«[15] Umkämpft ist in diesem Kräftefeld nicht nur die Deutungshoheit über Begriffe und Konzepte, die das »symbolische Kapital« des Feldes ausmachen.[16] Umkämpft ist auch die Stellung der Theoretiker*innen im Feld selbst, die überwiegend in prekären Arbeitsverhältnissen stehen und sich scheinbar alternativlos dem Zwang des Wettbewerbsprinzips ergeben müssen.

Bourdieu spricht insbesondere mit letzterem Punkt die Verblendung des Ideals von »interessenslosen Interessen« an, das aus dem Objektivitätsparadigma hervorgeht und von den Forscher*innen fordert, mit idealistischer Hingabe zur Sache und unter dem Ideal der wissenschaftlichen Berufung eine Leidensfähigkeit aufzubauen, welche die Prekarität ihres Arbeitsverhältnisses ausblendet, um sich als möglichst neutrales und interessenloses Subjekt der Forschungsarbeit zu widmen.[17] Eine erste, wesentliche Dimension, die Wissensproduktion in gesellschaftliche Verhältnisse verwickelt, ist also bereits durch die Institution Universität gegeben, die neben ihren Räumen des Denkens, Forschens und der Diskussion eben auch ein Ort der hochgradig prekären Beschäftigungsverhältnisse ist, der politischen Interessen, insbesondere auch in Form von Gesetzen und Finanzierungsentscheidungen, unterliegt und sich in vielen Ländern durch eine stetige »Neoliberalisierung der Hochschulpolitik«[18] auszeichnet. So schreibt Peter Ullrich eingängig: »Dass wir in einer Wissensgesellschaft leben, in der Wissen und Bildung zu den herausragenden normativen Bezugsgrößen und wichtigsten Produktivkräften gehören, ändert nichts daran, dass zu den faktischen Produktionsbedingungen dieses Wissen eine institutionalisierte Prekarität der Beschäftigten gehört.«[19]

---

[14] Ebd., S. 19.

[15] Ebd., S. 20.

[16] Ebd., S. 23.

[17] Vgl. Peter Ullrich: Prekäre Wissensarbeit im akademischen Kapitalismus. Strukturen, Subjektivitäten und Organisationsansätze in Mittelbau und Fachgesellschaften. In: Soziologie, Jg. 45, Nr. 4, 2016, S. 388–411, hier: S. 396.

[18] Vgl. Hristina Markova: Neoliberale Hochschulpolitik? Deutungsmuster hochschulpolitischer Eliten am Beispiel der Exzellenzinitiative. In: Patrick Sachweh, Sascha Münnich (Hrsg.): Kapitalismus als Lebensform? Deutungsmuster, Legitimation und Kritik in der Marktgesellschaft, Wiesbaden 2017, S. 141–164.

[19] Ullrich 2016, S. 389.

Forschung ist also bereits durch ihre institutionelle Anbindung an eine faktische Situation gebunden, die in konkreten Zusammenhang mit dem steht, was ich eine *historische* Situation nenne und die das idealisierte Objektivitätsparadigma eines/r unbeteiligten und »interessenlosen« Forscher*in relativiert.

Theoriebildung als historische Praxis

Bereits die faktische Einbindung des/der Theoretiker*in in die oftmals prekäre Wissensarbeit der Institution Wissenschaft, die das Ideal der selbst-aufopfernden und neutralen Forschungspersönlichkeit nährt, zeugt also im Anschluss an Bourdieus Kritik dementgegen von einem stets umkämpften Feld, in dem individuelle Interessen sowie politische Entscheidungen durchaus einen realen Einfluss auf Forschungsgelder, Forschungsausrichtungen und Diskurse in und über Wissenschaft prägen. Doch neben dieser faktischen Verschränkung von Denken, Politik und Ökonomie im Sinne einer umkämpften Institution und Arbeitsverhältnissen, ist Theorie noch in einem weiteren Sinne als eingebunden in gesellschaftliche Verhältnisse zu verstehen.

So spricht Eugene Brennan exemplarisch davon, dass Theoriebildung eine intrinsisch historische Praxis ist, da sie stets bedeutet, sich mit den Herausforderungen, Spezifitäten und Unbestimmtheiten des gegenwärtigen Moments auseinanderzusetzen – sie zu erfassen, zu deuten und in eine bestimmte Form zu bringen.[20] Zeitdiagnose, Begriffsanalyse und Interpretationskonstitution gehen Hand in Hand. Theoriebildung ist eine gesellschaftliche Praxisform, die allein dadurch schon habitualisiert und habitualisierend ist, dass sie Teil einer bereits instituierten Sinn- und Sprachpraxis ist, die immer auch das Potenzial hat, sich in neue Praktiken umzuformen.

Judith Butler erörtert diesen Punkt in Anlehnung an Michel Foucault, wenn sie davon spricht, dass gesellschaftliche Praktiken, zu denen Theoriebildung im Wesentlichen zählt, »feste Ontologien« hervorbringen, die das Verständnis einer Situation und dessen, was in dieser Situation möglich ist, nicht nur hervorbringt, sondern immer auch beschränkt.[21] Fou-

[20] Vgl. Eugene Brennan: Crisis as Method: Politics, Temporality, and Agency. In: South Atlantik Quarterly, Bd. 123, Nr. 2, 2024, S. 231–254, hier: S. 231.

[21] Vgl. Judith Butler: Was ist Kritik? Ein Essay über Foucaults Tugend [2000]. In: Rahel Jaeggi/Tilo Wesche (Hrsg.): Was ist Kritik?, Frankfurt a.M. 2021, S. 221–246, hier: S. 229.

cault und Butler legen durch die Aufrufung von »Ordnungen des Seins« nahe, dass bestimmte Praktiken, Problemlösungsansätze und Epistemologien verfestigte ontologische Strukturen hervorbringen, die den Rahmen dafür vorgeben, was innerhalb ihrer »Wahrheitsregime« als sinnvoll, normal, richtig, wirklich und wertvoll verstanden werden kann. Im Zentrum dieser Betrachtung, nicht nur in Anlehnung an alltägliche gesellschaftliche Praktiken, sondern spezifisch auch an Theoriebildung als Praxis, steht deswegen eine »Politik der Wahrheit«, die vorgibt, was als wahr und richtig gilt und damit zugleich bestimmt, wie die Welt geordnet und reguliert wird. Diese Strukturen werden zunächst als gegebenes Feld des Wissens hingenommen. Die Bedeutung der *ontologischen* Reichweite gegebener Wissensfelder wird erst dann ersichtlich, wenn wir Fragen stellen wie: »Wer gilt als Person? […] Wer kann ich in einer Welt werden, in der die Bedeutungen und Grenzen des Subjektseins für mich schon festgelegt sind? Welche Normen schränken mich ein, wenn ich zu fragen beginne, wer ich werden kann? Und was passiert, wenn ich etwas zu werden beginne, für das es im vorgegebenen System der Wahrheit keinen Platz gibt? […] Was kann ich angesichts der gegenwärtigen Ordnung des Seins sein?«[22]

Es kann also eine reziproke Verbindung zwischen praktizierten Wahrheitskonstitutionen und gelebten Ordnungen des Seins festgestellt werden. Diese gelebten Ordnungen sind jedoch nicht nur auf Fragen des Individuums zu reduzieren, sondern sie greifen weiträumiger auch in Strukturen dessen ein, was Hannah Arendt das »Bezugsgewebe zwischenmenschlicher Angelegenheiten«[23] nennt und darüber hinaus ebenso in unsere Betrachtung der Natur, aus der ein spezifischer Umgang mit dieser folgt.[24] Konkret kann eine solche Ordnung des Seins etwa an einigen Konsequenzen der vorherrschenden Wissensform des Positivismus, Objektivismus und Rationalismus ausgeführt werden.

Diese Wissensformen zeichnen sich dadurch aus, dass Erkenntnisobjekte entlang von Methoden einer exakten Formulierung betrachtet werden, die sich allem voran von Methoden der Mathematik und formalen

[22] Ebd., 237.

[23] Hannah Arendt: Vita Activa oder vom tätigen Leben, München 2020, §25.

[24] Andreas Malm betont etwa, dass menschliche Verhältnisse sich in materiellen Verhältnissen »ontologisieren« und vice versa. Dies analysiert er am Beispiel der fossilen Ökonomie, die einen aktuell so fatalen Einfluss auf die »Ordnung des Seins« der menschlichen, geologischen, biologischen und physischen Verhältnisse unseres Planeten hat. Vgl. Andreas Malm: Fossil Capital. The Rise of Steam Power and the Roots of Global Warming, London/New York 2016.

Logik ableiten oder an diesen orientiert sind. Dadurch werden natürliche,[25] gesellschaftliche und menschliche Verhältnisse in idealisierte Systeme eingegliedert, die immer auch das Potenzial haben, sich in ihrer Idealität von Lebenswelten zu entfremden. Diese Entfremdung, so diagnostizierte bereits der Phänomenologe Edmund Husserl, führt zu einer Krise der Wissenschaft, die aus der Reduzierung von »Mensch« und »Welt« auf messbare und berechenbare Größen resultiert und Realität nur noch als ein System von quantifizierbaren Fakten versteht. Diese Reduktion, so Husserl, geht mit einem Verlust der lebensweltlichen Orientierung der Forschung einher, die immer auch praktische Bedürfnisse und existenzielle Fragen betrifft. Durch die zunehmende Formalisierung »der Wissenschaft« hat diese sich von ihrer lebensweltlichen Verwurzelung entfernt und erscheint zunehmend als *techné*, die mit einem Verlust der unmittelbaren Relevanz der Erkenntnisse für gelebte Zustände einhergeht. Theoriebildung wird so zu einem Denken mit »Surrogaten«, das entfremdete Evidenzen, Zielsetzungen und Aufgaben hat.[26] Eine auf quantifizierbare Objektivität reduzierte Wissenschaft, so urteilt auch der Philosoph Mihály Vajda, »ist zur *techné*, zur Manipulationskunst geworden. Sie ermöglicht keine sinnvolle menschliche Handlung mehr, sondern nur noch eine beschränkte Kalkulation«.[27] In Lukács'scher Manier schlussfolgert Vajda daraus, dass eine solche »Methodenherrschaft« untrennbar mit verdinglichenden Lebensformen verbunden ist.[28]

Diese Kritik findet sich in abgewandelter Form ebenso in der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule sowie bei Foucault wieder. In diesen Ausrichtungen wird zusätzlich betont, dass die mathematisierende und rationalisierende Tendenz des Wissens auch eine regierungsintensivierende Auswirkung hat. Anders gesagt, die epistemische Ordnung der Welt wirkt sich auf die gesellschaftliche Weise des Ordnens der Welt aus.[29] In dieser Hinsicht schreibt Butler, im Anschluss an Fou-

[25] Natur ist hier gedacht in Anlehnung an biologische, physische, chemische und geologische Theorien.

[26] Vgl. Edmund Husserl: Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendentale Phänomenologie. Ergänzungsband Text aus dem Nachlass 1934–1937, Reinhold N. Smid (Hrsg.), Dordrecht 1993, S. 12.

[27] Mihàly Vajda: Die Kritik der Tatsachenwissenschaft bei Lukács und Husserl. In: Bernhard Waldenfels/Jan M. Broekman/Ante Pazanin (Hrsg.), Phänomenologie und Marxismus 4. Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie, Frankfurt a.M. 1979, S. 46–74; hier: S. 49.

[28] Ebd., S. 61.

[29] Vgl. Judith Butler [2000], S. 237.

cault, dass »das Übergreifen der Rationalisierungskapazitäten auf alle Lebenszuflüsse eindeutig nicht nur Verfahren wissenschaftlicher Praxis [kennzeichnet], »sondern auch die gesellschaftlichen Beziehungen, die staatlichen Organisationen, die wirtschaftlichen Praktiken und sogar das Verhalten der Individuen‹«.[30]

Dieses Übergreifen von wissenschaftlicher Praxis in lebensweltliche Vollzüge und *vice versa* soll im Folgenden skizzenhaft an dem Beispiel der Wirtschaftswissenschaft erläutert werden.

Ein Exkurs: Die Krisis des *homo oeconomicus*

Das Fachgebiet der Wirtschaftswissenschaft ist exemplarisch gut geeignet für eine Veranschaulichung der Verwicklung von Theorie, Praxis und gelebten Realitäten – insbesondere vor dem Hintergrund einer zunehmenden Mathematisierung und Rationalisierung des Denkens.[31] Dies ist allem voran deswegen der Fall, da die heutige Ökonomie weitgehend auf der Grundannahme beruht, Individuen seien stets rational handelnde Akteure, die in selbstregulierenden Marktlogiken agieren. Diese Ausrichtung prägt sowohl die universitäre Lehre als auch die überwiegende Forschung der Ökonomie, während heterodoxe Ansätze, wie etwa die politische Ökonomie in der Tradition von Karl Marx und Friedrich Engels, größtenteils ignoriert werden.[32] Die dominierende Ausrichtung der Wirtschaftswissenschaft orientiert sich überwiegend an klassischen, neoklassischen und neoliberalen Theorien, deren Einfluss weit über akademische Diskurse hinausreicht und maßgeblich politische Entscheidungen, gesellschaftliche Narrative sowie gelebte Wirklichkeiten beeinflusst. So zeigt beispielsweise Nancy Fraser, dass der aus diesen Theorien resultierende gelebte Kapitalismus weit mehr als ein Wirtschaftssystem ist, da dieser wesentlich einer institutionalisierten Ge-

[30] Ebd., S. 238. Butler zitiert hier: Michel Foucault: Was ist Kritik?, Berlin 1982, S. 15.

[31] Ich beziehe mich hier vordergründig auf die deutschsprachige Wirtschaftswissenschaft, die Erkenntnisse können jedoch auf all jene Gesellschaften erweitert werden, in denen ökonomische Theorie und neoliberale Politik in einem rekursiven und autoreferenziellen Verhältnis stehen.

[32] Vgl. Johannes Becker/Sebstian Dullien/Rüdiger Bachman/Silja Graupe/Arne Heise: Wirtschaftswissenschaften: zu wenig Pluralität der Methoden und Forschungsausrichtungen? In: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 97, Nr.12, 2017, tinyurl.com/ebamzyn9 (9.2.2025), www.wirtschaftsdienst.eu.

sellschaftsform gleicht, die nicht nur aus ökonomischen und materiellen Strukturen besteht, sondern ebenso weitreichendere Hintergrundbedingungen hat, die mit spezifischen Rationalisierungsprozessen und »Leitbildern«, wie dem des *homo oeconomicus*, einhergehen.[33]

In Anlehnung an Wendy Brown kann die vorherrschende Rationalität genauer als »neoliberale Rationalität« beschrieben werden, die eine »eigentümliche Vernunft [ist], die alle Aspekte des Lebens in ökonomischen Begriffen faßt«.[34] In diesem Sinne versteht Brown die neoliberale Rationalität als charakteristischen Modus der Vernunft, als ein Bewertungsschema.[35] Mit Max Weber und Herbert Marcuse kann auch von einer Zweckrationalität gesprochen werden, dessen Zweck die Maximierung von Kapitalwerten und vorteilhaften Positionierungen in einem marktlogischen Wettbewerb sind. »Der Neoliberalismus«, so schreibt Brown »wird am häufigsten so verstanden, daß er eine Gesamtheit wirtschaftspolitischer Maßnahmen in Übereinstimmung mit seinem Grundprinzip der Behauptung freier Märkte in Kraft setzt«.[36] Das geht dann mit einer »Verwandlung jedes menschlichen Bedürfnisses oder Wunsches in ein profitables Unternehmen«[37] einher. Bei Foucault, auf den sich Brown wesentlich stützt, wird der Neoliberalismus genauer als eine »Ordnung der *normativen* Vernunft« gedacht, die »ökonomische Werte, Praktiken und Metriken auf jede Dimension des menschlichen Lebens ausdehnt«.[38] Die neoliberale Rationalität wird so zu einem »Realitätsprinzip«[39] und einer »Bedeutungsordnung«.[40] Das tückische bei dieser Form der Rationalität liegt in dessen Entzugspotenzial, da »der Neoliberalismus« kein stabiler und einheitlicher Gegenstand ist, sondern wesentlich »neue Möglichkeiten der begrifflichen Fassung«[41] der gelebten Welt und Vorstellungswelt eröffnet. Foucaults vernichtendes Urteil, dass »der Liberalismus mit einer Marktgouvernementalität im Zentrum geboren [wurde] anstatt mit

[33] Vgl. Nancy Fraser: Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt, Berlin 2023.

[34] Wendy Brown: Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört, Berlin 2018, S. 15.

[35] Vgl., ebd., S. 20.

[36] Ebd., S. 29.

[37] Ebd., S. 22.

[38] Ebd., S. 32.

[39] Ebd., S. 38.

[40] Ebd., S. 44.

[41] Ebd., S. 54.

den Menschenrechten«[42] geht mit seiner These einher, dass die Marktwirtschaft eine neue Stätte der Wahrheit und »Veridiktion« wurde. Unter der Wortneuschöpfung *Veridiktion* versteht Foucault die Produktion und Zirkulation von Wahrheiten, die eher geschaffen, als begründet werden und die vor allem regieren. Brown schreibt dazu ausführend: »Die Veridiktion des Marktes hat der neoliberalen Vernunft zufolge zwei Dimensionen: Der Markt ist selbst wahr und stellt außerdem die wahre Form aller Tätigkeit dar. Rationale Akteure akzeptieren diese Wahrheiten und akzeptieren damit die ›Wirklichkeit‹; umgekehrt sind diejenigen, die gemäß anderen Prinzipien handeln, nicht einfach nur irrational, sondern verweigern sich der ›Wirklichkeit‹.«[43]

Diese Form der Rationalität findet sich, in Anlehnung an die Grundlagenkritik des Soziologen Ulfried Weißer, auch in der Wirtschaftheorie wieder, die in ihrer Theoriebildung zunehmend weniger auf *gelebte*n Wirklichkeiten basiert, dafür aber umso mehr ihre eigene Wirklichkeit schafft. In seiner Studie hat Weißer unter anderem sieben aktuelle Lehrbücher der Volkswirtschaftslehre, der Theorie der Wirtschaftspolitik sowie der Betriebswirtschaftslehre untersucht. Dabei hat sich gezeigt, dass die »ordnungspolitischen Ideen«[44] der liberalen Klassiker wie Adam Smith und John Stuart Mill unverändert aktuell sind. Diese Ideen lauten zusammengefasst: Privateigentum als Ordnungsfaktor, Zutrauen zum Wettbewerb und Skepsis gegenüber Staatsinterventionen. Weißer schlussfolgert: »Es hat aber den Anschein, als sei dieses abstrakte Ideengebäude dogmatisch versteinert und als sei darüber der Kontakt mit den aktuellen Geschehnissen der Wirtschaft verloren gegangen.«[45]Anders ausgedrückt, »das Problem ist, […] dass diese Wissenschaft den Kontakt zur Realität verloren hat.«[46]

Diese Einschätzung teilt auch der Makroökonom Michael Burda, wenn er in einem Beitrag der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mit den folgenden Worten paraphrasiert wird: »Die Ökonomen und die Wirtschaftslehre befinden sich noch immer in einer Vertrauenskrise. Zu viel Mathematik und zu wenig Realitätsbezug der Modelle, überzogene Ra-

[42] Ebd., S. 65; vgl. Michel Foucault: Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II. Vorlesungen am Collège de France 1978/1979, Frankfurt a.M. 2004, S. 97ff.

[43] Ebd., S. 77f.

[44] Ulfried Weißer: Wirtschaftstheorie ohne Wirklichkeit – Eine Grundlagenkritik, Berlin 2017, S. 12.

[45] Ebd., S. 12.

[46] Ebd., S. 16.

tionalitätsannahmen (homo oeconomicus), zu wenig Psychologie und sozialer Kontext, zu wenig Beispiele aus der realen Welt und zu wenig Respekt für die Geschichte und die älteren Erkenntnisse des Fachs.«[47]

Insgesamt strebt die Wirtschaftswissenschaft eine mathematische Exaktheit nach dem Muster der Naturwissenschaften an. In der Folge wird in den Lehrbüchern stehts von eindeutigen Kausalbeziehungen gesprochen, da wirtschaftliches Verhalten als unumstößlich ökonomisch-rationales Verhalten gehandelt wird und alle Abweichungen als Störwerte zusammengefasst und vermeintlich einkalkuliert werden. Doch die mathematische Grundlage der Wirtschaftswissenschaft ist selbst unter Wirtschaftstheoretiker*innen nicht unumstritten. So hat Paul Romer, der bis 2016 Chefökonom der Weltbank war, etwa den Begriff der *Mathiness* geprägt, womit die missbräuchliche Verwendung mathematischer Formeln in volkswirtschaftlichen Analysen bezeichnet wird. »Mathiness liegt demnach vor, wenn Mathematik nicht zur Präzisierung einer Aussage benutzt wird, sondern um mit einer Unmenge mathematischer Formeln eine ideologische Agenda zu verschleiern.«[48] Paul Krugmann, Wirtschafts-Nobelpreisträger, argumentierte 2015 in der *New York Times*, dass makroökonomische Debatten über Lehren aus der Finanz- und Weltwirtschaftskrise ab 2007 auch deshalb nur schleppend vorankommen, weil einige Ökonom*innen und zum Teil ganze Fachbereiche von der *Mathiness* dominiert werden.[49] Wir sehen also, dass selbst renommierte Wirtschaftstheoretiker*innen an dem gelehrten System einer Reduzierung jeglicher Faktoren auf ökonomistisch-mathematische Formeln zu zweifeln beginnen. Dieser Zweifel, so schlussfolgert Weißer in seiner Studie, scheint jedoch noch nicht auf das Grundlagenstudium der Wirtschaftswissenschaft überzugreifen; und so orientieren sich weite Teile der globalen Wirtschaftswelt sowie eine daran anschließende Politik an dogmatisch weitergetragenen Theorien, dessen Fundament selbst unter Theoretiker*innen des Fachbereichs als umstritten gilt.

Ein weiterer, bereits benannter Grund für das Stagnieren von Theorie in wirklichkeitsenfremdeten, dogmatischen und unhinterfragten Rationalisierungsprozessen liegt, so kann im Anschluss an Burda argumentiert

[47] Zitiert nach: Weißer 2017, S. 18; der Beitrag erschien am 7. September 2016 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung unter dem Titel: Wie die Ökonomen ihre eigene Krise beenden wollten – Der Volkswirte-Verband diskutiert, was sich in der Lehre ändern muss.

[48] Weißer 2017, S. 140.

[49] Vgl. ebd., S. 141; der Beitrag mit Paul Krugmann erschien am 1. Juni 2015 in der New York Times unter dem Titel: The Case of the Missing Minsky.

werden, in der *Geschichtsvergessenheit* des eigenen Fachs. Mit Husserl kann eine solche geschichtsvergessende Wissenschaft als *naiv* bezeichnet werden. Gemeint ist damit eine naive Übernahme von unhinterfragten Wahrheiten, Frageperspektiven und Arbeitsmethoden. Meist sind sich Forscher*innen zwar in »vager Allgemeinheit« darüber bewusst, dass ihr Theorieansatz in einem bestimmten »Kulturerbe« steht. Die Naivität liegt nach Husserl jedoch darin, dass dieses Erbe nicht konkret thematisiert wird.[50]

Doch was genau ist hier als Geschichte zu verstehen? Geht es nur um das Vergessen dessen, dass die eigene Theorie in eine Fachgeschichte eingebunden ist? Wie weiter oben bereits an der Eingebundenheit der Theoriebildung in gesellschaftlich-historische Praxis deutlich wurde, ist die historische Situation einer jeweiligen Theorie weitaus komplexer als »lediglich« die Geschichte eines Fachbereichs. In einem letzten Schritt soll diese Komplexität an der historischen Verwicklung der Theoretiker*innen selbst angezeigt werden.

Forscher*innen als *instituierte und instituierende* Erkenntnissubjekte

Wenn wir von Geschichte sprechen, meinen wir damit zunächst vergangene Ereignisse, die bereits passiert sind. Geschichte ist dann in einem weiteren Sinn das, was wir von der Vergangenheit wissen können. Doch es gibt auch noch eine dritte Dimension der Geschichte, die als *Geschichtlichkeit* unserer eigenen Erfahrung verstanden werden kann. In Anlehnung an Wilhelm Dilthey argumentiert der Philosoph David Carr dafür, dass die Geschichtlichkeit unserer Erfahrung als *Historizität* bezeichnet werden kann.[51] Die Historizität der Erfahrung liegt dann bereits in dem zeitlichen Charakter der Erfahrung selbst begründet und kann in diesem Sinne nicht auf die Retrospektion der Geschichte reduziert werden. Doch mit Historizität ist nicht nur gemeint, dass das individuelle Erfahrungsleben eine in sich geschlossene, eigene Geschichte hat. Darüber hinaus meint der Begriff viel mehr, dass ein Individuum sich *qua* der eigenen Erfahrung in einer Welt vorfindet, die bereits von Strukturen, Begriffen und Praktiken geprägt ist, die jeder persönlichen Geschichte vorausge-

[50] Vgl. Husserl 1993, S. 32.

[51] Vgl. David Carr: The Varieties of Historical Experience. In: Metodo, Vol 10, Nr. 2, 2022, S. 77–94, hier: S. 86.

hen und in Bezug auf welche die Narration des Selbst immer eingebunden bleibt. In diesem Sinne ist auch die Wahrnehmung bereits in Zeitverhältnisse und Sinnhorizonte eingebunden, die nicht erst durch ein individuelles Ego konstituiert werden. So betont Horkheimer in Anlehnung an Marx' Theorie der gesellschaftlich vermittelten menschlichen Sinne[52] etwa: »Die Menschen sind nicht nur in der Kleidung und im Auftreten, in ihrer Gestalt und Gefühlswelten Resultat der Geschichte, sondern auch die Art wie sie sehen und hören, ist von dem gesellschaftlichen Lebensprozeß […] nicht abzulösen. Die Tatsachen, welche die Sinne uns zuführen, sind in doppelter Weise gesellschaftlich präformiert: durch den geschichtlichen Charakter des wahrgenommenen Gegenstands und den geschichtlichen Charakter des wahrnehmenden Organs.«[53]

Ohne vertieft in diese Wechselbeziehung in einem phänomenologischen Sinne eingehen zu können, kann sie hier in Anlehnung an Foucaults »Ordnung des Seins« als eine »Ordnung der Sinne« beschrieben werden, wodurch die transgenerative Verwicklung von Wahrnehmungsgestalten und Sinnhorizonten betont wird, die ihren *Ursprung* nicht in egologischen Erfahrungsindividuen hat. »Das Subjekt«, so argumentiert Butler, »wird […] von der Geschichte geprägt und beeinflusst, bevor es sich überhaupt eine Frage bezüglich dieser historischen Bedingungen stellen kann.«[54] Geschichte als Historizität ist jedoch keine feste Entität, die menschliche Subjekte in einem deterministischen Sinn hervorbringt, sondern es ist »die Struktur der Lebenden, jenes Einwirken, das sowohl Leid stiftet als auch zum Handeln anstiftet«[55] und in diesem Sinne für alternierende Strukturen geöffnet bleibt.

Auf dieser Erfahrungsebene bleibt auch die Forschungsperson als »erkennendes Individuum«,[56] in ihre Historizität eingebunden, die als solche allererst den Boden der Erkenntnis abbildet. Mit Maurice Merleau-Ponty kann dieses Eingelassensein in die Geschichte ein *instituiertes* und *instituierendes* Verhältnis genannt werden.[57] Von instituierten und instituierenden Erkenntnissubjekten zu sprechen, meint dann, dass ein erken-

---

[52] Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte [1844], Hamburg 2005, S. 91–93.

[53] Horkheimer [1937], S. 217.

[54] Judith Butler: Rücksichtlose Kritik. Körper, Rede, Aufstand, Konstanz 2019, S.14.

[55] Ebd., S. 15.

[56] Horkheimer [1937], S. 216.

[57] Vgl. Maurice Merleau-Ponty: Institution and Passivity. Course Notes from the Collège de France (1954–1955), Evanston, Illinois 2010.

nendes Individuum weder als *tabula rasa* verstanden wird noch lediglich als ein determiniertes Subjekt. Durch Merleau-Pontys Begriff der Institution, das dem kantischen Begriff der Konstitution entgegengesetzt ist, wird eine stets zirkulierende Spannung zwischen einer Stiftung von Sinn und ihrer Wiederaufnahme betont. Als instituiert-instituierend trägt die Erkenntnistätigkeit der Forscher*innen dann sowohl Spuren einer neuartigen Antizipation als auch einer wiederholten Aufnahme vorgängiger Formen in sich. Jede Erfahrung, die sich bereits auf einem transgenerativen Boden wiederfindet, ist durch diese Dynamik ausgezeichnet.

Der/die Forscher*in ist, so das Argument, also in einem dreifachen Sinn *instituiert-instituierend*: als in einer Institution arbeitendes Individuum (i), als Teil einer historischen Praxis, die in sozio-normative und sozio-materielle Institutionen eingebunden ist und sich in diese zurückschreibt (ii)[58] sowie als erfahrendes Individuum, dessen Historizität bereits von transgenerativen Strukturen geprägt ist, die sich sowohl in die eigene Wahrnehmung als auch in prädikative Sinnhorizonte einschreiben (iii). Gerade in Anbetracht dieser dreifachen Verflechtung der Forscher*innen muss notwendig mit dem Bild einer, der Gesellschaft enthobenen Beobachterperspektive sowie der Forschenden als universales Erkenntnissubjekt gebrochen werden. Nicht in der vermeintlichen uneingeschränkten Objektivität einer Theorie liegt ihre Erkenntniskraft, sondern gerade in der Betrachtung ihrer Eingeschränktheit verspricht sie ein kritisches, »autonomes« und emanzipatives Potenzial.

Die Notwendigkeit einer kritischen Wissenschaft liegt in der Anerkennung ihrer historischen Situation

Bereits Horkheimer hat in seiner Schrift *Traditionelle und kritische Theorie* betont, dass das Beharren auf einen abgeschlossenen Bereich innerhalb eines gesellschaftlichen Ganzen, »das eigene Wesen des Denkens«

[58] Dieser zweite Punkt kann in Anlehnung an Giacomo Croci und Selin Gerlik als »social institution« beschrieben werden. »Social institutions can be regarded in this sense as preservers of the human ways of dealing with their world, both human and non-human: they pass down rules through time and bestow them persistence, they organize the actions of agents and circumscribe communities. […] making sense of social institutions […] implies making sense of something that is foremost practical, social, and historical. In this sense, institutions are not clear-cut entities.« Giacomo Croci/Selin Gerlik: On Institutions. Practice, Sociality, Historical Becoming. In: Metodo, Vol. 8, Nr. 1, 2020, S. 8–21, hier: S. 9f.

preisgeben würde.[59] Er schreibt weiterführend: »Soweit der Begriff der Theorie […] verselbstständigt wird, als ob er etwa aus dem inneren Wesen der Erkenntnis oder *sonst wie unhistorisch* zu begründen sei, verwandelt er sich in eine verdinglichte, ideologische Kategorie.«[60] Damit Theoriebildung sich nicht einer dogmatischen und ideologischen Kategorie preis gibt, genügt der rationale Prozess einer *Kenntnisnahme* der eigenen Annahmen jedoch nicht aus, da sich auf diese Weise Strukturen, Begriffe und Prämissen reproduzieren können, die es allererst zu diagnostizieren gilt, um ein kritisches Urteil fällen zu können. Kritik fragt auf diese Weise also zunächst nach den *verschließenden* Konstitutionen eines Wissensfeldes. Diesen Punkt betont auch Butler, wenn sie schreibt: »Obwohl – oder gerade weil – unser Denken unweigerlich in seine historische Zeit verstrickt ist, sind wir meines Erachtens verpflichtet, über die heutigen Formen von Herrschaft […] so nachzudenken, dass diese Machtformen nicht einfach reproduziert oder affirmiert werden.«[61] Theoriebildung hat erst das Potenzial kritisch zu sein, wenn sie sich ihres Eingelassenseins und ihrer Verflechtung in eine gesellschaftliche und historische Situation bewusst bleibt und diese kritisch diagnostiziert.

In dieser Verwicklung liegt, so Butler, auch »die unvermeidliche Fehlerhaftigkeit« von epistemologischen Feldern, da sie je mit einem Perspektivismus und einer Unvollständigkeit des Bewusstseins konfrontiert bleiben.[62] Fehlbarkeit ist dann der erste Anlass zur Kritik, »aber auch die erste Bedingung für eine Neuschöpfung. […] Wenn wir also denken, jetzt klar und gewissermaßen unfehlbar zu denken, dann haben wir uns aus der Geschichtlichkeit unseres Denkens verabschiedet«.[63] In der historisch bedingten Fehlbarkeit der Theoriebildung, die mit der Fehlbarkeit der individuellen Forschungsperspektive einhergeht, liegt folglich die Notwendigkeit von Kritik begründet, die gleichzeitig allererst die Chance auf eine *Dynamik* von Wissenschaft und Theoriebildung eröffnet, die nicht unkritisch und dogmatisch in sich selbst zirkuliert.

[59] Horkheimer [1937], S. 259.
[60] Ebd., S. 211; Hervorhebung VO.
[61] Butler 2019, S. 16.
[62] Ebd., S. 95.
[63] Ebd., S. 96f.

Rebecca Gotthilf

Unser Wissen, unser Widerspruch

Die (post-)migrantische Gesellschaft und ihre widerständigen Wissensarchive

Jede Form von Wissen ist von politischen und gesellschaftlichen Interessen sowie den historischen Bedingungen, unter denen dieses gelesen, aber zuvor auch produziert wurde, geprägt. Oftmals übergeht unser Blick beim Lesen oder Aneignen von Wissen allerdings diese Interessen und historischen Bedingungen. Wir lassen uns dazu verleiten, im Kontext formulierte Sätze als Weisheit letzten Schlusses anzunehmen, statt Inhalte zu hinterfragen und in ihre Umstände und Positionierungen einzubetten. Dabei werden auf diese Weise die Bezüge zu Expertisen und Wissensarchiven entpolitisiert und Objektivitätsansprüche manifestiert. Insbesondere in Zeiten von *Fake News* und Informationskriegen werden jedoch diese Fähigkeit zur Kontextualisierung und der kritische Blick auf vermeintlich »neutrales Wissen« zur Notwendigkeit und zum Politikum. Denn Gesellschaften befinden sich im stetigen Wandel und so auch ihr Wissen. Hegemoniale Wissensstrukturen werden vermehrt durch subalterne, eigene Wissensarchive und Umgangsformen mit Wissensbeständen infrage gestellt, ins Wanken gebracht. Durch stetigen Wandel kann Wissen veralten, und der vermeintlich unumstößliche Anspruch auf Neutralität verliert an Standfestigkeit. Die kritische Wissenschaft erlangt dadurch ihre Bedeutung, wenn sie hegemoniale Wissensbestände herausfordert und sich dabei als emanzipatorisch-reflexiv versteht, bestehende Wissensaggregate neu schafft oder umschreibt. Doch auch sie braucht dazu bestimmte Perspektiven, um kritisch sein zu können. Wer vorherrschende Narrative und vermeintliche Objektivität infrage stellt, ist oftmals von den hegemonialen Strukturen der Anerkennung und Produktion von Wissen ausgeschlossen und kennt die Schattenseiten der Macht. (Post-)migrantische Perspektiven befinden sich aufgrund diverser Ausschlussmechanismen dabei in der Position, vorherrschende Narrative infrage zu stellen, indem sie neue Formen kollektiver Erinnerung, Solidarität und Kritik, die ansonsten kaum Berücksichtigung finden, in die öffentliche Debatten einspeisen. In diesem Essay werde ich ausführen, wie (post-)migrantische Perspektiven hegemoniale Wissensansprüche hinterfragen können, um sie anschließend ins Wanken zu bringen.

Kritische Wissenschaft und Identitätspolitik

(Post-)migrantische Perspektiven bewegen sich im Spannungsfeld struktureller Bedingungen, institutionellen Ausschlusses und individueller Gewordenheit. Identität verweist in diesem Zusammenhang nicht auf eine feste Essenz, sondern auf gesellschaftliche Positionierungen, die bestimmte Erfahrungen durch ungleiche Machtverhältnisse überhaupt erst möglich machen. Identitätspolitik verweist auf diese gesellschaftliche Positionierung. Sie macht geteilte Erfahrungen sichtbar und schafft Räume für gemeinsame Auseinandersetzung, Solidarität und kollektive Praxis. Diese Erfahrung wiederum führt jedoch nicht automatisch zu einer einheitlichen Reaktion oder Haltung. Eine Person kann von Rassismus betroffen sein und diesen klar erkennen – und dennoch rassistisch handeln. Eine andere würde rassistische Erfahrungen kaum benennen, weil diese zur scheinbaren Normalität geworden sind. Wieder andere ordnen ihre Erfahrungen strukturell ein und entwickeln daraus eine Sensibilität für rassistische Mechanismen – im Alltag, in der Wissenschaft, in Beziehungen. Allein schon deshalb muss man von Perspektiven (post-)migrantischer Erfahrungen sprechen und *community*-basierte Forschung sowie Fragen von Repräsentation als Orte der Aushandlung und nicht als die eine identitätspolitische Position verstehen.

Die Herausforderung liegt darin, politische Verortungen nicht zu essenzialisieren, sondern gemachte Erfahrungen in ihrer Bandbreite anzuerkennen – nicht als naturgegebene Differenz im Sinne einer Trennung, sondern als willkürlich gezogene Spaltungslinie, die zur Solidarität miteinander aufruft. So sollte die kritische Wissenschaft, die durch verschiedenste Positionierungen neue Anregungen der (Selbst-)Kritik erhalten kann und muss, hier eine zentrale Rolle spielen. Eine kritisch verortete Wissenschaft aus (post-)migrantischen Perspektiven kann hierbei identitätsbezogene Kategorien nicht als starre, absolute Wahrheiten, sondern als Ausgangspunkte für das Erschließen kritischer Wissensarchive, für die Aushandlung solidarischer Praxis und das Aufbrechen hegemonialer Ansprüche erkennen. Sie ist gefordert, Widersprüche und Spannungen in Gesellschaft, Positionierung und Geschichte sichtbar zu machen – und in der Lage, diese anzuerkennen, ohne sich ihnen zu unterwerfen. Ziel ist nicht die Spaltung der Gesellschaft durch das Benennen dieser Positionierungen, sondern das Hinterfragen der bereits bestehenden spalterischen Strukturen, um von dort aus solidarisch und auch widerspruchsvoll, in verschiedenen Perspektiven zusammenzukommen.

Hegemoniale Deutungen von Geschichte sind stetig umkämpft, und so wird der Umgang mit kritischem Wissen und seiner Positionierung selbst zur politischen Herausforderung: Wer darf vom Genozid sprechen? Dürfen Täter auch Opfer sein und Opfer auch Täter? Im Ringen um gesellschaftliche Deutungshoheit spiegeln sich nicht nur Versuche der Transformation, sondern auch das Aufbrechen vertrauter, oft unhinterfragter Selbstverständnisse, sozialer Strukturen und Bezugsrahmen. Immer mehr Menschen mit diasporischen und transnationalen Biografien bringen ihre Geschichten, Verflechtungen und Lebensrealitäten in die hiesige Gesellschaft ein – und konfrontieren diese mit der Begrenztheit ihrer vermeintlichen Normalität und einer vielseitig heraufbeschworenen Homogenität.

In einer globalisierten Welt, in der Erfahrungen, Analysen und Wissensbestände innerhalb von Sekunden um den Globus zirkulieren, stehen traditionelle Narrative, historische Deutungen und absolute Wahrheiten daher zunehmend zur Debatte. Die Reaktion darauf ist nicht selten eine Flucht in Beißreflexe oder wahlweise in eine Vereinfachung, eine Absage von Ambivalenz, Kontextualisierungen und Widersprüchlichkeit. Während einige glauben, Reibung erzeuge Wärme, befürchten andere, sie führe zu Abrieb. Doch wir kommen nicht umhin, uns mit unseren eigenen Widersprüchen, unserem Schweigen, unseren blinden Flecken auseinanderzusetzen. Denn das Wissen, das wir heute teilen, ist ambivalent, herausfordernd, unübersichtlich. Und es fordert, dass auch unsere Erinnerungen, unsere Wissensarchive und -praktiken neu verhandelt werden.

Vermeintliche Neutralität

Nach wie vor dominiert die Vorstellung, dass Wissen neutral sein könne und müsse. Dementsprechend werden Zahlen, Daten und sogenannte Fakten als naturgegeben und geschichtslos verstanden und damit abgekoppelt von politischen oder sozialen Gegebenheiten, in denen sie produziert und erfragt wurden. Die Produktion von Zahlen, Daten und Fakten, von Texten und Fragen stehen aber in ihren zeitlichen und inhaltlichen Verstrickungen. Wissensproduktion steht in einem bestimmten Kontext, in dem es gelesen und bewertet, verwertet und weitergetragen wird. Ohne die Interessenslagen und Machtverhältnisse, die diese Bewertungen und Produktionen prägen, einzubeziehen, ist das aggregierte Wissen daher dekontextualisiert und somit unvollständig.

Selbstverständlich unterliegen die Auswahl, Darstellung, Auswertung und Rezeption von Daten und Fakten, von quantitativen sowie qualitativen Erhebungen im Wissenschaftsbetrieb wissenschaftlichen Standards – dies widerspricht aber nicht der Tatsache, dass sie durch Interessen und Machtverhältnisse vor allem im politischen Handgemenge überlagert werden können und eingebettet sind. Man muss also differenziert betrachten: Es gibt wissenschaftliche Ansprüche auf beispielsweise Transparenz, Reproduzierbarkeit und Validität, insofern die Erhebung von Zahlen oder Material wissenschaftlich standardisiert werden kann. Dahinter verbirgt sich der Versuch, Neutralität und Objektivität herzustellen. Dennoch sind die Erhebung und Verwendung dieser Daten ebenso wenig neutral, wie die Bedingungen unter denen Wissenschaft betrieben wird. Von den Ressourcen, die der Wissenschaft bereitgestellt werden, bis zur Auswertung der erhobenen Daten fließen Machtbeziehungen ein, die ausgeklammert werden, aber durchaus Relevanz haben.

Wer bespricht welche Zahlen in welchem Zusammenhang und in welchem Raum und auf welche Weise? Wie fließen bestimmte Konnotationen und Narrative mit ein? Wem glaubt man, welche Zahlen und Daten eher? Wann werden welche Zahlen oder Erhebungen hervorgehoben und wann außen vorgelassen? Wen interessieren welche Statistiken für was? Welche Politiken benötigen mehr Informationen und welche weniger bis keine, weil sie als Selbstverständlichkeit gelten? Welche Untersuchungen müssen wir besonders oft durchführen und auf verschiedenste Arten erklären, hieb- und stichfest machen, und welche nicht? Welche Untersuchungen müssen für ihre Förderungen kämpfen oder darum bangen und mit weniger Mitteln arbeiten? Welche statistischen Zahlen sind zu vernachlässigen oder sagen nichts über den Einzelfall aus? Welche führen zu Konsequenzen und welche nicht? Die gesellschaftliche Stellung derjenigen, die vermeintlich neutrale Zahlen und Daten erheben, bis hin zu denjenigen, die sie erfragen, die sie lesen, die sie hinterfragen oder daraus (keine) Konsequenzen ziehen, hat Auswirkungen auf die Erfragung, Produktion, Erlangung und (Weiter-)Verarbeitung von Wissen.

Mein Argument ist, dass unter anderem (post-)migrantische Wissensarchive, migrantisch situiertes Wissen, hegemoniales Wissen und ihre Wissensakquise herausfordert. Durch den Aufbau alternativer Wissensbestände wie zum Beispiel durch migrantische Archive wie DOMID[1],

[1] DOMID ist ein Archiv in Köln zum Thema Migration mit über 150.000 Zeugnissen. Siehe domid.org (letzter Zugriff: 20.8.2025).

durch rassismuskritische community-basierte Erhebungen wie bei *zedela,*[2] durch solidarische Initiativen wie *Forensic Architecture*[3] oder aber auch den allgemeinen Kampf im Wissenschaftsbetrieb um die Erweiterung wissenschaftlicher Erhebungsmethoden durch die Einbeziehung von beispielsweise *Oral History* und intersektionalen Perspektiven, wird der geltende Objektivitätsanspruch hegemonialer Wissenschaften aufgebrochen und das scheinbar neutrale Selbstverständnis dieser herausgefordert.

Der dahinterliegende Gedanke ist, dass Ideen einer kongruenten Erzählung von Wissen auf Objektivitäts- und Neutralitätsansprüchen basieren, die dadurch aufgebrochen werden. Am Beispiel der Nation zeigt es sich besonders eindrücklich. Die Bundesrepublik vertritt bis heute Narrative, die verschiedene Felder, wie beispielsweise die Einordnung verschiedener historischer Ereignisse, die Konstruktion einer eigenen Staatsräson, die Ausbildung von Feind- und Freundschaftsbeziehungen sowie die eines vermeintlich Inneren gegenüber einem Äußeren (zum Beispiel, wer deutsch sei und wer nicht) vertritt. Es ist der Versuch, eine kongruente Erzählung einer nationalen Idee zu formen, die in ihrer Geworden- und Beschaffenheit eine Klarheit und Linearität innehält. Dazu braucht es wissenschaftliche Expertise und einen Exkurs darüber, welches Wissen anzuerkennen ist und welches nicht. Indem bestimmtes Wissen als neutral und objektiv, während anderes als subjektiv bewertet wird, entsteht eine Hierarchisierung von Wissensarchiven und -praktiken, die bestimmte Deutungen verstärken oder schwächen können.

Objektivitätsansprüche verdecken, dass vermeintlich neutrale Erkenntnisse von bestehenden Vorstellungen strukturiert und geprägt sind. Diese Ansprüche dienen der Aufrechterhaltung von Ausschlussmechanismen – etwa der von nationalen Homogenitäts- und Linearitätsfantasien und anderen Machtverhältnissen. Vermeintlich stringente Erzählungen, die auf »objektivem Wissen« fußen, stehen also im Kontext von Hierarchisierung von Wissen und füttern anhand dieses Anspruchs die Reproduktion eines spezifischen nationalen Selbstbildnisses.

---

[2] Zedela steht für Zentrum für Data-Driven Empowerment, Leadership und Advocacy und betreibt Community-basierte Forschung aus rassismuskritischer Perspektive. Siehe zedela.org (letzter Zugriff: 20.8.2025).

[3] Forensic Architecture ist eine Forschungs- und Rechercheagentur aus London und arbeitet ausschließlich für politische Organisationen, Vereine, Projekte und zivile Opfer, um staatliche Gewalt zu untersuchen. Siehe forensic-architecture.org (letzter Zugriff: 20.8.2025).

Doch nicht nur Wissensbestände im engeren Sinne, sondern auch die Affektebene betreffen diese Bewertungen und einhergehenden Hierarchisierungen. Affekte und Wissen sind miteinander unweigerlich verknüpft. Wen welche Daten interessieren und welche Zahlen in welchem Kontext mit welchen Gefühlen aufgeladen sind, sind Teil der notwendigen Kontextualisierung, um kritische Wissenschaft und Wissensarchive zu verstehen. Im Zeitalter der Digitalisierung und der Affektproduktion, zum Beispiel in den *Sozialen Medien*, bekommt diese Dimension eine zusätzliche Relevanz.

Die Alltäglichkeit der Ambivalenz

Wie also schreiben in einer Zeit, in der sich jeden Tag die Ereignisse überschlagen und die gesellschaftliche Entwicklung eine außerordentliche Dynamik aufweist? In der Wissen überall subjektiv ist, Identität für die Produktion durchaus eine Rolle spielt, Affekte Auswirkungen auf Wissensproduktion und -archive haben und Wissen sich auf die Affektebene auswirkt? Wozu also Wissen, wenn wir uns in absoluter Relationalität und in Gefühlswelten verlieren, die an Individualität kaum zu überbieten sind?

Der Wunsch, Wissen zu teilen, es zugänglich zu machen, seine Perspektive zu erweitern, zu lernen, braucht nach wie vor Haltungen und Ansprüche, auf die man sich einigen kann, um nicht in Subjektivität und Positioniertheit zu verfallen. Kritische Wissenschaft ist keine neutrale Beobachterin gesellschaftlicher Prozesse. Sie ist unser dynamischer, reflexiver und emanzipatorischer Anspruch und Anker, ein Widerspruch in sich und somit wichtiger Ausgangspunkt für den kritischen Umgang mit Wissensbeständen und Deutungen.

Wissen schützt nicht, macht nicht neutral, ist kein unvoreingenommener Begleiter. Es konfrontiert mit Widersprüchen, Überforderungen, Vereinfachungen, Nuancierungen, Herausforderungen und Unklarheiten. Unsere Zeit ist durchzogen von Ambivalenzen: Einerseits gibt es vielfältige Orte des Wissens und der Wissensvermittlung, andererseits immer mehr Absolutheitsansprüche. Einerseits gibt es wesentlich mehr Wissen direkt vor der Tür und Nase, andererseits immer mehr Zurückgreifen auf Weithergeholtes. Wissensstrukturen, die in stetiger Widersprüchlichkeit zueinanderstehen, Überforderung bei zeitgleicher Vereinfachung, immer mehr Nuancierungen bei stattfindender Homogenisierung. In der einen Ecke gibt es die täglichen »TikToks«, die vermeintlich die Welt ver-

ändern, und die Hashtags, die eine kritische Aufmerksamkeit und Masse erregen sollen. In der anderen Ecke der stetige Verweis auf Regelwerke, die zuhauf in kurzweiligen Podcasts mundgerecht aufgearbeitet und in anderen Werken ihrer Leerstellen wegen kritisiert werden. Informationen sind mehr denn je zugänglich in verschiedensten Formen; zeitgleich steigt der Druck der Vereinfachung. Komplexität wird zur Herausforderung und Widersprüchlichkeit zur Belastung, die es zu vermeiden gilt. Doch genau in diesem Spannungsfeld bewegen sich kritische Wissensakquise und auch die (post-)migrantischen Wissensarchive. Das alles pendelt zwischen hegemonialen Narrativen, politischen Interessenslagen, Machtfragen und wissenschaftlichen Ansprüchen. Die Bedingungen dieses Zeitalters der Schnelllebigkeit und damit die Zunahme der Geschwindigkeit von Wissensproduktion und -zirkulation, die flüchtige Aufmerksamkeit und ihre Ökonomisierung: Wissen wird affektiv und politisch aufgeladen, sodass differenzierte Analysen und komplexe Sachzusammenhänge nur erschwert Platz finden. Kritische Wissenschaft und ihre Stimmen, die zu Widersprüchlichkeiten und Nuancierung aufrufen, bieten darin keine Vereinfachung und somit keine Antworten, die leicht bekömmlich sind. Sie können in dieser Gemengelage Orientierung bieten – allerdings nur, wenn man den Aufruf nach Komplexität ertragen und Ambivalenzen anerkennen kann. Darin ist auch der zunehmende Widerspruch zwischen Staatsmacht und Zivilgesellschaft, der den Ruf nach Komplexität und Ambivalenz innehält, an verschiedensten Beispielen zu erkennen. Denn was meint dieser Text mit (post-)migrantischen Wissensarchiven, mit selbstkritischer Bereicherung, mit all dem?

2024 und 2025 gingen mehrere Hunderttausende zu Demonstrationen auf die Straße – gegen den zunehmenden Rechtsruck, für ein solidarisches Miteinander, eigentlich für eine (post-)migrantische Gesellschaft der Vielen. Denn es existiert das Wissen in der Gesellschaft um die NS-Zeit, den Faschismus, um Migration, Flucht, Rassismus, um die Notwendigkeit, seine Stimme zu erheben. Zeitgleich ist infrage zu stellen, wie viele der Demonstrant*innen diese Notwendigkeit auch auf ihre Wahlentscheidung bezogen haben, überhaupt wählen durften oder sich selbst als Teil der (post-)migrantischen Gesellschaft verstehen, geschweige denn dafür einstehen würden. Es zeichnet sich eine autoritär werdende, von rechtem Gedankengut geprägte Politik und Argumentation im öffentlichen Diskurs ab, die den Umbau des Staates auf parlamentarischer Ebene in einer schwindelerregenden Schnelligkeit vorangetrieben hat, obschon es seit 2022 erstmals eine Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus gibt, obwohl Institute, die Forschung

zu Rassismus, Antisemitismus betreiben, und Dachverbände migrantischer Selbstorganisationen zunehmend Eingang in die politische Sphäre und bundesweite Repräsentanz gefunden haben.

2022 bis Ende 2024 klebten sich junge Erwachsene der *Letzten Generation* zahlreich auf Straßen und Plätze, um Maßnahmen gegen den ebenfalls in schwindelerregender Schnelligkeit voranschreitenden Klimawandel zu fordern, und gaben damit ihren Ängsten und Nöten, aber auch ihrem Wissen um die Notwendigkeit der Änderung unserer Produktions- und Lebensweise einen Ausdruck. Zur selben Zeit lenkten Politiker*innen im Staatsapparat die öffentliche Debatte im Sinne einer als Ablenkungsstrategie erscheinenden Diskursoffensive über die vermeintliche Bedrohlichkeit durch Migration- und Fluchtbewegungen um. Neben dem rasant wachsenden (Erfahrungs-)Wissen klimabedingter Veränderungen, findet der Ausbau neoliberaler Produktionsweisen und Fast-Fashion-Ketten statt. Obschon wir immer mehr Wissen über die ausbeuterischen, tödlichen und gewaltvollen Arbeitsverhältnisse haben, steigt der Konsum weiter an.

Immer stärker tritt auch die Angst vor Krieg und die lauter werdenden Rufe nach Frieden in der Bundesrepublik aus der Zivilgesellschaft zutage. Zahlreiche NGOs, Journalist*innen sowie politisch Aktive mahnen zur Einhaltung des Völkerrechts. Andererseits werden zur selben Zeit Haftbefehle des *Internationalen Strafgerichtshofs* nur selektiv anerkannt,[4] und Initiativen, die sich für Frieden und Waffenruhe einsetzen, kriminalisiert. Daneben wird ein »Gemeinsames Europäisches Asylsystem« geschaffen, das völkerrechtswidrig ist, und militärisch aufgerüstet, was auf Kosten des sozialen Zusammenhalts geht. Auf der einen Seite ist die größte Bedrohung der Demokratie gegenwärtig die extreme Rechte, auf der anderen Seite verfügt die aktuelle Regierungskoalition über keinen erkennbaren Plan zur Eindämmung der extremen Rechten. Stattdessen wird die Finanzierung demokratiefördernder Projekte und Programme beschnitten und antifaschistische Projekte und Organisationen als feindliche Lager postuliert, während Forderungen der extremen Rechten aufgegriffen und als legitime Sorgen besprochen werden.

Wir beobachten eine zunehmende Jugendgewalt, die die sozialen und psychischen Auswirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie auf Jugendliche und ihr Sozialverhalten verstärkt

[4] Siehe z.B. Kolja Schwartz: »Müsste Deutschland Netanjahu festnehmen?«, in: Tagesschau vom 28.2.2025, www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bundesrepublik-netanjahu-festnahme-104.html (letzter Zugriff: 5.8.2025).

in den Fokus rücken. Gleichzeitig werden wichtige soziale Projekte – darunter, wie genannt, Programme zur Demokratieförderung, aber auch feministische Initiativen, Jugendprojekte sowie Schutzräume für Frauen und LGBTIQ-Personen – gekürzt oder eingestellt. Insgesamt zeigt sich ein besorgniserregender Trend: Zunehmende Angriffe nach außen wie auch nach innen, die bewusste Konstruktion politischer Feindbilder, die Verschiebung und Abweisung von Ängsten und Forderungen, die Verbreitung nationalistisch-homogener Fantasien, soziale Erosion und ein Abbau sozial-politischer Maßnahmen. Es mangelt an gezielter Prävention und Programmen zur Stärkung von Minderheiten, die gerade in dieser Zeit dringend notwendig wären. Auf der einen Seite erkennt man in Deutschland zunehmend die Tatsache an, eine Einwanderungsgesellschaft zu sein: Menschen mit Migrationsgeschichte sind Teil unserer Gesellschaft, ihre Geschichten finden immer mehr Eingang in die Erzählungen und somit in das Wissen um die deutsche Nachkriegszeit. Reformen im Einbürgerungsrecht und eine stärkere Repräsentanz von Menschen mit Migrationsgeschichte in Politik, Medien und Kultur sind sichtbare Veränderungen. Auf der anderen Seite nehmen rassistische Narrative weiter zu. Der Migrationshintergrund von Tatverdächtigen wird in öffentlichen Diskursen überdurchschnittlich im Sinne einer Kriminalitätsneigung hervorgehoben, anders als bei Tatverdächtigen ohne Migrationshintergrund, wodurch Vorurteile geschürt und gesellschaftliche Gräben vertieft werden. Oft wird behauptet, die Kriminalität steigt durch Migration an, während die Zahl der Straftaten in der Tendenz eher zurückgeht.[5] Parallel dazu verfestigt sich eine homogenisierte Darstellung vermeintlich deutscher Interessen an Abschottung, Militarisierung und konservativer Politik, bei zeitgleich (post-)migrantischer, global vernetzter und kritisch informierter Gesellschaft.

Auch im Umgang mit Erinnerungskultur und Aufarbeitung gesellschaftlicher Gewalt zeigen sich Ambivalenzen, die das hegemoniale Narrativ und den Umgang mit Wissen herausfordern. Während es vielfältige zivilgesellschaftliche Bemühungen gibt, die an die Opfer von Feminiziden, des NSU, Halle, Hanau und andere Gewalttaten erinnern, und obwohl inzwischen Ausstellungen, Dokumentationszentren und Archive existieren, fehlt deren Einbindung in offizielle Bildungsinhalte – insbesondere in Schul- und Geschichtsbüchern. All dies macht deutlich:

[5] Siehe »Migration und Kriminalität«. In: Mediendienst Integration vom 23.5.2025; mediendienst-integration.de/artikel/migration-und-kriminalitaet.html (letzter Zugriff: 20.8.2025).

Wissen, Erinnerung und Anerkennung sind keine neutralen Prozesse, sondern politische Aushandlungen, die durchaus Ambivalenzen erzeugen können. Es ist eine andauernde, umkämpfte Praxis, marginalisierte Perspektiven in den dominanten Wissens- und Deutungsapparat einzubringen. Auch deswegen ist es relevant, historische, politische und gesamtgesellschaftliche Kontexte in Bezug auf Wissensbestände und -produktionen mitzudenken, Vereinfachungen nicht nachzugeben und Widersprüche zu benennen.

Unlogiken und Anerkennung

Es zeigt sich, Wissen schützt uns nicht vor Gewalt, Diskriminierung und Ungleichheit. Wissen ist aber eine wichtige Ausgangsbedingung, um ins Handeln zu kommen. Denn Wissen konfrontiert uns mit der Welt. Wissen spricht uns nicht frei davon, aktiv werden zu müssen. Vielmehr drängt es uns zum Handeln. Wer Wissensproduktion aus einer subalternen Perspektive betreibt, tut dies oftmals im Kollektiv, denn wechselseitige Bezugnahmen aufeinander stärken den Akteur*innen gegenseitig den Rücken in einem auf Ungleichheit beruhenden, ausschließenden Wissenssystem. Die Hervorbringung von Wissen geschieht also nicht isoliert; sie ist Teil einer Praxis des sich aufeinander Beziehens, des Nachfragens und Anerkennens. Die Erfahrungen, Erzählungen und Widerstände von vorangegangenen Generationen bilden den Ausgangspunkt von Wissensarchiven, die widerständig sein wollen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Aufarbeitung rassistischer Morde wie etwa des *Nationalsozialistischen Untergrund* (NSU) oder auch bei den Anschlägen von Hanau am 19. Februar 2020. Die Aufarbeitungen der Anschläge des NSU oder auch von Hanau, wurden wesentlich von Betroffenen und Unterstützer*innen betrieben, weil die staatlichen Institutionen entweder aufgrund ihrer Verstrickungen oder aufgrund des von ihnen getragenen hegemonialen Narratives und der Wissensproduktionen sowie -archive nur begrenzt dazu in der Lage sind: Nach der herkömmlichen Logik der hegemonialen Wissensbestände wurden damals (beim NSU) wie heute (bei Hanau) Migrant*innen zunächst ins Visier genommen, kriminalisiert oder homogenisiert. Gerade *Migrant*innen of Color* werden als Betroffene dabei oft in ihrem Wissen und ihren Aussagen nicht ernst genommen. Es sind Hinterbliebene und Unterstützer*innen gewesen, die den Prozess der Aufklärung wesentlich vorangetrieben haben, indem sie sich einmischten und eigene Untersuchungen anstellten, wesentliche

Fragen einbrachten, Verbindungen aufzeigten und Anklagen an diejenigen formulierten, die sich hinter vermeintlicher Neutralität versteckten. Es lässt sich erkennen, dass die Wissensproduktion derjenigen, die vom hegemonialen Sprechen ausgeschlossen werden, anders funktioniert. Denn sie ist widerständig, erzählerisch, performativ und durch Positionierung politisch aufgeladen. Archive, Orte des Gedenkens, Räume der Begegnung und somit alternative Räume des Austausches, der Erfragung und Erlangung von Antworten – all das sind alternative Weisen der Wissensproduktion. Dabei begegneten sich Betroffene des NSU, sowie von Rassismus und Betroffene aus Hanau sowie viele weitere mehr an unterschiedlichen Orten, in unterschiedlichen Weisen – Wissen entstand hier im sozialen, politischen und widerständigen Raum.

Die entstandenen und vernetzten Wissensarchive und Bibliotheken verweisen auf eine gesellschaftliche Realität, in der (post-)migrantisches Wissen längst zum gelebten Alltag gehört. Migrationserfahrungen und -geschichten sowie das damit verbundene (post-)migrantisch situierte Wissen stehen dabei nicht am Rand, sondern rücken ins Zentrum gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Es geht nicht bloß um das Sammeln und Aggregieren von Wissen. Vielmehr handelt es sich – erneut – um eine politische Praxis: die bewusste Gestaltung von Wissen als Teil einer aktiven Erinnerungskultur, als Ausdruck gesellschaftlicher Teilhabe und als Auseinandersetzung mit Geschichte und Zukunft, als Widerspruch zum hegemonialen Narrativ, als Unlogik der herrschenden Logik und des Aberkennens von Objektivität. Dieser transformative Umgang mit Wissen stellt den Status quo infrage – insbesondere jene Narrative, die auf ein homogenes, nationales Selbstverständnis abzielen, das auf Ausschluss beruht und seine eigenen Verstrickungen verwischt. Wissen wird hier zum Mittel der Konfrontation und des kritischen Nachdenkens. Es bildet die Grundlage für ein verantwortungsbewusstes Handeln, das sich den Herausforderungen unserer Zeit nicht entzieht. Denn Wissen allein schützt uns nicht vor den Krisen dieser Welt – es fordert uns heraus, aktiv zu werden. Wissen ist niemals isoliert. Es ist sozial, es ist kollektiv. Die Art und Weise, wie wir Wissen produzieren, konsumieren und weitergeben, ist Teil eines fortwährenden gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses.

Kritisches, (post-)migrantisches Wissen kennt die Grenzen in der Hinterfragung der Macht, hat wenig Nachsicht beim Entlarven der Schattenseiten dieser und wenig Zaghaftigkeit im Fordern emanzipatorischer Projekte, die die vermeintliche Standfestigkeit ins Wanken bringen kann. Wissen ist in Bewegung – es migriert, es verändert sich, es überschreitet

Grenzen. Dabei ist es bemerkenswert, wie oft wir glauben, nichts verändern zu können. Dass unsere Stimme unbedeutend sei, unser Wahlkreuz wirkungslos, unsere Erde verloren. Wir stellen Fragen, deren Antworten wir insgeheim bereits zu kennen meinen – Antworten, die Resignation nähren und den Untergang als unausweichlich erscheinen lassen. Doch Wissen existiert nicht im luftleeren Raum. Es steht auch in einer Tradition des Widerstands, in einer Kontinuität gelebter Kämpfe um Anerkennung, Unlogiken und Widerspruch. Kritisches Wissen weiterzugeben bedeutet, sich einzumischen, nicht aufzugeben, mit Nachdruck Veränderung und Destabilisierung zu fordern – es bedeutet das Hinterfragen des herrschenden Systems und das braucht (post-)migrantische Perspektiven.

Disposition und Wankelmut

Wenn das gesellschaftliche Kollektiv wächst, wächst auch sein Gedächtnis. Die Grundlagen des Erinnerns, des Gedenkens und der Identifikation verändern sich. Fragen werden laut, die lange geflüstert wurden: Was haben deine Großeltern zwischen 1933 und 1945 getan? Wer in deiner Familie hat vom Erbe nationalsozialistischer Verstrickungen profitiert – und wer hat geschwiegen? Warum steht die Polizei vor Synagogen – und wer schützt die Moscheen? Warum zielte der Angreifer von Halle nicht nur auf Jüdinnen und Juden, sondern auch auf Frauen und Menschen, die nicht weiß gelesen wurden? Und wie erinnern sich Gast- und Vertragsarbeiter*innen an den Mauerfall?

Diese Fragen sind unbequem, aber zeigen doch auf die Veränderung unserer Wissenssysteme. Sie machen deutlich, dass »Deutschsein« nichts Feststehendes ist, dass das Wissen um den Nationalsozialismus nichts Abgeschlossenes ist, dass es auch (post-)migrantische Perspektiven zum Mauerfall gibt und Rassismus Kontinuität hat. Während einige Generationen sich mühsam von der Schuld des Nationalsozialismus zu befreien versuchten, drängen neue Stimmen von den gesellschaftlichen Rändern in den Diskurs. Ihre Zumutungen offenbaren die Fülle und Gegensätzlichkeit heutiger Wissensarchive. Rückzugsbewegungen sind Ausdruck kollektiver Unsicherheiten – häufig ohne das Eigene in seiner Ambivalenz wirklich aushalten zu können.

Gleichzeitig werden die Stimmen der Marginalisierten unüberhörbar – auch für jene, die sich bislang in der vermeintlichen Mitte vor den Zumutungen der Entrechteten und Enteigneten abgeschirmt glaubten. Er-

innerungen und Erfahrungen rücken enger zusammen. Es handelt sich um einen offenen, sich ständig neu verhandelnden Prozess. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist nicht abgeschlossen. Krieg und Flucht sind keine historischen Fußnoten, sondern wirken fort – sie wohnen noch immer in unseren Häusern, in unseren Biografien und werden mehr denn je ins Hier und Jetzt getragen, indem alteingesessene Wissensbestände zur Disposition gestellt werden.

Aus Gästen wurden Nachbar*innen. Aus Nachbar*innen wurden Freund*innen. Die (post-)migrantische Gesellschaft erkennt sich zunehmend als eine Einwanderungsgesellschaft – und stellt damit nicht nur die »deutsche Geschichte« neu zur Debatte, sondern bringt eigene Geschichten ein, um eine gemeinsame daraus zu machen. Sie fordert neue Grundlagen für eine solidarische Zukunft, neue Verständnisse von Wissen und stellt unangenehme, kritische Fragen an uns alle. Doch allein ihre Existenz schützt nicht vor Demokratieabbau, struktureller Diskriminierung oder mangelnder Solidarität. Die Gesellschaft der Vielen muss weiterhin für Sichtbarkeit, Anerkennung und Selbstreflexion kämpfen. Kritische Wissensarbeit ist dabei kein Garant für Fortschritt. Sie ist vielmehr Ressource, Werkzeug und Verpflichtung zugleich. Sie konfrontiert, fordert Verantwortung und verlangt nach stetiger Aushandlung – auch mit sich selbst.

(Post-)migrantische Perspektiven in der kritischen Wissenschaft sind daher unverzichtbar. Sie erweitern den Erkenntnishorizont, füllen Leerstellen, analysieren Kontinuitäten und schreiben Geschichte neu – als kollektive Praxis. Sie schaffen Räume für solidarisches Erinnern, für neue Wissensformen und emanzipatorische Bewegungen. Sie sorgen dafür, dass niemand namenlos bleibt – und dass Geschichte nicht nur über, sondern mit uns allen geschrieben wird. Insofern entstehen aus Infragestellungen neue Antworten, und aus dem Wanken erwächst mehr Weg.

ANGEWANDTE KRITISCHE WISSENSCHAFTEN

Stefan Kalmring

Raus aus der Schockstarre

Wie werden wir handlungsfähig gegen die extreme Rechte?

»Diese Menschen sind gefährlich,
denn sie wissen, was sie tun.«
Tocotronic

Es war ein warmer Sommertag, als Alice Weidel auf den Stufen des *Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses* auf einem Stuhl mit Blick auf die Spree Platz nahm. Der Himmel über Berlin zeigte sich von seiner schönsten Seite: ein parteifarbenes Blau, könnte man fast sagen. Gestört hat nur des Volkes Stimme. Ein wohlklingender Chor sang aus dem Lautsprecher »Scheiß AfD«. Dazu gab es ein ohrenbetäubendes Gejohle, in das sich Trillerpfeifen einmischten. Der Urheber dieses Klangteppichs war das *Zentrum für politische Schönheit* (ZPS); es hatte am 20. Juli 2025 zum Protest gegen das ARD-Sommerinterview mit der Bundessprecherin der *Alternative für Deutschland* (AfD) geladen. Gekommen war eine Handvoll Aktivist*innen. Die Gruppe war klein, aber nicht zu überhören. Extrem laut sei es hier, mussten dann auch Weidel und der Moderator, jenes Pärchen, gegen das sich der Protest richtete, feststellen. Vor laufender Kamera war den beiden eine gewisse Hilflosigkeit im Umgang mit der Situation anzumerken.

Worin bestand der Anlass der Aktion des ZPS? Die *Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland* (ARD) hatte mit Weidel (AfD) ein Sommerinterview angesetzt. Nicht irgendwo, sondern mitten im Berliner Regierungsviertel. Die AfD wird nicht nur von der *Antifa*, von diversen antirassistischen *Nichtregierungsorganisationen* (NGOs) oder der wissenschaftlichen Extremismusforschung als rechtsextrem qualifiziert, sondern mittlerweile auch vom *Verfassungsschutz* (VS). Da die AfD gegen die Einstufung als »gesichert rechtsextrem« geklagt hat, muss diese allerdings erst noch gerichtsoffiziell bestätigt werden,[1] bevor daraus politische und juristische Konsequenzen folgen dürfen.

Damit kein Zweifel aufkommt: Beim VS, wie bei Auslands- und Inlandsgeheimdiensten insgesamt, handelt es sich um vor- und damit auch an-

[1] Siehe dazu: »Warum die AfD als ›gesichert rechtsextremistisch‹ eingestuft wird«, tagesschau.de vom 2.5.2025; www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-verfassungsschutz-rechtsextremismus-100.html (letzter Zugriff: 18.8.2025).

tidemokratische Institutionen, die sich einer Kontrolle durch den politischen Souverän aufgrund ihrer inneren Systemlogik entziehen müssen. Diese politischen Überwachungs- und Repressionsorgane sind somit auch nicht für gut geglaubte Zwecke einsetzbar, wie etwa gegen den politischen Rechtsruck, auch wenn sich viele Linke und Liberale immer wieder solchen Illusionen hingeben. Geheimdienste gehören ausnahmslos und grundsätzlich abgeschafft. So viel Anarchie muss sein. Die Einstufung der AfD als gesichert rechtsextrem durch eine Organisation wie den VS ist dennoch bemerkenswert. Denn der VS hat nicht nur mit großer Regelmäßigkeit bewiesen, dass er auf dem rechten Auge eine ausgeprägte Sehschwäche hat. Darüber hinaus geriet er immer wieder, etwa bei der Aufarbeitung des Terrors des *Nationalsozialistischen Untergrunds* (NSU), selbst in den Verdacht, allzu eng mit der rechten Szene verstrickt zu sein. Wenn eine solch tendenziell rechtslastige und antidemokratische Einrichtung inzwischen vor der AfD warnt, sollte man aufhorchen.

Der *Öffentlich-Rechtliche-Rundfunk* (ÖRR) hatte es also erneut getan. Wieder hat er einer prominenten Rechtsaußenpolitikerin ein öffentliches Podium organisiert: ein Forum, das bestens dazu geeignet ist, zur wichtigsten Sendezeit antidemokratische, queerfeindliche und rassistische Positionen zu verbreiten. Abermals entwickelte die ARD dafür ein Setting, das – ohne die kritische Kommentierung der Protestierenden – der breiten Öffentlichkeit suggeriert hätte, dass es sich bei dieser am rechten Rand angesiedelten Partei um eine mehr oder weniger »normale« politische Kraft handele. Das Sommerinterview hätte dieser Tendenz zur Normalisierung der AfD eine neue Qualität gegeben, wenn es nicht zu lautstarken Protesten gekommen wäre. Der Ort des Interviews war symbolträchtig gewählt. Es fand auf der großen Terrasse des *Bandes des Bundes*[2] statt, also im innersten Zentrum des bundesdeutschen Parlamentarismus. Hätte es die Störaktion nicht gegeben, wäre von dem Interview ein unmissverständliches Signal ausgegangen: Die AfD ist mittlerweile etabliert, sie gehört dazu, sie ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen, ihre Positionen sind ein legitimer Teil des demokratischen Spektrums. Auch ohne dass nur ein einziges Wort von den beiden Interviewpartner*innen gewechselt worden wäre, hätte sich diese Botschaft ergeben und wäre ins Land hinausgeschickt worden.

Der Protest des ZPS richtete sich somit nicht nur gegen eine im Kern rechtsextreme politische Organisation. Die Gesänge und Pfeifflaute wa-

[2] Das Band des Bundes besteht aus mehreren miteinander verbundenen Gebäuden des deutschen Parlamentarismus im Regierungsviertel in Berlin.

ren auch gegen den ÖRR gerichtet. Die Protestierenden wollten darauf aufmerksam machen, dass der ÖRR eine maßgebliche Rolle für den Aufstieg der politischen Rechten in der *Bundesrepublik Deutschland* (BRD) gespielt hat und – unreflektiert wie er ist – auch weiterhin spielt. Eine solche Mitverantwortung würden die Macher*innen des Sommerinterviews natürlich weit von sich weisen. Sie widerspräche ihrer eigenen journalistischen und politischen Identität.

Wirft man einen genaueren Blick auf jenes überraschend bruchlose Selbstbild des ÖRR, so hält es einer Prüfung kaum stand. Die Motive von Maybrit Illner, Caren Miosga, Markus Lanz und vielen anderen Moderator*innen und Journalist*innen des ÖRR liegen auf der Hand. Die im Vergleich zu den *Sozialen Medien* langsamen und behäbigen Formate des ÖRR müssen in der hart umkämpften medialen Aufmerksamkeitsökonomie konkurrenzfähig bleiben. Die AfD garantiert eine gute Quote. Sie sichert diese umso mehr, je häufiger man der AfD einen Raum für Tabubrüche, Provokationen und damit für eine Verschiebung des Denk- und Sagbaren gibt.

Dennoch überrascht die Naivität dieser Journalist*innen. Eigentlich könnte man erwarten, dass sie die Absicherung ihrer eigenen beruflichen Existenz etwas mehr im Blick haben. Denn geradezu offen und unverblümt erklärt die radikale Rechte, dass sie den *Öffentlichen Rundfunk* auflösen will. Sie spricht von einer »zwangsfinanzierten Lügenpresse« und von »Fake News«. Was die politische Rechte am ÖRR stört, ist eben jener demokratische Auftrag, in dessen Namen dieser die AfD immer wieder zum Gespräch einlädt. Sie will diesen abschaffen und die ihr zugehörigen Milieus lieber über die Springerpresse, die *Berliner Zeitung* oder die *Neue Züricher Zeitung* (NZZ) mit Nachrichten versorgen, also über private Medienunternehmen, die ihr seit geraumer Zeit in vielen Punkten nahestehen. Oder besser noch, sie will diese ganz ungefiltert über rechte Nachrichten- und Social Mediaportale wie *NiUS*, *Tichys Einblick* oder *Twitter/X* (des)informieren. Nicht zu vergessen ist aber auch eine geschichtliche Dimension dieser Gegnerschaft. Die radikale Rechte kann dem ÖRR nicht verzeihen, dass dieser von den Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt worden war, um den Deutschen ihren Nationalsozialismus, Rassismus und Antisemitismus mittels politischer Bildung und Kultur auszutreiben. Wir haben es also mit einem Ressentiment zu tun, dass nicht nur eine taktisch-politische Komponente im Kampf um eine rechte Hegemonie aufweist, sondern auch historische Wurzeln hat.

Miosga und Co fühlen sich durch die Kritik der Demonstrant*innen einfach missverstanden. Sie begreifen sich als kritische Moderator*in-

nen und stellen sich in die Tradition einer journalistischen Aufklärung. Sie sehen ihre Aufgabe darin, die AfD inhaltlich und argumentativ zu stellen. Sie wollen der AfD schonungslos aufs Zahnfleisch fühlen. Man darf ihnen diesen Anspruch auch ruhig abnehmen. Dass ihren gut gemeinten Intentionen zum Trotz die Repräsentant*innen der AfD ihre Sendungen zuallererst für ihre eigene Selbstdarstellung zu nutzen wissen, liegt jedoch offen auf der Hand. Aber woran liegt das?

Die politische Rechte ist in der BRD nicht nur im Sommer 2025 in Umfragen außergewöhnlich stark geworden und zieht mittlerweile mit annähernd 25 Prozent mit der *Christlich Demokratischen Union* (CDU) (fast) gleich; sie hat es auf vielen Themenfeldern geschafft, Meinungsführerschaft zu erlangen. Viele Journalist*innen aus dem liberalen und konservativen Spektrum teilen bei bestimmten politischen Debatten inzwischen einen gemeinsamen Diskursrahmen mit der AfD. Bis ins Vokabular sind gewisse Argumentationsmuster der radikalen Rechten in den breiten journalistischen Betrieb vorgedrungen und haben sich festgesetzt.

Nehmen wir das Beispiel von Flucht und Migration. Wie selbstverständlich reden viele Journalist*innen inzwischen von einer »illegalen Migration«, die »bekämpft« werden müsse, von einem »Kontrollverlust durch Migration«, oder sie bringen nahezu jedes politische Thema von der Rentenpolitik bis zum Wohnungsmarkt oder der Kriminalität in einen negativen Zusammenhang mit der Zuwanderung. Ein solcher Journalismus teilt sich also eine gemeinsame diskursive Grundlage mit der politischen Rechten. Wo sich aber die Begriffe überschneiden und ein gemeinsamer Interpretationsrahmen gesetzt ist, kann auch nur noch innerhalb dieser Grammatik diskutiert werden. Die journalistische Aufklärung, die unter anderem von Markus Lanz weiterhin stolz hochgehalten wird, verfügt in der Folge über keinen archimedischen Punkt mehr, um die rechte Programmatik insgesamt auszuhebeln.

Wo von Rassismus, von Nationalismus, von Sozialabbau, von unsicheren Lebensverhältnissen und einer politisch geschürten Angst gesprochen werden müsste, diskutiert er stattdessen mit der AfD in endlosen Sendungen immer wieder über den Umfang von Migration, darüber, *ab welcher Zahl* Zuwanderung problematisch werde, und über die aus seiner Sicht statthaften und unstatthaften Maßnahmen einer Begrenzung von Migration. In gut gemeinter Absicht führt Lanz die Frage ins Feld, ob nicht vielleicht einzelne Migrant*innengruppen doch auch »für uns« und »unseren Arbeitsmarkt« nützlich sein könnten. Dieser kritisch gemeinte Journalismus lehnt zwar mit großer Geste die Programmatik der AfD in Bezug auf eine systematisch angelegte Remigration ab, also die

von dem Rechtsradikalen Martin Sellner übernommene Forderung nach einer millionenfachen Deportation von Menschen. Dass über die vermeintlichen Grenzen der Belastbarkeit Deutschlands im Grundsatz gesprochen werden müsste, findet er ebenso richtig wie die AfD. Er sieht auch kein Problem darin, dass deutsche und nicht-deutsche Menschen fein säuberlich voneinander zu scheiden seien, um solche Belastungsschwellen zu bestimmen. Denn die Nöte und Ängste (deutscher) Menschen und die Überlastung der Kommunen müssten ernst genommen werden. Dabei fragt der migrationspolitische Lanzenbrecher aber nicht, warum eigentlich gerade so viele Menschen überhaupt so viele Sorgen haben, warum sie sich in existenziellen Notlagen befinden, und was die tiefere sozioökonomische Ursache dafür ist, dass sich ihre Ängste zurzeit vermehrt in einer xenophoben Art und Weise Ausdruck verschaffen. Dass er auf eine Unterfinanzierung der Kommunen zu sprechen kommt, ist richtig. Diese ist aber ein Problem einer verfehlten Wirtschaftspolitik, nicht die Folge von Zuwanderung. Einig ist er sich mit der AfD schließlich in der Auffassung, dass Migrant*innen als »Gäste« in »unserem« Land sich »nach unseren Regeln« zu benehmen haben. Differenzen gibt es lediglich bei der Frage, ab welchem Punkt diese Gäste den Bogen überspannt hätten und dann »gehen müssten«.

Noch während des Sommerinterviews der ARD setzte ein hitziger Kampf um die Meinungshoheit über die Aktion des ZPS ein. Weidel sprach sofort davon, dass man sich von »solchen demokratiefeindlichen Aktionen nicht einschüchtern lassen« werde.[3] *Die Welt*, *NiUS*, *Tichys Einblick* und all die anderen üblichen Verdächtigen im haptischen und digitalen Blätterwald sprangen Weidel augenblicklich bei und haben ihre Position teilweise noch um ein verschwörungstheoretisches Moment ergänzt. Da sei ein Verdacht im Raum, der ernst zu nehmen sei, konnte man lesen, nämlich, dass sich die Polizei, die ARD und die Protestierenden zusammengetan und miteinander abgesprochen hätten. Wie hätte sonst ein Lautsprecherwagen im Regierungsviertel parken können?[4]

[3] Vgl. »ARD-Sommerinterview mit Weidel: ARD überprüft Sicherheitskonzept für Live-Sendungen«. In: DIE WELT vom 23.7.2025; www.welt.de/politik/deutschland/article687de2b06696f36098c31d92/ARD-Sommerinterview-mit-Weidel-ARD-ueberprueft-Sicherheitskonzept-fuer-Live-Sendungen.html (letzter Zugriff: 18.8.2025).

[4] Vgl. »Störaktion gegen Weidel-Interview abgesprochen? Berliner Polizei widerspricht Aktivisten«. In: DIE WELT vom 24.7.2025; www.welt.de/politik/deutschland/article6880a1b8c1ef6365168b77a7/ARD-Stoeraktion-gegen-Weidel-Inter-

Aber auch aus den Reihen der etablierten Politik bekam Weidel Rückendeckung. Ob Carsten Linnemann von der CDU, Wolfgang Kubicki von der *Freien Demokratischen Partei* (FDP) oder Sahra Wagenknecht vom *Bündnis Sahra Wagenknecht* (BSW), man übte sich von (links)konservativ bis (rechts)liberal in großer Einigkeit und formulierte scharfe Kritiken an der Aktion des ZPS. Man zeigte sich besorgt darüber, dass die Protestierenden die demokratische Kultur nachhaltig beschädigt hätten. Es sei eine Unsitte, Andersdenkende niederzuschreien und am Ausreden zu hindern. Auch der AfD müsse man zuhören, zumal sie die größte Oppositionspartei im *Deutschen Bundestag* sei. Zu guter Letzt stempelte man in seltener Einmütigkeit die Demonstrant*innen als nützliche Idiot*innen der AfD ab, der jene Aufmerksamkeit verschafft werde, nach der sie sich sehne. Sie würde zum Opfer gemacht und die sachliche Kritik des Moderators an den Positionen von Weidel sei im Lärm untergegangen. Wagenknecht meinte sogar, die Störer hätten aus dem Interview eine »Werbeveranstaltung« für die AfD gemacht, »weil jeder Bürger mit einem Sinn für Fairness sich abgestoßen fühlen muss, wenn ein politisches Interview mit solchen Mitteln unmöglich gemacht werden soll. Wer glaubt, die AfD niederschreien zu müssen, demonstriert damit nur seine eigene undemokratische Arroganz und Hilflosigkeit«.[5]

All diese Stellungnahmen belegen, wie sehr sich in den letzten Jahren das politische Koordinatenkreuz nach rechts verschoben hat. Keine*r der genannten Politiker*innen hat auch nur ein einziges Wort über die Bedrohung verloren, die von der radikalen Rechten bereits heute für viele Menschen ausgeht. Dieses Schweigen dürfte sich zum Teil dadurch erklären lassen, dass ihre eigene Lebenswirklichkeit einfach gar nichts mit jenen Bevölkerungsgruppen zu tun hat, die, wie Queers, Migrant*innen oder Linke im ländlichen Raum, zurzeit durch den Rechtsruck massiv gefährdet sind. Alten Feindbildern verpflichtet, sehen sie weiterhin die eigentlichen politischen Gefahren bei Akteuren wie dem ZPS oder den *OMAS GEGEN RECHTS*, also bei Menschen, die politisch links stehen und sich in der Zivilgesellschaft engagieren. Das mag zu einem guten Teil an der Trägheit konservativer Diskurse liegen. Aber was ist nur aus dem »Nie wieder!« und dem »Wehret den Anfängen!« geworden, also Auffassungen, die auch sie lange Zeit wenigstens oberflächlich im Munde geführt haben? Aus dem einst gesellschaftlich breit getragenen

---

view-abgesprochen-Berliner-Polizei-widerspricht-Aktivisten.html (letzter Zugriff: 18.8.2025).

[5] »ARD-Sommerinterview mit Weidel […]«, a.a.O.

Konsens, dass Widerstand gegen rechtsextreme Positionen selbstverständlich legitim sei? Er ist offenbar dem Wunsch nach einer »Fairness« im Umgang mit der AfD gewichen. Anständig will man sich deshalb gegenüber den Rechten verhalten, weil man der Meinung ist, dass sie inzwischen irgendwie dazugehören, auch wenn sie vielleicht so etwas wie die Schmuddelkinder des bürgerlichen Lagers sind.

Die Aktionen des ZPS sind auf der einen Seite bei Teilen des politischen Establishments auf Ablehnung gestoßen, auf der anderen Seite aber dürften sie vielen Menschen Mut gemacht haben. Durch ihren Protest haben sich Menschen selbst ermächtigt und sind aus ihrer Passivität angesichts der massiven Rechtsbewegung ausgebrochen. Sie haben ein starkes Zeichen dafür gesetzt, dass sie die fortschreitende Faschisierung der Gesellschaft nicht weiter hinnehmen wollen. Die Aktion hat Bilder geliefert, die man noch in vielen Jahren in Geschichtsbüchern und Jahresrückblicken sehen wird. Am symbolträchtigen 20. Juli haben sich die Störer*innen vielleicht etwas sehr pathetisch in die Tradition des Verschwörer*innenkreises um Claus Schenk Graf von Stauffenberg gestellt, der, bei aller berechtigten Kritik, die es am konservativen Widerstand gegen Hitler gibt,[6] der Welt im Jahr 1944 zeigen wollte, dass *wir nicht alle so sind wie sie*.

Politiker*innen wie Linnemann oder Wagenknecht, die die These im Munde führen, dass der Protest der Demokratie geschadet habe, offenbaren ein zutiefst autoritäres Verständnis von Demokratie. Sie haben nach wie vor nicht begriffen, dass *Ziviler Ungehorsam* (ZU), Demonstrationen und Protestbekundungen essenzielle Bestandteile demokratischer Gesellschaften sind. Demokratie sollte aus mehr als nur Elitenhandeln, bürokratisch-parteiartigen Formen der politischen Organisierung und regelmäßigen Wahlentscheidungen des Souveräns auf Zeit bestehen. Indem die genannten Politiker*innen behaupten, die AfD wäre durch die Aktion zu einem »Opfer« gemacht worden, springen sie – gewollt oder ungewollt – der Rechtsabbiegerpartei gleich auf *dreifache Weise* zur Seite.

Sie übernehmen *erstens* den eigenen permanenten Opferdiskurs dieser Partei, bestätigen diesen und verbreiten ihn über die Medien und über ihre eigenen Kanäle und Strukturen. Stattdessen hätten sie auch

[6] Siehe Ralf Balke: »Problematische Erinnerung. Warum die Glorifizierung von Stauffenberg und den anderen Attentätern des 20. Juli so unangemessen und irritierend ist«. In: Jüdische Allgemeine vom 20.7.2022; www.juedische-allgemeine.de/politik/problematische-erinnerung/ (letzter Zugriff: 18.8.2025).

auf den demokratiefeindlichen und autoritären Charakter der AfD hinweisen können, um diese selbst unter Druck zu setzen. Sie hätten auf andere, auf wirkliche statt auf vermeintliche Opfer verweisen können, nämlich auf jene, die eine rechtsradikale Politik unweigerlich mit sich bringt, da sie Hass, Aggressionen und Ängste schürt und da sie politisch gegen Minderheiten mobilisiert. Aber darum geht es Leuten wie Wagenknecht und Linnemann nicht. Sie wollen die Brandmauer gegen die AfD aus machttaktischen Erwägungen einreißen und suchen sich dafür regelmäßig Anlässe. Sie behaupten immer wieder, dass die klare Abgrenzung von der radikalen Rechten paradoxe Ergebnisse zeitige. Denn der anhaltende Aufwärtstrend der Rechten sei auf die Brandmauer zurückzuführen. Sie nütze der Rechten, indem sie diese fortwährend ausgrenze, statt sie durch Einbindung und Teilhabe zu entzaubern.

Das sehen die Kritiker*innen von Wagenknecht und Co naturgemäß anders. Sie heben hervor, dass von einer funktionsfähigen Brandmauer schon lange nicht mehr gesprochen werden könne. Denn die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (SPD), die CDU, die FDP oder das BSW haben faktisch inzwischen wichtige Positionen der AfD übernommen und lassen sich von dieser vorantreiben. Die bürgerlichen Parteien polemisieren wie die AfD gegen eine gendergerechte Sprache, gegen diverse Klimaschutzmaßnahmen oder gegen Queers und entwickeln Maßnahmenkataloge gegen Geflüchtete – einer schärfer als der andere. Es sind gerade die Lücken in der Brandmauer, die auf diese Weise entstehen, die der radikalen Rechten Zuspruch verschaffen. Wie in einer Echokammer werden die politischen Signale der Rechtsradikalen durch sie offenbar verstärkt.

Sosehr diese Kritik im Grundsatz richtig ist, die *Soziale Bewegungsforschung* zeigt uns, dass auch sie etwas zu kurz greift. Denn politischer Radikalismus entwickelt sich vor allem dort gut, wo ein klarer Umgang mit diesem fehlt. Es ist vor allem eine Pendelbewegung von Ausgrenzung und Zugeständnissen, die ihn treibhausförmig zur Entfaltung bringt. Denn das oszillierende Hin und Her erlaubt beides: Man kann sich als Opfer einer ungerechten Politik präsentieren und gleichzeitig unter Beweis stellen, dass die eigene Politik wirkt und reale Veränderungen hervorbringt. Nimmt man die Erkenntnisse der Bewegungsforschung ernst, so beweisen aber gerade diese, wie gefährlich die Bestrebungen von Politiker*innen wie Linnemann sind, die Brandmauer einzureißen. Denn ein Ende der Schutzmauer kann einfach keine ernsthafte Option sein, auch nicht, um den Pendelschlag zu stoppen. Denn dies würde bedeuten, Hass, Ausgrenzung und Diskriminierung zu normalisieren.

Wagenknecht, Linnemann und Kubicki bedienen nicht nur den eigenen Opferdiskurs der AfD. Sie fordern *zweitens* zu einer Entsolidarisierung mit Menschen auf, die sich gegen die erstarkende radikale Rechte engagieren. Sie unterlassen es nicht nur, die Proteste zu nutzen, um die weit am rechten Rand stehende Partei zu kritisieren. Sie übernehmen nicht nur die Kerngehalte der eigenen politischen Kommunikation der Rechtsradikalen, wenn diese sich mit Menschen konfrontiert sehen, die ihrem menschenverachtenden Treiben Einhalt gebieten wollen. Sondern sie distanzieren sich darüber hinaus auch noch von genau jenen Menschen, die sich im Unterschied zu ihnen bunt, sichtbar und laut gegen Rassismus, Autoritarismus oder einen Abbau von Demokratie einsetzen. Sie formulieren nicht weniger als einen offenen Appell an die breite Öffentlichkeit, sich von Leuten, wie denen des ZPS oder der *OMAS GEGEN RECHTS*, abzugrenzen. Sie tun dies demonstrativ und unmissverständlich. Die Kritik ist nicht ansatzweise konstruktiv gemeint, sondern grundsätzlich.

Die Intervention von Leuten wie Kubicki oder von Linnemann ist insofern fatal, als sie behindert, was gerade wirklich notwendig wäre. Der Widerstand gegen die AfD müsste sich deutlich verstetigen und verbreitern. Wichtig wäre es, dass sich ihm mehr und mehr Menschen anschließen und dass sie dies mit einer klaren Perspektive, einer konkreten Einschätzung der politischen und gesellschaftlichen Situation und mit einem Wissen über die Methoden und Hebel erfolgreichen politischen Handelns machen. Gerade daran mangelt es aber. Der Kampf gegen Rechts weist ein eklatantes Strategiedefizit auf. Die meisten, die gegen den Rechtsruck politisch aktiv sind, wissen dies auch. Die Unsicherheit, die damit verbunden ist, wird *drittens* durch die Stellungnahmen von Leuten wie Wagenknecht und Kubicki noch verstärkt. Tut man wirklich das Richtige? Wäre nicht anderes sinnvoller? Sollte man nicht vielleicht einfach abwarten? Oder nützen unsere Aktionen nicht vielleicht sogar ungewollt der Gegnerin? Indem sie genau diese Befürchtungen bedienen, demobilisieren sie zum einen jene, die sich bereits engagieren, und verhindern zum anderen, dass neue Aktive hinzustoßen.

Die AfD wiederum verfügt über einen klaren strategischen Kompass, wie ein gerade erst durchgesickertes internes Papier der Partei verdeutlicht hat.[7] Sie will sich in mehreren Schritten den Weg ins Kanzleramt

[7] Vgl. Benjamin Grosskopf/Bianca Schwarz: »Der Weg ins Kanzleramt? Wie die AfD-Strategie funktioniert«, tagesschau.de vom 25.7.2025; www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-strategie-104.html (letzter Zugriff: 18.8.2025).

ebnen und anschließend die Gesellschaft umbauen. Im ersten Schritt will sie versuchen, die Partei *Die Linke* in einen Kulturkampf zu verwickeln. Sie hofft, dass es dadurch zu einem Sog kommt, der auch die Parteien *Bündnis 90/Die Grünen* (Grüne) und die SPD nach links ziehen wird. Die Polarisierung, die daraus entsteht, soll eine Zusammenarbeit der Koalitionsparteien SPD und CDU zunehmend verunmöglichen. Im zweiten Schritt soll die Brandmauer zu den Christdemokrat*innen fallen. Die AfD weiß, dass es innerhalb der CDU bereits einen starken Flügel gibt, der mit ihr kompatibel ist und der nach dem Wegbrechen der FDP bei der Bundestagswahl im Februar 2025 nach neuen Machtoptionen sucht, also jenseits der SPD und den Grünen. Sie will diesen Flügel stärken und ihn gegen den eher liberalen Teil der CDU ausspielen. Die CDU soll diskursiv gelockt werden, indem sie deutlich machen will, dass diese die AfD im anstehenden Kulturkampf brauche, um glaubwürdig zu bleiben. In einem dritten und letzten Schritt will die AfD schließlich der CDU zunehmend ihren Markenkern streitig machen, um auf diese Weise in deren Basis einzudringen. Die AfD beabsichtigt, die CDU in ihrem ureigenen Feld der Wirtschafts- und Sozialkompetenz politisch herauszufordern. Mittelfristig würde die AfD gerne allein regieren. Sollte dies vorerst nicht möglich sein, will sie wenigstens der starke Partner in einer schwarz-blauen Koalition sein.

Was also tun gegen die radikale Rechte?

Liest man das Papier, so wird deutlich, dass sich die AfD-Führung strategiepolitisch fit gemacht hat. Sie hat die Hegemonietheorien von Antonio Gramsci und Friedrich August von Hayek studiert, kennt sich offenbar mit den Werkzeugen des politischen *Campainings* gut aus und weiß die zentralen Aussagen der *Sozialen Bewegungsforschung* für sich zu nutzen, indem sie bemüht ist, aus ihnen praktische Erfolgskriterien für das politische Handeln abzuleiten. Will die politische Linke den Siegeszug der AfD aufhalten, darf sie ihr in eben diesen Dingen in nichts nachstehen. Sie sollte in den Tools eines erfolgreichen politischen Aktivismus geübt sein, ihre Gegner*innen und deren Stärken und Schwächen ebenso eingehend studiert haben wie sich selbst und die Ergebnisse einer kritischen Wissenschaft Sozialer Bewegungen kennen und für sich handhabbar machen. Da es einen breiten Widerstand gegen den politischen Rechtstrend braucht, reichen hierfür die weitgehend abgeschlossen geführten Debatten einzelner akademischer und politischer Eliten

nicht aus, so wichtig sie auch für das linke Milieu sein mögen. Es braucht eine breite strategische Debatte und eine Qualifizierung in diesen Dingen durch politische Bildung, die in die Fläche geht, und auch eine Schaffung von vielen Vernetzungs- und Austauschräumen für Aktivist*innen ermöglicht. Der Aktionstrainer George Lakey sagte einmal, dass Strategie zu wichtig sei, um sie Einzelnen zu überlassen.[8] Er hatte recht. Denn strategische Debatten müssen, wenn sie emanzipatorisch und erfolgsorientiert sein wollen, von vielen getragen, geführt und sich in ihren Ergebnissen angeeignet werden. Die folgenden Punkte können vielleicht eine Anregung für einen solch anstehenden Strategieprozess sein.

Wenn die AfD *erstens* in einen offenen Kulturkampf mit der Partei *Die Linke* eintreten will, dann wäre diese gut beraten, ihr den Gefallen nicht zu tun. Ganz wird sich dies nicht vermeiden lassen. Denn wenn die AfD beispielsweise zunehmend Orte des Wissens, wie Bibliotheken oder andere Wissensarchive, für sich als ein Feld der politischen Auseinandersetzung entdeckt, dann wird man darauf im Sinne einer Verteidigung solcher Räume der Begegnung und des frei zugänglichen Wissens einfach reagieren müssen.[9] Das primäre Auseinandersetzungsfeld sollte jedoch ein anderes sein – möglichst eines, dass der AfD ungelegen kommt. Man darf die AfD auch nicht über die Mittel und über ihre primären Gegner*innen selbst entscheiden lassen. *Die Linke* sollte versuchen, sich nicht auf den gewünschten Zweikampf mit der AfD einzulassen. Gut wäre es, wenn sie ein breiteres Bündnis mit aufbauen würde, von dem sie ein Teil ist, wenn auch ein wesentlicher.

Der pragmatische Flügel der Linkspartei wird diesen Vorschlag wahrscheinlich im Sinne eines Plädoyers in Richtung einer *Rot-Rot-Grünen Koalition* nach der nächsten Bundestagswahl missverstehen wollen. Das ist es explizit nicht. Die AfD möchte ja gerade ein polarisiertes Feld der politischen Auseinandersetzung aufbauen, indem *Die Linke*, die SPD und die Grünen auf der einen Seite stehen und die AfD sowie eine zunehmend gespaltene CDU auf der anderen. Zudem würde *Die Linke* in ei-

[8] George Lakey: Manifest für eine gewaltfreie Revolution. In: Gorge Lakey/Michael Randle: Gewaltfreie Revolutionen, hrsg. v. Wolfram Beyer, Berlin 1988, S. 19–68.

[9] Siehe Björn Hayer: »Rechter Angriff auf Bibliotheken: Bedrohtes Wissen«. In: Frankfurter Rundschau vom 2.8.2025; www.fr.de/kultur/gesellschaft/rechter-angriff-auf-bibliotheken-bedrohtes-wissen-93855778.html (letzter Zugriff: 18.8.2025).

ner solchen Koalition als schwächster Partner untergehen.[10] Sie müsste außen- sowie wirtschafts- und sozialpolitisch substanzielle Zugeständnisse an die Grünen und die SPD machen, die selbst kaum noch einen erkennbaren linken Kern besitzen und die sich selbst, gerade was Bürger*innenrechte und die Migrationspolitik angeht, äußerst weit nach rechts bewegt haben, also genau in jenem Politikfeld, wo eine scharfe Abgrenzung nach Rechts dringend erforderlich ist. Folgt man dieser Einschätzung, dann schließt dies punktuelle Bündnisse, etwa bei Demonstrationen gegen Rechts oder zur Verteidigung der Zivilgesellschaft, nicht aus. *Die Linke* sollte aber stets klarmachen, dass sie selbst die einzige sozialökologische Alternative im Parteienspektrum zu allen anderen Parteien ist und an ihrer eigenen politischen Stärke arbeiten.

Stattdessen wäre es sinnvoll, wenn sich *Die Linke* am Aufbau eines breiten antifaschistischen Mosaiks beteiligen würde, das auf Augenhöhe angelegt ist und das von Gewerkschaften über NGOs, über soziale Bewegungen bis hin zur akademischen und kulturellen Linken reicht. Die Unterstützung prominenter Persönlichkeiten aus Kunst, Film oder Medien ist für den politischen Erfolg eines solchen Mosaiks nicht zu unterschätzen. Damit stabile Bindungen nach innen aufgebaut werden können, braucht es regelmäßige identitätsstiftende Ereignisse (wie Demonstrationen, Rockveranstaltungen gegen Rechts oder Ähnliches) und auch neue und frische Symbole, Aktionsformen und Parolen, die attraktiv und modern sind und viele ansprechen. Man sollte bemüht sein, ein kämpferisches und starkes Wir-Gefühl auszubilden, das weiterhin Unterschiede im gemeinsamen Kampf gegen den Postfaschismus zulässt. Wenn sich dieses antifaschistische Geflecht aus verschiedenen Gruppen und Organisationen dabei ausdrücklich an jene gesellschaftlichen Gruppen wendet, die am meisten unter einer Regierung mit AfD-Beteiligung leiden würden, dann wäre das zielführend. Betroffenheit ist ein wichtiger Motor für politisches Engagement. Es sollte mit anderen Worten (post-)migrantisch, sozial-ökologisch und queer sein.

Die etwa zwei zentralen Themen, die in Kampagnen im Vordergrund stehen, um die AfD politisch zu stellen, müssen noch gefunden werden. Sie bilden die Kerbe, in die wieder und wieder geschlagen werden muss, bis der Ast, auf dem die radikale Rechte sitzt, bricht. Da die AfD der CDU erklärtermaßen ihre Wirtschafts- und Sozialkompetenz strei-

[10] Siehe Ingar Solty: »Wider den linken Todestrieb«. In: ND vom 21.7.2025; www.nd-aktuell.de/artikel/1192762.linkspartei-gegen-den-linken-todestrieb.html (letzter Zugriff: 18.8.2025).

tig machen und sich mit der politischen Linken in einen kulturkämpferischen Kleinkrieg begeben will, ist es naheliegend, die AfD gezielt als Partei eines unsozialen Marktradikalismus anzugreifen. Nicht sie sollte die CDU wirtschafts- und sozialpolitisch herausfordern können, sondern sie sollte selbst auf diesem Gebiet in eine Verteidigungshaltung hineingeraten. Die sozialökomischen Angriffspunkte wären dabei so auszuwählen, dass sie dazu geeignet sind, Teile der Basis der AfD von ihrer eigenen Partei zu entfremden, indem sie kenntlich machen, dass die Politik der AfD, wenn sie in Regierungshandeln gegossen wird, ihnen materiell und sozial deutlich schadet.

Da der CDU in dem Strategiepapier der AfD eine zentrale Rolle zukommt, ist es *zweitens* naheliegend, den Plan der AfD über die Bande der CDU auszuhebeln. Die AfD setzt auf den rechtskonservativen Flügel der CDU. Man sollte diesem demonstrieren, dass es ihn enorm viel kostete, wenn er sich mit der AfD einlässt. Die AfD hat ihr strategisches Vorhaben im Sommer 2025 erfolgreich bei der Neubesetzung des *Bundesverfassungsgerichts* (BVG) durchexerziert. Sie hat die Kandidatin der SPD, Frauke Brosius-Gersdorf, verhindert, indem sie zusammen mit anderen Teilen der extremen Rechten, wie beispielsweise dem Magazin *Compact*, eine Lügen- und Mobbingkampagne gegen die Kandidatin lostrat. Nachdem der rechte Flügel der CDU deutlich gemacht hatte, dass er sie nicht wählen wird, wurde Brosius-Gersdorf zum Verzicht auf ihre Kandidatur bewegt.[11] Die Unmutsbekundungen, die über das Verhalten von Teilen der CDU im liberalen und linken Spektrum anschließend geäußert wurden, reichen nicht aus. Man hätte massiven politischen Druck aufbauen müssen. Eine Grunderkenntnis des *Campainings* ist es, dass Kampagnen umso erfolgreicher sind, je mehr sie politische und gesellschaftliche Probleme zu personalisieren vermögen. Es wäre die Aufgabe von Jens Spahn als dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU gewesen, die notwendige Mehrheit für die Wahl von Brosius-Gersdorf sicherzustellen. Da Spahn zusätzlich selbst zum AfD-kompatiblen Flügel der *Union* gehört, hätte man unmittelbar eine Kampagne lostreten müssen, die erst mit dem Rücktritt von Spahn – oder aber mit dessen massiver Beschädigung – geendet hätte.

[11] Siehe »Gescheiterte Verfassungsrichterwahl: So erklärt Frauke Brosius-Gersdorf ihren Kandidatur-Verzicht«. In: Legal Tribune Online vom 12.8.2025; www.lto.de/recht/nachrichten/n/lto-dokumentiert-erklaerung-im-wortlaut (letzter Zugriff: 19.8.2025).

Drittens hat die AfD aus der *Sozialen Bewegungsforschung* gelernt, dass sich politischer Erfolg dort einstellt, wo die Legitimität der eigenen Forderungen und Anliegen plausibel gemacht werden kann. Dafür ist es folgerichtig, an vorherrschende gesellschaftliche Werte, an Überzeugungen und an ein bestehendes Bewusstsein von Recht und Unrecht anzuknüpfen. Dies ist auch der Grund, warum Weidel beispielsweise jeglichen Protest gegen die AfD als einen Angriff auf die Demokratie und die Meinungsvielfalt zu framen versucht. Das sollte man der AfD künftig nicht mehr durchgehen lassen. Anhand von konkreten Fakten sollte man der Öffentlichkeit deutlich machen, dass die AfD sich als antidemokratische und rassistische Kraft zu Unrecht auf solche Werte und Normen bezieht – und zwar so gebetsmühlenartig wie diese bemüht ist, ein solches *Framing* herzustellen. Dabei ist es wichtig, nicht nur mit Aussagen der AfD, mit Daten oder Zahlen zu arbeiten, sondern auch mit anschaulichen und beispielhaften Geschichten von Menschen, die konkret unter dem diskriminierenden und autoritären Charakter der AfD leiden. Es gilt, neben dem Kopf die Emotionen anzusprechen. Die Werte demokratischer Legitimität gilt es plausibel für sich und den antifaschistischen Kampf zu reklamieren. Sie dürften vor allem auch ein Ansatzpunkt sein, um künftig den liberalen Flügel der CDU wieder gegen die rechtskonservativen Kräfte in ihren eigenen Reihen zu stärken.

Die AfD selbst ist *viertens* ein äußerst heterogenes und instabiles Gebilde. Jeder Keil, der zwischen die unterschiedlichen Teile der AfD geschlagen werden kann, ist ein Erfolg, der die Partei schwächt. Spannungen und Widersprüche in den eigenen Reihen der extremen Rechten sollten gezielt gestärkt werden. Eine Regierungsbeteiligung der AfD, egal auf welcher föderalen Ebene, gilt es unter allen Umständen zu verhindern. Dem neoliberalen Flügel der AfD sollte aber suggeriert werden, dass er sich von den offen rechtsextremen Gliederungen und Personen, wie Björn Höcke und Maximilian Krah, trennen müsste, um überhaupt eine Chance zu haben, an der Macht beteiligt zu werden.

Sehen wir uns ein Beispiel an. Die gegenwärtige Debatte um ein Verbot der AfD beschreibt ein politisches Dilemma. Ein Verbot der AfD ist unwahrscheinlich, da die Hürden für Parteienverbote zu Recht hoch sind. Gelänge es dennoch das Verbot durchzusetzen, so wäre dies selbst eine politisch autoritäre Maßnahme. Die zentralen Ursachen der Stärke der politischen Rechten in Deutschland wären damit noch nicht diskutiert und angegangen. Es wäre nur deren parlamentarischer Ausdruck verboten worden. Zudem ist es wahrscheinlich, dass sich in der Folge ein Teil der Anhänger*innenschaft der AfD noch einmal deutlich radikali-

sieren würde. Dennoch spricht auch einiges für ein Verbot dieser Partei. Es würde die radikale Rechte von öffentlichen Geldern und ihrem Zugang zu den Medien abschneiden und den gegenwärtigen Trend zu einer Faschisierung der Gesellschaft wahrscheinlich verlangsamen. Damit würde auch Zeit im Kampf gegen die politische Rechte gewonnen werden, um sie mit den Mitteln der politischen Bildung und einer Politik, die die virulenten Krisen dieser Zeit auf demokratische und soziale Weise löst, nachhaltig zu bekämpfen. Damit wäre auch den Menschen der Grund genommen, die AfD zu wählen. Wie man sich auch immer in dieser Frage entscheidet: Die Verbotsdebatte ist, wie sie zurzeit aufgezogen wird, strategisch falsch angelegt. Jene, die ein Verbot befürworten, sollten nicht die Gesamtpartei einem entsprechenden Verfahren unterziehen, sondern nur jene Landesverbände und Unterstrukturen der AfD, bei denen auch in der Öffentlichkeit keinerlei Zweifel an ihrem rechtsextremen und verfassungsfeindlichen Charakter besteht. Dies würde nicht nur die Chancen auf ein Verbot deutlich erhöhen, sondern auch die unterschiedlichen Teile der AfD gegeneinander ausspielen. Das Ziel sollte es sein, einen solchen Gegensatz stufenweise derart auf die Spitze zu treiben, bis sich der eine oder andere Teil früher oder später von der Gesamtpartei abspaltet oder diese sich fortan gegenseitig zu blockieren beginnen.

Eine antifaschistische Politik sollte *fünftens* nicht naiv sein. Sie sollte sich auf das einstellen, was noch kommen kann. Der Bewegungszyklus, der in den 1960er-Jahren begann und links geprägt war, ist vorbei.[12] Stattdessen befinden wir uns in einer Anstiegsphase einer langen Welle, die postfaschistisch gekennzeichnet ist. Dieser Aufstieg der radikalen Rechten wird sich (vorläufig) mit jedem politischen Kipppunkt der Gesellschaft weiter beschleunigen. Eine Regierungsbeteiligung der AfD ist nach den Bundestagswahlen im März 2029 durchaus realistisch. Dass die AfD vorher in den ostdeutschen Bundesländern Regierungsverantwortung erlangen wird, ist wahrscheinlich. Da die Länderkompetenzen vor allem in den Bereichen Polizei, Bildung und Medien liegen, kann man sich vorstellen, was dies bedeuten wird. Wir werden erleben, dass die radikale Rechte zusammen mit dem rechtskonservativen Flügel der CDU die Finanzierung der NGO-Szene, von Diversitätsprojekten, von Kul-

[12] Vgl. Emanuel Kapfinger: »Das Ende eines Bewegungszyklus. Über die Linke und einen neuen Anfang«. In: untergrundblättle vom 19.7.2025; www.xn--untergrund-blttle-2qb.ch/politik/theorie/eine-historische-bewegung-ueber-die-linke-und-einen-neuen-anfang-009119.html (letzter Zugriff: 19.8.2025).

tureinrichtungen, Aussteiger*innenprogrammen gegen Rechts und so weiter zunehmend infrage stellen wird. Die AfD-nahe *Desiderius-Erasmus-Stiftung* (DES) wird wahrscheinlich ab 2026 in größerem Umfange öffentliche Gelder erhalten und, wenn dies geschieht, weit in die Zivilgesellschaft hineinwirken. Die Rechten werden fortschreitend ihre Leute in den Verwaltungen, Gerichten, Hochschulen, in Medien und Kultur unterbringen und stabile Karrierenetzwerke aufbauen. Die Repression gegen Linke und Liberale wird mit großer Wahrscheinlichkeit zunehmen. Für Migrant*innen und Queers könnte sich die Situation bald (nochmals) deutlich verschlechtern. Überrascht könnten eines Morgens diejenigen aufwachen, die gerade noch Berufs- und Parteienverbote befürwortet haben, um gegen die radikale Rechte vorzugehen, und wären auf einmal selbst davon betroffen. Es ist also folgerichtig, sich bereits jetzt auf all diese Dinge einzustellen und Strukturen zu schaffen, die finanziell unabhängig sind, und Schutz und Rückzugsräume für Beteiligte bereitzustellen. Eine antifaschistische Politik mit langem Atem, die stabile Ausgangsbasen für sich aufgebaut hat, ist nötig.

Zu guter Letzt ist es vordringlich, einzelne Aktionen oder Massendemonstrationen gegen Rechts, mögen sie noch so spektakulär sein, in ein kontinuierliches Politikformat zu überführen. Untersuchungen haben gezeigt, dass Proteste Kräfteverhältnisse nicht verändern können, wenn sie, wie diejenige des ZPS, punktförmig und sporadisch erfolgen. Kampagnen müssen langfristig angelegt sein, wo politische Maßnahmen unentwegt ineinandergreifen, sich die Klinke in die Hand geben, so dass Bewegungsmacht Stück für Stück aufgebaut werden kann. Gut gemachte Kampagnen sind eskalativ angelegt. Sie bemühen sich um eine Dramatisierung des Unrechtszustandes und versuchen stufenweise an Intensität zu gewinnen. Die große Kunst würde darin bestehen, sogenannte Dilemmata-Situationen für die Rechtsextremen zu schaffen oder diese ihrer Autorität zu berauben, indem man sie der Lächerlichkeit preisgibt. In einer solchen Zwickmühle würde sich die radikale Rechte dann befinden, wenn sie sich bei jeder ihrer Handlungsoptionen selbst schädigen würde, also zum Beispiel entweder die Proteste, die gegen sie stattfinden, stark werden lassen müsste oder aber in einer Weise reagieren würde, die ihren antidemokratischen Charakter offen vor aller Welt zur Schau stellt.

Aktionen, die einer antifaschistischen Bewusstseinsbildung dienen, sollten in Maßnahmen übergehen, die den Aufbau starker und handlungsfähiger Organisationen befördern. Diese wiederum müssten anschließend auf ihre Kampagnenfähigkeit getrimmt werden. Politische

Aktionen sollten neben ihrer Wirkung nach außen, immer auch nach innen orientiert sein. Indem sie das leisten, befördern sie den Aufbau von handlungsorientierten Strukturen und Netzwerken: Politische Kompetenzen werden entwickelt, Gelder beschafft und Räume kollegialer Beratung geschaffen. Wer aber nur auf Proteste allein setzt, wird die radikale Rechte auf Dauer nicht schädigen können. Es braucht auch ein konstruktives Programm, das Menschen davon überzeugt, dass sich durch eine linke Politik ihre eigene Lebenssituation Stück für Stück verbessert. Neben Fernzielen müssen auch immer realistische Zwischenziele einer gesellschaftsverändernden Politik formuliert werden, die – wenn sie erreicht werden – zu weiterem politischen Handeln motivieren.

Es bleibt also viel zu tun, um aus der Schockstarre herauszugelangen. Wir beginnen besser heute als morgen erst, unsere eigenen Strategien des politischen Kampfes gegen Rechts in einem breit angelegten Diskussionsprozess zu klären. Denn die widerständige Kritik gegen die radikale Rechte kann die Kritik des Widerstands nicht ersetzen; sie muss strategisch und praktisch werden.

Mario Candeias

Hoffnung und Hoffnungslosigkeit

Linke Analyse und Strategie in Zeiten von Faschisierung und spätneoliberaler Offensive

Die Transformation zum »grünen Kapitalismus« im globalen Westen ist gescheitert. Die Dynamik der Faschisierung als umkämpfte, aber bestimmende gesellschaftliche Entwicklung beschleunigt sich. Fast das gesamte politische Spektrum wird nach rechts gezogen, radikal rechte Einstellungen sind »normalisiert«. Der soziale Umgang verroht, Gewalt wird zunehmend zu einem alltäglichen Phänomen. In Italien, Belgien, den Niederlanden, Ungarn und nicht zuletzt den Vereinigten Staaten sind radikal Rechte an der Macht. In Frankreich ist es eine Frage der Zeit. Auch in Deutschland wird die sogenannte Brandmauer vermutlich fallen. Vorläufig ist der Weg für – wirksame – gesellschaftliche Alternativen verschlossen.[1]

Gern wird eine drastisch negative Analyse als pessimistisch oder zu hermetisch bezeichnet, um von der Düsternis nicht absorbiert zu werden, zu verzweifeln. Oder um liebgewonnene Hoffnungen, die einen durch den Tag tragen, aber den Wirklichkeitsbezug verloren haben, zu erhalten. Oder um den eigenen Habitus, besonders bei Aktivist*innen wie mir selbst, die stets mühsam nach der nächsten Möglichkeit für Widerstand suchen, abzuschirmen, um die eigene Handlungsfähigkeit nicht zu gefährden. Die Dunkelheit erscheint erdrückend.

Doch auch die Hoffenden bleiben unglücklich, wenn ihnen der Bezug zur Wirklichkeit abhandenkommt, sie Gefahr laufen an einer Hoffnung zu verzweifeln, die nie eingelöst wird. Ursächlich kann das eine falsche, zum Beispiel religiös überhöhte Hoffnung sein, die in sich bereits illusionär ist, oder eine Analyse, die von falschen Gegebenheiten ausgeht, unzutreffende Einschätzungen vornimmt, und somit unbegründete oder

[1] Vgl. Mario Candeias: Wir leben in keiner offenen Situation mehr. In: LuXemburg, online, 8/2023; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-leben-in-keiner-offenen-situation-mehr/ (letzter Zugriff: 15.5.2025); ders.: Monster verstehen. Wechselwirkung von Faschisierung und blockierter Transformation. In: Lia Becker/Mario Candeias (Hrsg.): Vom Horror zur Hoffnung, Berlin 2024, 7–42; Lia Becker: Deutschland am Kipppunkt. Blockierte Transformation, das Merz-Projekt und die Gefahr der Faschisierung 2024. In: LuXemburg, H. 2/2024, S. 6–15, [zeitschrift-luxemburg.de/artikel/am-kipppunkt-becker/ (letzter Zugriff: 15.5.2025).

voluntaristische Hoffnungen freisetzt, die notwendig enttäuscht werden. Viele Aktivist*innen sind voller Tatendrang aufgebrochen und schon nach kurzer Zeit enttäuscht der Sache verloren gegangen.

Natürlich ist die Entwicklung immer widersprüchlich und umkämpft. Zwischenzeitliche kleine oder größere Erfolge wecken zu Recht neue Zuversicht. Sie werden aber auch gern überhöht, beziehungsweise es werden Tendenz und Gegentendenz verwechselt. So ist der Erfolg der Partei *Die Linke* unschätzbar wertvoll, hoffnungsstiftend und stärkend. Dennoch ist das progressive Feld in Deutschland geschrumpft, die Macht der Faschisierung und Militarisierung ungebrochen. Wir sind in der Defensive.

Daher gilt nach wie vor als revolutionärste Tat, »zu sagen, was ist«, wie es bei Ferdinand Lassalle heißt, der von Rosa Luxemburg an prominenter Stelle zitiert wird.[2] Das ist die zentrale Aufgabe einer konkreten Analyse der konkreten Situation, die zugleich Wege zu perspektivischen Handlungsfähigkeiten offenlegt. Es gilt dabei, Hoffnungslosigkeit wie Hoffnung ernst zu nehmen und ins Verhältnis zu setzen, ihre Funktion zu begreifen. Eine Problemstellung, die geschichtlich durchaus immer wieder erlebt und durchdacht werden musste.

Hoffnungslosigkeit, Hoffnung und ihre Funktion

Die Verhältnisse rauben uns immer wieder den Atem und die Zuversicht. Albert Camus begreift in dieser Hinsicht Enttäuschung als Zerstörung von Illusionen.[3] Vor allem die absolute Bejahung des Lebens und die Einsicht »jener hoffnungslosen Kluft zwischen der Frage des Menschen und dem Schweigen der Welt«[4] sind maßgeblich in seiner Interpretation des Mythos des Sisyphos,[5] sich diesen als einen glücklichen Menschen vorzustellen. Er, der sich den Göttern widersetzt, das Unmögliche in Angriff nimmt: sein Schicksal selbst zu bestimmen und ge-

[2] Rosa Luxemburg: In revolutionärer Stunde: Was weiter? [1906], in: Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1974, S. 36.

[3] Albert Camus: Der Mythos des Sisyphos [1942], Hamburg 1959, S. 32, S. 51.

[4] Ebd., S. 9.

[5] Sisyphos wurde dem Mythos nach für seinen Spott über den Gott der Unterwelt von diesem bestraft, auf ewig einen Felsblock einen steilen Hang hinaufzurollen. »Sisyphusarbeit« wurde daher zu einem geflügelten Wort für eine sinnlose und dabei schwere Tätigkeit ohne absehbares Ende. Immer wieder rollte der Stein nach vollzogener Mühe vom Hang herunter. Die Arbeit begann unentwegt von Neuem.

gen die widrigen Umstände und die Übermacht Erfüllung zu finden, im Wissen, vielleicht nie das Ziel eines selbstbestimmten Lebens ohne Mühsal zu erreichen, aber den gegnerischen Kräften zu trotzen, ihnen Raum für Eigensinn und Perspektive abzuringen – findet darin auf *absurde* Weise einen Sinn. Ich würde hinzufügen, vor allem in gemeinsamer, solidarischer Praxis mit anderen wird darin Handlungsfähigkeit erweitert, der Möglichkeitsraum geweitet und Menschlichkeit geschaffen – selbst wenn damit immer wieder ein Scheitern verbunden sein sollte.

Die (ent-)täuschende »Befreiung von Illusionen« muss keineswegs in verzweifelte Hoffnungslosigkeit führen, sondern kann »auch eine Stärkung von Handlungs- und Antizipationsfähigkeit bewirken«.[6] Oder wie es Christina Thürmer-Rohr formuliert: »Die Hoffnungslosen kommen zu sich selbst, wenn sie das Nicht-heil-werden der Welt als Lebensvoraussetzung und als Bedingung der Möglichkeit innerer Freiheit begreifen.«[7]

Das ist viel verlangt: Bescheidener eröffnet dies aber gerade die Möglichkeit bis zum Ende Mensch zu bleiben, und mit dem Begreifen der Verhältnisse und der Ursachen ihrer Formierung eben nicht zu verzweifeln oder zynisch zu werden, den Verhältnissen nicht tumb und staunend gegenüberzustehen, sondern sie besser zu verstehen, sie zu durchdringen. Mit Antonio Gramsci gilt es »nüchterne, geduldige Menschen [zu] schaffen, die nicht verzweifeln angesichts der schlimmsten Schrecken und sich nicht an jeder Dummheit begeistern«.[8]

Doch »wenn es Wirklichkeitssinn gibt, muss es auch Möglichkeitssinn geben«, schreibt Robert Musil in *Der Mann ohne Eigenschaften*,[9] denn schließlich – oft zitiert – sind »die Widersprüche unsere Hoffnungen«, wie Bertolt Brecht es über den *Dreigroschenprozess* in seinem Notizbuch formuliert.[10] Nüchterne Analyse und Verstand sollen der Hoffnung Grenzen setzen und sie daran hindern, den Wunsch zum Vater des Gedankens zu machen – freilich ohne die Hoffnung zu ersticken. Es gilt, wie Wolfgang Fritz Haug das berühmte Zitat von Gramsci interpretiert, den Pessimismus »aus dem Herzen in den Verstand« zu versetzen,

---

[6] Jan Rehmann: Hoffnung. In: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM), Bd. 6/I, hrsg. v. W.F. Haug, Hamburg 2004, S. 467 f.

[7] Christina Thürmer-Rohr: Hoffnungslosigkeit. In: HKWM, Bd. 6/I, Hamburg 2004, S. 478.

[8] Antonio Gramsci: Gefängnishefte, hrsg. v. Wolfgang Fritz Haug u.a., Hamburg 1999, H. 28, § 11, S. 2232.

[9] Robert Musil: Der Mann ohne Eigenschaften [1930], Hamburg 1981, S. 16.

[10] Bertolt Brecht: Versuche 1-12. Heft 3 [1931], Berlin/Frankfurt a.M. 1959, S. 300.

»den Optimismus aus dem Verstand ins Herz«.[11] Denn mit relativer geschichtsphilosophischer Gewissheit lässt sich mit Brecht sagen: »so wie es ist, bleibt es nicht«.[12] »Um der Hoffnungslosen willen ist uns die Hoffnung gegeben«, so Walter Benjamin (der letztere dann doch verlor).[13] Diese Hoffnung ist aber eben nicht metaphysisch gedacht, sondern in der Analyse der Verhältnisse begründet.

Für »die Verdammten dieser Erde« (Frantz Fanon) gilt, wie Peter Weiss seinen Roman Ästhetik *des Widerstands* beendet: Die Hoffnungen werden »unzählige Male aufflammen, vom überlegenen Feind erstickt und wieder neu erweckt werden«.[14] Selbst die kommende Barbarei ist weder unausweichlich, noch hat sie dauerhaft Bestand. Die Hoffnung ist nicht naiv, sondern geht mit Karl Marx zurück auf einen »Bruch innerhalb der jetzigen Gesellschaft, den das alte System nicht zu heilen vermag«.[15] Die Geschichte bleibt offen, wenn auch nicht unmittelbar verfügbar, periodisch verstockt, verstopft, vertan und verraten, aber nur eine Weile, manchmal kaum aushaltbar lange Weile in denen sich ein Möglichkeitsfenster geschlossen hat.

»Die marxistische Gretchenfrage angesichts von Hoffnungslosigkeit lautet: Was wirst du tun?«, so Haug.[16] Es geht um die Frage der Freisetzung der spinozistischen *potentia agendi*, der Handlungsfähigkeit. »Im Hoffnungslosen soll Fatzer Fuß fassen, Fuß, nicht Hoffnung«, interpretiert Benjamin das bekannte Brecht-Stück.[17] Dafür halten ein pluraler Marxismus und kritische Wissenschaft ein vielfältiges analytisches Instrumentarium bereit, das für eine Unterscheidung zwischen illusionärer und realistischer Hoffnung relevant ist.

Entscheidend ist, daraus eine Philosophie der Praxis konkret zu machen, basierend auf dem kategorischen Imperativ »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein

---

[11] Wolfgang Fritz Haug: Philosophieren mit Brecht und Gramsci, Hamburg 1996, S. 12.

[12] Bertolt Brecht: Lob der Dialektik [1934]. In: Ders.: Gesammelte Werke, Bd. 9, Gedichte 1926–1933, Frankfurt a.M. 1967.

[13] Walter Benjamin: Wahlverwandtschaften [1925]. In: Ders.: Gesammelte Schriften Bd. I/1, Frankfurt a.M. 1991, S. 201.

[14] Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstandes, Bd. 3, Frankfurt a.M. 1981, S. 265.

[15] Karl Marx: Brief an Arnold Ruge [1843], in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 1, Berlin 1981, S. 338.

[16] Wolfgang Fritz Haug: Hoffnungslosigkeit II. In: HKWM, Bd. 6/I, Hamburg 2004, S. 483.

[17] Walter Benjamin: Gesammelte Schriften, Bd. II, S. 509.

verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«.[18] Das ist die Praxis einer Strategie der Hoffnung auf Zukunft, in der auch unabgegoltene Hoffnungen vergangener Kämpfe aufgehoben werden.

Bedingungen der Hoffnung: Strategiebildung, Organisierung und Solidarität

Welche Bedingungen braucht es, um zu Strategien der Hoffnung zu kommen?

1. *Orte für Strategiebildung*: Es braucht eine spezifische Produktion des Wissens, denn die zitierten Brecht'schen Widersprüche sind keineswegs geschichtsphilosophisch gemeint, sondern analytisch zu bestimmen als Grund einer »bestimmten Negation« (G.W.F. Hegel). Daher ist die Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, ihrer Dynamiken und Widersprüche, die konkrete Analyse der konkreten Situation unbedingt notwendig. Dabei gilt es neben den dominierenden gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen, stets auch die Gegentendenzen, Brüche und Widerstände in den Blick zu nehmen und ihre Potenziale einzuschätzen, um an der richtigen Stelle diese Gegenkräfte zu stärken, vorhandene Ressourcen gezielt einsetzen zu können. Es geht darum, den Zusammenhang zu denken, die komplexe und spezifische Artikulation gesellschaftlicher Verhältnisse im Moment ihrer Bewegung nicht als Betrachtung eines »fertige[n] Resultat[s]«, sondern in ihrem »Entstehungsprozess [zu] begleiten«.[19] Das erschwert die Analyse.

Eine marxistisch-sozialistische Transformationsforschung bezieht sich dabei nicht nur auf die konkrete Analyse der konkreten Situation, vielmehr versucht sie auch künftige Entwicklungen und verschiedene Szenarien abzuschätzen und Möglichkeitsräume für linke Strategien zu ermessen. Wenn politisch interveniert werden soll und dafür analytische und strategische Orientierung gefragt ist, können wir schlecht warten, bis nach Jahren rückblickend eine gesicherte Analyse vorgenommen werden kann. Wir können nicht gleichsam wie die Eule der Minerva unseren Flug erst nach Einbruch der Dämmerung beginnen.

Solche Analysen sind kein akademischer Selbstzweck, sondern eben Grundlage des Handelns. Doch aus der Analyse selbst ergibt sich keine

---

[18] Karl Marx: Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung [1844], MEW 1, Berlin 1981, S. 385.

[19] Karl Marx: Das Kapital [1890], Bd. 1, MEW 23, Berlin 1962, S. 236.

Strategie. Auch strategisches Denken muss gelernt werden. Die Universität ist meist nicht der Ort dessen, zu weit entfernt ist die akademische Praxis von derjenigen in Parteien, Bewegungen und Gewerkschaften. Eingreifende organische Intellektuelle gibt es, doch sind sie die Ausnahme, nicht die Regel. Und auch sie sehen sich strukturellen Zwängen des neoliberalen Wissenschaftsbetriebes ausgesetzt, die ihnen Freiheiten rauben. Aber auch Parteien, Bewegungen oder Gewerkschaften sind nicht unbedingt jener Ort, da die Alltagspraxis von den Hauptfunktionen dieser Organisationsformen (parlamentarische Praxen, Mobilisierung und Kampagnen, Organisierung, betriebliche und Tarifkämpfe) bestimmt ist. Selten bleibt ausreichend Zeit, davon gezielt zurückzutreten, Raum für Reflexion zu geben. Nichtsdestoweniger gibt es fast überall Kerne, mal informell, mal gezielt dafür eingerichtet, um strategisches Denken zu ermöglichen. Zur Produktion solchen Wissens braucht es viele Orte, mithin kollektive verbindende Intellektuelle, quer zu den unterschiedlichen (Mosaik)Teilen der gesellschaftlichen Linken.

Ein solcher Ort war das *Institut für Gesellschaftsanalyse* (IfG) der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* (RLS). Im Jahresbericht 2013 der RLS wurde kurz und bündig sein Zweck formuliert: »Das IfG verfolgt explizit keine akademische Ausrichtung, sondern eine politisch-strategische. Sein Nutzen bemisst sich an der politischen Wirkung.«[20] Ein Fall überpolitisierter Wissenschaft also? Oder gar des Dezisionismus einfachen »Partei«-Ergreifens als Maß wissenschaftlicher Wahrheit? Keineswegs.

Hybride Institute wie das IfG arbeiten *per definitionem* grenzüberschreitend: Ihren Akteur*innen fällt es manchmal schwer, mit der Kultur, dem aktuellen Stand und der hohen Entwicklungsdynamik der Wissenschaft mitzuhalten und so die dort herrschende Münze (wissenschaftliche Anerkennung) zu ernten, denn sie stehen unter dem Druck der häufig sehr unterschiedlichen und wechselnden politischen Praxisfelder, mit denen sie interagieren und die überwiegend operative Flexibilität und rasche kommunikative Präsenz prämieren. Doch umgekehrt kann die akademische Wissenschaft mit ihren Analysen oft nur beschwerlich mit der Geschwindigkeit gesellschaftlicher Umbrüche und der Notwendigkeit strategischer Reorientierungen mithalten.

Ein anderes, freilich weiterhin kritisches Wissen ist gefragt, das mit diesem Widerspruch zurechtkommt: Anstelle der akademischen Wissenschaft geht es um den Typus des transformativen Wissens, das auf

[20] Mario Candeias: Institut für Gesellschaftsanalyse, Jahresbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2013, Berlin 2014, S. 14.

emanzipative, selbstermächtigende Praxis aus ist. Ein Format, das die Praxen von Strategiebildung, Organisierung (im Sinne einer verbindenden Klassenpolitik), der politischen Bildung und intellektuellen Formierung handlungsfähiger kollektiver Subjekte und immer wieder verbindender Linien zwischen den verschiedenen Teilen der gesellschaftlichen Linken bearbeitet, analysiert, reflektiert, strategisch initiiert und zuweilen auch organisiert. Damit sitzt man zwischen allen Stühlen, es ist gewissermaßen ein Wagnis, weil man bekanntes Terrain verlassen muss. Dazu braucht es einen langen Atem. Dieser Versuch wurde leider Ende des Jahres 2023 abgebrochen, das Institut mit anderen Teilen und Zwecken der RLS fusioniert. Aus meiner Sicht war das ein strategischer Fehler. Nun gibt es weiterhin ganz hervorragende Einzelprojekte in der RLS, jedoch keinen strategisch agierenden Zusammenhang mehr.

Auch eine Zeitschrift kann teilweise eine solche Funktion übernehmen, wie Gramsci nicht müde wurde, es deutlich zu machen. Die *LuXemburg* als Zeitschrift der RLS war auch in Zeiten des IfG schon das publizistische Organ konkreter Analyse und Strategiedebatte, theoriegeleitet, wissenschaftsorientiert, aber zugleich auf konkretes Handeln ausgerichtet. Als Projekt zwar bislang nicht infrage gestellt, ist auch dieses strukturell keineswegs mehr gesichert. Umso wichtiger erscheint es mir, um ihren Erhalt zu streiten. Zweifellos kann sie nicht die Aufgaben des größeren IfG-Zusammenhangs bei politischer Bildung, Organisierung und Kampagnen kompensieren, aber doch teilweise eben die Funktion des kollektiven organischen und »Vermittlungsintellektuellen«.[21]

Es gilt viele solche Orte der Analyse und Strategiedebatte zu verteidigen, neue zu schaffen, sie auszubauen und zu verbreitern, für die Produktion transformativen, praktischen Wissens.

2. *Organisieren, um mehr zu werden*: Schon fürs Überleben in der Defensive ist es wichtig, sich als gesellschaftliche Linke und vor allem als Partei *Die Linke* wieder stärker in den Vierteln, wo die Kräfte vorhanden sind, auch in den Betrieben, zu verankern. Mehr werden: Schon länger als Strategie verfolgt, im jüngsten Bundestagswahlkampf auf ein neues Niveau gehoben, gilt es die Präsenz vor Ort, an den Haustüren, zu erhöhen, nicht nur alle vier Jahre zu den Wahlen, sondern regelmäßig oder mit Kampagnen wie »Deutsche Wohnen & Co enteignen« vor einiger Zeit. Vom Wahlkampf gilt es zur Organisierungsarbeit überzuge-

[21] Mario Candeias: (Organische) Intellektuelle; Vermittlungsintellektuelle. In: LuXemburg: ABC der Transformation, 2019; zeitschrift-luxemburg.de/abc/organische-intellektuelle-vermittlungsintellektuelle/ (letzter Zugriff: 15.5.2025).

hen, mit einer Mischung aus überzeugenden politischen Projekten und einer Politik des Kulturellen, die Spaß macht und Orte des Gemeinsamen schafft. Aktivierende Befragungen, individuelle Angebote niedrigschwelliger Sozialberatung oder Aktionen wie »Die Linke hilft« mit Beratung und konkreter Unterstützung – all das sind Instrumente, die die zivilgesellschaftliche Linke zu verankern helfen.

Parallel gilt es, Orte der Begegnung zu schaffen, denn viele Menschen haben den Eindruck, dass die Anonymität wächst – sie kennen ihre Nachbar*innen nicht mehr. Regelmäßige Straßentreffs mit Kaffee und Kuchen, Kiez- oder Stadtteilfeste, bei denen geredet, diskutiert oder einfach gelacht und gespielt wird, ermöglichen eine Kultur des Gemeinsamen. Dies schafft Verbundenheit und macht den nächsten Schritt einfacher: hin zu Formaten für explizitere und verbindlichere politische Debatten bis hin zum Engagement, von Stadtteilversammlungen und Initiativen der Mieter*innenorganisierung.

Lokale Ziele lassen sich dabei mit zentralen, bundesweiten Forderungen und Kampagnen gut verbinden: zu einer Initiative vor Ort, die Probleme der Mieter*innen konkret und gemeinsam angeht, eingebettet in eine bundesweite Kampagne für einen Mietendeckel. Es kann auch der Kampf um den Erhalt eines lokalen Krankenhauses oder den Aufbau eines Gesundheitszentrums, eingebettet in die Kampagne zur Rettung und Rekommunalisierung von Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen mit mehr Personal; der Einsatz für die Verbesserung des Öffentlichen Nahverkehrs oder den Bau einer konkreten Straßenbahnlinie vor Ort, eingebettet in die übergreifenden Aktivitäten für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des entsprechenden Personals sein und so weiter. Es sollten aber nicht mehr als drei Projekte sein und nicht alle gleichzeitig realisiert werden.

Auf diese Art zu verankern und zu verbreitern, das »Unten« im Mitte-Unten-Bündnis gezielt zu stärken, ermöglicht auch Protagonist*innen der Klasse zu identifizieren und gezielt aufzubauen, aber auch die Schicht der Aktiven aus den linken Milieus zu festigen und zu bilden.

Für solche Aktivitäten könnten konkrete Wahlkreise identifiziert werden, die künftig als Keimzellen für die Stabilisierung und Ausweitung linker Milieus dienen können. Die Grundlagen in Form von mehr oder weniger gesicherten »Inseln des Überlebens«[22] wurden bereits geschaffen.

[22] Mario Candeias: Wir leben in keiner offenen Situation mehr. In: LuXemburg, online, 8/2023; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-leben-in-keiner-offenen-situation-mehr/ (letzter Zugriff: 15.5.2025).

Diese gilt es zu verbreitern. Im besten Falle gesellen sich Enklaven eines rebellischen Regierens in Städten und Räumen dazu, in denen es der Linken gelingt, relative Mehrheiten zu organisieren und gesellschaftliche Bewegungen, Organisierung und institutionelle Politik in ein produktives Verhältnis zu bringen. Bei den kommenden Wahlen im Bundesland Berlin 2026 kann sich *Die Linke* begründete Hoffnung machen, stärkste Kraft zu werden, die Bürgermeisterin zu stellen und mit einer progressiven Koalition zu zeigen, dass eine andere Politik möglich ist, die für die unteren wie mittleren Teile der subalternen Klasse echte Verbesserungen im Alltag durchsetzt und sich dafür mit »denen da oben« anlegt.

Also: Eine organisierende Praxis als DNA einer Linken vor Ort als Grundlage etablieren, lokal nutzbare bundesweite Kampagnen entwickeln, Protagonist*innen der Klasse aufbauen, gezielt Wahlkreise auswählen und stärken. So wäre dem – durchaus berechtigten – Gefühl der Ohnmacht der Wärmestrom einer organisierenden Solidarität entgegenzusetzen.

3. *Solidarität leben, füreinander sorgen*: Die Herausforderung ist riesig. Die Dynamik der Faschisierung erzeugt Ängste und psychische Bedrängung. Aufgaben erscheinen übergroß, die Erschöpfung ist gerade aufseiten der gesellschaftlichen Linken immens, auch wenn jüngste Erfolge wieder motiviert haben.[23] Sisyphos ist eben auch periodisch frustriert. Doch der Habitus des harten, meist männlichen Berufsrevolutionärs ist veraltet und war eigentlich immer schon ungeeignet. Politische Arbeit und gesellschaftliche Veränderung sind mühsam und erfordern Geduld; sie erfordern dabei die gemeinsame Sorge füreinander. Strukturen sind erforderlich, die es ermöglichen, dass die Aktiven nicht permanent überfordert werden und ausbrennen. Periodischer Rückzug muss möglich sein. Es braucht Räume, um auch psychische Belastungen und Gefühle äußern zu können, sie zu teilen, mit ihnen produktiv umzugehen. Politische Arbeit muss Raum lassen für die unvermeidbare (und anstrengende) Lohnarbeit und die (oft nicht minder anstrengende) Sorgearbeit bei der Betreuung von Kindern, Alten und Kranken. Ein solcher, solidarischer und sorgender Umgang miteinander entfaltet und erhält neue Kräfte. Das Gemeinsame zu suchen, nach vorne zu stellen und zu entwickeln, statt die vielen kleinen und großen Differenzen auszufechten, Distinktionskämpfe um Macht auszutragen, verbessert nicht nur

[23] Mario Candeias: Die Linke – ein Wintermärchen. In: LuXemburg, 2/2025; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/die-linke-ein-wintermaerchen/ (letzter Zugriff: 15.5.2025).

das innere Klima der Bewegung, sondern verbessert die Kommunikation und Schlagkraft der Kommunikation. Die Partei *Die Linke* hat es im letzten Wahlkampf nach Jahren des permanenten Streits unter Beweis gestellt und damit Erfolg gehabt. Gepaart mit der Freude von Festen und kleinen geteilten Erfolgen entsteht daraus mehr. Denn eine Revolution auf der nicht getanzt werden kann, ist bekanntlich keine, bei der viele mitmachen wollen – das gilt erst recht für eine Defensive, in der nicht geweint und gelacht werden darf.

Gesellschaftliche Volksfront von unten

Trotz des »Wintermärchens«, das sich rund um *Die Linke* während der Bundestagswahl entspann, sind die Wahlergebnisse insgesamt niederschmetternd – sie entsprechen dem Entwicklungsstand der blockierten Transformation und gesellschaftlichen Faschisierung. Übertriebene Hoffnungen sind unangebracht. Den Schriftsteller Thomas Brasch paraphrasierend können wir tatsächlich »den Verhältnissen für ihre Widersprüche« danken.[24] Das Manöver von Friedrich Merz, eine Kooperation mit der *Alternative für Deutschland* (AfD) im Bundestag nicht formal, aber gezielt bei einer Abstimmung zu Fragen der Migration zu suchen, brachte Millionen von Menschen zurück auf die Straße, und dies lediglich ein Jahr nach den Protesten anlässlich der Enthüllungen der *Correctiv*-Recherche über ein Geheimtreffen im Januar 2024 zu Plänen massenhafter sogenannter Remigration.[25] Hier zeigt sich, dass der andere Teil der polarisierten Gesellschaft zwar in der Defensive ist, aber er ist immer noch da, zumindest auch punktuell handlungsfähig.

---

[24] Ende seiner denkwürdigen Dankesrede, die er hielt, als er 1982 für »Engel aus Eisen« den mit 50.000 DM dotierten Bayerischen Filmpreis entgegennahm; zit. n. ND vom 2.11.2025; www.nd-aktuell.de/artikel/1158246.thomas-brasch-dankbar-fuer-die-widersprueche.html (Letzer Zugriff: 15.5.2025)

[25] Der Begriff der Remigration war zuerst in den Sozialwissenschaften seitens der Migrationsforschung gebräuchlich und bezog sich auf das Phänomen der freiwilligen Entscheidung von Migrant*innen zu einer Rückkehr in ihr Herkunftsland, nachdem sie einige Zeit oder auch etliche Jahre im Zielland der Migration verbracht haben. Der Umstand, dass »Remigration« in der Regel in umgekehrter Richtung zur vorangegangenen Migration stattfindet, hat dazu geführt, dass der Begriff von den Rechten vereinnahmt und zu einem politischen Kampfbegriff umgedeutet wurde. Die Rechten meinen damit die massenhafte unfreiwillige Deportation aus Deutschland.

Die drohende spätneoliberale Kürzungsoffensive und Eingriffe in Arbeits-, Streik- und Sozialrechte werden den Druck auf eine Konvergenz der gesellschaftlichen Linken im weitesten Sinne erhöhen. Mithin bräuchte es eine Art Doppelstrategie der Hoffnung:

Angelehnt an Frankreich, die Bildung einer *gesellschaftlichen* Volksfront aller progressiven Kräfte »von unten« – kein »Kartell der Parteien«,[26] denn ein progressives Parteienprojekt *à la Rot-Rot-Grün* (R2G) ist mit der real-existierenden *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (SPD) und den *Grünen* undenkbar und auch nicht wünschenswert (sehr wohl aber mit enttäuschten Linken aus diesen Parteien). Notwendig wäre eine antifaschistische Allianz von Gewerkschaften über Sozialverbände, Umwelt- und Klimabewegung, *Antifa* und *Antira* bis zur kritischen Wissenschaft, allen Teilen der gesellschaftlichen Linken. Dies wäre eine Allianz, die den sichtbaren Widerstand organisiert und ein überzeugendes Projekt mit einem gemeinsamen, nichtsdestotrotz ambitionierten Minimalprogramm formuliert: rund um die Wiederherstellung einer resilienten sozialen Infrastruktur, den sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft und die Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums.[27] Die Volksfront ist notwendig, schon um dem Prozess der Faschisierung unmittelbar etwas entgegenzusetzen, für eine solidarische und demokratische Lebensweise. Zu gefährlich wären ansonsten die Konsequenzen – selbst eine starke Linke mit über 15 % Zustimmung wäre vermutlich nicht stark genug. Denn eine Regierung unter Merz mit seiner Agenda 2030 wird die Unzufriedenheit und den Aufstieg der *AfD* sicherlich weiterbefördern. *Die Linke* sollte vor diesem Hintergrund die verbindende Partei eines sozialen Antifaschismus werden. Die Demokratie kann nur von links verteidigt werden. Die soziale Demokratie gegen Merz/Weidel oder Trump/Musk zu verteidigen, heißt, für volle und »wirkliche Demokratie« in Ökonomie und Gesellschaft zu kämpfen. Von unten getragen kann eine solche Formierung einer »Volksfront« oder antifaschistischen Allianz das progressive Feld und die Akteure darin transformieren, schließlich in Berlin 2026 und später im Bund auch eine parteipolitische, gar eine Regierungsperspektive anvisieren.

---

[26] Étienne Balibar: Volksfront oder Kartell der Linken? Das kommende »Volk« – Teil 2. In: Neues Deutschland vom 2.7.2024; www.nd-aktuell.de/artikel/1183406.linke-in-frankreich-volksfront-oder-kartell-der-linken-das-kommende-volk-n-teil.htm (letzter Zugriff: 15.5.2025).

[27] Mario Candeias: Monster verstehen. Wechselwirkung von Faschisierung und blockierter Transformation. In: Lia Becker/Mario Candeias (Hrsg.): Vom Horror zur Hoffnung, Berlin 2024, S. 34f.

Pol der Hoffnung und sozialistische Perspektive

Zur Doppelstrategie gehört es, einen offensiven und antagonistischen Pol der Hoffnung zu bilden, eine Art »Transformationslinke«,[28] die einen Rückfall der Volksfront in Politiken eines progressiven Neoliberalismus und ökologischer Modernisierung verhindert, die zur düsteren Situation beigetragen haben. Gemeint sind *Die Linke* (und die zivilgesellschaftliche Linke), die die Ursachen der Entwicklungen benennen, klare Gegner adressieren, mit klassenpolitischen, sozial-ökologischem Populismus eigenständig Sichtbarkeit erzeugen und dafür organisieren.

Ein Pol der Hoffnung, der auch eine Zukunft jenseits der düsteren Verhältnisse wieder denkbar werden lässt, ist untrennbar verbunden mit einer sozialistischen Perspektive. Zu einer offen gehaltenen Perspektive, die auf ein Ende des Kapitalismus und auf eine solidarische Gesellschaft hinarbeitet, gehören ganz selbstverständliche Dinge wie eine kostenfreie Gesundheitsversorgung und Bildung sowie bezahlbares Wohnen für alle; entgeltfreie öffentliche Dienstleistungen von Bibliotheken bis zum öffentlichen Personennahverkehr; demokratische Mitsprache, die etwas bewegt; selbstbestimmte Arbeit und Autonomie, der ökologische Umbau der Städte, des Verkehrs, der Energieversorgung und Landwirtschaft; viel mehr Zeit füreinander und zum Leben. Hier scheint das Unabgegoltene vergangener Zukünfte auf, von der Französischen Revolution über die Russische Revolution bis hin zu 1968 oder 1989. Es ist die Hoffnung auf und die Arbeit an einem erneuerten Sozialismus.

Denn die Hegemonie der Herrschenden ist nie vollständig und die inneren Widersprüche des Kapitals und des Blocks an der Macht brechen immer wieder auf. Die Kräfte der Faschisierung haben eine nihilistische Sicht auf die Zukunft, richten daher ihre Politik ganz auf die Verteidigung und Beherrschung der Gegenwart. In der Zukunft liegt nur Zerstörung und Untergang. Daher auch die starke Imagination auf vermeintlich bessere Vergangenheiten. Auch die spätneoliberalen Kräfte haben kein Zukunftsprojekt, welches Hoffnungen zu wecken beabsichtigt. Es predigt nur die Einsicht in eine vermeintliche Notwendigkeit kapitalistischer Wettbewerbsfähigkeit. Für die Linke heißt dies, den Gedanken an

[28] Mario Candeias/Eva Völpel: Plätze sichern! Re-Organisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg 2014.

andere mögliche Zukünfte am Leben zu halten.[29] Der »Zukunftsbezug« stellt für Ernst Bloch den »zentralen Einsatz der ideologischen Auseinandersetzungen dar«.[30] Eine positive Zukunft muss wieder vorstellbar werden, konkret, ihr Vor-Schein antizipiert werden, im Sinne einer klaren Richtung des »Noch-Nicht«, welches an den gegebenen Verhältnissen, Widersprüchen und Widerständen ansetzen kann, ein »Richtungsakt kognitiver Art«.[31]

Sozialismus also nicht nur als Fernziel, sondern als politische Praxis im doppelten Sinne: Zum einen, weil Eigentumsfragen, Vergesellschaftung und Demokratisierung von Entscheidungen in Politik und Ökonomie zentral sind für oben genannte Ziele.[32] Zum anderen, weil uns die Zeit davonrennt.[33] Die Notwendigkeit, schnelle strukturelle Veränderungen unter Zeitdruck herbeizuführen, macht Elemente partizipativer Planungsprozesse auf unterschiedlichen Ebenen nötig. Ohne Zweifel wird die öffentliche Hand mit stärkerer Regulierung und Investitionsplanung, mit der Aufwertung öffentlicher Unternehmen und mehr öffentlichem Eigentum sowie einer stärkeren Innovationspolitik eine größere Rolle spielen müssen – aber im Sinne echter Wirtschaftsdemokratie mit Beteiligung der Vielen. Solche Planungskapazitäten müssen erst wiederaufgebaut werden. Wir müssen uns fragen, was und wie wir noch produzieren können und zu welchem Zweck. Wir müssen fragen: Was brauchen wir zum Überleben und für ein gutes Leben für alle? Aufgaben einer Transformationslinken. Angesichts des Niveaus sich kontinuierlich wandelnder multipler Krisen und eintretender Katastrophen kann es zu ungeahnten Brüchen und Öffnungen für eine Alternative führen. Auf diese Möglichkeit gilt es sich stets vorzubereiten.

---

[29] »Wenn die Illusion schon eine große Macht« sein kann, dann ist »die begründete Hoffnung« noch viel mehr. – Dietrich Bonhoeffer: Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, neu hrsg. v. E. Bethge, München 1970, S. 404f. – Eine »Kraft, die die Zukunft niemals dem Gegner lässt, sondern sie für sich in Anspruch nimmt«. Diesen »Willen zur Zukunft« soll, auch wenn er hundertmal irrte, niemand verächtlich machen. Ebd., S. 25.

[30] Ernst Bloch: Prinzip Hoffnung [1959]. In: Ders.: Gesamtausgabe, Bd. 5, Frankfurt a.M. 2001, S. 3.

[31] Ebd., S. 131, S. 10f.

[32] Mario Candeias: Zeit für etwas Neues: darum Sozialismus. In: Ders.; Barbara Fried/Hannah Schurian (Hrsg.): Lust auf Sozialismus. Für die Zukunft sorgen, Berlin 2019, S. 3–16.

[33] Mario Candeias: Der Übergang. In: LuXemburg, 4/2022; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/der-uebergang/ (letzter Zugriff: 15.5.2025).

Das könnten Strategien der Hoffnung werden, die trotz erwartbarer Angriffe und multipler Krisen Solidarität erfahrbar machen, eine Art linker Resilienz ausbilden, für den langen Atem des Aufbaus einer anderen Gesellschaft jenseits des Kapitalismus. »Es kommt darauf an, das Hoffen zu lernen«, sie zur »begriffenen Hoffnung«[34] auszuarbeiten.

Vom Horror zur Hoffnung

Hoffnung und Hoffnungslosigkeit sind also dialektisch ins Verhältnis zu setzen. Dem Horror mit dem »Pessimismus des Verstandes« (Gramsci) analytisch nachzugehen, die veränderten Verhältnisse zu begreifen, heißt, ihnen weniger ausgeliefert zu sein, dem »Optimismus des Willens« und der Hoffnung einen festen Grund zu bereiten. Auf dieser Basis sind Strategien zu entwickeln, die der Bedrängnis und Angst vor Veränderung Raum bieten und ihnen eine glaubwürdige Hoffnung entgegensetzen, einen Weg skizzieren, um gemeinsam handlungsfähig zu werden und den »Wärmestrom« (Bloch) der Solidarität zu erfahren. Mit Max Horkheimer geht es darum, wie der begründete Pessimismus und die Hoffnungslosigkeit produktiv gemacht werden können, damit sie nicht in Fatalismus umschlagen, sondern in begründete, realistische Hoffnung.

[34] Ernst Bloch: Prinzip Hoffnung [1959]. In: Ders.: Gesamtausgabe, Bd. 5, Frankfurt a.M. 2001, S. 1, S. 5.

Peter Ullrich

Hochschulproteste zum Gaza-Krieg, autoritärer Anti-Antisemitismus und das Ende der Kritik

Wissenschaftsfreiheit – so wenig sie jemals im emphatischen Wortsinne verwirklicht gewesen ist – steht unter Druck, zumal für manche gesellschaftskritische Perspektiven. Gegenwärtig befinden wir uns in der verstörenden Situation, dass ein fortschrittliches, humanistisches, zutiefst unterstützenswertes Ziel, der Kampf gegen Antisemitismus, in einer verunstalteten Form als »autoritärer Anti-Antisemitismus« zu einem Katalysator und Motor andauernder Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit und auf Grund- und Freiheitsrechte im Allgemeinen wird und damit massiv bestimmte Formen von und Räume für Kritik erodiert. Diese paradox erscheinende Konstellation wird im Folgenden untersucht; zum einen durch die begriffliche Entfaltung des Konzepts »autoritärer Anti-Antisemitismus« und zum anderen durch die exemplarische Analyse eines trotz einiger Besonderheiten paradigmatischen und illustrativen Falls: der Besetzung eines Hörsaals an der *Alice-Salomon-Hochschule* (ASH) durch palästinasolidarische Studierende sowie der damit verbundenen öffentlichen Reaktionen. Dieser Fall steht – in den Worten von Lilian Mauthofer und Jannis Grimm – sinnbildlich für die generelle »Versicherheitlichung der Hochschulen, die Protest als Gefährdung einstuft und den universitären Raum politisch entleert«, akademische Autonomie und Wissenschaftsfreiheit unterminiert, diskursive Räume verengt und dabei in einem regelrechten Kulturkampf bestimmte Forschungsansätze von rechts diffamiert[1] – und damit prototypisch für den autoritären Anti-Antisemitismus.

[1] Lilian Mauthofer/Jannis Julien Grimm: »Zwischen Wissenschaftsfreiheit und Palästina-Solidarität: Deutsche Hochschulen als umkämpfte Räume«. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 38, Nr. 1, 6.3.2025, S. 150–68; https://doi.org/10.1515/fjsb-2025-2016 (letzter Zugriff: 22.5.2025).

Wissenschaftsfreiheit in der Antisemitismus- und Nahostdebatte[2]

Zweifelsohne steht die durch Artikel 5, Absatz 3 des Grundgesetzes garantierte Wissenschaftsfreiheit, namentlich für »kritische Wissenschaft« (beziehungsweise aus ihrer typischen, tendenziell defizitorientierten Perspektive) unter Druck.[3] Nicht nur, dass viele wichtige linke Professuren der Vergangenheit angehören. Auch die neofeudale wie neoliberale Ökonomisierung der Hochschule trägt dazu bei, indem sie Beteiligungsmöglichkeiten[4] und Kritikbereitschaft befristet-abhängiger Beschäftigter einschränkt. Diese äußerten in einer Befragung deutlich häufiger als nicht Befristete, dass sie sich mit Kritik zurückhalten, um sich Beschäftigungsperspektiven nicht zu verbauen.[5] Noch maßgeblicher für die Wissenschaftsfreiheit *kritischer Wissenschaft* sind wahrscheinlich die gegenwärtigen rechten Mobilisierungen.[6] Rechte Netzwerke wie das *Netzwerk Wissenschaftsfreiheit* gehören ebenso dazu wie die massiven Angriffe auf bestimmte Disziplinen, namentlich Gender Studies und Postkoloniale Studien von außerhalb des Bildungssektors.

---

[2] Die hier sehr knapp umrissenen Überlegungen zur Wissenschaftsfreiheit führe ich an einem anderen Ort ausführlicher aus. Siehe Peter Ullrich: »Autoritärer Anti-Antisemitismus und Wissenschaftsfreiheit«. In: Umkämpfte Universitäten/Wissenschaften. Aspekte organisierter Halbbildung, hrsg. v. Lukas Geisler/Lars Hebisch/Helena Schäfer, Bielefeld 2025.

[3] Dana Dülcke u.a. (Hrsg.): Umkämpfte Wissenschaftsfreiheit Verhältnis von Wissenschaft und Politik, BdWi-Studienheft 14, Marburg 2024.

[4] Peter Ullrich: »Organisierung und Mobilisierung im akademischen Kapitalismus. Bedingungen kollektiver Handlungsfähigkeit prekär-mobiler Wissensarbeiter*innen«. In: Wissenschaft als Beruf. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2020, hrsg. v. Harald A. Mieg/Christiane Schnell/Rainer E. Zimmermann, Berlin 2021; edoc.hu-berlin.de/handle/18452/25563 (letzter Zugriff: 23.5.2025)]; vgl. Angela Graf/Maria Keil/Peter Ullrich: »Exit, Voice und Loyalty – (Un-)Möglichkeiten kollektiven Widerspruchs im akademischen Mittelbau in Deutschland«. In: Leviathan 48, Nr. 2, 2020, S. 293–317.

[5] Mathias Kuhnt/Tilman Reitz/Patrick Wöhrle: Arbeiten unter dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Eine Evaluation von Befristungsrecht und -realität an deutschen Universitäten, Dresden 2022, S. 82f.; tud.qucosa.de/landing-page/?tx_dlf[id]=https%3A%2F%2Ftud.qucosa.de%2Fapi%2Fqucosa%253A80511%2Fmets (letzter Zugriff: 23.5.2025).

[6] Christiane Fuchs: »Hochschulen als rechtes Kampffeld?«. In: Umkämpfte Wissenschaftsfreiheit. Verhältnis von Wissenschaft und Politik, hrsg. v. Dana Dülcke u.a., BdWi-Studienheft 14, Marburg 2024, S. 11–14.

Es sind aber auch Gegentendenzen zu diesen Verfallsgeschichten zumindest in Erwägung zu ziehen. Dazu gehört beispielsweise die Indifferenz des Feldes gegenüber kritischen Inhalten, solange diese ebenso helfen, Kennziffern der Audit-Universität zu optimieren. Zu möglichen Gegentendenzen gehört auch die weitergehende exponentielle disziplinäre und publikative Ausdifferenzierung, die sicherlich gewisse Autonomiegewinne mit sich bringt. Freiheitsgrade werden auch nicht gleichmäßig gewährt oder eingeschränkt, sondern können sektor- und gruppenspezifisch variieren. Das Bestehen von Freiräumen wiederum bedeutet nicht, dass nicht massiv und auch äußerst autoritär interveniert und wissenschaftliche Autonomie stark beschnitten werden kann, wenn es entsprechende administrative Interessen gibt, die vielleicht sogar als »Staatsräson« außerhalb positiven Rechts begründet werden – und das mit zunehmender Selbstverständlichkeit. Entsprechend sind allgemeine Aufstiegs- oder Verfallsgeschichten kritisch zu hinterfragen oder zumindest in genauen sektoralen Analysen zu grundieren.

Eine definitiv sektorale, aber in weitere gesellschaftliche Felder ausgreifende Relevanz haben rasante Entwicklungen im Umgang mit dem Themenfeld Antisemitismus/Nahostkonflikt nach dem terroristischen *Hamas*-Angriff vom 7. Oktober 2023 mehr als deutlich gemacht. Sie führten zur sogenannten BMBF-Förderaffäre, aber auch zu weiteren autoritären Angriffen auf die Freiheit von Wissenschaft und Kunst sowie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Während Deutschland insgesamt im *Academic Freedom Index* 2023 noch weit oben rangiert, kommt doch der Bericht von *Scholars at Risk* für das Jahr 2024 nicht umhin, ausgerechnet dieses Themenfeld ausführlich als eines zu behandeln, in dem eine Vielzahl signifikanter Verletzungen der akademischen Freiheiten zu verzeichnen waren, deren Kristallisationspunkt die BMBF-Fördermittelaffäre bildet. Mit dem *Academic Freedom Index* des Jahres 2025 ist Deutschland schon unter 0.9 und damit aus der Top-10%-Gruppe gefallen.[7]

[7] Scholars at Risk: »Free to Think 2024. Report of the Scholars at Risk's Academic Freedom Monitoring Project«, 30.8.2024, S. 66ff.; www.scholarsatrisk.org/resources/free-to-think-2024/ (letzter Zugriff: 23.5.2025); Academic Freedom Index. Update 2025, hrsg. v. Friedrich-Alexander-Universität, Institut für Politikwissenschaft, Erlangen 2025; academic-freedom-index.net/research/Academic_Freedom_Index_Update_2025.pdf (letzter Zugriff: 23.5.2025).

Autoritärer Anti-Antisemitismus

Die Förderaffäre[8] ist ein Musterbeispiel für die Formierung eines »autoritären Anti-Antisemitismus«.[9] Ausgelöst wurde sie von einem Offenen Brief, in dem sich Berliner Hochschullehrende gegen die Räumung des ersten palästinasolidarischen Protestcamps an der *Freien Universität Berlin* aussprachen. Dieses war ohne Not, und ohne dass es bis dahin zu Rechtsbrüchen gekommen wäre, auf Anweisung des Präsidiums mit massiver Gewalt polizeilich geräumt worden. Im Statement war unter anderem zu lesen:

»Als Lehrende der Berliner Hochschulen verpflichtet uns unser Selbstverständnis dazu, unsere Studierenden auf Augenhöhe zu begleiten, aber auch zu schützen und sie in keinem Fall Polizeigewalt auszuliefern.

Unabhängig davon, ob wir mit den konkreten Forderungen des Protestcamps einverstanden sind, stellen wir uns vor unsere Studierenden und verteidigen ihr Recht auf friedlichen Protest, das auch die Besetzung von Uni-Gelände einschließt. Die Versammlungs- und Meinungsfreiheit sind grundlegende demokratische Rechte, die auch und gerade an Universitäten zu schützen sind. Angesichts der angekündigten Bombardierung Rafahs und der Verschärfung der humanitären Krise in Gaza sollte die Dringlichkeit des Anliegens der Protestierenden auch für jene nachvollziehbar sein, die nicht alle konkreten Forderungen teilen oder die gewählte Aktionsform für nicht geeignet halten.

Es ist keine Voraussetzung für grundrechtlich geschützten Protest, dass er auf Dialog ausgerichtet ist. Umgekehrt gehört es unseres Erachtens zu den Pflichten der Universitätsleitung, solange wie nur möglich eine dialogische und gewaltfreie Lösung anzustreben. Diese Pflicht hat das Präsidium der FU Berlin verletzt, indem es das Protestcamp ohne ein vorangehendes Gesprächsangebot polizeilich räumen ließ. Das verfassungsmäßig geschützte Recht, sich friedlich zu versammeln, gilt unabhängig von der geäußerten Meinung. Die Versammlungsfreiheit beschränkt zudem nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungs-

[8] Siehe im Überblick Miriam Olbrisch/Silke Fokken: »Fördergeldaffäre im BMBF: Was von den Vorwürfen gegen Bettina Stark-Watzinger bleibt«. In: Der Spiegel vom 24.1.2025; www.spiegel.de/politik/deutschland/foerdergeldaffaere-im-bmbf-was-jetzt-klarer-ist-und-welche-fragen-offen-bleiben-a-c21480b8-dc90-4d49-858a-d050d5075b42 (letzter Zugriff: 23.5.2025).

[9] Die Darstellung der »Fördermittelaffäre« folgt hier weitgehend einem anderen Text von mir: Peter Ullrich: »Wird ausgerechnet Anti-Antisemitismus zu einem Katalysator der autoritären Wende?« In: LuXemburg 16, Nr. 2, 2024, S. 100–105.

gerichts (›Fraport‹) das Hausrecht auch für Orte, die, wie wohl auch der Universitätscampus der FU Berlin, öffentlich zugänglich sind und vielfältigen, darunter öffentlichen Zwecken dienen.

Wir fordern die Berliner Universitätsleitungen auf, von Polizeieinsätzen gegen ihre eigenen Studierenden ebenso wie von weiterer strafrechtlicher Verfolgung abzusehen. Der Dialog mit den Studierenden und der Schutz der Hochschulen als Räume der kritischen Öffentlichkeit sollte oberste Priorität haben – beides ist mit Polizeieinsätzen auf dem Campus unvereinbar. Nur durch Auseinandersetzung und Debatte werden wir als Lehrende und Universitäten unserem Auftrag gerecht.«

Wohlgemerkt solidarisierten die Unterzeichner*innen sich nicht mit den Forderungen der Camp-Initiator*innen, sondern mit dem Recht auf Protest und dem Schutz der Protestierenden vor Polizeigewalt. Sie sprachen sich für einen anderen Umgang der Hochschulen mit dem Konflikt aus. In einem Akt von geradezu exzessiver Ambiguitäts*in*toleranz, das heißt dem Unvermögen oder Unwillen, Unterschiede und Uneindeutigkeiten auszuhalten wurden die Unterzeichner*innen in der Springerpresse als Unterstützer*innen von »Judenhasser-Demos« und teilweise sogar mit Fotoporträts als »Universitäter« an den Pranger gestellt.[10] Politisch sekundiert und angefeuert wurde dies vom Berliner Regierenden Bürgermeister Kai Wegener bis hin zur Bundesregierung. Im Haus der damaligen Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger, die sich vor allem in der BILD und in sozialen Medien über den Brief öffentlich »fassungslos« zeigte und die anzweifelte, dass die Unterzeichner*innen auf dem Boden des Grundgesetzes stünden,[11] wurden sogar Listen der Unterzeichner*innen erstellt und – ohne rechtliche Grundlage oder Zuständigkeit – geprüft, ob diese strafrechtlich belangt und förderrechtlich sanktioniert werden könnten. Roland Philippi, ein hochrangiger Mitarbeiter, der im Verlauf des Skandals noch zum Staatssekretär aufstieg, nannte in internen Chats klar sein Anliegen: die unerwünschten Stimmen zur Selbstzensur zu drängen.

Der Vorgang enthält die grundlegenden Muster, die sich auch in anderen hochschulbezogenen Antisemitismusskandalen wieder zeigten. Auf ein zum ›antisemitischen Vorfall‹ werdendes Ereignis (Besetzungen,

[10] Transparenzhinweis: Ich habe den Brief nicht mit verfasst, gehöre aber zu den Erstunterzeichner*innen und geriet dadurch als so genannter »Universitäter« auch in die Öffentlichkeit.

[11] Siehe BILD-Zeitung; www.bild.de/politik/inland/regierung-fassungslos-uni-skandal-eskaliert-663b6def27e1b86288b11fc5 (letzter Zugriff: 23.5.2025).

Demonstrationen, öffentliche Stellungnahmen und so weiter) von Kritik an Israel, seiner Politik und insbesondere dem Gaza-Krieg und dem sich darin abzeichnenden mutmaßlichen Genozid folgt eine massive skandalisierende Reaktion. Ein unsachlicher bis hetzerischer Kampagnenjournalismus, extremer politischer Druck, insbesondere, aber nicht ausschließlich vom Mitte-Rechts-Lager und politischen Amtsträger*innen und damit massive Einflussnahme auf Personen und Organisationen im Wissenschaftsfeld, die die ganze Spannbreite von subtiler Kontrolle bis hin zu administrativen Zwangsmaßnahmen abdecken.

Diese Maßnahmen beschränken sich keinesfalls auf das hier ins Zentrum gerückte wissenschaftliche Feld, sondern sind in verschiedensten Sphären des sozialen auszumachen. Vanessa Thompson und Pinar Tuzcu machen in ihrem umfassenden Überblick über entsprechende Tendenzen seit dem 7. Oktober 2023 deutliche Schwerpunkte eines solchen repressiven Zugriffs auf Palästina-Solidarität aus. Diese liegen im Umgang mit (1) Protesten, besonders Demonstrationen, (2) Events (Kongressen, Vortragsveranstaltungen), im (3) Bildungsbereich (mit rigiden Maßnahmen an Schulen, Hochschulen und der politischen Bildung) sowie (4) in den sozialen Medien.[12] Doch viele der Vorfälle trugen sich im Hochschulkontext zu. Neben den Besetzungen sind hier beispielhaft Ausladungen und Verhinderungen von Vorträgen (besonders prominent Francesca Albanese, UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete, und Eyal Weizmann, jüdisch-israelischer Architekturprofessor und Gründer von *Forensic Architecture*), Kündigungen von Preisen und Arbeitsverträgen (die Philosophin Nancy Fraser, der Anthropologe Ghassan Hage) und Skandalisierungen von Social-Media-Verhalten (TU-Berlin-Präsidentin Geraldine Rauch) und öffentlichen Reden (Cornelia Woll, Präsidentin der *Hertie-School*) zu nennen.

Nur um Missverständnisse zu vermeiden sei explizit erwähnt: Es geht in der Analyse des autoritären Anti-Antisemitismus nicht um die Be-

[12] Vanessa Thompson/Pinar Tuzcu: »Intervention – ›Policing Palestine Solidarity: Moral Urban Panics and Authoritarian Specters in Germany‹«. In: Antipode Online (blog) vom 15. Mai 2024; antipodeonline.org/2024/05/15/policing-palestine-solidarity/ (letzter Zugriff: 23.5.2025); zu den Entwicklungen bis 2023 vgl. Peter Ullrich: »›BDS today is no different from the SA in 1933‹. Juridification, Securitisation, and ›Antifa‹-isation of the contemporary German discourse on antisemitism«. In: Antisemitism, Islamophobia, and the Politics of Definition, hrsg. v. David Feldman/Marc Volovici: Palgrave Critical Studies of Antisemitism and Racism, Basingstoke 2023, S. 211–234; https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-031-16266-4_10 (letzter Zugriff: 23.5.2025).

hauptung, dass es im Kontext der aktuellen Ereignisse *keinen* Antisemitismus gäbe – im Gegenteil. Wie jede Eskalation im Nahostkonflikt geht auch diese mit einer Welle antisemitischer Vorfälle einher, die im Kontext der Zuspitzung seit dem Oktober 2023 bis zu versuchten Brandanschlägen reichten. Der israelisch-palästinensische Konflikt ist, das sei festgehalten, auch mit Antisemitismus aufgeladen.[13] Wenn autoritärer Anti-Antisemitismus zu konstatieren ist, ist damit also nicht jede Form der Antisemitismuskritik, sondern ein bestimmter Strang der Thematisierungsweisen von Antisemitismus gemeint. Antisemitismuskritik als solche ist weiterhin unhintergehbarer Bestandteil jedweder menschenrechtlichen, progressiven, humanistischen, linken Gesellschaftskritik, ein, so Klaus Holz und Thomas Haury, kategorischer Imperativ progressiver Politik, auch dann, wenn die Kritik des Antisemitismus Solidaritätsdilemmata mit sich bringe.[14]

Autoritärer Anti-Antisemitismus[15] hingegen ist eine weitgehend hegemoniale gesellschaftliche Konstellation, in der sich anti-antisemitischer Argumentationen bedient wird, und die durch drei wesentliche Charakteristika gekennzeichnet ist (und *nicht das gesamte Meinungsspektrum* zu dem Themenfeld umfasst):

- auf der *kognitiven oder Wissensebene* durch eine reduktionistische weitgehende Gleichsetzung der gesamten Palette von »pro-palästinensischen«, »israelkritischen«, antiisraelischen und antizionistischen Phänomenen mit Antisemitismus, die versucht, sämtliche hier thematisierten Distanz- und Feindschaftsphänomene antisemitismustheoretisch oder antisemitismuskritisch zu erklären, während sie sie bezüglich ihres realpolitischen Konfliktgehalts systematisch entleert.[16] Das ist, wie Stefan Hirschauer richtig bemerkt, ein schlichter Kate-

[13] Klaus Holz/Thomas Haury: Antisemitismus gegen Israel, Hamburg 2021.

[14] Ebd., S. 363.

[15] Eine ähnlich Stoßrichtung der Kritik weisen auch andere Konzepte auf, namentlich »karzerale Wende im Kampf gegen Antisemitismus« (Vanessa Thompson/Pinar Tuzcu, a.a.O.) und »karzeraler Anti-Antisemitismus« (Yael Attia u.a.: »Für einen nicht-karzeralen Anti-Antisemitismus. Warum repressive Maßnahmen im Kampf gegen Antisemitismus versagen – und welche Strategien besser funktionieren«. In: the Diasporist vom 6. März 2025; hediasporist.de/de/fur-einen-nicht-karzeralen-anti-antisemitismus/ (letzter Zugriff: 23.5.2025).

[16] Peter Ullrich: »Identität, Differenz oder Affinität: Konzeptualisierungen des Verhältnisses von Antisemitismus und ›Israelkritik‹«. In: Peripherie. Politik. Ökonomie. Kultur, 44, Nr. 174/175, 2024, S. 204–213; doi.org/10.3224/peripherie.v44i2.04 (letzter Zugriff: 23.5.2025); Thomas Haury: »Israelbezogener Antisemitismus«. In: Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft, hrsg. v.

gorienfehler[17] und gelingt mittels extrem weiter und unspezifischer, »abstrakt-formaler Antisemitismusbegriffe«[18].

- auf der *Akteursebene* durch eine breite Koalition von Teilen der Medien, der Politik, der Zivilgesellschaft und von Behörden, teils sogar Unternehmen. Trotz gewisser Affinitäten zum konservativen politischen Spektrum ist es keineswegs auf dieses begrenzt. Dabei sind, neben verschiedenen womöglich opportunistisch oder schlicht unreflektiert einfach sich Beteiligenden, etwas vereinfachend, mindestens zwei distinkte motivationale Quellen für diese Ausrichtung auszumachen. Die eine ist eine Haltung, die durchaus eine genuine Sorge um jüdische Menschen und hohe Aufmerksamkeit für Antisemitismus mit radikalen Universalisierungen der »Lehren aus der Geschichte« verbindet. Sie versteht sich selbst als antifaschistische Lehre aus dem Holocaust, verortet aber den Faschismus der Gegenwart konsequent im (pro-)palästinensischen Diskurs. Letztlich vermag diese Position, bildhaft gesprochen, zwischen dem nationalsozialistischen Judenboykott und dem Boykott Israels als Besatzungsmacht bestenfalls graduelle Unterschiede wahrzunehmen.[19] Man findet sie gerade auch in der Zivilgesellschaft, ganz besonders in der »antideutschen«, »israelsolidarischen« beziehungsweise »ideologiekritischen« Linken. Die zweite Quelle ist ein genuin rechter Diskurs, den die *Alternative für Deutschland* (AfD) seit Jahren propagiert und der sich mit dem erheblicher Teile des »liberalen« und konservativen Mainstreams überschneidet. Hier verbindet sich eine Instrumentalisierung der Topoi des »christlich-jüdischen Erbes« oder gar »Abendlands« mit antimuslimischen und als antiextremistisch notdürftig drapierten antilinken Ressentiments mit einer Staatsräson-Position, die bis zu den Bemühungen um »Wiedergutmachung« der Adenauer-Zeit zurückreicht und die

---

Peter Ullrich u.a., Bd. 8, Studien zu Ressentiments in Geschichte und Gegenwart, Göttingen 2024, S. 42–50.

[17] Stefan Hirschauer: »Wer definiert, was Antisemitismus ist?«. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, 79, Nr. 909, 2025, S. 49; ausführlich dazu siehe Peter Lintl/Peter Ullrich: »Der Nahostkonflikt: Realkonflikt und Antisemitismus«. In: Was ist Antisemitismus?, a.a.O., S. 86–93.

[18] Peter Ullrich: »Mit und ohne Juden – zwei Familien von Antisemitismusbegriffen«. In: Was ist Antisemitismus?, a.a.O., S. 103–109; Peter Ullrich: »Probleme der Begriffsbildung und Definition von Antisemitismus«. In: Was ist Antisemitismus?, a.a.O., S. 232 ff.

[19] Peter Ullrich: »›BDS today is no different from the SA in 1933‹ […]«, a.a.O.

instrumentell für die nationale Entlastung vom Holocaust ist.[20] Die einseitige Parteinahme beider aktuell zusammenkommenden motivationalen Quellen zugunsten Israels und seiner jeweiligen Politik kann anscheinend durch keine noch so offen faschistische Haltung und Praxis der israelischen Exekutive ins Wanken gebracht werden. Dass beide bei der Identifikation der muslimischen, linken, »woken«, postkolonialen, (pro-)palästinensischen Gegner*innen einig sind, kaschiert sonstige Gegensätze zwischen diesen Lagern und ermöglicht entsprechende Querfronten.

- auf der *Ebene der Handlungsrepertoires und Regulationsstrategien* durch eine Verrechtlichung und Versicherheitlichung des Diskurses über den Israel-Palästina-Konflikt,[21] die den ethischen und analytischen Ambivalenzen und Widersprüchen in diesem »multipel verletzten Raum«[22] mittels administrativ und autoritär hergestellter Vereindeutigungen beizukommen sucht. Dies erfolgt mittels staatlicher Durchsetzung bestimmter Antisemitismusverständnisse, restriktiven Umgangs mit Protesten, der Ausweitung geheimdienstlicher Beobachtung des Themas, über Fördermittelzuwendungen, rechtlich nicht maßgebliche, aber gleichwohl beträchtliche informelle Bindekraft erzielende einseitige Bundestagsresolutionen,[23] Verschärfungen im Staatsbürgerschafts- und Einbürgerungsrecht, der Kriminalisierung von Symbolen und Slogans und mit dem Effekt, dass dieses komplexe Themenfeld von einem ethisch-politischen in ein Ordnungsproblem transformiert und entsprechender Abfertigung zugeführt wird. Dies

[20] Hannah Tzuberi: »›Reforesting‹ Jews. The German State and the Construction of ›New German Judaism‹«. In: Jewish Studies Quarterly 27, Nr. 3, 14. September 2020, S. 1–26; doi.org/10.1628/jsq-2020-0015 (letzter Zugriff: 24.5.2025); Hannah Tzuber/ Patricia Piberger: »Sprechen im Bildraum der Vergangenheit. Die ›Jüdische Stimme‹ in Debatten über Antisemitismusdefinitionen«. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 31, 2022, S. 251–264; Daniel Marwecki: Absolution? Israel und die deutsche Staatsräson, Göttingen 2024; Y. Michal Bodemann (Hrsg.): Die erfundene Gemeinschaft. Erinnerungspolitik, Staat und Judentum in Deutschland, Berlin 2025.

[21] Peter Ullrich: »›BDS today is no different from the SA in 1933‹ […]«, a.a.O.

[22] Naika Foroutan: »Pro-Palästina-Proteste in Berlin: Wer, wenn nicht Studierende – wo, wenn nicht an Universitäten?«. In: Der Tagesspiegel Online; www.tagesspiegel.de/wissen/pro-palastina-proteste-in-berlin-wer-wenn-nicht-studierende--wo-wenn-nicht-an-universitaten-11644694.html (letzter Zugriff: 2.2.2025).

[23] Peter Ullrich: »›BDS today is no different from the SA in 1933‹ […]«, a.a.O.; Dörthe Engelcke: »Germany's Weaponised Fight against Antisemitism Is Eroding Democracy«, Middle East Eye, 25.9.2024; www.middleeasteye.net/opinion/germany-weaponised-antisemitism-eroding-democracy-how (letzter Zugriff: 24.5.2025).

wird immer deutlicher von einer regelrechten *moral panic* begleitet,[24] in der Palästinenser*innen und ihre Unterstützer*innen die die moralische Ordnung der Gesellschaft bedrohenden *folk devils* darstellen.

Damit sind vier zentrale Analysedimensionen benannt (ein Ablaufschema, eine Wissensebene, eine Akteursebene und schließlich die Handlungsrepertoires), die sich anhand des Falls der Besetzung der *Alice-Salomon-Hochschule* (ASH) gut veranschaulichen lassen.[25]

Der Fall Alice-Salomon-Hochschule

Das Ereignis

Am 6. Januar 2025 besetzten Aktivist*innen von »not in our name_ash« das Audimax der ASH, einer Hochschule für Soziale Arbeit, Gesundheit und Erziehung mit einer gesellschaftskritischen Orientierung (und unter anderem einer israelischen Partnerhochschule). Die Besetzer*innen solidarisierten sich mit den Palästinenser*innen in Gaza, forderten – in Solidarität mit anderen Besetzungen – unter anderem die Schaffung antikolonialer Räume der Solidarisierung. Sie kritisierten »faschistische« Repression gegen die Proteste. Sie beschuldigten die Hochschulleitung der Komplizenschaft mit dem »Genozid«: aufgrund von Schweigen, Untätigkeit und Distanzierung der Hochschule von der Bezeichnung der Vorgänge in Gaza als Genozid sowie aufgrund der Positionen einzelner Hochschulmitglieder, die sie als rassistisch einordneten.

Aufgehängte Banner und Schriftzüge forderten »Free Palestine«, »Tod dem Imperialismus«, »Stop Arming Israel«, »No place for Zionism«, auch »Zios nicht willkommen«. Verschiedene Parolen wurden skandiert, darunter »Long live the Intifada«, »Glory to the Resistance«. Im Verlauf des Protestes wurden eine Büste der Sozialreformerin Alice Salomon, Namensgeberin der Hochschule, mit einer Kuffiyah verhüllt. Dokumentiert sind auch sogenannte »Hamas-Dreiecke«. Verschiedene selbstgestal-

[24] Vanessa Thompson/Pinar Tuzcu, a.a.O.; Donatella della Porta: »Moral Panic and Repression: The Contentious Politics of Anti-Semitism in Germany«. In: Partecipazione & Conflitto 17, Nr. 2, 2024; doi.org/10.1285/I20356609V17I2P276 (letzter Zugriff: 24.5.2025); zum Konzept selbst siehe Stanley Cohen: Folk Devils and Moral Panics. The creation of the Mods and Rockers, Abingdon/Oxon/New York 2011.

[25] Zum Überblick zu den Campusprotesten in Berlin, den gegen sie eingesetzten repressiven und subtil-kontrollgesellschaftlichen Methoden und zur Einordnung dieser Proteste in den Kontext bedrohter Wissenschaftsfreiheit vgl. Mauthofer; Grimm, a.a.O.

tete Postkarten, eine davon mit dem Schriftzug »Hamas, Habibi« (sinngemäß »Hamas, mein Liebling«) und »Israhell« wurden präsentiert. Es wurden Erklärungen mit verhüllten Gesichtern abgegeben, was einerseits sicherlich Anonymisierungszwecken diente, aber auch an martialische Inszenierungen von Guerillagruppen und palästinensischen Militanten erinnerte. Mitarbeiter*innen der Hochschule berichteten angesichts des lauten und teils einschüchternden Auftretens auch über Verunsicherung insbesondere bei Verwaltungsmitarbeiter*innen, die sich anders als Wissenschaftler*innen meist nicht für die angebotene Homeoffice-Option entscheiden konnten.

Die Hochschulleitung hatte sich grundsätzlich zu einem deeskalativen Umgang mit dem Protest entschieden. Eine Räumung fand nicht statt; die Besetzung wurde deshalb tatsächlich noch am gleichen Tag einvernehmlich beendet und die Studierenden bekamen dafür das Recht zur Nutzung eines Raums für ihre Auseinandersetzung in den folgenden Tagen. Es begannen Gespräche zwischen Präsidium und den protestierenden Studierenden, die noch über Monate anhielten.

Maßgeblich an dem Fall scheint zu sein, dass das Präsidium in den Protest intervenierte – anders als beispielsweise an der *Freien Universität Berlin*, wo es nur um die grundsätzliche Frage der (Nicht-)Akzeptanz des Protestes ging, nicht aber um eine konkrete Auseinandersetzung mit diesem – und Kommunikation suchte. So konnte eine Räumung mit Zwangsmitteln vermieden werden. Camps an der *Freien Universität* und der *Humboldt-Universität* hingegen wurden jeweils mittels polizeilicher Räumung beendet – beide Male unter immensem öffentlich-medialen und politischen Druck seitens des Regierenden Bürgermeisters und des Senats. In dem Zusammenhang wurde zum Skandal im Skandal, dass die Präsidentin der ASH, Bettina Völter, die vor dem Gebäude in größerer Stärke anwesende Polizei aufforderte, sich zu entfernen, als Studierende die Hochschule verließen. Völter betonte als Inhaberin des Hausrechts, dass sie die Polizei nicht gerufen habe, nicht benötige und dass sie ihre Präsenz als bedrohlich empfinde.

Die Interventionen des Präsidiums bestanden darin, dass bestimmte Grenzen aufgezeigt wurden. Die Leitung formulierte »rote Linien«. Es gab Aufforderungen zur Entfernung bestimmter Symbole, denen die Besetzer*innen auch nachkamen. Möglicherweise strafbare Handlungen wurden aufgezeichnet und später zur Anzeige gebracht.[26] Auf die meis-

[26] Vgl. Tagesspiegel vom 13.1.2025; www.tagesspiegel.de/wissen/nach-besetzung-der-alice-salomon-hochschule-in-berlin-zwolf-anzeigen-wegen-antisemit-

ten Forderungen der Protestierenden ist die Hochschule nicht eingegangen,[27] aber die Präsidentin hat eine quasi »multidirektionale«[28] Stellungnahme veröffentlicht, in der sie Antisemitismus und den Überfall der Hamas klar verurteilt, das israelische Existenzrecht als »unantastbar« deklariert und zugleich die Situation der Palästinenser*innen als Leidens- und Bedrohungszustand, der ein Ende finden müsse, ausmacht.[29]

Berichterstattung und Reaktionen

Zunächst fällt in der Durchsicht der Presseveröffentlichungen auf, dass wenig über die konkreten Anliegen und Forderungen der Besetzer*innen, die schließlich den Kern des Geschehens ausmachen, berichtet wird. Sie verbleiben weitgehend amorphe »Besetzer« oder nicht selten: »Antisemiten«. Ein großer Teil der Berichte sind ohnehin nicht Darstellungen, sondern *Deutungen* des Protestgeschehens und des Streits um dieses, gehalten überwiegend in skandalisierendem, gelegentlich auch verteidigendem Duktus. Um ein Bild *vom Geschehen selbst* zu bekommen, muss man viele Fragmente mit gelegentlichen Schilderungen einzelner Vorkommnisse durcharbeiten.

Entsprechend dem oben beschriebenen Muster tun sich konservative Medien hervor, wenn es um die einseitige Dämonisierung des Protests geht. Dabei wird durch teils unsachliche Berichte, aber ganz besonders stark durch reißerische bis hetzerische Überschriften *eine einzige* Deutung, worum es den Protesten im Kern ging, hergestellt, die im deutlichen Widerspruch zum Selbstverständnis und den artikulierten Zielen und Forderungen der Protestierenden steht. So berichtete *Die Welt* unter der Überschrift »Wenn vermummte Judenhasser den Hörsaal besetzen«[30] und präsentierte damit ein Bild, bei dem es schon fast nebensächlich war, dass sich auch Detailinformationen, die die Einordnung des Artikels untermauern sollten, bei genauerem Hinsehen als falsch her-

---

ischer-vorfalle-gestellt-13007623.html (letzter Zugriff: 24.5.2025).

[27] Vgl. taz vom 7.1.2025; taz.de/Hoersaalbesetzung-in-Hellersdorf/!6057104/ (letzter Zugriff: 24.5.2025).

[28] Siehe dazu Michael Rothberg: Multidirektionale Erinnerung. Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonisierung, Berlin 2021.

[29] Siehe die Stellungnahme des Präsidiums der ASH zur Besetzung des Audimax am 6. Januar 2025; www.ash-berlin.eu/hochschule/presse-und-newsroom/ash-news/stellungnahme-des-praesidiums-zur-besetzung-des-audimax-am-6-januar-2025/ (letzter Zugriff: 24.5.2025).

[30] Siehe Welt vom 18.1.2025; www.welt.de/politik/deutschland/article255157214/Antisemitismus-Wenn-vermummte-Judenhasser-den-Hoersaal-besetzen.html (letzter Zugriff: 24.5.2025).

ausstellten (die »Hamas, Habibi«-Postkarten werden beispielsweise im Artikel zu mit Megafonen skandierten Slogans). Beim Berliner *Tagesspiegel*, der in Bezug auf diese Proteste eine ähnlich redaktionelle Linie zu verfolgen scheint, äußerte man sich noch expliziter zum vermuteten Motiv des Protests: »Nach *antisemitisch motivierter* Besetzung: Berlins CDU-Fraktionschef fordert Rücktritt von Hochschul-Präsidentin Bettina Völter«.[31] Ein Topos, der immer wieder auftaucht, ist der der »Schändung«[32] der Büste der in diesem Zusammenhang oft als jüdisch vorgestellten Namensgeberin der Hochschule durch den Schriftzug »Palestine« und die kurzzeitige Verhüllung mit einer Kuffiyah. Alice Salomon entstammte einer jüdischen Familie, war allerdings zum Protestantismus konvertiert.

Allein dieses Detail wirft eine Vielzahl herausfordernder Fragen auf: welche unausgesprochenen Annahmen über die Konfliktkonstellation und die Motive und die moralische Wertigkeit der im realen Nahostkonflikt und im – durch die Solidaritätsbewegungen ausgetragenen – Nahostkonflikt zweiter Ordnung beteiligten Akteure liegen eigentlich der Deutung zugrunde, dass es sich hier um eine *Schändung* und nicht beispielsweise um eine Sachbeschädigung, eine Transgression, eine Umdeutung, eine Aneignung, beziehungsweise um Mischformen daraus oder ganz etwas anderes handelt?[33] Wie naheliegend oder nicht ist eigentlich die Sicht der Protestierenden, dass die Aktivistin Salomon auf ihrer Seite gestanden hätte? Wie angemessen ist es, Salomon als Jüdin zu präsentieren? Eindeutig Jüdin ist sie vor allem aus antisemitischer Perspektive (die im modernen Rasse-Antisemitismus die Konversion als Ausweg nicht mehr kennt), eine Position, die sich hier mittelbar auch von

[31] Siehe Tagesspiegel vom 9.1.2025; www.tagesspiegel.de/berlin/nach-antisemitisch-motivierter-besetzung-berlins-cdu-fraktionschef-fordert-rucktritt-von-hochschul-rektorin-bettina-volter-12988288.html (letzter Zugriff: 22.5.2025), Hervorhebung P.U.

[32] So in einem Video des »Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus«, wo zu lesen ist: »Die Büste der jüdischen Namenspatronin Alice Salomon wurde geschändet: sie wurde mit ›Palestine‹ beschmiert und in ein sogenanntes Palästinensertuch gewickelt.«; www.youtube.com/watch?v=3zTIEwcNB7E (letzter Zugriff: 24.05.2025), in einer Stellungnahme der NS-Gedenkorte [www.stiftung-denkmal.de/aktuelles/stellungnahme-der-staendigen-konferenz-der-ns-gedenkorte-im-berliner-raumnach-der-hoersaalbesetzung-der-alice-salomon-hochschule (letzter Zugriff: 24.5.2025)] – und mehreren Presseberichten.

[33] Naheliegend ist die Deutung, dass derart Skandalisierende alles Palästinensische ablehnen und zugleich mit dem Nationalsozialismus assoziieren. Vgl. dazu Peter Ullrich: »›BDS today is no different from the SA in 1933‹ […]«, a.a.O.

der Antisemitismuskritik zu eigen gemacht wird und deren moralisches Argument dies zu unterstützen scheint. Was spricht dafür, dass die Studierenden diese Sicht teilen und dass dies maßgeblich für den Umgang mit der Büste war? Auf all diese Fragen gibt es eigentlich keine einfachen Antworten, weder hinsichtlich der »Fakten«, noch hinsichtlich ihrer Bewertung – außer aus Perspektive des autoritären Anti-Antisemitismus.

Mediales Standing als Kommentator*innen des Geschehens bekommen dann entsprechend diejenigen Politiker*innen, die die feindliche Grundlinie mittragen und zugleich selbst die Berichterstattung zur Einflussnahme und zur Ausübung von Druck nutzen. Auch in diesem Fall war es der Regierende Bürgermeister von der CDU, der die Vereindeutigungen für die politische Sphäre vornahm und die Besetzer*innen als »vermummte[.] und gewalttätige[.] Antisemiten« klassifizierte.[34] Eine Ausnahme von dieser klar positionierten aversiven Berichterstattung bilden in den Presseberichten vor allem die gelegentliche Erwähnungen der verschiedenen Stellungnahmen, die der Präsidentin den Rücken stärkten. In mehreren Schreiben hatten sich Professor*innen, jüdisch-(deutsch)-israelische Hochschulangehörige und das Studierendenparlament[35] hinter die Hochschulleitung und ihren besonnenen Umgang mit dem Protest gestellt. Die geäußerte Wertschätzung bezieht sich auch auf den Umgang mit dem gesamten Konfliktfeld im Jahr zuvor. Erwähnt werden im Statement der »jüdisch-(deutsch-)israelischen Angehörigen und ehemaligen Angehörigen« der Hochschule von der ASH und ihrer Präsidentin persönlich (mit-)organisierte Ringvorlesungen zu den Konfliktthemen (Antisemitismus, Nahostkonflikt), ein empathisches Zugehen auf jüdische Hochschulangehörige, um deren mögliche Sorgen zu erfahren, ein inneruniversitärer »Deep Democracy«-Prozess und vieles mehr. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass sich diese Stellungnahmen keineswegs unkritisch auf die Seite der Besetzer*innen schlugen. Auch in den die Präsidentin unterstützenden Stellungnahmen gab es an diesen deutliche Kritik:[36] »Als Jüd_innen, die in Deutschland le-

[34] Vgl. den Blogeintrag des einflussreichen Wissenschaftsjournalisten Jan-Martin Wiarda: »Die Differenzierung verteidigen« vom 13.1.2025; www.jmwiarda.de/2025/01/13/die-differenzierung-verteidigen/ (letzter Zugriff: 24.5.2025).

[35] Siehe die Stellungnahme von Professor*innen der ASH zur Presse-Berichterstattung über die aktuellen Vorgänge in der Frankfurter Rundschau vom 13.1.2025; www.fr.de/kultur/gesellschaft/rektorin-bettina-voelter-in-der-kritik-sie-verdient-unsere-unterstuetzung-93512533.html (letzter Zugriff: 24.5.2025).

[36] Siehe die Stellungnahme Jüdisch-(Deutsch-)Israelischer Angehöriger und ehemaliger Angehöriger der Hochschule; www.ash-berlin.eu/hochschule/presse-

ben, wissen wir nur zu gut, dass es keinen Raum gibt, der frei von Antisemitismus ist. Dass es während der Saalbesetzung zu antisemitischen Äußerungen und Handlungen kam, besorgt uns, überrascht uns jedoch nicht. Wir waren in diesen Tagen teilweise an der Hochschule und haben Hamas-verherrlichende Symbole gesehen und Parolen gehört.«

Aber: »Wir haben jedoch auch erlebt, wie die Hochschulleitung und andere Hochschulangehörige aktiv und mit persönlichem Einsatz deeskalierende Gespräche geführt und klare Grenzen formuliert haben. Diskriminierende Plakate wurden daraufhin von den Besetzenden selbst entfernt. Die Bilder bleiben jedoch im Netz und werden seitdem von verschiedensten Akteuren für ihre je eigenen politischen Zwecke instrumentalisiert.«

Damit bezogen sich die Unterzeichnenden nicht nur auf die Statements des Regierenden Bürgermeisters Wegener (»diskriminierend und in dieser Verallgemeinerung schlichtweg falsch«). Vielfach wurden von politischen Mandats- und Amtsträger*innen – immer unter der Annahme, Bettina Völter habe Antisemit*innen einfach agieren lassen und sie beschützt – Rücktrittsforderungen an Völter gestellt (sogar aus der CSU im fernen Bayern) und mit Mittelkürzungen für die Hochschule gedroht, so – beispielhaft – durch Burkard Dregger, Mitglied des Abgeordnetenhauses und dort langjähriger Fraktionschef der CDU, auf X: »Meine Geduld mit gewissen Uni-Leitungen in Berlin ist am Ende. Wenn die weiterhin unsere Hochschulen zu Brutstätten des Antisemitismus verkommen lassen, werde ich bei der Neuverhandlung der Hochschulverträge für harte Kürzungen stimmen!«[37]

An dieser Stelle schließt sich der Kreis zu den eingangs genannten themenunspezifischen Bedrohungen der Wissenschaftsfreiheit, ganz besonders im Berliner Kontext, wo geplante Kürzungen für die Hochschulen im dreistelligen Millionenbereich im Raum stehen und die Hochschulen ohnehin schwer treffen werden. Der Druck ist entsprechend hoch.

---

und-newsroom/ash-news/statement-juedisch-deutsch-israelischer-angehoeriger-und-ehemaliger-angehoeriger-der-hochschule/ (letzter Zugriff: 24.5.2025).

[37] Post von Burkard Dregger auf X; x.com/burkarddregger/status/1876662059259039747 (letzter Zugriff: 2.2.2025).

Abschließende Überlegungen

Der »Fall ASH« fügt sich perfekt in die Skandalisierungsmuster des autoritären Anti-Antisemitismus. Auf das zum Vorfall werdende Ereignis folgt eine kampagnenartige Berichterstattung, die ein komplexes Geschehen mit palästinasolidarischer Ausrichtung zum schlichten Fall von »Judenhass« macht. Dieses Framing wird von markigen Stellungnahmen aus der Politik und der interessierten Zivilgesellschaft begleitet, wobei gerade Politiker*innen rigide Maßnahmen gegen Personen und Institutionen fordern.

Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit und damit Räume für Diskurs und Kritik sind diesbezüglich auf mehreren Ebenen zu beobachten. Die Hochschulautonomie wird wenig geachtet. Den hauseigenen Mitteln der Hochschulen zum Umgang mit dem Konflikt wird kein Vertrauen entgegengebracht. Es kommt – wie in allen vergleichbaren Berliner Fällen – zu massiver Einflussnahme, auf direktem Wege und zugleich seitens der (Boulevard-)Medien. Der Senat erwies sich der Hochschule gegenüber weniger als unterstützender oberster Dienstherr denn als feindselig gesinnter Aufpasser. Subtiler wirken parallel dazu die Folgen der Skandalisierung und Dämonisierung, namentlich durch Rufschädigung und das Erzeugen von Verunsicherung. Der Fall zeigt deutlich, wie extrem risikobehaftet eine Exponiertheit in dem Konfliktfeld ist. Aktuellste Zuspitzung dieses Falls, die diese Risiken verdeutlicht: ein*e queere US-amerikanische Student*in der ASH, die*der kurz vor Vollendung ihres Masterstudiums stand und ihren Lebensmittelpunkt und Lebenspartner*in in Deutschland hat, soll (zusammen mit drei weiteren EU-Bürger*innen, die allesamt an palästinasolidarischen Protesten beteiligt waren), aus Deutschland ausgewiesen werden, ohne dass sie sich strafbar gemacht hätten. In drei der vier Ausweisungsbegründungen wird nach Informationen des Rechtsbeistands der Betroffenen zur Legitimation die pro-israelische »Staatsräson« bemüht, eine rechtlich eigentlich völlig nichtige, aber gleichwohl extralegal hoch wirksame Konstruktion aus dem Handbuch des Autoritarismus.

Besonders markant an dem *Fall ASH* ist, dass während der Besetzung *eigentlich* vieles richtig gemacht wurde,[38] in dem Sinne, dass die Komplexität der Konstellation, der konfligierenden Positionen und ihrer

[38] Ilyas Saliba/Ralf Michaels: »Protest an der Alice-Salomon-Hochschule. Es geht auch friedlich«. In: taz vom 23.1.2025; taz.de/Protest-an-der-Alice-Salomon-Hochschule/!6060185/ (letzter Zugriff: 24.5.2025).

Verschränkungen anerkannt und die Bearbeitung der Thematik zumindest in einen gewissen angemessenen prozessualen Rahmen überführt wurde. Aber gerade der Einsatz derjenigen Mittel, die Hochschulen als Bildungseinrichtungen für den Umgang mit solchen Konflikten haben (Erziehung, Fürsorge/Schutz, Debatte, Komplexitäts- und Kontingenzbewusstsein, Hintergrundwissen und so weiter) hat kaum öffentliche Wertschätzung erfahren, sondern ist *selbst* massiv ins Kreuzfeuer der Kritik geraten und wurde skandalisiert.

Es ist mitnichten *alles* optimal verlaufen. Auch *in* der Hochschule herrschte keineswegs Einigkeit. Teile der Studierenden wendeten sich, auch öffentlich, gegen den Protest, ähnlich auch die Kanzlerin, die einen Brief an Kai Wegner schrieb, worauf auch disziplinarische Maßnahmen gegen Präsidentin Völter geprüft wurden.[39] Viele weitere Fragen müssten *en detail* weiter geklärt werden: Hätte die Diskussion nicht breiter sein müssen, da sich viele Professor*innen aus dem Konflikt weitgehend herausgehalten haben? Welche Maßnahmen der Hochschule wurden nur aufgrund öffentlichen Drucks (statt aus Überzeugung) ausgeübt? Wie viel Grenzüberschreitung muss ausgehalten werden? Wo genau sollten rote Linien verlaufen? Welche Vorkommnisse müssen tatsächlich als antisemitisch klassifiziert werden? Wie schafft man es im Hochschulalltag Konflikte zu bearbeiten, die in ihrer Grundstruktur antagonistisch sind? Wie *intern* kann so ein Konflikt bearbeitet werden? Welches öffentliche Interesse ist andererseits auch anzuerkennen und damit wie viel Journalismus zuzulassen – oder aus Schutzgründen zurückzuweisen? Wie ist mit der Überdeterminierung der Protestdynamik an der Hochschule durch Social-Media-Mechanismen umzugehen? Über manche weitere Frage kann man derzeit nur spekulieren, unter anderem ob für den Verlauf der Ereignisse und das überbordende Maß an feindseliger Kritik auch die Tatsache eine Rolle spielte, dass eine Frau die ASH leitet. Der ähnlich aggressive Umgang mit den Präsidentinnen anderer Berliner Hochschulen (Geraldine Rauch, TU; Julia von Blumenthal, HU; Cornelia Woll, *Hertie School*) in ähnlichen Fällen legt den Verdacht nahe.

Eines steht fest: Es gäbe allein an diesem Fall und somit auch an der an ihm deutlich werdenden Struktur vieles zu diskutieren – und, von welcher Position auch immer, zu kritisieren. Doch wenn man mit einer simplen, reduktionistischen und weitgehend schlicht nichtzutreffen-

[39] Vgl. Tagesspiegel vom 10.1.2025; www.tagesspiegel.de/wissen/anti-israel-protest-an-alice-salomon-hochschule-berliner-senat-fordert-uni-leitung-auf-straftaten-zu-dokumentieren-12997012.html (letzter Zugriff: 24.5.2005).

den Judenhass-Diagnose jede Unklarheit beiseiteschiebt, können Phänomene niedrigeren Schweregrads oder größerer Komplexität oder innerer Widersprüchlichkeit gar nicht erst in den Blick geraten. Warum über die Probleme und Widersprüche des Antizionismus sprechen, wenn doch mit Antisemitismus alles gesagt ist. Warum über die praktischen Fragen des Umgangs diskutieren, wenn es nur darum geht, eine unangemessene Störung zu beseitigen? Ende der Diskussion, Ende der Kritik.

Sicher ist in jedem Fall, dass der hier am Fall ausführlicher ausgebreitete autoritäre Anti-Antisemitismus eine ernsthafte Bedrohung liberaler Ordnung darstellt. Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil er mit seinem scheinbar menschenrechtlichen und progressiven Anliegen auch linke und liberale Milieus anspricht, die sich damit vor einen Karren spannen lassen, der nur teilweise auch der ihre ist. Auch wenn es schon wie ein Klischee klingt: der tatsächlich notwendigen Kritik und Bekämpfung des Antisemitismus erweist all dies einen Bärendienst, dem autoritären Umbau von Staat und Gesellschaft hingegen rollt es den roten Teppich aus.

Auf diesem Teppich wird schließlich immer schneller defiliert. Während diese Zeilen geschrieben werden, kommt die Meldung der oben erwähnten Ausweisungen von Protestierenden herein; fertigt die Berliner Polizei von einer Ausstellung der Rosa-Luxemburgs-Stiftung über Protestpraktiken Fotos an, mutmaßlich weil die Ausstellung ein großes Melonenbild enthält (aufgrund der Farben wie in der Flagge Palästinas ein Symbol palästinensischen Widerstands); fordert der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung die verstärkte Überwachung von Hochschulen durch den Verfassungsschutz (und zeigt sich dabei offen für den Plan von Donald Trump, den Gazastreifen in eine »Riviera« zu verwandeln, was effektiv eine Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung zur Folge hätte); knickt die *Columbia University* vor der Trump-Administration ein und macht sich nach ihrer Erpressung harscheste Maßnahmen des autoritären Anti-Antisemitismus zu eigen und wird schließlich ein Soziologenkollege einer Brandenburger Hochschule öffentlich des Antisemitismus geziehen, nachdem Anschuldigungen anonymer Studierender nahelegten, er habe in der Lehre israelfeindliche Quellen geteilt. Der dies skandalisierende Artikel[40] macht sich nicht einmal die Mühe, den Betreffenden zur Rolle und Funktion dieser Quellen (naheliegende

[40] Siehe Tagesspiegel vom 25.3.2025; www.tagesspiegel.de/potsdam/landeshauptstadt/rote-linie-uberschritten-antisemitismusbeauftragter-kritisiert-potsdamer-soziologie-professor-13429447.htm (letzter Zugriff: 24.5.2025).

Fragen wären zum Beispiel: Macht der Kollege sie sich zu eigen oder sind sie schlicht Quellen zum Thema? Werden sie auch kritisch diskutiert?) oder überhaupt zu seinem Standpunkt zu befragen. Doch auch ohne solche Hintergründe kommt der Brandenburger Antisemitismusbeauftragte Andreas Büttner, selbst eine schillernde Gestalt (Streifenpolizist, Unternehmer und Politiker, der von der CDU über die FDP zur Linken gekommen ist), zu dem Schluss, solche Quellen überschritten rote Linien. Er verlangte eine »wissenschaftliche Untersuchung« der Lehrinhalte des Kollegen und niedrigschwellige »Beschwerdemechanismen, damit Studierende sich bei problematischen Lehrinhalten an eine unabhängige Stelle wenden können«. Nur die Worte Zensur und Denunziation wurden noch vermieden, denn *cancel culture* – das sind immer die anderen.

Ruth Sonderegger

Wissenschaft und Freiheit

Mindestens zwei gewaltvolle Problemkomplexe und viel Arbeit für die Kritik

»You can't be neutral on a moving train.«[1]
Howard Zinn

I.

Zur Wissenschaftsfreiheit, die derzeit viele Diskussionen über kritische Wissenschaft dominiert, gehören zwei Grundprobleme: das der Wissenschaft und das der Freiheit. Denn fast alles, was diese beiden Begriffe an Begehren und Utopien aufrufen und was sich an materiellen Praxen und Institutionen um sie herum abgelagert hat, kann aus dem kolonialkapitalistischen Rahmen kaum herausgesprengt werden. Aber genau darum geht es. Das mag nicht nur als vermessen, sondern angesichts der multiplen Krisen der Gegenwart und ihren dramatischen Implikationen für die Wissenschaftsfreiheit auch als strategisch unklug erscheinen. Denn die aktuell von rechten Regierungen und *Think Tanks* betriebene Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit scheint die unbedingte Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit zum Gebot der Stunde zu machen und keine Zeit für die Feinheiten einer grundsätzlichen Kritik zu lassen. Ich werde diese Einwände ernst nehmen, zumal es mir gerade nicht darum geht, einer Idee, die schon über die Klippe gestoßen wurde und im freien Fall begriffen ist, einen zusätzlichen Schubser zu geben; im Gegenteil. Denn für Schadenfreude darüber, dass etwas keineswegs Unproblematisches nun von der Abschaffung bedroht ist, gibt es so wenig Grund wie für die Verklärung der Wissenschaftsfreiheit wie wir sie kennen und uns nur schwer anders vorstellen können.

II.

Die derzeitigen Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit sind alarmierend und das atemberaubende Verwandlungstempo der Angriffe nicht weniger: Emanzipatorische Strategien der Wissenschaftskritik werden nicht nur gegen die Kritiker*innen von gestern, die Wissenschaftsfreiheit inklusiver machen wollten, gerichtet, sondern immer häufiger gegen den

[1] Howard Zinn: You Can't Be Neutral on a Moving Train. A Personal History of Our Times, Boston 2002.

angeblichen Eliteverein Wissenschaft selbst; und dies alle paar Monate auf andere Weise und von anderer Seite. Möglicherweise noch unheimlicher sind unterschiedliche Weisen der Abschaffung von Wissenschaft in der Form von Verboten einzelner Studien- und Forschungsrichtungen bis hin zur Schließung ganzer Abteilungen und Universitäten auf dem Weg des Finanzierungsentzugs oder als Teil von neoliberaler Verschlankungs- und Zusammenlegungsbegehrlichkeiten. Die Empörung über all das ist verständlich, zugleich aber verstellen Empörung und Alarmismus den Blick auf das, was (möglicherweise) zu tun und zu kritisieren ist. Dies vor allem deswegen, weil die Haltungen von Empörung und Alarmismus häufig implizieren, dass Wissenschaftsfreiheit in der – wörtlich zu verstehenden: eingebürgerten – Form etwas in jeder Hinsicht Verteidigungswertes ist. Darin und darüber hinaus operieren Empörung und Alarmismus häufig mit der Unterstellung, dass das, was im Moment geschieht, gegen ein Grundprinzip liberaler Demokratien verstößt und zumindest in ihrem Kontext zu einem bislang vollkommen unvorstellbaren performativen Widerspruch führt; etwa dann, wenn politische Gremien Forschungsschwerpunkte im Namen der »Kriegstauglichkeit« meinen vorgeben zu müssen und zugleich durch Unterfinanzierung in Kauf nehmen zu können, dass anderen Bereichen dadurch ihre Überlebensmöglichkeit entzogen wird.

Die Rede von Selbstwidersprüchlichkeit meint in diesem Kontext jedoch nicht nur, dass es illegitim und einer Demokratie unwürdig ist, wenn derartige Schwerpunktsetzungen nicht der *scientific community* überlassen werden, sondern von politischen Entscheidungsträger*innen vorgenommen werden. Der Hinweis auf eine solche Selbstwidersprüchlichkeit impliziert vielmehr auch, dass die damit kritisierten Entscheidungsgremien immerhin noch demokratisch sind und an ihre eigenen Normen erinnert werden können; etwa im Unterschied zu den angeblich ganz anderen, autokratischen Verboten der Klimaforschung, der *Gender Studies* oder der *Critical Race Studies*, wie sie derzeit in den USA gang und gäbe sind. Mit anderen Worten: Mit der Rede von (Selbst-)Widersprüchlichkeit geht auch die Unterstellung einher, dass es – politisch gesehen – einen kategorialen Unterschied zwischen dem Gebot der Militärforschung etwa in Deutschland[2] und den Verboten bestimmter Forschungsrichtungen in den USA gibt; dass es im ersteren Fall intakte Maßstäbe

[2] Zum Beispiel in der Form des vom Kabinett Markus Söder in Bayern vorgelegten Gesetzesentwurfs »Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern«; vgl. hierzu den Kommentar der GEW Bayern: »Söder gegen Wissenschaftsfreiheit.

demokratischer Wissenschaftspolitik gibt und man sich nicht in einem autoritären Staat befindet, wo die Rede von Widerspruch keinen Anhaltspunkt mehr hat.

Mit der Rede vom (Selbst-)Widerspruch wird implizit aber nicht nur eine Trennlinie zwischen Demokratien und autoritären Regimen gezogen, sondern auch eine zwischen problematischen und legitimen Eingriffen innerhalb von Demokratien. Vor allem Eingriffe gegen sogenannte Extremismen werden damit als legitim herausgestellt, obwohl deren Definition immer abgründig war und gerade auch in der Gegenwart dazu genutzt wird, um unliebsame Forschungsbereiche oder Wissenschaftler*innen insbesondere der Linken von Universitäten fernzuhalten.[3] Somit trägt die nicht weiter hinterfragte Rede von der kritisch gemeinten Widersprüchlichkeit der Einschränkung von Wissenschaftsfreiheit in Demokratien nicht nur dazu bei, den einen Ausschluss als legitim, den anderen als einer bestehenden und akzeptierten Norm widersprechend mitzusagen. Es wird vor allem die kritische Diskussion, die wissenschaftskritische zumal, der zugrunde liegenden Normen abgewehrt. Einmal ganz abgesehen davon, dass die empörte Berufung auf Selbstwidersprüchlichkeit häufig mit einem zu großen Vertrauen auf die Kraft der Logik, genauer gesagt mit einem naiven Vertrauen darauf einhergeht, dass es zu Veränderungen kommt, sobald jemand des Widerspruchs überführt wurde; so kann der Glaube an den zwanglosen Zwang des besseren Arguments selbst zwanghaft beziehungsweise Ausdruck zwanghafter gesellschaftlicher Zustände werden. Demgegenüber zeigt die Geschichte, dass gesellschaftliche Veränderungen in Richtung Demokratie fast immer durch gesellschaftliche Kämpfe von unten erstritten wurden und nicht dort, wo Machthabern mit den Mitteln der Logik widersprochen wurde und sie ein Einsehen hatten.[4] So problematisch manche Implika-

---

Verbot der Zivilklausel«; www.gew-bayern.de/aktuelles/detailseite/verbot-der-zivilklausel (letzter Zugriff: 24.5.2025).

[3] Vgl. Feldmanns Analyse von Einstellungsverboten, die sich gegen linke Wissenschaflter*innen richten: »Die Ansammlung von mutmaßlichen Versatzstücken ›linksextremistischer‹ Ideologie ist willkürlich und in ihren Einzelteilen nicht als antidemokratisch zu charakterisieren – im Gegenteil. Das gilt beispielsweise für die Legitimität von Kapitalismuskritik.« Dominik Feldmann: »Verfassungstreue vs. Kritik der Verhältnisse? Über einen Widerspruch, der in einer Demokratie keiner sein darf«. In: BdWi-Studienheft 14. Umkämpfte Wissenschaftsfreiheit. Verhältnis von Wissenschaft und Politik, hrsg. v. Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler u.a., 2024, S. 22–24, hier: S. 23.

[4] Vgl. beispielsweise Rancières auf zahlreichen historischen Beispielen basierende Theorie des ›Unvernehmens‹, in deren Zentrum die These steht, dass poli-

tionen der Empörung über den performativen Widerspruch angesichts rezenter Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit sein mögen, die Empörung registriert gleichwohl zu Recht eine gefährliche Gemengelage – auch wenn das Gemenge der Lage zu wenig genau reflektiert wird.

III.

Nicht weniger gefährlich ist jedoch auch der Aspekt des Sich-Wunderns in der Empörung – das darin häufig mitschwingende Staunen über die jeder Demokratie spottenden Tabubrüche der Wissenschaftszensur. Walter Benjamin hat diese Gefahr in seinen geschichtsphilosophischen Thesen, die bekanntlich im unmittelbaren Angesicht des Faschismus – genauer gesagt: auf der Flucht vor ihm – geschrieben wurden, auf den Punkt gebracht. In der VIII. These schreibt Benjamin: »Das Staunen darüber, daß die Dinge, die wir erleben, im zwanzigsten Jahrhundert ›noch‹ möglich sind, ist kein philosophisches. Es steht nicht am Anfang einer Erkenntnis, es sei denn der, daß die Vorstellung von Geschichte, aus der es stammt, nicht zu halten ist.«[5] Das gilt auch für die Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit im einundzwanzigsten Jahrhundert. Frei nach Benjamin könnte man nämlich sagen: Wenn wir angesichts der derzeitigen Angriffe auf Wissenschaftsfreiheit aus dem Staunen nicht herauskommen, verrät das keine tieferen Einsichten außer jener, dass die Vorstellung von Wissensproduktion, die dem Staunen zugrunde liegt, nicht zu halten ist und auch in der Vergangenheit nicht zu halten war. Viel Arbeit für die Kritik.

IV.

Wie sehr das, was wir – in verschiedenen Ländern in unterschiedlichem Ausmaß – zu verlieren im Begriff sind, eine keineswegs unproblematische Form von Wissenschaftskultur ist, wird deutlich, wenn man sich auch nur oberflächlich vor Augen führt, welche Perspektiven nicht nur zuletzt, sondern (häufig) von Anfang an im angeblich freien Austausch der Argumente gefehlt haben. Damit meine ich nicht nur jene jetzt vielerorts besonders angefeindeten Wissenschaftsbereiche, wie zum Beispiel

---

tische Veränderungen fast immer nur dort zustande kommen, wo Ausgegrenzte sich ihre Rechte – häufig widerrechtlich – genommen haben, und nicht dort, wo sie darauf gewartet haben, dass die Gegenseite sich ihrer Argumente und Proteste angenommen hat. Vgl. Jacques Rancière: Das Unternehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt a.M. 2002.

[5] Walter Benjamin: »Über den Begriff der Geschichte«. In: Ders.: Gesammelte Schriften, Band I.2., Frankfurt a.M. 1980, S. 693–704, hier: S. 697.

Gender, *Queer* und *Trans Studies*, *Gender-Medizin*, *Critical Race Theory*, *post-* und *dekoloniale Studien* oder diverse Forschungen zum Stand beziehungsweise zur Weiterentwicklung der Klimakrise. Auch alle anderen, kanonisierteren und akzeptierteren Forschungsfelder sind voller gewollter und ungewollter Einseitigkeiten, weil mit bestimmten Menschen auch Fragen, Perspektiven und Lösungsansätze derart kategorial ausgeschlossen werden, dass ihr Fehlen noch nicht einmal bemerkt wurde beziehungsweise wird und die häufig institutionalisierten Akte des Ausschlusses vollkommen im Unsichtbaren und Ungewussten bleiben konnten.

Das fällt nicht nur unter epistemische Gewalt,[6] es verursacht unter den Vorzeichen der neoliberalen, vermarktlichten Universität derart hohe »epistemologische Kosten«,[7] dass man daraus nur schließen kann, dass die neoliberale Universität auch den Verlust ertragreichen Wissens gerne zugunsten von etwas noch Einträglicherem in Kauf nimmt und dass es dieser Universität genau nicht um den möglichst freien Austausch aller relevanten Argumente und noch nicht einmal unbedingt um die gewinnbringendste Verwertung des daraus resultierenden Ergebnisses geht. Wo und wenn das der Fall ist, laufen alle Argumente, wonach Inklusion nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit ist, sondern auch eine der Episteme, weil gerade die Unterlegenen häufig mehr oder überlegenes Wissen produzieren, da sie mehr als die eine, hegemoniale Perspektive ins Spiel bringen können, ins Leere.[8]

Auch wenn man von den großen Gruppen der vom Wissenschaftsbetrieb ausgeschlossenen absieht, die aus strukturell rassistischen, sexistischen und klassistischen Gründen draußen bleiben mussten und

---

[6] Vgl. beispielsweise Kristie Dotson: »*Epistemic Violence. Tracking Practices of Silencing*«. In: *Hypatia*, 26, 2, 2011, S. 236–257; Claudia Brunner: *Epistemische Gewalt. Wissen und Herrschaft in der kolonialen Moderne*, Bielefeld 2020.

[7] Carina Altreiter/Stephan Pühringer/Yvonne Völkl: »Politiken der Verwettbewerblichung. Einblicke ins österreichische Wissenschaftssystem und darüber hinaus«. In: BdWi-Studienheft 14, a.a.O., S. 29–32, hier: S. 31.

[8] Vgl. zur These, dass ausgeschlossene und minoritär gemachte Perspektiven mehr sehen als die Vertreter*innen der Mehrheitsgesellschaft, beispielsweise W.E.B. Du Bois' Überlegungen zum doppelten Bewusstsein beziehungsweise zum doppelten Blick, denen Zufolge rassifizierte Menschen (in den USA) mehr sehen als Vertreter*innen der weißen Mehrheitsbevölkerung. Du Bois: Die Seele der Schwarzen – The Souls of Black Folk, Freiburg 2003; Daniel Loick: Die Überlegenheit der Unterlegenen. Eine Theorie der Gegengemeinschaften, Berlin 2024. Gerade Du Bois hat allerdings auch mitbedacht, dass das doppelte Bewusstsein nicht vor Überanpassung schützt.

müssen, und sich auf jene konzentriert, die die entsprechenden Hürden genommen beziehungsweise Privilegien qua Geburt bekommen haben, zeigen sich folgenreiche Verengungen dessen, was freie Wissenschaft auch innerhalb des bestehenden engen Rahmens sein könnte: nämlich die schrittweise Aussortierung von Forscher*innen, die sich im Subjektivierungsmodus der Konkurrenz und eines auf Exzellenz, Leuchtturmglitzer, Mile-Stones-Denkens, neokoloniale Pioniergläubigkeit und Genialität abzielenden Hyperindividualismus der Universität nicht zurechtfinden oder ihn selbstbewusst ablehnen. Die Verstümmelung von kollektiver Wissensproduktion zu *peer review*-Verfahren, die mit den entsprechen Kästchen häufig von vornherein nahelegen, ja vorgeben, worauf die Reviewenden achten sollen, tun ein Übriges.

Wenn die freie Wissenschaft der neoliberalen Universität trotz allem Schielen und Zielen auf kapitalistische Verwertbarkeit durch Beschränkung der Perspektiven so viele Wissensmöglichkeiten ungenutzt lässt und trotzdem ein so großes Interesse hat, dass es unter der Oberfläche unablässiger Reformen so weitergeht wie bisher, dann muss noch etwas anderes als unmittelbare Verwertbarkeit zu holen sein: ein Subjektivierungsmodus, dessen Wert offenbar gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Genauer gesagt geht es – nicht ausschließlich, aber eben zentral auch – um die Produktion von Subjekten, die an das Aufstiegsversprechen durch wissenschaftliche Leistung nicht weniger glauben als an die Fruchtbarkeit der Konkurrenz im Streit um die besten Forschungsergebnisse; ein Streit, der im unablässig beschworenen Wettbewerb der besten Argumente ein unheimliches Echo findet. Genauer gesagt ist diese Beschwörung insbesondere dort unheimlich, wo sie die Beziehungen zwischen Wissen und Macht ignoriert und stattdessen davon ausgeht und zugleich festschreibt, dass das konkurrenzistische *Gegeneinander-Arbeiten* fruchtbarer ist als Versuche, einander zuzuarbeiten. Nicht weniger unheimlich und von der Geschichte unzählige Male widerlegt ist der Glaube daran, dass die Konkurrenz der Argumente automatisch dafür sorgen wird, dass die erreichten Konsense immer besser, das heißt immer fehlerfreier werden. Man könnte von einem wissenschaftstheoretisch gewendeten Fortschrittsglauben sprechen, dessen Komplizenschaft mit den Siegern der Geschichte Walter Benjamins »Thesen über den Begriff der Geschichte« eindrücklich dargelegt haben.[9]

Der verstümmelnde Subjektivierungsmodus der neoliberalen Universität, der alles daran setzt, das Hobbes'sche Phantasma eines Naturzu-

[9] Siehe Fußnote 4.

stands, in dem alle alle fressen, endlich natürlich werden zu lassen, umgreift alle; die am besten Verdienenden nicht weniger als die weitaus größere Zahl der vollkommen prekären Wissensarbeiter*innen, die trotz schwieriger Überlebensbedingungen in vielen Fällen gleichwohl im Subjektivierungsmodus eines Aufstiegsversprechens gefangen bleiben; der Tatsache zum Trotz, dass schon längst klar ist, dass die sprichwörtliche Karotte immer nur vor der Nase baumeln soll und nicht zum Essen gedacht ist.[10] So bleibt mehr als rätselhaft, was am Subjektivierungsmodus gegenwärtiger Wissenschaftler*innen frei sein soll und was es daran kritisch zu verteidigen gäbe.

V.

Fragwürdig ist nicht nur die Freiheit, sich für die Prekarität des Lebens als Wissenschaftler*in entscheiden zu können oder die Wissenschaft eben ganz zu lassen. Die viel gepriesene Freiheit der Wissenschaft ist auch dort problematisch, wo aus Forschungsergebnissen, wenn sie sich zu Vorschlägen und Handlungsempfehlungen verdichten, nichts folgt. Dann wird Wissenschaftsfreiheit – ganz ähnlich wie die Kunstfreiheit – zur Freiheit eines Naturschutzparks, innerhalb dessen frei herumgeforscht werden kann, ohne dass die Ergebnisse irgendwelche Konsequenzen für die Welt außerhalb des Parks hätten.[11] Die Folgelosigkeit etwa der in vielerlei Hinsicht unumstrittenen Ergebnisse der Klimaforschung auch in Kontexten, in denen derartige Forschung keineswegs untersagt, sondern oft sogar auch gefördert wird, spricht diesbezüglich Bände. Die Abgrenzung von Wissenschaftsskeptizismus und autoritär verkündeten Wissenschaftsfeindschaft wird schal, wenn sie nur bedeutet, dass Wissenschaftler*innen in ihren gut bewachten *science parcs* tun und machen können, was sie wollen, solange aus ihren Erkenntnissen keine politischen Forderungen werden; Forderungen, die immer Kritik an Alternativen implizieren. Oder anders gesagt: Die Zurückweisung

[10] Inwiefern diese keineswegs neuen Dynamiken durch die Bologna-Reform eine ungeahnte Intensivierung erfahren hat, analysiert Gerald Raunig: Maschinen Fabriken Industrien, Wien/Linz/Berlin/London/Zürich 2019; vgl. insbesondere den Abschnitt »28 Tendenzen der modulierenden Universität«, S. 181–189.

[11] Die Metapher des Naturschutzparks entführe ich aus Adornos Überlegungen zur falsch, nämlich apolitisch verstandenen Autonomie der Kunst. Vgl. Theodor W. Adorno: Ästhetik (1958/59), hrsg. v. Eberhard Ortland: Nachgelassene Schriften, Abteilung IV, Band 3, Frankfurt a.M. 2009, S. 83.

kritischer Wissenschaft im Namen der reinen Wahrheit ist ein Plädoyer für Naturschutzpark-Wissenschaft.[12]

Hinzu kommt, dass Freiheit generell schnell zum Recht der Stärkeren wird, wenn ihre Dynamik von der Orientierung an Gleichheit und Solidarität abgekoppelt wird; wie überhaupt die meisten Freiheitsverständnisse einzelne, selbstbewusste und sowohl an psychischen wie materiellen Ressourcen reiche Individuen anrufen. Das gilt auch für das Feld der Wissenschaft. Warum ist von Wissenschaftsfreiheit so viel mehr und lautstärker zu hören und zu lesen als von Wissenschaftssolidarität? Solidarität mit den und dem Beforschten, mit den Mitforschenden, mit denen, die – zumindest in arbeitsteiligen Gesellschaften – die Wissenschaft maßgeblich mitermöglichen?[13] Kritische Theorien – seien sie Max Horkheimers Abgrenzung von der traditionellen Theorie, der feministischen Wissenschaftskritik oder den dekolonialen Studien verpflichtet –, die diese Fragen stellen, gelten nicht erst in der Gegenwart als propagandistisch, *biased* und ideologisch – eben als das Gegenteil von Wissenschaftlichkeit, gerade auch in den Augen von Wissenschaftler*innen, die sich Demokratie und Freiheit auf die Fahne schreiben.

[12] Der Kampf darum, ob Wahrheit kritisch sein darf oder eben nur wahr, ist in der westlichen Tradition so alt wie die Wissenschaft selbst, wie unter anderem Foucaults Überlegungen zur antiken parrhesia deutlich machen; einer Wahrheitspraxis, die sich gegen die (gesellschaftlichen) Irrelevanz der meisten Wahrheiten richtet. Foucault versteht unter parrhesia im Anschluss and die antiken Kyniker*innen eine kritische Wahrheitspraxis, die aus einer unterlegenen Position heraus Wahrheiten öffentlich macht, die sich gegen die jeweiligen Herrschaftsverhältnisse und ihre Profiteure richten. Foucault – und nicht weniger die Kyniker*innen – fordern das im Bewusstsein davon, dass es Wahrheiten in Hülle und Fülle gibt, sodass es einzig und allein darauf ankommen kann, sich den gesellschaftlich relevanten und zugleich unerhörten zu widmen. Vgl. Michel Foucault: Der Mut zur Wahrheit. Die Regierung des Selbst und der andern, II. Vorlesung am Collège de France 1983/84, Berlin 2010; Ruth Sonderegger: Vom Leben der Kritik. Kritische Praktiken – und die Notwendigkeit ihrer geopolitischen Situierung, Wien 2019, insbesondere Kap. 2, S. 59–268.

[13] Vgl. Joan W. Scott: »What Kind of Freedom is Academic Freedom«. In: Critical Times, 5, 1, 2022, S. 1–19.

VI.

Unterschiedlichste kritische Theorien sind jedoch nicht die einzigen, oft aus der Mitte der Universitäten heraus artikulierten Einsprüche gegen ein liberalistisch-konkurrenzistisches Verständnis von Wissenschaftsfreiheit. Weit über Westeuropa hinaus[14] haben die Revolten von 1968 genauso wichtige Öffnungen im scheinbar geteilten und nicht kritisierbaren Konsens in Bezug darauf, was Universität und Wissenschaft bedeuten, erkämpft. Man denke nur an die verschiedenen Formen militanter Forschung, die damals entwickelt wurden, oder an die Politisierung und Skandalisierung unterschiedlichster Ausschlüsse im Feld der Wissenschaft in Form der Gründung der *Open University* in England, für die sich Intellektuelle wie Stuart Hall maßgeblich eingesetzt haben. Gegen die Unfreiheit einer nicht-solidarischen Wissenschaft richteten sich auch die ebenfalls weit über Europa hinausreichenden Studierenden-Proteste von 2009.[15] Vor dem Hintergrund der Neoliberalisierung der Universitäten kritisierten sie nicht nur die Bologna-Strukturierung der Studienpläne in Europa, sondern etwa auch die Verquickung von Universitäten mit Immobiliengeschäften und andere Finanzialisierungs- sowie neoliberale Subjektivierungsimperative. Auch demokratisierende Veränderungen des Wissenschaftsfelds von Oben sind nicht ausgeschlossen, wie in Österreich die sogenannte Kreisky-Ära deutlich macht, während der die Universitäten zumindest in Bezug auf Klassenfragen zu einem wesentlich inklusiveren Ort wurden und damit die Forschungslandschaft um Perspektiven, Fragen und Zugänge erweiterte, die dort bis dahin nicht vorgesehen waren.

VII.

So wichtig die Erinnerung an solche immer (wieder) möglichen Öffnungen und Sprengungen der Wissenschaftslandschaft ist, darf sie nicht jene Formen von kritischer Wissensproduktion unsichtbar machen, die in sehr großer Ferne und damit auch in zumindest teilweiser Unabhängigkeit von der bürgerlichen Universität von ihren kolonialkapitalistischen Anfängen bis zur neoliberal-autokratischen Gegenwart prakti-

---

[14] Enzo Traverso: »Global 1968«, Verso blog post, 09/2018; www.versobooks.com/blogs/news/4023-global-1968?srsltid=AfmBOorgU5NIp6q12MnR6y7E7gA5fXNKNOWk-t2bD5M25jxenbHzk953 (letzter Zugriff: 28.5.2025); sowie das Dossier »›1968‹ – Ein globaler Auf-Bruch« der Rosa Luxemburg Stiftung; www.rosalux.de/dossiers/archiv/1968-ein-globaler-aufbruch (letzter Zugriff: 28.5.2025).

[15] Vgl. Lina Dokuzović: Struggles for Living Learning. Within Emergent Knowledge Economies and the Cognitivization of Capital and Movement, Wien u.a. 2016.

ziert wurden und werden. Die diesbezüglichen Vorschläge und Praxen, die ganz nebenher die Unfreiheit auch der noch halbwegs freien Wissenschaft liberaler Prägung deutlich machen, sind so reichhaltig, dass ich nur einige wenige streifen kann. So schlägt beispielsweise Arturo Escobar anstelle der Universität als Forschungsinstitution, die für die aktuelle Vielfachkrise (unter anderem durch disziplinäre, monokulturelle Trennung von Problemen, die nur zusammen verstanden werden können) mitverantwortlich ist, eine »pluriversity« vor, »a pluriversity attuned to the imperatives of being, life, and the Earth.«[16] Das impliziert selbstredend, dass eine Forschungslandschaft, die beansprucht, die Freiheit der individuellen Forscher*innen oder auch die Freiheit forscherischen Experimentierens (ungeachtet aller Folgen) ins Zentrum zu stellen, nicht länger haltbar, sondern Teil des Problems ist, dem sich die Pluriversität zu stellen beansprucht. »No longer a *university* but a *pluriversity*, the resulting space of knowledge production would become a destabilizing and transformative force at the very center of the modern onto-episteme.«[17]

Die Idee für eine Pluriversität, die Escobar entwirft und zugleich die Freiheit individueller Spitzenforscher*innen und -forschung im Namen eines mehr als menschlichen Lebenszusammenhangs infrage stellt, ist in manchen Aspekten durchaus auch schon realisiert worden: etwa in der *Indigenen Universität* der Ingas, die auf das Wissen über und in Naturzusammenhänge im südlichen Kolumbien fokussiert.[18] Es geht an dieser Universität sowohl um die Erforschung der Geschichte der Ausbeutung der lokalen natürlichen Ressourcen seit dem Beginn der kolonialkapitalistischen Unternehmung samt ihren als Wissenschaft getarnten Ab-

[16] Arturo Escobar: »Global Higher Education in 2050. An Ontological Design Perspective«. In: Critical Times, 5, 1, 2022, S. 183–201, hier: S. 183.

[17] Ebd., S. 193.

[18] Vgl. die online zugängliche Selbstbeschreibung mit dem Titel »Devenir Universidad«; deveniruniversidad.org/en/home/ (letzter Zugriff: 25.5.2025); die Künstlerin Ursula Biemann, die auf dieser Webseite auch als Mitarbeiterin an dem umfassenden Forschungs-Projekt aufgeführt wird, hat dieser Pluriversität mehrere Filme gewidmet, die auch in europäischen Institutionen gezeigt wurden und werden, wobei sie ihre Filme nicht als Darstellung einer alternativen Institution der Wissensproduktion versteht, sondern als World-making im Sinn des Transformationsanspruchs der Indigenen Universität. Vgl. auch Ursula Biemann; Santiago del Hierro/Álvaro Hernández Bello/Giovanna Micarelli/Juliana Ramírez/Iván Darío Vargas Roncancio: »An Indigenous university«. In: The Architectural Review, 9/2022; www.architectural-review.com/essays/an-indigenous-university (letzter Zugriff: 25.5.2025).

teilungen als auch um Möglichkeiten der Heilung der Zerstörung: durch Experimente mit Sozialitäten des Zusammenarbeitens der Forscher*innen mit der Natur und nicht zuletzt durch (Heil-)Pflanzen, die die eingefallenen Forscher*innen entführt und sich auf vielfache Weise – etwa durch Patente – angeeignet haben.

VIII

Die derzeitigen Angriffe auf die herkömmliche Wissenschaftsfreiheit können dann eine Chance werden, wenn die Angriffe nicht einfach in der Hoffnung pariert werden, möglichst schnell zur alten Wissenschaftskultur zurückkehren zu können. Sondern wenn das Chaos der permanent sich verschiebenden Angriffe als Anlass genommen wird, die Komplizenschaft der modernen Wissenschaftsfreiheit mit multiplen Formen der Unfreiheit und dem Freiheitsproblem (der Wissenschaft) selbst ins Zentrum zu stellen. Dann wird Wissenschaftsfreiheit nicht mehr als zentrale Norm oder wiederzugewinnende Utopie erscheinen, sondern als Teil des Problems. In den Worten von Escobar: »as a particular form of knowledge production, the university is, itself, in crisis, in a world that is in crisis. The two sides are deeply interconnected, as the crisis of the world is he crisis of a particular mode of existence and world making, to which the University-form of knowledge production […] has greatly contributed.«[19]

Die multiple Krise, zu der auch die moderne Wissenschaft und ihr Freiheitsverständnis beigetragen haben, wird nicht von heute auf morgen zu lösen sein; es kann in der notwendigen Transformation nicht darum gehen, *Tabula rasa* zu machen und spektakuläre Neubeginne als Ziele der Kritik anzukündigen. Dadurch würde sich nur die Gefahr, neuen Wein in alte Schläuche zu pressen, erhöhen. Aber auch die der Kritik immanente Gefahr würde zunehmen, eine Fortführung des Bekannten und Liebgewonnenen in einer verbesserten Form zu versprechen; einer Fortführung, die durch Reform oder Revolution nur kurz unterbrochen worden sein soll, aber letztlich auf die Vertröstung auf eine unbestimmte Zukunft hinausläuft.[20]

---

[19] Escobar: »Global Higher Education in 2050. An Ontological Design Perspective«, a.a.O., S. 183.

[20] Genau diese Gefahr ist es, die nicht nur Stefano Harney und Fred Moten dazu bewegt, sich von der Kritik (der Wissenschaft) abzuwenden und stattdessen jene Praxen aufzusuchen, die im Untergrund der prekarisierten Wissensarbeiter*innen neue Formen der Sozialität im Forschen und Teilen des Erforschten schon jetzt entwickeln; Praxen, die sie schlicht study nennen. Stefano Harney/Fred Moten: Die

Zweifel an derart fortschrittsorientierter und zugleich Aufschiebungslogiken zuarbeitender Kritik ist auch der Ausgangspunkt des Projekts *Hospicing Modernity*, in dem die Wissenschaft, wie wir sie kennen und in ihrer unsozialen Freiheit zu verteidigen geneigt sind, als ein wesentlicher Teil all jener kolonialkapitalistischen Institutionen behandelt wird, die behutsam abgebaut und beim Sterben begleitet werden sollten. Das heißt auch: Was und wie viel von der modernen Wissenschaft, wie sie sich seit dem 17. Jahrhundert im Tandem mit dem Kolonialkapitalismus entwickelt hat, dann noch sinnvoll ist, kann nicht antizipiert werden: »›hospicing‹ […] recognizes the inevitable end of modernity's fundamentally unethical and unsustainable institutions, but sees the necessity of enabling a ›good‹ death through which important lessons are learned through the mistakes of the dying system, lessons that can then be applied as we witness and help to midwife the birth of something different. This approach also requires that we hospice our own investments in modernity's promises not as a reactive disidentification with modernity and attempt to control the terms of its dissolution, which can paradoxically mirror colonial desires and reproduce many colonial patterns of consumption, but rather as self-implicated processes of facing up to the impacts of our own harmful desires and habits of being.«[21]

Undercommons. Flüchtige Planung und schwarzes Studium, Wien 2016; vgl. auch Ruth Sonderegger: Vom Leben der Kritik […], a.a.O., S. 14ff.

[21] S. Stein/V. Andreotti/R. Suša/S. Amsler/D. Hunt/C. Ahenakew/E. Jimmy/T. Cajkova/W. Valley/C. Cardoso/D. Siwek/B. Pitaguary/D. D'Emilia/U. Pataxó/B. Calhoun/H. Okano: »Gesturing Towards Decolonial Futures: Reflections on Our Learnings Thus Far«. In: Nordic Journal of Comparative and International Education (NJCIE), 4, 1, 2020, S. 43–65, hier: S. 53; doi.org/10.7577/njcie.3518 (letzter Zugriff: 29.5.2025).

Mai-Anh Boger

Über Sinn und Unsinn der Lektüre kritischer Theorien in der (sonderpädagogischen) Lehrkräftebildung

Es gibt viele gesellschaftliche Bereiche, in denen man auch ohne große Theorien mit bloßem Auge erkennen kann, dass wir gesamtgesellschaftlich vor drastischen Problemen stehen. In einem solchen arbeite ich: Der Fachkräftemangel in den Arbeitsfeldern der Sonder- und Heilpädagogik zeitigt dramatische Konsequenzen für behinderte Menschen jeder Altersgruppe. Im Kontext der Lehrkräftebildung wird dies seit Langem unter dem Stichwort »Deprofessionalisierung« diskutiert.[1] Heimeinrichtungen kollabieren, was in Schlagzeilen mündet, die sich unter der Überschrift »Tod durch Personalmangel« zusammenfassen ließen. Stellenausschreibungen für Leitungspositionen in diesen zirkulieren oft monatelang — unbeantwortet. Wer wollte so viel strukturelle Gewalt auch verantworten?

Welche Form von kritischer Wissenschaft, welches Verständnis von Kritik in der universitären Lehre braucht es da?

Ich lebe in einer paradoxen Welt: Gerade diejenigen unter meinen Studierenden, die überdurchschnittlich engagiert sind, sind oft nicht da. Sie arbeiten als Notfall-Lehrkräfte und Aushilfen, als persönliche Assistenzen für Menschen mit komplexen Beeinträchtigungen, die existenziell auf Assistenz angewiesen sind — doch auch Assistent*innen sind schwer zu finden. Manchmal stelle ich mir vor, sie würden auf eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) gehen. Ich stelle mir vor, wir würden über Kritische Erziehungswissenschaft, Frankfurter Schule, Erziehung zur Mündigkeit und die Idee der Universität sprechen. Sogleich befällt mich der Gedanke, dass es sie befremden würde, dies zu tun — nicht aus politischer Ablehnung, sondern wegen der lebensweltlichen Ferne. Tatsächlich hätte es regressive Züge, sich unter diesen Umständen in einer Traumwelt kritischer Bildungstheorie zu verlieren, vor dieser Realität wegzurennen, indem man sich Entwürfen hingibt, die zu

[1] Zur kritischen Diskussion siehe zum Beispiel die diesbezügliche Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft: www.dgfe.de/fileadmin/OrdnerRedakteure/Stellungnahmen/2024.02_DGfE-Stellungnahme_Lehrer.innenbildung.pdf (letzter Zugriff: 24.6.2025).

unserer Zeit so wenig passen, dass es eine Prise schäbige Nostalgie mit sich brächte, in diesen zu schwelgen. Doch gibt es auch Regressionen im Dienste des Ich …

Die sonderpädagogische Lebenswelt sieht derzeit so aus: Im schulischen Bereich erlauben die einzelnen Bundesländer immer großzügigere Seiten- und Quereinstiege von nicht einschlägig qualifizierten Personen in das Lehramt an Förderschulen. So manche Schule bekundet bereits offen, dass Bildung unter diesen Bedingungen nicht mehr stattfinden kann. Dabei geht es nicht um ein kritisches Bildungsverständnis oder um Bildung im erhabenen Sinne. Gemeint ist schlicht, dass hier kaum noch Unterricht stattfindet, den man in irgendeinem Sinne als Unterricht bezeichnen kann. Wozu also kritische Bildungstheorie? Die Frage erscheint in solchen Bereichen der Gesellschaft tatsächlich nicht mehr als eine rhetorische. Die Studierenden und auch ich, wir fragen uns mitunter ganz konkret und offen ausgesprochen: Vergeht einem im Angesicht der Tatsache, dass das Menschenrecht auf Bildung im einfachsten Sinne von basalen Rechenkompetenzen und Alphabetisierung für diese massiv marginalisierte und oft übersehene Teilpopulation bereits gefährdet ist, nicht die Lust daran, sich mit den klassischen Themen der Kritischen Bildungstheorie zu befassen? Es wirkt surreal, verrückend.

Bezeichnenderweise hat auch Wolfgang Jantzen[2] – ein bis zu seinem Lebensende sehr aktiver Vertrauensdozent (VD) der RLS und der wirkmächtigste Marxist in der Geschichte der Behindertenpädagogik – nie ein Wort über Kritische Bildungstheorie verloren, wenngleich er dieses Diskursfeld durchaus kannte. Der Abstand scheint zu groß. Stattdessen las er auf umwegigen Bahnen in vorwiegend russischsprachigen Entwicklungspsychologien auf der Suche nach alternativen – wie wir heute sagen würden – »ableismuskritischen« Verständnissen von Lernen, Entwicklung und Bildung.

Dieses Vermittlungsproblem schreibt sich auch in der jüngeren Generation fort: Ein Promotionsstipendiat ruft mich an und erzählt mir von seiner Sinnkrise. Er hat ein schickes Exposé geschrieben, das keines der oben genannten Probleme löst oder auch nur adressiert. Ich sage dasselbe wie immer: »Wenn du keinen Sinn in deiner Dissertation siehst, wird es auch sonst niemand tun.« Und zweitens: »Ich habe kein Problem mit Sinnlosigkeit — nur macht diese die meisten Menschen depressiv.«

[2] Für ein Interview zu Leben und Werk siehe: www.blickzurücknachvorn.net/wolfgang-jantzen/interview-mit-wolfgang-jantzen/ (letzter Zugriff: 24.6.2025).

Ich nehme die Frage, wozu es noch kritische Wissenschaft braucht, also als echte Frage, da sie mir als solche immer wieder im Alltag begegnet. Da ich mir zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Absatzes unsicher bin, ob es eine (kritische) Theorie zur Linderung meiner Depression und seiner Sinnkrise (oder andersherum?) tatsächlich braucht, halte ich folgende Ausführungen atheoretisch. Das ist nur konsequent. Stattdessen werde ich Geschichten darüber erzählen, was die Kritische Theorie und die Kritische Erziehungswissenschaft in meinem geliebten, chaotischen Arbeitsfeld derzeit an den Rand drängt. Wozu es kritisches Denken braucht, könnte sich von dort aus ergeben. Hoffentlich. Sonst wäre der Aufsatz sinnlos.

Vom kritischen Einsatz des unkritischen Lehrerhandwerkszeugs

Ein Effekt der Ökonomisierung von Bildung zeigt sich in einem Paradigmenwechsel, welcher die traditionellen didaktischen und pädagogischen Zugänge marginalisiert und zunehmend durch manageriale Paradigmen ersetzt. Diese stammen zumeist aus nicht-pädagogischen Kontexten — allen voran Managementtheorien und Ökonomie-nahen Psychologien —, was sich darin kundtut, dass sie mit einer Output-Orientierung einhergehen, die nur dadurch notdürftig verschleiert wird, dass oberflächlich betrachtet eine Prozessorientierung propagiert wird: Schließlich sei es das gute Prozessmanagement, das diesen Output optimiere.

Allgemein-didaktische und pädagogische Theorien werden zugunsten von »Programmen« an den Rand gedrängt, welche sich in diesem ökonomisierten Gestus von Management, Controlling und Output-Hoheit als »evidenzbasiert« erweisen sollen — wobei »Evidenzbasierung« hier bedeutet, dass (erneut) mit Zahlen belegt werden soll, dass ein »*investment*« in dieses Programm sich gemessen an den Erträgen auszahle, dass das Programm also effektiv und effizient sei. Ursprünglich stammt dieses Paradigma aus der Medizin. Ironischerweise wird es dort deutlich kontroverser diskutiert als in der sogenannten »evidenzbasierten Sonderpädagogik«. In der Medizin nämlich steht die Zweischneidigkeit der Evidenzorientierung im Vergleich zu Bildungsdebatten bereits grell erleuchtet im Raum: Neben dem wissenschaftlich redlichen Aspekt, Kurpfuscherei und Humbug durch Evidenzbasierung zu verhindern, wird regelhaft spürbar, dass es bei dem Evidenz-Stempel eben immer auch darum geht, ökonomische Fakten zu schaffen — mit Blick auf Fragen wie zum Beispiel Krankenkassenfinanzierung oder zunehmen-

den Rechtfertigungsdruck gegenüber langwierigeren oder komplexeren Interventionen und Therapien. Es geht hier demnach nicht um einen Methodenstreit beziehungsweise um die Forschungsmethoden für sich genommen, sondern um deren Verstrickungen mit ökonomischen Logiken der Bewilligung, Versorgung und Deprivation.

Vor diesem Horizont erscheint mir die Unterscheidung zwischen traditioneller geisteswissenschaftlicher pädagogischer Theorie und kritischer (Bildungs-)Theorie immer häufiger als praktisch irrelevante Fußnote: Stattdessen sticht hervor, dass es sich bei beiden noch um Theorien handelt statt um manageriale Verhaltensoptimierungsanleitungen. Zur Veranschaulichung sei dies am Beispiel der Auswahl der Lerngegenstände erläutert. Im Rahmen der traditionellen Theorie, also der traditionellen geisteswissenschaftlichen Pädagogik, wurde diese Auswahl pädagogisch begründet. Im Rahmen grundständig pädagogischer Legitimationsfiguren kann auf verschiedene Arten von Argumenten rekurriert werden: neben der Frage, welche Kulturgüter und kulturellen Praktiken als tradierungswürdig gelten, wird auch *vom Kinde aus* gefragt, was die Kinder und Jugendlichen bewegt, welche Lerngegenstände sie motivieren, was für ihre Entwicklung dienlich ist und so weiter. Es wird Wolfgang Klafki zugeschrieben, diese pädagogischen Reflexionen und Legitimationen mit seinem Entwurf der kritisch-konstruktiven Didaktik politisiert zu haben:[3] Er verwies darauf, dass die Auswahl der Lerngegenstände (von der Makro-Ebene der erlassenen Lehrpläne bis zur Mikro-Ebene der konkreten Unterrichtsplanung) niemals nur pädagogisch ist, sondern immer auch ein Politikum. Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse finden ihren Niederschlag auch in der Auswahl der Lerngegenstände — was darin offensichtlich wird, dass sie mitunter vehement umkämpft sind (besonders brisant zum Beispiel mit Blick auf Themen wie Sexualkunde, Stellenwert und (Nicht-)Vielfalt von Religionen, Demokratiebildung und so weiter). Diese Grundthese erlaubte in der Praxis sowie in der Forschung eine nicht-nur-pädagogische Betrachtung im Sinne einer Kritischen Erziehungswissenschaft.

Die Ökonomisierung des Bildungsdiskurses überschreibt nun beides — die traditionelle pädagogische Theorie sowie die kritisch-erziehungswissenschaftliche Reflexion — und ersetzt diese durch die »evidenzbasierte« Frage, ob sich der ausgewählte Lerngegenstand für einen effektiven und effizienten Kompetenzgewinn eignet. Frei nach dem Motto:

[3] Wolfgang Klafki: Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Beiträge zur kritisch-konstruktiven Didaktik, Weinheim/Basel 1985/1991.

Ließen sich die PISA-Ergebnisse Deutschlands mit anderen Lerngegenständen schneller und weitgehender optimieren?

Das Diskursfeld wird dadurch nicht nur entpolitisiert (Marginalisierung der Kritischen Erziehungswissenschaft), sondern auch entpädagogisiert (Marginalisierung der geisteswissenschaftlichen Pädagogik; letztlich: Marginalisierung des Kindes in seiner Würde).[4] So kommt es, dass ich selbst die konservativsten Vertreter*innen einer geisteswissenschaftlichen Pädagogik lieben gelernt habe, da ich nun neben ihnen sitze, wenn ich mit ihnen versuche, die Würde des Kindes gegen die alles objektivierende Ökonomisierung zu verteidigen. Ich bin so handzahm geworden.

In der Lehre macht es das paradoxerweise leichter: Weil man nicht mehr »links« sein muss, um zu merken, dass die Ökonomisierung von Bildung zu weit geht. Pädagog*in zu sein, also wirklich noch Pädagog*in zu sein, was bedeutet, *vom Kinde aus* zu denken, genügt heutzutage schon, um einen demgegenüber kritisch zu machen.

Für ein Kind, einen Menschen da zu sein, ihm zuzuhören, ohne zu fragen, ob die eigene Zeit und die des Anderen damit effektiv genutzt ist und welche Kompetenzen dies fördert, hat mit kritischer Theorie nichts zu tun. Unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen ist es jedoch ein kritischer Akt von unschätzbarer Bedeutung. Zugleich artikuliert sich die Ökonomisierung des Sozialen auch in einer tiefgreifenden Bildungsdeprivation in diesen an den Rand gedrängten Milieus: unterrichten zu können und es auch zu tun, wird dadurch ebenso zu einem widerständigen Akt. Es ist nicht oder nicht mehr die Theorie, die sich mit dem Adjektiv »kritisch« schmückt, sondern das Handeln, das eine kritische Intervention in diese Verhältnisse darstellt.

Daher fragen meine Studierenden zurecht: »Wozu Kritische Theorie, Frau Boger?«

Im konkreten Handeln erleben sie sich als selbstwirksam, als Menschen, die tatsächlich etwas tun können, ein Stück der Welt verändern, und dies für Menschen, die einer marginalisierten Gruppe angehören. Was also antworten? Ich sage: »Kritische Theorien lesen wir *für uns*, nicht für die Kinder. Warum? Weil es Spaß macht. Wer nicht will oder zu müde ist, muss nicht mitmachen.« Zumeist bleibt/kommt etwa ein Drittel: Kritische Theorien als der Luxus, den man sich gönnen will, als Pause vom Handeln im Elend der Welt? In dieser Spur praktiziert braucht es kriti-

[4] Zur Verteidigung des Kindes in seiner Würde siehe Aladin El-Mafaalani/Sebastian Kurtenbach/Klaus Peter Strohmeier: Kinder – Minderheiten ohne Schutz, Köln 2025.

sche Wissenschaft vor allem als einen Raum, der die Freude am Denken und am Dialog kultiviert — vom Handlungsdruck entlastet, von der Geisel der Nützlichkeit und Verwertbarkeit befreit. »Bei der Boger im Seminar darf man noch rumgammeln«, hat einmal eine meiner Student*innen gesagt. Cute. »Ja, lass' gammeln gehen. Ich bring' auch den Teddy mit.«

Feige und tapfere kritische Theorie

»Es ist nun einmal so«, sage ich drei Wochen später in einer anderen Seminarsitzung: »Sonderpädagogische Lehrkräfte schreiben diagnostische Gutachten und entscheiden darin über die Feststellung eines Förderbedarfs und somit über Lebensverläufe prägende In- und Exklusionsdynamiken.« Niemand hat Lust. Das ist der handwerkliche Part, das dreckige Tagesgeschäft, auf das man sich — gelinde gesagt — nicht gerade freut.

Als *feige kritische Theorie* bezeichne ich Theorien, die zu dieser Tatsache nicht mehr sagen können, als dass sie das Schulsystem insgesamt und insbesondere diesen Etikettierungszwang kritisch sehen. Das zu sagen, schaffen die Studierenden auch ohne Theorie. Wenn sie ihre Berufswahl ernst meinen, fragen sie hingegen: »Was tun?« — eine aufrichtige Frage.

Man mag dies für ein sonderpädagogisches Problem halten, doch gibt es genügend andere Beispiele aus dem Schulsystem, die derselben Form folgen: Dass man es theoretisch anders wollte, ist keine Antwort darauf, wie man denn nun unter den gegebenen Rahmenbedingungen und Vorgaben handeln will/soll. Feige kritische Theorie bringt den Studierenden bei, dass kritische Zugänge praktisch bedeutungslos sind, da sie keinerlei Konsequenzen für das berufliche Tun mit sich bringen. Feige kritische Theorie verweigert sich der Aufgabe, zu einer Professionalisierung und Handlungsreflexion beizutragen. Im stärksten Fall mündet sie wahlweise in zynische Positionen (es trotzdem zu tun, obwohl man es politisch fragwürdig findet) oder eben in Studien-/Referendariatsabbruch. Feige kritische Theorie erscheint den weniger engagierten Studierenden nachvollziehbarerweise als Zeitverschwendung; so betrachtet trägt sie zur (Selbst-)Marginalisierung der kritischen Erziehungswissenschaften bei, könnte man selbstkritisch zusammenfassen. Sie macht die Vorwürfe wahr, linke Theorie sei realitätsfern bis realitätsverleugnend und insgesamt etwas für Leute, die noch nicht zu Ende pubertiert haben. Was also tun?

Die Studierenden fragen konkret: »Wozu Diagnosenkritik, Frau Boger?« Antwort: »Für die differentialdiagnostische Präzision.« Wozu

Pathologisierungskritik und Kritik des *Othering*, wenn ich doch eh nicht ins Gutachten schreiben kann, dass ich die Frage falsch gestellt finde? Ich sage: »Das geht schon; dazu muss man nur klüger sein als der vorgefertigte Standard-Bogen und die hinterlegten Satzbausteine.« Das ist viel Arbeit: Kritische Wissenschaft mutiert an diesem Punkt von einem Freiraum für besonders Engagierte zu einer elitären Form der (Selbst-) Disziplinierung. Um in den Kanon und die Rituale der Praxis kritisch intervenieren zu können, muss man diese kennen und beherrschen. Viele aber hadern schon mit dem Nachahmen der traditionellen Praxis. In letzter Zeit denke ich daher viel nach über die (gegebenenfalls nicht vorhandene) Motivation sowie die (gegebenenfalls ebenso nicht vorhandene) Befähigung dazu, die Mehrarbeit zu investieren, die kritisches Denken erfordert. Ich habe mich entschieden, meine Studierenden lieber milde zu überfordern als ihnen ein gutes Gefühl zu geben. Denn beide Optionen bringen Elend in die Welt: In unterkomplexen diagnostischen Verfahren werden Menschen im wörtlichsten Sinne auf Basis von ein paar Kreuzchen in Kategorien eingeteilt (Option a). Im Modus der feigen kritischen Theorie wird das Diagnostizieren und Begutachten verweigert (Option b). Also schaue ich streng: Boger wechselt in den Ausbildungsmodus. Kritisches Denken als hochkontrollierte Zwangsveranstaltung. Niemand fehlt; niemand schwänzt. Denn wer am Ende keinen geraden Satz im Gutachtenstil bauen kann, fällt durch. Wer von komplexeren, also kritischen diagnostischen Theorien überfordert ist, dem soll wenigstens die Möglichkeit genommen werden, dies reinen Gewissens so zu belassen. Die Prüfungsfrage dazu lautet: »Argumentieren Sie, inwiefern es (keine) ableistische(n) Strukturen reproduziert, Anwärter*innen für einen Lehramtsberuf mit Selektionsaufgaben nach ihrer Befähigung zu selektieren, diese Verantwortung zu tragen?« Jedes Jahr zeige ich mich vor mir selbst erneut leicht beschämt darüber, dass es mich immer wieder aufs Neue erschreckt, wie viele Menschen diese Paradoxie nicht verstehen und glauben, sie könnten es schlicht als »ableistische Fähigkeitserwartung« beschreiben, wenn man sie in ihrem naiven Gutmenschentum nicht einfach Kreuzchen machen und nach Gefühl handeln lässt.

Wozu also kritische Theorie? Als »Barriere gegen die Dummheit«,[5] welche diese strukturelle Gewalt aufrechterhält. Weil nur die Befähigung zum kritischen Denken und somit Bildung im erhabenen Sinne des

[5] Alain Badiou: Kleines tragbares Pantheon. Althusser, Borreil, Canguilhem, Cavaillès, G. Châtelet, Deleuze, Derrida, Foucault, Hyppolite, Lacan, Lacoue-Labarthe, Lyotard, F. Proust, Sartre, Berlin 2011, S. 85.

Wortes gewährleistet, dass Anwärter*innen nicht aus bloßer Inkompetenz auf Standardphrasen zurückgreifen, die einem seit Neustem das Gefühl geben, manche Gutachten seien im Gestus vollendeter Verantwortungsverweigerung von ChatGPT verfasst worden. Dazu braucht es kritische Theorien, mit denen man immer ein Ass mehr im Ärmel hat als die diskriminierende, dehumanisierende Gegenseite. Solche, mit denen man Gutachten schreiben kann, die ausstrahlen, dass man jeden Feigling an die Wand argumentieren könnte – wie VD Jantzen immer sagte: »bewaffnet mit Theorien« ziehen wir ins Wortgefecht. Also sage ich zu meinen Studierenden, sie müssten jetzt tapfer sein; es würde ein hartes Semester werden. Das Drittel, das im Grundstudium freiwillig engagiert war (siehe Absatz 1), freut sich darauf. Die anderen zwei Drittel? (Siehe Absatz 3.)

Hilflose und hemdsärmelig-hilfreiche kritische Theorie

Die der Ökonomisierung entsprechende lehramtsstudentische Subjektivationsform stellt besonders gerne drei Forderungen: Mehr Praxisbezug; keine Anwesenheitspflicht; mehr ECTS-Punkte für weniger *workload*. Die Vollendung der Bologna-Reform zeigt sich in einer Bologna-Kritik, die selbst mit ökonomisierenden Begrifflichkeiten hantiert. »Mehr Praxisbezug« meint hier mehr ökonomische Nützlichkeit und Verwertbarkeit. »Keine Anwesenheitspflicht« ist Code dafür, dass es als ineffizient und als Zeitverschwendung erscheint, sich in Seminaren mit Kommiliton*innen zu unterhalten; schnell durch die Folien oder das Skript blättern sei zielführender. Schließlich komme es auf den *Output* an, nicht auf die nackte Präsenz. Und zuletzt die studentische »Gehaltsverhandlung«: »Wie viel muss ich hier machen, um an meine Punkte zu kommen?«

Glücklicherweise haben noch nicht alle diese Subjektivationsform angenommen. Das lässt mir Luftraum, ein bisschen zu tricksen. Hier meine hochschulpädagogische Trickster-Sammlung:

- Ich sage, dass ich noch nicht dazu gekommen sei, mir eine Studienleistung auszudenken. Aber da das ja meine Schuld sei, würde ich ihnen versprechen, dass ich es ihnen leicht mache, wenn ich dann in Semesterwoche sechs oder sieben endlich mal in die Puschen gekommen bin. Dann sind alle entspannt und bleiben da. Das ist absurd und auch irgendwie tragisch.
- Ich frage sie, worauf sie Lust haben. Daraufhin bekomme ich wochenlang keine Antwort und keine weiteren Nachfragen zur Studienleis-

tung. Auch auf diesem Wege kann man sich in Ruhe auf die Inhalte konzentrieren.

- Ich nenne eine horrend komplexe Aufgabe. Dann füge ich hinzu: »Oder ihr kommt einfach und wir sprechen ganz entspannt über die Texte.« Dann plädieren die Studierenden für Anwesenheitspflicht. Das wäre gechillter und auch mal 'ne schöne Abwechslung.

Ernsthaft: Nachdem ich die Lektüre kritischer Theorien im ersten Schritt zu einer freiwilligen Luxus-Veranstaltung für Neugierige erklärt habe (siehe Absatz 1), um sie dann zu einer überlebensnotwendigen Grundlage im Kampf gegen das Unrecht der Welt umzudeklarieren und sie als Prüfungs-Sieb zu verwenden (siehe Absatz 2), bleibt nur noch ein Weg übrig. Er ist der gewaltloseste: Ich lasse es. Ich nehme mir nichts vor und lasse die Studis erzählen. Dann erzählen sie mir vom *Elend der Welt*[6] – ohne Seminarplan, ohne Kurs – und aus irgendeinem mir unerfindlichen Grund fallen mir plötzlich kritische Theorien ein, wenn ich überlege, wie sich darüber nachdenken ließe. Dann frage ich: »Ergibt das Sinn?« Und die Studierenden sagen »Ja«.

Dieser dritte, dieser induktive, dialogische Weg ist zugleich der einzige, bei dem auch ich lerne und wirklich nachdenke (statt nur zu rezitieren und zu dozieren). Nur auf diesem Pfad findet ein echtes Gespräch statt. Also sage ich, so paradox es klingen mag: Ich weiß nicht, ob wir eine kritische Wissenschaft brauchen. Aber ich brauche euch. Für ein Denken, das sich vom Anderen aus in Bewegung setzt.

[6] Pierre Bourdieu et al. (Hrsg.): Das Elend der Welt, Stuttgart 2009.

Markus Euskirchen

Die Visionen der Künstlichen Intelligenz

Kritische Überlegungen zur hochtechnologischen Revolution

Theorie stellt verallgemeinerungsgetriebene Wirklichkeitserklär- und -veränderungsmaschinen zur Verfügung. Kritische Gesellschaftstheorie ist nicht nur kritische Wissenschaft, sondern eine Kritik an der bürgerlichen Form von Wissenschaft. Sie inkorporiert dabei ein bestimmtes Erkenntnisinteresse und legt es offen: Klassenkampf. Theoriearbeit soll die Situation der Geschundenen, Beherrschten und Ausgebeuteten verbessern oder wenigstens eine der wichtigsten Bedingungen dafür – das Nachdenken über Dinge und Verhältnisse – erwirken. Kritische Theorie will den Gegenstand nicht nur, aber auch immanent kritisieren, indem sie ihn an seinen eigenen Zielen und Ansprüchen misst, und dadurch überwinden.

Was ist Künstliche Intelligenz?

Zur KI gibt es sogar schon das Stichwort im *Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus* (HKWM).[1] »Artificial Intelligence is collective labor«.[2] Diese Feststellung hebt nicht allein auf die Klassifizierungs- und Reinigungsarbeiten an den Lerndaten ab, die notwendig sind, bevor das Training der KI überhaupt erst einmal beginnen kann: »Arbeitende in Südamerika, Kenia oder Indien annotieren[3] zu Niedrigstlöhnen Daten, damit

[1] Siehe Christof Ohm: Künstliche Intelligenz. In: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, 8/1, 2012, S. 483–501; [www.rosalux.de/fileadmin/images/HKWM/Kuenstliche-Intelligenz-HKWM08I.pdf (letzter Zugriff: 30.7.2025).

[2] In der Sommerausgabe 2024 des Jacobin zum Schwerpunkt »N°17: Künstliche Intelligenz« erinnert Dietmar Dath an Denis Yi Tenen, der den Gegenstand auf eine prägnante Formel bringt. Vgl. Denis Yi Tenen: »Literary Theory for Robots. How Computers Learned to Write«, NYC 2024; siehe auch Dietmar Dath: »Wer ›die KI‹ sagt, ist schon reingefallen. Was da kommt, ist keine neue Kollegin. Es ist unsere kollektive Geistesarbeit, im Dienste von Krawattenidioten«. In: Jacobin, 20.6.2024; www.jacobin.de/artikel/ki-facharbeit-klassenkampf-dietmar-dath (letzter Zugriff: 17.7.25).

[3] Annotation bedeutet die Kennzeichnung von Rohdaten mit Informationen über deren Eigenschaften (zum Beispiel handelt es sich um ein Bild, einen Text, ein Video) und gegebenenfalls auch über Inhalte. Sie ist vergleichbar mit der schon seit Jahrhunderten üblichen Verschlagwortung von Werken für einen Bibliothekskatalog. Das Hinzufügen von Kennzeichnungen ermöglicht es, Kontexte für die Modelle zu spezifizieren und innerhalb derer Wahrscheinlichkeiten zu berechnen.

wir in Europa gewaltfreie soziale Medien und generative KI genießen und auch in Schulen einsetzen können. Dieses Outsourcing ist von verschiedenen Seiten zu betrachten: Die Daten-Annotation bringt nun auch ungelernte Kräfte in Arbeit, zunehmend auch Frauen, gleichzeitig sind die Löhne überall zu niedrig und die Arbeit ist ausbeuterisch und psychisch belastend. Bedroht die Abhängigkeit von Technologie-Unternehmen im Norden die Bequemlichkeit, gefährdet sie im Süden die Existenz. Denn auch Annotierung ist von Automatisierung bedroht. Diese Kosten erhöhen sich noch dadurch, dass die Systeme in der Anwendung oft genug vulnerable Menschengruppen zusätzlich diskriminieren. Ein Lichtblick ist, dass sich *Clickworker* in Argentinien feste Stellen und Versicherungen erkämpft haben. Eventuell ist es möglich, über eine Organisation der Beschäftigten ihre Machtposition zu stärken, mit allen kostenrelevanten Konsequenzen für unsere Dienstenutzung. Denn nicht nur bezahlen wir kostenfreie Dienste mit unseren Daten, sondern auch mit der wirtschaftlichen Abhängigkeit und mentalen Gesundheit des globalen Südens.«[4]

KI ist die im Daten- und Lernmaterial und im diese verarbeitenden Code vergegenständlichte menschliche Arbeit: »Die Archive, an deren Beständen generative KI trainiert wird, sind in letzter Instanz von Menschen angelegt, wenn auch oft schon maschinell kollationiert [abgeglichen; ME], gefiltert, organisiert. ›Die KI‹ bringt das, was andere anderswo wissen oder anderswann wussten, zu denen, die es hier und jetzt wissen wollen oder sollen, damit sie es weiterverarbeiten können.«[5] Schon bei der Begriffsarbeit zeichnet sich ab: Es geht bei einer Kritischen Theorie der KI weniger um technologische Fragen als um Arbeits- und Eigentumsverhältnisse, mithin Produktions- und Herrschaftsverhältnisse.

Angstpolitische Übertreibung im KI-Diskurs?

Ein ganzer Zweig der KI-Forschung diskutiert die Gefahr der Auslöschung der Menschheit[6] durch ein *alien within*, eine irdische, menschengemachte, allerdings aus dem Ruder gelaufene KI. Dem entgegnet aus einer antirassistischen Perspektive der US-amerikanische Journalist Edward

[4] Vgl. Dath 2024.

[5] Ebd.

[6] Siehe exemplarisch Michael K. Cohen/Marcus Hutter/Michael A. Osborne: »Advanced artificial agents intervene in the provision of reward«; onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/aaai.12064 (letzter Zugriff: 30.7.2025).

Ongweso Jr.: »Algorithms have already transformed racist policing into ›predictive policing‹ that justifies surveillance and brutality reserved for racial minorities as necessary. Algorithms have rebranded austerity as welfare reform, giving a digital gloss to the long-disproven arguments that social programs have bloated budgets because (non-white) recipients abuse them.«[7]

Algorithmen rechtfertigen also Entscheidungen, wer welche Ressourcen erhält; wobei diese Entscheidungen in unserer Gesellschaft bereits vorstrukturiert sind und auf diese Weise auch in die Algorithmen einfließen, so dass von einer grundsätzlich strukturierten Diskriminierung gesprochen werden muss. Die Diskriminierung, so Ongweso, verschwinde nicht in den Algorithmen, sondern strukturiere und begrenze die Art und Weise, wie das Leben ablaufe, jetzt auch vermittelt über Algorithmen. Was den vermeintlichen Sachzwangcharakter noch verschärft, ließe sich ergänzen. Besonders anschaulich werde dies auf den Feldern der Polizeiarbeit, des Wohnungsbaus, der Gesundheitsfürsorge und des Transportwesens, wo rassistische Diskriminierung alle Entscheidungen vorstrukturiere – »what will happen if we allow algorithms to not only gloss over those designs, but extend their logic deeper? A long-term view that is intimately concerned with the risk of humanity's extinction risks losing sight of the present where humans are suffering because of algorithms deployed in a society built on exploitation and coercion of all, but especially of racial minorities.«[8]

Schon heute, nicht erst irgendwann in einer dystopischen Zukunft, gefährden die Auswirkungen algorithmisch überformter sozialer Verhältnisse Schicksale und Menschenleben. Nicht die KI, die jetzt zur Hausaufgabenhilfe benutzt wird, ist das Problem und auch nicht die KI-Apokalypse,[9] es ist die Konkurrenz aller gegen alle, auf die das (Aus-)Bildungsprogramm unter den herrschenden Bedingungen spätestens mit der kindergärtnerischen Vorschule zurichtet.[10] Das Ganze ließe sich auch

---

[7] Edward Ongweso: »Google Deepmind Researcher Co-Authors Paper Saying AI Will Eliminate Humanity«; www.vice.com/en/article/93aqep/google-deepmind-researcher-co-authors-paper-saying-ai-will-eliminate-humanity (letzter Zugriff: 2.7.2025).

[8] Ebd.

[9] Nicht Zombies überrennen die Menschen, sondern künstliche Intelligenzen verdrängen den Menschen von der Spitze der Nahrungskette, degradieren ihn zum Beispiel zum Bio-Energielieferanten wie im Kinofilm Matrix (1999).

[10] Vgl. Markus Euskirchen: »Belohnungssysteme auf Lernplattformen sind fragwürdig und sollten optional sein«. In: Netzfueralle-Blog, 26.9.2022; netzfueralle.

am smarten Logistiksystem von *Amazon* durchdeklinieren, das nicht *per se* schlecht ist, sondern »nur« indem es die finale Konkurrenz im Bereich Distribution und Logistik überformt.[11] It's capitalist competition, stupid!

Blinde Flecken im KI-Diskurs

Der KI-Diskurs dreht sich derzeit in der Regel um große Sprachmodelle (*large language models* – LLMs), oft auch verallgemeinernd GPTs genannt: *Generative pre-trained transformers*. Was ist damit gemeint? Große Datensätze, wie Texte, Bilder, Musik und so weiter, werden zergliedert, zu Netzen aufeinander verweisender Zahlwerte transformiert und in Datenbanken abgelegt. Vorab trainierte Modelle generieren daraus auf Anfrage (»prompt«) Zeichenketten, die menschliche Betrachter*innen wiederum als Text, Bild oder Musik interpretieren können. Weil die Wahrscheinlichkeiten aller Kombinationsmöglichkeiten der Zeichen schon für einen mittellangen Satz nicht mehr berechenbar sind – auch mit aller Rechenpower der Welt und in absehbarer Zukunft nicht – arbeiten diese Maschinen nicht nur mit Wahrscheinlichkeiten, sondern mit *geschätzten* Wahrscheinlichkeiten. Darüber hinaus spielt der Zufall eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Nach dem Zufallsprinzip weicht der Algorithmus nämlich immer mal wieder von den jeweils am wahrscheinlichsten nächsten Zeichen ab. Der Mathematiker Stephen Wolfram hebt das hervor: »But if sometimes (at random) we pick lower-ranked words, we get a ›more interesting‹ essay. The fact that there's randomness here means that if we use the same prompt multiple times, we're likely to get different essays each time.«[12]

Die Zufallskomponente erklärt die groben Schnitzer (»Halluzinationen«), die die Modelle dann doch regelmäßig-unregelmäßig produzieren, egal bei welchem Thema, auch bei einfachen Programmieraufga-

---

blog.rosalux.de/2022/09/26/anton-belohungen-fragwuerdig/ (letzter Zugriff: 17.7.25).

[11] Vgl. Sabrina Apicella: Das Prinzip Amazon. Über den Wandel der Verkaufsarbeit und Streiks im transnationalen Versandhandel, Hamburg 2020; siehe auch Markus Euskirchen: »Künstliche Intelligenz überformt Gewalt-, Ausbeutungs- und Ungleichheitsverhältnisse«, 24.1.2023; netzfueralle.blog.rosalux.de/?s=amazon (letzter Zugriff: 23.7.2025).

[12] Stephen Wolfram: »What Is ChatGPT Doing … and Why Does It Work?«, 2023; writings.stephenwolfram.com/2023/02/what-is-chatgpt-doing-and-why-does-it-work/ (letzter Zugriff: 17.7.25).

ben, die sie ja eigentlich beherrschen sollten. Diese Schnitzer sind nicht als Fehler des Algorithmus zu verstehen, die dieser noch loswerden wird, wenn er nur länger lernt oder besser trainiert wird. Im Gegenteil, sie sind der Preis, der für das angestrebte Ergebnis zu zahlen ist: künstliche *menschenähnliche* Intelligenz. Denn ohne die zufälligen Einsprengsel von Varianten niedrigerer Wahrscheinlichkeit werden die Outputs redundant, langweilig, sofort als maschinell erstellt erkennbar.

Die Rolle des Zufalls bildet einen blinden Fleck, bei dem es um die (Kritik der) Funktionsweise von KI geht: Die Zufallskomponente der Algorithmen wird in der Regel übersehen, beziehungsweise unter die Wahrscheinlichkeitskomponente subsumiert. Aber Zufälle sind etwas kategorial anderes als Wahrscheinlichkeiten, die entlang bestehender Wirklichkeiten erhoben werden. Den Zufall auszublenden führt dazu, technisch regelkonforme Aktionen des Algorithmus als technisch fehlerhaft misszuverstehen; diese sind *gerade nicht* mangelhaft, sondern ein *korrektes* Resultat der Zufallskomponente des Algorithmus. Oder noch einmal anders formuliert: Ein Fehler ist das Gegenteil eines zutreffenden – unter der Einbeziehung von Zufällen – errechneten Ergebnisses.

Die Aussage, die KI habe einen Fehler gemacht, ist eine komplett andere als jene, die KI sei im Grundsatz technologisch, aber auch gesellschaftspolitisch in einer kritikwürdigen Art und Weise konstruiert. Wenn die KI auf Menschenähnlichkeit ihres Outputs optimiert ist und sich gleichzeitig von den Sachverhalten, über die sie sich äußert, keinen eigenen Begriff bilden kann, wird das Ergebnis oftmals plausibel erscheinen, es muss aber nicht unbedingt inhaltlich korrekt sein, sodass man sich keinesfalls darauf verlassen sollte. Anders wäre es, wenn man der KI so viel Kontext geben würde, dass man den Text auch selbst hätte schreiben können.

Sobald man sich jenseits trivialer Zusammenhänge bewegt, wird der hohe Grad scheinbarer Plausibilität zum Problem: Oft können nur noch Expert*innen auf dem jeweiligen Fachgebiet die Spreu vom Weizen trennen. Die scheinbaren, aber inhaltlich nicht unbedingt korrekten Plausibilitäten stellen jedoch keinen Fehler entsprechend der Logik der KI dar, im Gegenteil: Der hohe Grad an Plausibilität beweist, dass sie sehr gut leistet, worauf sie optimiert wurde. Solange man die Logik der KI nicht begriffen hat, setzt die Kritik an ihr leicht an einem falschen Punkt an: nämlich der Ebene einer technischen Fehlersuche, die glaubt, etwas sei reparabel – gegebenenfalls im Zuge eines weiteren Produktivkraftfortschritts –, was aber aufgrund der Anlage der KI folgerichtig ist.

Die Kritik am Optimierungszweck hingegen wäre anlässlich des ausgeblendeten Zufalls die *richtige* Kritik. Der Zweck, zu dem optimiert wird,

ist wie fast immer unter kapitalistischen Bedingungen: die Profitmaximierung. Das Mittel der Wahl zur Erreichung dieses Ziels ist die Optimierung der KI auf Menschenähnlichkeit. Je überzeugender das Versprechen einer solchen ist, umso mehr Risikokapital findet sich offensichtlich, das bereit ist zu investieren. Der hiermit einhergehende Ebenenwechsel (von der Kritik der *Technik* zur Kritik der *politischen Ökonomie der Technologie)*[13] würde im besten Fall zu einer Debatte über das gesellschaftlich Wünschenswerte führen und Fragen beinhalten wie: Worauf-hin ist das Modell optimiert? Wer bestimmt die Entwicklungsrichtung und die Arbeitsverhältnisse der an der Produktion Beteiligten? Wer hat die Macht zu bestimmen? Woher kommen die Daten, wem gehören die Anlagen, auf denen diese Programme laufen und mit ihren Ergebnissen Fakten schaffen und so weiter? Zieht man das Problem von dieser Seite auf, wird der diskursive blinde Fleck sichtbar und dadurch zu einer politischen Agenda.

Noch einmal anders auf den Punkt gebracht: Die KI kann und soll ihren Gegenstand nicht verstehen, denn sie setzt lediglich Zeichen gemäß formaler Regeln hintereinander, in denen es um *geschätzte* Wahrscheinlichkeiten und das *zufällige* Abweichen von diesen Wahrscheinlichkeiten geht – zur Vortäuschung menschlichen Denkens einschließlich seiner Fehleranfälligkeit.

Fähigkeitsverlust bei Mensch und Maschine

Die ganze Angelegenheit hat aber auch noch eine technopolitisch-gesellschaftliche Dimension, die weit über branchen- oder gewerksspezifische Fehlerwirkungen und Existenzängste hinausgeht, wie etwa die, die alle kreativ schreibenden Gewerke betreffen, nämlich dass ihre Arbeitskraft

[13] Zum kategorialen Unterschied zwischen »Technik« und »Technologie«, die im affirmativen Diskurs synonym verwendet werden: »[...] der Mensch als Gattungswesen [musste] sich erst unzählige Techniken aneignen, um sich aus den Fängen der Natur zu befreien – und dieser Befreiungsprozess ist nicht abgeschlossen. [...] Erst das Effizienzkriterium, die Produktivität als Maßstab der kapitalistischen Produktionsweise führt die Hierarchisierung der unterschiedlichen Lebensweisen ein und drängt im selben Moment schon auf die Ausrottung aller weniger produktiven Techniken. Die Produktivität ist ein formales, inhaltlich leeres Kriterium. Es spaltet den ethischen, ästhetischen, sozialen Gehalt ab, der in Techniken stecken kann. Was bleibt, sind Technologien, die allein über ihre Produktivität zueinander in Konkurrenz geraten.« – Markus Euskirchen: »Die Welt hacken«. In: Zeitschrift LuXemburg 3/15, 12/2015, S. 103.

überflüssig werde. Der normative Kern einer kritischen Theorie der KI sollte ein konsequent digitalisierungskritischer Humanismus[14] sein. Dieser sollte die zivilisationsdestruktive Entwicklung nicht unkommentiert lassen, die durch KI-Einsatz allerorten eingeleitet ist. Sie besteht in der fortschreitenden Ersetzung nicht allein kreativer, sondern aller irgendwie kompetenz-basierter menschlicher Arbeit durch die computerisierten Lernmodelle. Die Pseudo-Intelligenz der KI wird sukzessive durch den Input von Schriftgut und in Schrift transformierte Sprache und Videos weiter trainiert. In der kapitalistischen Gegenwart werden die Maschinen zum Zwecke der Profitmaximierung und nicht zum Zweck der Gebrauchswertverbesserung eingesetzt; oder wie es die Hollywood-Lohnschreiber*innen in ihrem Streik im Herbst 2023 formuliert haben: »the tools are used *to replace* the writers and are not used *by* the writers«.[15] Mit fortschreitender Maschinisierung und dem zunehmenden maschinellen Input der KI wird die teure Arbeit der Trainer*innen beziehungsweise der Inhalte-Ersteller*innen auf ein Minimum reduziert. Die Ursache ist der Konkurrenzdruck unter den Bedingungen der Profitmaximierung. Aber Menschen, denen nicht mehr abverlangt wird, einen qualitativ hochwertigen Input zu liefern, verlieren die entsprechenden Fähigkeiten. Dies ist eine Grundregel der Kognitions- und Neurowissenschaften: »Unser Hirn ist ein höchst plastisches Organ, das sich im Sinne eines nicht-linearen Systems vielfältig und überwiegend elegant an die Umgebungsanforderungen anpasst. Insofern kann man jedem empfehlen, sich bis ins hohe Alter kognitiv anregend zu beschäftigen. Ohne anregende kognitive Betätigung treten ›negative‹ plastische Prozesse ein, die mit Abbau des Nervengewebes verbunden sind.«[16]

Fähigkeiten, die brachliegen, gehen verloren. Delegieren Menschen Tätigkeiten, seien es professionelle oder alltägliche, an smarte Digitalassistent*innen, so werden die ihnen zugrunde liegenden Fertigkeiten auf kurz oder lang verkümmern. Der Trend zum Wissensverlust durch den Einsatz generativer KI zeitigt dabei nicht nur individuell, sondern auch

[14] Die mit dem Einzug vollautomatischer Inhalteproduktion einhergehenden fundamentalen Umbrüche wirksam zu thematisieren, fehlt dem Feuilleton hierzulande jemand wie Frank Schirrmacher. Vgl. den Eintrag zu ihm auf Wikipedia; de.wikipedia.org/wiki/Frank_Schirrmacher#Payback_(2009 (letzter Zugriff: 30.7.2025).

[15] Vgl. Markus Euskirchen: »Künstlich-intelligente Streik- und Zivilisationsbrecher in Hollywood«, Netzfueralle-Blog, 16.5.2023; netzfueralle.blog.rosalux.de/2023/05/16/ki-streikbrecher/ (letzter Zugriff: 17.7.2025).

[16] Lutz Jänke: »Das Gehirn: ›use it or lose it‹«, Interview von Brigitte Blöchlinger; www.news.uzh.ch/de/articles/2006/1822.html (letzter Zugriff: 8.7.2025).

kollektiv und gesamtgesellschaftlich Folgen, wie neuere Untersuchungen gezeigt haben: »Large language models (LLMs) are a potential substitute for human-generated data and knowledge resources. This substitution, however, can present a significant problem for the training data needed to develop future models if it leads to a reduction of human-generated content. [...] Our findings suggest that the rapid adoption of LLMs reduces the production of public data needed to train them, with significant consequences.«[17]

In der generativen Texterzeugung steht nicht das Problemverständnis im Fokus, sondern es wird mit Wahrscheinlichkeit und Zufall gearbeitet. Es wird auf überzeugende Menschenähnlichkeit und eben nicht auf faktische Korrektheit hin optimiert. Die Auswirkungen sind dramatisch: Das Datenmaterial, mit dessen Hilfe die Modelle lernen, wird umso fehlerhafter, je höher der maschinengenerierte Anteil ansteigt. Damit werden wiederum die maschinengenerierten Inhalte zunehmend fehlerhaft. Neben Wahrscheinlichkeit und Zufall verursachen immer mangelhaftere Lerngrundlagen mehr und mehr Fehler.

Die Fehler, mit denen die KI arbeitet, sind zunehmend statistisch signifikant, denn sie tauchen immer häufiger im Lernmaterial auf. Da die Datenmengen unübersichtlich groß sind, kann niemand die Lerngrundlage vollständig überprüfen. Der Einsatz der KI zur Prüfung der Lerngrundlage würde das Problem nur auf die nächsthöhere Ebene verschieben.[18] Die Produktion generativer Modelle gerät mithin in eine Spirale der fortschreitenden, sich verschärfenden Fehlerhaftigkeit. Es droht ein *rat race*, definiert als ein »endless, self-defeating pursuit«,[19] das heißt, es handelt sich um ein exponentielles Wachstum, bei dem immer mehr Fehler entstehen. KI-Bots in Foren und Wikis, die fehlerhafte Beiträge produzieren, verstärken diese Wirkung, indem sie kuratiertes Wissen verunreinigen und menschliche Kurator*innen dieses Problem nicht mehr in den Griff bekommen *können*: Noch so viele Menschen können niemals

[17] »Large language models reduce public knowledge sharing on online Q&A platforms« (Abstract); doi.org/10.1093/pnasnexus/pgae400 (letzter Zugriff: 30.7.2025).

[18] Pauline Schinkels: »Wer fabuliert hier so herum? Chatbots wie ChatGPT verbreiten Falschantworten, das ist ein Problem. Forscher haben eine Methode entwickelt, wie sie solche Halluzinationen besser erkennen wollen.« In: Die Zeit, 23.6.2024; www.zeit.de/digital/2024-06/ki-halluzinationen-sprachmodelle-erkennung-universitaet-oxford (letzter Zugriff: 30.7.2025).

[19] Siehe Eintrag zu »Rat race« auf Wikipedia; en.wikipedia.org/wiki/Rat_race (letzter Zugriff: 30.7.2025).

überprüfen und fehlerfrei halten, was eine Armee von KI-Bots an mehr oder weniger zufälligem, auf jeden Fall plausiblem Zeug von sich gibt.

In Ausbildungsstätten und an Lernorten müssten Schüler*innen, Auszubildende und Studierende erst einmal *analoge* Fähigkeiten sowie Kompetenzen des Selbst-Denkens, zum Beispiel im Umgang mit Medien, ausbilden als *notwendige* Grundlagen für einen reflektierten und selbstbestimmten, mithin kritischen Gebrauch *digitaler* Werkzeuge. Angesichts gegenwärtiger gesamtgesellschaftlicher Prioritäten- und damit Ressourcenverschiebungen von Bildung zu Rüstung und Kriegsvorbereitung dürfte dies künftig eher wohl nur noch im Ausnahmefall gelingen. Wer arbeitet denn heute noch mit Landkarten aus Papier und nimmt sich gar die Zeit, beziehungsweise bekommt die Zeit bezahlt, Kindern zu erklären, wie man mit solchen Karten umgeht? Kommende Generationen erleiden Schaden nicht nur, indem ihnen die Ausbildung analoger Fähigkeiten zunehmend vorenthalten wird. Sie setzen sich bereits als Kinder und Jugendliche immer früher und immer umfassender zur Welt nur noch algorithmusvermittelt über ihre Endgeräte ins Verhältnis. Die Belohnungstricks der Algorithmen verursachen Abhängigkeiten (»Kundenbindung«), was sie vom analogen Spielen und Lernen abhält und von der Welt hinter den Endgeräten zunehmend entfremdet. Auch für Deutschland ist die signifikante Bedeutung des Problems erfasst.[20] Eine Trendumkehr ist nicht festzustellen. Im Gegenteil: Bildungsprogramme messen inzwischen ihren Erfolg unter anderem im Digitalisierungsgrad des Klassenzimmers. Lediglich im (populär-)wissenschaftlichen Kontext scheint das Problembewusstsein hierfür zuzunehmen.[21]

In den USA wurde vor Kurzem die Frage nach der Verantwortung für diese Entwicklung aufgeworfen. Nach einem Bericht des *nd* verklagten mehrere Staatsanwälte aus 14 Bundesstaaten gemeinsam die Videoplattform *Tiktok*.[22] »Der Vorwurf: Tiktok habe die Videoplattform mit Absicht so gestaltet, dass Kinder und Jugendliche immer mehr Zeit

[20] Mirjam Martin: »Medienabhängigkeit: Die Bildschirmsucht nimmt zu«. In: Deutsches Ärzteblatt, 14/2023; www.aerzteblatt.de/archiv/230604/Medienabhaengigkeit-Die-Bildschirmsucht-nimmt-zu (letzter Zugriff: 30.7.2025).

[21] Siehe zum Beispiel die Zeitschrift Geo, darin Carla Benkö: »Smartphones haben gravierende Auswirkungen auf das menschliche Gehirn«, 8.7.2025; www.geo.de/wissen/gesundheit/gravierende-auswirkungen--so-veraendert-das-smartphone-unser-gehirn-34598530.html (Letzter Aufruf: 9.7.2025).

[22] Siehe auch die Presseerklärung der New Yorker Generalstaatsanwältin Letitia James, [ag.ny.gov/press-release/2024/attorney-general-james-sues-tiktok-harming-childrens-mental-health (Letzter Aufruf: 9.7.2025)].

dort verbringen wollten. Das schade deren Wohlbefinden. […] Der Algorithmus, der den meist jungen Nutzern immer wieder neue Inhalte präsentiere, die zu ihren Interessen passen, verursache eine Ausschüttung des auch als Glückshormon bekannten Botenstoffs Dopamin, hieß es darin. Er sei absichtlich so konzipiert worden, dass er die Nutzer abhängig mache und sie dazu bringe, Stunden in der App zu verbringen. Tiktok tue dies, um Profit zu machen, obwohl das Unternehmen wisse, dass solches Verhalten zu tiefgehenden psychologischen und physiologischen Schäden führe.«[23]

Zu einer Anklage in dieser Schärfe wäre es wohl kaum gekommen, wenn *Tiktok* sich nicht in chinesischer Eigentümerschaft befände. Dennoch sind die Vorwürfe gegen die Videoplattform verallgemeinerbar.[24] Was verloren zu gehen droht ist die eigenständige Handlungsfähigkeit der Subjekte, die wiederum praktische Voraussetzung nicht nur für die Erzeugung »frischen« Inputs, sondern auch eine Bedingung für kritische Theoriearbeit ist. Sollte die Problematik weiterhin nur auf der Ebene konkurrierender Wirtschaftsinteressen im Kontext eines Wirtschaftskrieges verhandelt werden, droht ein wichtiges zivilisatorisches Moment abhanden zu kommen. Fefe, ein populärer Blogger, der an der Schnittstelle zwischen digital aufgeklärter Facharbeiter*innenschaft und Medienkritik arbeitet, malt die Konsequenzen aus: »Es gibt zwei offensichtliche Auswege. Entweder wird die ›KI‹ tatsächlich künstlich intelligent und kann eigene Inhalte schaffen (und braucht uns dann nicht mehr und wird uns alle töten) oder die ›KI‹ verödet genau wie die Menschen verödet sind, weil keiner mehr selbst denken musste. Beides klingt nicht sonderlich attraktiv.«[25]

[23] »Tiktok: Depression durch Videosucht. 14 Generalstaatsanwälte in den USA verklagen Tiktok wegen der Schädigung von Kindern«. In: nd, 9.10.2024.

[24] Eine Anklage für ein US-amerikanischen Unternehmen mit ähnlichen Geschäftsmodell kam ebenfalls bereits zur Anklage. Vgl. die ähnlich gelagerten Vorwürfe gegen Facebook/Meta 2023; www.nytimes.com/2024/06/22/technology/zuckerberg-instagram-child-safety-lawsuits.html (letzter Zugriff: 30.7.2025).

[25] Fefe [Felix von Leitner]: Fefes Blog, »Fri May 12 2023«; blog.fefe.de/?ts=9aa0b2c7 (letzter Zugriff: 16.7.2025).

Aneignung der KI von unten als politische und kritisch-theoretische Orientierung

Wie auch bei den technologiepolitischen Auseinandersetzungen der Vergangenheit lassen sich die Positionen zur Einschätzung und zum Umgang mit KI entlang unterschiedlicher strategischer Ausrichtungen gruppieren. Diese umreißen ein Spektrum, das von einer maschinenstürmerischen Verweigerung gegenüber der KI über eine subversiv-kritische Affirmation der neuen Technologie bis zu einer technizistischen Begeisterung reicht. Die Verweigerungshaltung steht dabei in der Tradition etwa einer feministischen Technikkritik oder auch radikaler ökologischer Wachstumskritik, die technischen Fortschritt untrennbar mit ressourcenfressenden und lebenszerstörenden Wachstumsraten identifiziert.[26] Diese kann in Form moralisierender oder individualisierender Appelle vorgetragen werden, dass man digitalem Konsum wie Produktionsmitteln entsagen soll. Sie kann sich in die Tradition der Aufstände fordistischer Zeiten gegen Patriarchat, Regierung und Fabrikherrn stellen, zum Beispiel des italienischen Operaismus.[27] Die Band *Ton Steine Scherben* hat diese Haltung auf die Parole gebracht: »Macht kaputt, was euch kaputt macht!«

Die technizistische Begeisterung hingegen geht davon aus, prinzipiell alle gesellschaftlichen Probleme seien technisch lösbar. Weder die Grundstruktur der Technik selbst noch ihre gesellschaftliche Einbettung interessieren diese Position. Um Probleme zu lösen, reiche es aus, genügend Mittel in neue Technologien zu investieren. Das überzeugt jedoch nicht, weil weder die technischen noch die gesellschaftlichen Problemursachen systematisch in den Blick geraten, geschweige denn angegangen werden.

Die subversive Affirmation jedoch hat verstanden, dass es kein Entkommen gibt aus der umfassenden Produktivkraftrevolution, die die Methoden des maschinellen Lernens in Verbindung mit globaler Echtzeitkommunikation und allgegenwärtiger digitaler Mikrodatenerhebung bedeuten. Daher entlehnt sie aus den alten Kämpfen die widerständige Identität und aus dem Fundus der neuen technischen Möglichkeiten ihre Mittel. Techniken künstlicher Intelligenz in ihren diversen Ausprä-

[26] Vgl. etwa Otto Ullrich: Technik und Herrschaft. Vom Handwerk zur verdinglichten Blockstruktur industrieller Produktion, Frankfurt a.M. 1979.

[27] Siehe Steve Wright: Den Himmel stürmen. Eine Theoriegeschichte des Operaismus, Berlin; Hamburg 2005.

gungen sind dieser Politikform Werkzeug zur Weltgestaltung. Akteure im Wissenschaftsbetrieb, aber auch in sachorientierten Projektzusammenhängen versuchen diese auf ihr emanzipatorisches Potenzial hin auszuloten[28] beziehungsweise versuchen diese quer zu den Strategien der großen Player in Staat und Industrie in Richtung freier, offener und gerechter Nutzungsweisen voranzutreiben.[29]

Das emanzipatorische Potenzial von KI besteht darin, einer nichtleidensfähigen Instanz all die gesellschaftlich notwendigen Arbeiten zu übertragen, die vernunftbegabte, empfindungsfähige Wesen krank und stumpf machen an Körper und Geist. Wer dieses Potenzial freilegen möchte, kommt um eine Beschäftigung mit dem Eigentumsregime der digitalen Produktionsmittel nicht herum. In den 1980er- und 1990er-Jahren gab es eine bemerkenswerte Revolution auf dem Feld der Software-Lizenzen, in denen dieses Regime verfasst ist: Die *General Public License* (GPL), die bekannteste Lizenz für freie Software *(FOSS, Free and Open Source Software)*[30] benutzt das Urheberrecht und die zuständigen Gerichte, um die Privatisierung von Programmcodes mit den Mitteln des Eigentumsrechts gegen das geistige Eigentum zu verhindern. Die GPL beansprucht und garantiert für die Arbeit mit Software vier Freiheiten:

- Die Freiheit, ein Werk für jeden Zweck einsetzen zu dürfen (primäre Freiheit).
- Die Freiheit, untersuchen zu dürfen, wie ein Werk funktioniert, und es den eigenen Bedürfnissen anzupassen (wissenschaftliche Freiheit).
- Die Freiheit, das Werk an andere weiterzugeben und Kopien für andere machen zu dürfen (soziale Freiheit).
- Die Freiheit, das Werk verbessern und diese Verbesserungen zum allgemeinen Wohl zugänglich machen zu dürfen (konstruktive Freiheit).

---

[28] Debian, eine der größten Linux-Distributionen mit darüber hinaus auch noch basisdemokratischer Mitbestimmung der Community, »diskutiert erneut über KI«, so Ferdinand auf Linuxnews, 26.4.2025; linuxnews.de/debian-diskutiert-erneut-ueber-ki/ (letzter Zugriff: 17.7.2025). Dabei geht es im Kern darum, wie es gelingen kann, KI-Technologien etwa entlang ihrer Lizenzen und Rücksichtnahme auf Lizenzen zu unterscheiden. Die mit dem demokratischen Selbstverständnis von Debian kompatiblen Ansätze können dann Teil von Debian werden, die inkompatiblen nicht.

[29] Vgl. Robert Freund: »Creative Commons: Mit CC Signals Content für Künstliche Intelligenz freigeben – oder auch nicht«, 16.7.2025; www.robertfreund.de/blog/2025/07/16/creative-commons-mit-cc-signals-content-fuer-kuenstliche-intelligenz-freigeben-oder-auch-nicht/ (letzter Zugriff: 17.7.2025).

[30] Die Beschäftigung mit FOSS bildet allerdings nur eine notwendige, nicht jedoch schon eine hinreichende Bedingung für Emanzipation mittels KI.

Charakteristisch für diese Arbeit ist ein Verhältnis zur Technologie, das zwar konstruktiv ist (und nicht verweigernd), jedoch nicht affirmativ, sondern kritisch rekonstruktiv. Die GPL garantiert vergesellschaftete digitale Produktionsmittel. Dabei ist *FOSS* weder im Hinblick auf KI noch in der sonstigen Digitalisierung ein Nischenphänomen.[31] Vielmehr hat Linux, mithin freie Software »die Weltherrschaft übernommen (ohne dass es jemand bemerkt hat)«[32] – Smartphones, Supercomputer, Server, Router, Netzwerkprotokolle, Internet der Dinge, Cloud-Architekturen, auf vielen Sektoren dominieren *FOSS*-Produkte. Einzig bei den Betriebssystemen für Desk- und Laptops ist die Dominanz von Konzernsoftware ungebrochen. Dennoch lässt sich verallgemeinern: Die wichtigsten digitalen Produktionsmittel der derzeitigen digitalen Produktivkraftrevolution sind *vergesellschaftete*.[33] *FOSS* verkörpert eine Anomalie, einen, wenn nicht *den* Widerspruch kapitalistischer Digitalisierung: Vierfach frei und doch beziehungsweise gerade deswegen konstituierend für das digitale Ausbeutungs- und Kriegsregime.

Der Aufzählung von *FOSS* dominierter Digitalisierungs-Sektoren wäre die Softwareentwicklung selbst hinzuzufügen: Exemplarisch für diesen Zusammenhang und Widerspruch steht *git*, ein *FOSS*-Programm zur öffentlichen, über die Welt verteilten, gemeinsamen Entwicklung und Verteilung von *Code*. *Git* ist schnell, sicher und nimmt den Programmierer*innen den Stress der Buchhaltung über ihre Code-Schnipsel ab, und das auch noch kollaborativ und in beliebiger Projektgröße: *Git* behält transparent den Überblick über jede Änderung (»Versionierung«) und erleichtert die Konfliktbearbeitung bei Richtungsentscheidungen durch die Möglichkeit von Aufspaltung (»*Forking*«) und (Wieder-)Vereinigung (»*Merging*«) von Code. *Git* ist weltweit das dominierende Versionierungs- und Entwicklungstool – in *FOSS-Communities*, aber auch innerhalb von Konzernen, die ihre Gewinne mittels proprietärer Software machen: »unfreier« Software im Sinne der obigen vier Freiheiten. So entwickelt *Microsoft* sein Betriebssystem *Windows* seit 2017 auf

[31] Damit haben vor Jahren schon selbst die Süddeutsche Zeitung und Der Spiegel aufgemacht (»20 Jahre Linux – Wie der Pinguin die IT-Welt eroberte«. In: Süddeutsche Zeitung, 26.8.2011; Bendikt Frank: »Linux erobert die Welt«. In: Der Spiegel, 25.8.2016.

[32] Jos Thomas: »How Linux Took Over the World (Without Anyone Noticing)«, 2025; www.howtogeek.com/linux-took-over-the-world-without-anyone-noticing/ (letzter Zugriff: 17.7.25).

[33] Vgl. Ullrich 1979.

git.[34] Viele Produzenten von proprietärem Code nutzen intern *git* und schließen ihren Code erst im letzten Schritt ab, bevor sie ihn warenförmig dem zahlenden Kunden ausliefern.

Die Vielfalt der Open-Source-Lizenzmodelle[35] und die Metapher vom *Open-Source-Kosmos* enthüllen, kritisch gelesen, die Kämpfe, die auf der Ebene der Eigentumsverhältnisse an Software stattfinden. Am Beispiel *git* und der Geschichte von *GitHub*[36] *lä*sst sich auch die Bedeutung der Plattformfrage verdeutlichen: *GitHub* ist eine Plattform zur Nutzung des *Programmes git* in der »Cloud«[37] (das heißt auf den Rechnern) der *Firma GitHub*; *GitHub* konnte von *Microsoft* aufgekauft und für deren eigene KI-Strategie instrumentalisiert werden. *Git* jedoch, die zugrundeliegende Open Source-Software, steht unter der GPL und damit unter dem Schutz des bürgerlichen Copyrights vor Privatisierung. Die Software kann nach wie vor jeder selbst hosten, sie ist »federierbar«, das heißt auch in einer dezentralen Server-Ökologie sind Kooperation und Kollaboration per *git* möglich, es braucht keine von Monopolkonzernen kontrollierte Plattformen wie *GitHub* (sie mögen die Subjektivität der Kundenbequemlichkeit bedienen, sind aber nicht notwendig). Es gibt alternative *git*-basierte Plattformen zu *GitHub*. Größere Absetzbewegung fanden etwa statt in Richtung *GitLab*. Community-Puristen organisieren sich in gemeinnützigen Vereinen wie dem Berliner *Codeberg e.V.*, um ihre kollaborative Softwareentwicklung zu hosten.[38]

Um die Diversität im Open-Source-Kosmos zu verstehen, lohnt sich wie so oft der historische Blick auf das Phänomen.[39] Für Unternehmen

---

[34] Rainald Menge-Sonnentag: »Microsoft nutzt ab sofort Git zur Windows-Entwicklung«, heise-online, 23.8.2017; www.heise.de/news/Microsoft-nutzt-ab-sofort-Git-zur-Windows-Entwicklung-3810273.html (letzter Zugriff: 17.7.25).

[35] Siehe den Wikipedia-Eintrag zu »Comparison of free and open-source software licenses«; en.wikipedia.org/wiki/Comparison_of_free_and_open-source_software_licenses (letzter Zugriff: 30.7.2025).

[36] Vgl. sehr ausführlich zum Geschäftsmodell von GitHub, mit einem einleitenden Kapitel »Was ist GitHub?« von Jakob zur Heide: »Die Produktion von Mehrwert mittels GitHub und GitHub Copilot«. In: netzfueralle-Blog, 12.2.2025; netzfueralle.blog.rosalux.de/2025/02/12/mehrwertproduktion-github-copilot/ (letzter Zugriff: 17.7.25).

[37] Markus Euskirchen: Cloud. In: Smarte Worte, RLS 2016; www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Lexikon_Smarte_Worte.pdf#page=12 (letzter Zugriff: 30.7.2025).

[38] Siehe die Website von Codeberg; codeberg.org/ (letzter Zugriff: 30.7.2025).

[39] Siehe Björn Schießle: »Freie Software, Open Source, FOSS, FLOSS – gleich und trotzdem anders«, 8.12.2012; fsfe.org/freesoftware/comparison.de.html (letzter Zugriff: 30.7.2025).

gibt es Werkzeuge, die es leichter machen Open-Source-Software in eigene Projekte einzubinden,[40] ohne Lizenzverstöße zu riskieren, zum Beispiel *SPDX*.[41] Denn die Open-Source-Lizenzen funktionieren in der Praxis und werden seit Jahren juristisch durchgesetzt. Das lässt sich anschaulich am Beispiel der sehr weit verbreiteten GPL zeigen. Die Lobby-Gruppe *gpl-violations.org* organisiert sich rund um Verstöße und daraus resultierende juristische Auseinandersetzungen.[42] Ein aktueller Zwischenstand dieser Kämpfe auf rechtlicher Ebene ist: Open-Source-Software-Maschinen sind und bleiben vergesellschaftete Produktionsmittel. Der Zweck, zu dem sie als solche genutzt werden, kann unterschiedlich sein. Es gibt zum Beispiel eine *Creative Commons*-Lizenz, die ausdrücklich die kommerzielle Nutzung verbietet.[43] Im Kapitalismus dominiert der Profitzweck. Auch für Krieg und Repression liefert das Open-Source-Paradigma die leistungsfähigere Software. Schon gar nicht führen allein offene Quellen automatisch in den Kommunismus. Darauf hat schon Sabine Nuss spätestens 2006 hingewiesen.[44] Es sind Kämpfe, die in Richtung einer befreiten Gesellschaft weisen. Auch die KI-Modelle, mitunter sogar Trainingsdaten, stehen frei (vierfach!) und als anpassungsfähige *Werkzeuge* sowohl dem Kapital als auch jenen zur Verfügung, die auf eine befreite Gesellschaft hinarbeiten. Die technopolitische Parole der praktischen Kritik heißt, wie auch schon in vorherigen Zyklen digitaler Klassenkämpfe: Freie Software und Selbsthosting im Verbund!

---

[40] Vgl. Stephan Augsten: »Open-Source-Lizenzen im Überblick«, vom 27.3.2019; web.archive.org/web/20230326224338/www.dev-insider.de/open-source-lizenzen-im-ueberblick-a-797972/ (letzter Zugriff: 30.7.2025).

[41] Siehe Wikipedia-Eintrag zu »Software Package Data Exchange«; de.wikipedia.org/wiki/Software_Package_Data_Exchange (letzter Zugriff: 30.7.2025).

[42] Siehe die Website von gpl-violations.org; gpl-violations.org/about/ (letzter Zugriff: 30.7.2025).

[43] Siehe die Website von creative commons; creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de (letzter Zugriff: 30.7.2025).

[44] Sabine Nuss: Copyright & Copyriot. Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus, Münster 2006; www.sabinenuss.de/buecher/copyright-copyriot/ (letzter Zugriff: 17.7.2015).

AUTOR*INNEN & HERAUSGEBER*INNEN

Mai-Anh Boger
ist Vertrauensdozentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Professorin für Allgemeine Sonderpädagogik unter Berücksichtigung inklusiver Bildungsprozesse am Institut für Förderpädagogik der Universität Koblenz. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Theorien der Inklusion, der (internalisierten) Unterdrückung und Diskriminierung sowie Psychoanalyse in der Pädagogik. Letzte Veröffentlichung: Das Politische als unbewusstes sujet. In: Kathrin Blaha/Mai-Anh Boger/Jens Geldner-Belli/Nadja Körner/Vera Moser/Katharina Walgenbach (Hrsg.): Inklusion und Grenzen: Soziale, politische und pädagogische Verhältnisse, S. 223–246.
Kontakt: mboger@uni-koblenz.de

Ulrich Brand
forscht und lehrt im Bereich Internationale Politik an der Universität Wien, unter anderem zu den Themen kritische Gesellschaftstheorie, Krise der liberalen Globalisierung, imperiale Lebensweise, historisch-materialistische Policy-Analyse (HMPA) und sozial-ökologische Transformationen. Er ist Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) sowie Mitbegründer von »Diskurs. Das Wissenschaftsnetz«. Letzte Veröffentlichung (mit anderen): Structural limitations of the Decarbonisation State. In: Nature Climate Change, 2025, online: doi.org/10.1038/s41558-025-02394-y.
Kontakt: ulrich.brand@univie.ac.at

Mario Candeias
ist Politikwissenschaftler und aktives Mitglied der Partei *Die Linke*. Er arbeitet als Referent für sozialistische Transformationsforschung, linke Strategien und Parteien bei der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* (RLS). Bis Ende 2023 wirkte er als langjähriger Direktor des *Instituts für Gesellschaftsanalyse* (IfG) der RLS. Als Mitbegründer und nunmehr leitender Redakteur widmet er sich der Produktion der Zeitschrift *LuXemburg*. Jüngste Veröffentlichung: Monster verstehen. Eine Chronik des Interregnums, Berlin 2025.
Kontakt: mario.candeias@rosalux.org

Alex Demirović
ist Apl. Professor für Politikwissenschaft und politische Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt. Er arbeitet zu Fragen der kritischen Gesellschafts-, Staats- und Demokratietheorie. Er ist mit Unterbrechungen seit 2007 Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und hostet den Podcast »*Too long; didn't read*«. Eine passende Publikation: Wissenschaft oder Dummheit? Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen, Hamburg 2015.
Kontakt: demirovic@em.uni-frankfurt.de

Markus Euskirchen
hat an der FU Berlin Politikwissenschaften und Geschichte, an der HU Berlin Informatik studiert. Er hat eine militärsoziologisch basierte, herrschaftskritische Doktorarbeit über die Militärrituale der Bundeswehr geschrieben mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS), wo er seit 2011 als Referent arbeitet. Bis vor kurzem beschäftigte er sich mit digitalen Eigentumsfragen, Freier Software und Digitaler Souveränität in der Organisationsentwicklung. Derzeit arbeitet er in der Leitung des IT-Referats der RLS.
Kontakt: markus.euskirchen@rosalux.org

Rebecca Gotthilf
studierte Politikwissenschaft, ist politische Bildnerin und Performance-Künstlerin. In ihren wissenschaftlichen sowie künstlerischen Arbeiten befasst sie sich mit Migration und Flucht, Rassismus, (Queer-)Feminismus und intersektionalen Perspektiven. Sie untersucht zudem die Auswirkungen von Rassismus und Sexismus im Rahmen von sogenannten Empowerment- und Integrationsangeboten der Bundesregierung sowie Verhandlungen von Zugehörigkeiten in einer (post-)migrantischen Gesellschaft. Letzte Veröffentlichungen: Marcus Hawel/Stefan Kalmring (Hrsg.): (Ohn-)Macht überwinden! Politische Bildung in einer zerrissenen Gesellschaft, Berlin 2024 und Zeitschrift Luxemburg »Perspektivwechsel jetzt!«.
Kontakt: rebecca.gotthilf@rosalux.org

Marcus Hawel
studierte Soziologie, Sozialpsychologie und Literaturwissenschaft an der Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Universität Hannover und promovierte über »Die normalisierte Nation. Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland«. Er ist stellvertretender Direktor des Studienwerks der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Letzte Veröffentlichung: Marcus Hawel/Stefan Kalmring (Hrsg.): (Ohn-)Macht überwinden! Politische Bildung in einer zerrissenen Gesellschaft, Berlin 2024.
Kontakt: marcus.hawel@rosalux.org

Stefan Kalmring
ist Volkswirt und Soziologe und arbeitet für die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Referent für kritische politische Bildung. Mit Unterstützung des Studienwerks der RLS hat er mit einer Arbeit zur Theoriegeschichte der politischen Linken promoviert. Für die Berliner Spurensuche ist er als historisch-politischer Stadtführer in Berlin tätig (www.berliner-spurensuche.de). Letzte Veröffentlichung: Marcus Hawel/Stefan Kalmring (Hrsg.): (Ohn-)Macht überwinden! Politische Bildung in einer zerrissenen Gesellschaft, Berlin 2024.
Kontakt: stefan.kalmring@rosalux.org

Vanessa Ossino
hat europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin sowie Philosophie an der Freien Universität Berlin studiert. Sie ist Kollegiatin der a.r.t.e.s. Graduate School for the Humanities Köln und schreibt ihre Promotion im Cotutelle-Verfahren an der Universität zu Köln und der Universität Freiburg in der Schweiz. Ihre Dissertation trägt den Titel »Grenzübergänge der Subjektivität. Über die Medialität der Erfahrung in ihrer sozialen Situation«. Ihre letzte Publikation »Expressivität als passive Produktivität. Zur Medialität von Ausdruckgeschehen«, erschien im Mai 2024 bei transcript.
Kontakt: vanessaossino@gmail.com

Birgit Sauer
war bis zu ihrer Pensionierung im Oktober 2022 Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Sie forscht zu feministisch-intersektionaler materialistischer Staats- und Demokratietheorie, zur autoritären Rechten und Geschlecht sowie zu Politik und Emotionen. Birgit ist Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Redaktionsmitglied der Zeitschrift *LuXemburg* und Mitinitiatorin der FLINTA-Redaktion. Jüngste Publikation (zusammen mit Gundula Ludwig): Das kälteste aller kalten Ungeheuer? Annäherungen an intersektionale Staatstheorie, Frankfurt am Main 2024.
Kontakt: birgit.sauer@univie.ac.at

Nina Schlosser
ist politische Ökonomin, Doktorandin der kritischen Sozialwissenschaften und Aktivistin. Nina promoviert an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und der Universität Wien zum umkämpften Lithium-Extraktivismus in Chile. Sie ist Mitglied und stipendiatische Sprecherin des Graduiertenkollegs »Krise und sozial-ökologische Transformation« der Rosa-Luxemburg-Stiftung und organisiert in der Linkspartei. Letzte Veröffentlichung: Kapital und Staat im Grünen Kapitalismus. Widersprüche und Widerstände im Lithiumsektor Chiles. In: Hans-Jürgen Burchardt/Kristina Dietz/Hannes Warnecke-Berger (Hrsg.): Grüne Energiewende in Lateinamerika, Band 49, Baden-Baden 2025, S. 143–161.
Kontakt: nina.schlosser@postoe.de

Ruth Sonderegger
ist seit 2009 Professorin für Philosophie und ästhetische Theorie an der Akademie der bildenden Künste Wien. Sie promovierte an der FU Berlin in Philosophie und unterrichtete danach mehrere Jahre am Philosophie-Institut der Universiteit van Amsterdam. Sie ist Vertrauensdozentin der RLS. Ihre derzeitigen Forschungsfelder sind: Konstitution und Geschichte der westlichen philosophischen Ästhetik (im Kontext des Kolonialkapitalismus), Praxistheorien, Cultural Studies, kritische Theorien und Widerstandsforschung. Letzte Veröffentlichung: Philosophie und Rassismus (Hrsg. gemeinsam mit Franziska Dübgen/Marina Martinez Mateo), Frankfurt am Main 2025; open access: www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748962816.pdf
Kontakt: r.sonderegger@akbild.ac.at

Maria Tsenekidou
hat an der Gottfried Wilhelm-Leibniz-Universität Hannover Sozialwissenschaften mit den Hauptfächern Politische Wissenschaft, Soziologie und Psychologie sowie dem Nebenfach Rechtswissenschaft studiert. Sie hat in ihrem Spezialgebiet Politische Psychologie zum Thema Politische Sozialisation und soziale Kontrolle im digitalen Umbruch promoviert und war Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Unter anderem war sie langjährige Lehrbeauftragte, zuletzt in Projekten politischer Bildung bei migrantischen Selbstorganisationen tätig. Aktuell qualifiziert sie sich als psychologische und systemische Coachin.
Kontakt: maria.tsenekidou@posteo.de

Peter Ullrich
hat Kulturwissenschaften, Germanistik und Soziologie an der Universität Leipzig studiert. Seine erste Promotion (im Fach Soziologie) behandelte linke Nahost- und Antisemitismusdebatten in Großbritannien und Deutschland; die zweite beschäftigte sich mit Berufsbiografien alter Psychoanalytiker*innen. Er war Referent im Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ist Senior Researcher an der Technischen Universität Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind Wissenssoziologie des Antisemitismus und der Kommunikation über Antisemitismus sowie Antisemitismusverständnisse. Jüngste Veröffentlichung: »Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft« (Ko-Hrsg., Göttingen 2024).
Kontakt: ullrich@ztg.tu-berlin.de

Markus Wissen
lehrt und forscht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin zu gesellschaftlichen Naturverhältnissen, Arbeit und Ökologie, imperialer Lebensweise und sozial-ökologischer Transformation. Er ist Mitglied der PROKLA-Redaktion, des wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) sowie Sprecher des Graduiertenkollegs »Krise und sozial-ökologische Transformation« der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Letzte Veröffentlichung (zusammen mit Stefan Schoppengerd und Valerie Auer): Zwischen Vereinnahmung und Demokratisierung. Beschäftigtenbeteiligung in der Dekarbonisierung der Industrie. In WSI-Mitteilungen, 78. Jg., 2025, Nr. 2, S. 81–89.
Kontakt: markus.wissen@hwr-berlin.de

VSA: Veröffentlichungen der RLS

Jörn Schütrumpf
Deutsche mit Anstand
Der »Bund Neues Vaterland« wird »Deutsche Liga für Menschenrechte«
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
176 Seiten | € 14.80
ISBN 978-3-96488-185-4
Aus Anlass des 75. Jahrestags der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« erinnert der Autor an die »Deutschen mit Anstand« – unter ihnen Lilli Jannasch, Albert Einstein, Emil Julius Gumbel, Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky –, die sich bereits zuvor in der Deutschen Liga für Menschenrechte engagiert hatten.

Jörn Schütrumpf
Putsch statt Revolution
Die Kommunistische Internationale in Mitteldeutschland 1921
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
216 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-96488-245-5
Am 18. März 1921 brachen den Bolschewiki folgende Organisationen wie KPD, KAPD und andere linksradikalen Kräfte in Mitteldeutschland einen Putsch in der Industrieregion um Halle, Leuna, Merseburg und im Mansfelder Land sowie in Hamburg vom Zaun. Er endete in einer Niederlage und diskreditierte die Idee der Revolution in Deutschland auf Jahrzehnte.

VSA:

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-0
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de

VSA: Veröffentlichungen der RLS

Dieter Klein
Gemeinsame Sicherheit – trotz alledem
Überlegungen für zeitgemäße linke Strategien
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
232 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-96488-213-4
Die Friedensbewegung hat viele wichtige sicherheitspolitische Forderungen. Aber ein sicherheitspolitisches Gesamtkonzept ist aus der öffentlichen Diskussion und auch aus linken Diskursen weitgehend verschwunden. Das ist eine erneuerte Doktrin Gemeinsamer Sicherheit.

Felix Jaitner
RUSSLAND: Ende einer Weltmacht
Vom autoritär-bürokratischen Staatssozialismus mit Ressourcenextraktivismus und Kriegswirtschaft in die Zukunft?
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxenburg-Stiftung
296 Seiten | € 29.80
ISBN 978-3-96488-190-8
Detaillierte Studie über den Versuch einer »nachholenden Entwicklung« der Sowjetunion bis hin zu den neuen Auseinandersetzungen um das ressourcenextraktivistische Entwicklungsmodell in Russland. Der Übergang der Sowjetunion zur Marktwirtschaft war mit einem politischen und ökonomischen Bedeutungsverlust Russlands verbunden. Durch die Erschließung neuer fossiler Lagerstätten in ökologisch sensiblen Gebieten wie der Arktis und Ostsibirien sollte deshalb seine Rolle als »Energiesupermacht« und damit auch der geopolitische Einfluss wieder gestärkt werden.

VSA:

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-0
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de